



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

Forschungen

zur

Brandenburgischen und Preussischen Geschichte.

Neue Folge der „Märkischen Forschungen“ des Veretus für Geschichte
der Mark Brandenburg.

In Verbindung
mit
Fr. Holke und G. Schmoller
herausgegeben
von
Otto Hinz.

Neunzehnter Band.

Leipzig,
Verlag von Dunder & Humblot.
1906.

Alle Rechte vorbehalten.

STANFORD UNIVERSITY

~~LIBRARY~~ STACKS
JAN 18 1971

DD 491
E81 F8
V. 11, 1906

Inhaltsverzeichnis des neunzehnten Bandes.

(Die Seitenzahlen sind die auf der inneren Blattseite befindlichen.)

Aufsätze und kleine Mittheilungen (nach den Autorennamen und Stichworten alphabetisch geordnet).		Seite
Bornhaß, Die Mediatisierung der Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Rosla		353—370
v. Cämmerer, 1806		475—483
Dropsen, Der Briefwechsel zwischen Kronprinz Friedrich von Preußen und Fürst Joseph Wenzel von Liechtenstein . . .		157—185
— Die Außerlichkeiten der Überlieferung der Petersburger Bruchstücke von Friedrichs d. Gr. Histoire de mon temps		533
Granier, General Clarke und die Exekution zu Syriß im April 1807		231—239
v. Gruner, Justus Gruner und der Hoffmannsche Bund		485—507
Grünhagen, Die schlesischen Urbaren unter der Regierung Friedrich Wilhelms II.		463—473
✓ Haß, Bemerkungen über die Hofordnung Joachims II.		223—226
— Über die Verwaltung der Amts- und Kammerfachen unter Joachim II. und Johann Georg.		227—230
Hennig, Kurfürst Friedrich II. und das Wunderblut zu Wilsnack		391—422
✓ Höpßsch, Fürst Johann Moritz von Nassau-Siegen als brandenburgischer Staatsmann		89—113
Rosser, Zu den aufgefundenen Depeschen von 1749 (Vgl. Bd. XIX, S. 240 ff.)		534—535
Krabbo, Albrecht der Bär		371—390
Laubert, Eine Denkschrift des Legationsrats Heinrich Rüpfert über die Germanisierung der Provinz Posen (1837)		187—221
✓ Meinardus, Eigenhändige Briefe des Großen Kurfürsten an Johann Moritz von Nassau		115—155
Meusel, Ein Aufsatz des Grafen von Findenstein über Hardenbergs Finanzreform von 1810 usw.		522—533
v. Pflugl-Harttung, Zu den Ereignissen des 18. Juni 1815 . .		508—521
Seraphim, Zur Frage der Urkundenfälschungen des deutschen Ordens		5—87
Strieder, Zwei unveröffentlichte Briefe Friedrichs des Großen .		240—245
Volz, Die „Vie privées“ und die ältere Literatur über den Prinzen Heinrich von Preußen		423—462
Wittichen, Zur inneren Geschichte Preußens während der französischen Revolution		320—351

	Seite
v. Kraus, Deutsche Geschichte im Ausgange des Mittelalters. I. (Priebatsch)	310—312
Kreßschmar, Entstehung u. Stadtrecht sächs. Städte (v. Sommerfeld)	267—268
Kroll, Selbstbiographie des Burggrafen Fabian zu Dohna usw. (Seraphim)	580—582
Lennhoff, Das ländliche Gesindewesen in der Rurmark (v. Sommerfeld)	578—580
Levinson, Die Runtiaturrechnungen des Petrus Vidoni über den ersten Nordischen Krieg (Salzer)	586—588
Frhr. v. Loë, Erinnerungen aus meinem Berufsleben (Granier) .	301—304
Meyer, Die Berichte des preussischen Gesandten Gieddeke [1756—57] (Meusel)	601—603
Müller, Rapiulation von Prenzlau 1806 (Granier)	616—618
Müsebeck, E. M. Arndt und das kirchlich-religiöse Leben usw. (v. Petersdorff)	619
Muth, Untersuchungen zum Frieden von Nikolsburg (v. Ruville) . .	297—299
v. Pelet-Marbonne, Friedrich Wilhelm der Große Kurfürst [Erz. des preuß. Heeres] (Frhr. v. Schroetter)	288—290
Reimers, Bedeutung des Hauses Cirkensia usw. (Wachter)	272—274
Ringhoffer, Im Kampf für Preußens Ehre [Bernstorffscher Nach- laß] (Granier)	621—633
Ritterakademie zu Brandenburg a. S., Festschrift zur 200jährigen Jubelfeier (Tschirch)	304—306
Rosenlehner, Kurfürst Karl Philipp von der Pfalz und die Jülich'sche Frage 1725—1729 (Hörsch)	595
Rüthnick, Politik des Bayreuther Hofes während des Siebenjährigen Krieges (Meusel)	285—288
Salzer, Der Übertritt des Großen Kurfürsten usw. [1657] (Rachet)	278—279
Schaumell, Geschichte der deutschen Kulturgeschichtsschreibung (Nohl)	608—613
Graf v. Schlippenbach, Zur Geschichte der Hohenzollerischen Sou- veränität in Preußen (Salzer)	588—591
Frhr. v. Schroetter, Beiträge zur Geschichte der Frhrl. v. Schroetter- schen Familie (Haß)	574—578
Stalweit, Die ostpreussische Domänenverwaltung unter Friedrich Wilhelm I. (Stolze)	595—599
Tempelton, Gustav Freytag und Herzog Ernst von Coburg im Briefwechsel (W. Schulze)	620—621
Troeger, Die Schlacht bei Liegnitz (H. Schmitt)	602
Universität Frankfurt a. O. Jubiläumsschrift (Liese)	569—500
Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Geschichte des preuß. Heeres Heft 9: Aus dem Garnisonleben von Berlin und Potsdam 1803—1806 (Granier)	292—294
Verdy du Vernois, Der Zug nach Bronzell (Granier)	297
Vorberg, Die Kirchenbücher im Bezirke der Generalsuperintendentur Berlin usw. (Schwarz)	312—313
v. Voß, Nord [Erz. d. preuß. Heeres] (v. Schroetter)	619—620
Waddington, Le Grand Electeur Frederic Guillaume de Brandebourg I. (Spannagel)	591—592

	Seite
Wagner, Säkularisation von Halberstadt (Rosenfeld)	275—278
Wehrmann, Geschichte von Pommern II. (v. Sommerfeld)	568—569
Wittich, Altfreiheit und Dienstbarkeit (v. Sommerfeld)	558—560
Wittichen, Briefe Consalvis (Ludwaldt)	292
 Eingefandte Bücher	 313—316 637—638
Berichte über die wissenschaftlichen Unternehmungen der Königl. Akademie der Wissenschaften zu Berlin	 247—248
Sitzungsberichte des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg Oktober 1905 bis Juni 1906	 Anhang 1—27

I.

Zur Frage der Urkundenfälschungen des deutschen Ordens.

Von

August Seraphim.

I.

Wie bedeutsam die Verufung des deutschen Ordens nach Preußen geworden ist, so wenig gesichert ist die Kenntniss der Einzelheiten dieses weltgeschichtlichen Ereignisses, über das eine keineswegs lückenlose oder zusammenhängende Überlieferung vorliegt. Redlicher Eifer, eindringender Scharfsinn, das begreifliche Bestreben, auch da zu klaren Ergebnissen zu gelangen, wo die Natur unserer Quellen gelegentlich wohl eher ein non liquet nahelegt, aber auch Voreingenommenheit und Tendenz haben zusammengewirkt, um jene Fragen zu entwirren oder auch gelegentlich noch mehr zu verwirren¹⁾. Das Beste verdanken wir dem kritischen

1) Die ältere Literatur geben an: Perlbach in der Altpr. Monatschr. 10 (1873), S. 610 (Die ältesten Preussischen Urkunden), sowie in den Preuß.-poln. Studien I, 1, A. (1886), ferner Lenz, Die Beziehungen des deutschen Ordens zu dem Bischof Christian von Preußen. Altpr. Monatschr. 29 (1892), S. 364 ff. Gegen L. wandte sich Reh in dem Aufsatz: Zur Klarstellung der Beziehungen des deutschen Ordens zu Bischof Christian. Altpr. Monatschr. 31 (1894), S. 343 ff. Von wichtigeren Schriften nenne ich noch die gründliche Arbeit Rehs, Das Verhältniß des deutschen Ordens zu den preussischen Bischöfen im 13. Jahrhundert; in der Zeitschr. des westpr. Geschichtsvereines XXXV (1896), S. 35. Eine weitere Förderung erfuhr die Erörterung dieser vielumstrittenen Verhältnisse besonders auch durch die Schrift von Joh. Plinßki, Die Probleme der historischen Kritik in der Geschichte des ersten Preussenbischofs, zugleich als Beitrag zur Geschichte des deutschen Ritterordens. Breslauer kath.-theol. Inaug.-Diff. 1903. — Von darstellenden Arbeiten verweise ich ein für allemal auf Ewald, Die Eroberung Preußens durch die Deutschen, I., Halle 1872, und R. Lohmeyer, Geschichte von Ost- und Westpreußen, I., 2. Aufl., Gotha 1880. Das urkundliche Material findet man im Preuß. Urkundenbuch (zitiert U.-B.), polit. Abteil. I, 1, hg. von Philippi und Wölfl.

nicht gefehlt. So hören wir, daß der masovische Palatin Christin — er wurde 1217 auf Befehl seines Herrn, des Herzogs Konrad von Masovien, ermordet — die durch die Preußen gestörte Ruhe der Grenzbezirke wiederhergestellt und anwohnende Preußen zum Tribute gezwungen habe¹⁾. Wir wissen aber nicht, in welchen Jahren das geschah. In mancher Beziehung wandelten sich die Dinge im 13. Jahrhundert. Die Mission wird durch die Cisterzienser in Großpolen, besonders von Letno aus, mit erneutem Eifer aufgenommen und der Erfolg blieb ihr nicht versagt. Der Abt Gottfried erhielt bereits 1206 die päpstliche Erlaubnis zur Predigt bei den heidnischen Preußen. Neben ihm erscheint ein Philipp und später tritt dann Christian als erfolgreicher Verkünder des göttlichen Wortes hervor. Schon 1210 war der Papst in der Lage, dem Erzbischof von Gnesen die Obhut über die Mönche und Christen überhaupt (*curam officii pastoralis*) zu übertragen, bis sich die Zahl der letzteren so gemehrt haben würde, daß ein eigener Bischof ernannt werden könnte. Und kaum waren einige Jahre vergangen, so war das bereits der Fall. 1212 oder 1215²⁾ wurde Christian von Innozenz III. zum ersten Bischofe der Preußen geweiht. Auch Landgebiet hatte Christian durch Schenkungen erworben, der Preuße Surbabuno hatte ihm die Loebau, Warpoda das Gebiet Lانسania geschenkt³⁾. Diese Fortschritte der Mission führten jedoch eine starke Reaktion des Heidentums herbei. Denn die angrenzenden polnischen und pommerischen Fürsten brachten den Preußen mit dem neuen Glauben zugleich harte Frondienste. Diese Reaktion äußerte sich einmal darin, daß die heidnischen Preußen ihre christlich gewordenen Landsleute zu verfolgen begannen, sodann aber darin, daß sie über die Grenze vordringend polnische und pommerische Gebiete verheteten. Diese Angriffe und Überfälle abzuwehren fehlte Konrad von Masovien die Macht, und diese Situation war es, die ihn zur Herbeirufung des deutschen Ordens veranlaßte. Dieser sollte den Kampf gegen die heidnischen Preußen aufnehmen und ihr Land für das Christentum erobern. Nur die Christianisierung des benachbarten Landes konnte die Gewähr für die Befriedung seiner Bewohner bieten. So war der Herzog auf den Orden angewiesen. Diesem lag aber naturgemäß nichts ferner, als den Kampf für den Glauben zu dem Zwecke zu führen, daß seine politischen Resultate dem Herzoge von Masovien in den Schoß fallen sollten. Der Orden hatte schon im heiligen Lande eine vielfach selbständige Stellung im Rahmen der dortigen Staaten eingenommen,

1) Mon. Poloniae historica IV, 752.

2) Vgl. Plinski a. a. O. § 2.

3) U.-B. Nr. 9 u. 10.

in Memel katholische Gemeinden befinden, schließen würde, Ostpreußen von Braunsberg bis nach Memel hin sei ein katholisches Konfessionsgebiet. Warum übrigens die Kreuzfahrer 1238 ins riefenburgische Gebiet zogen, sagt uns unsere Quelle — Dussburg III, 1 — nicht; die Motivierung, daß es eben nur dort noch Heiden gegeben habe, stammt von Kętrzyński. Näher liegt vielmehr die Annahme, daß sich die Feinde beim Nahen des Kreuzheeres dorthin zurückgezogen haben¹⁾. — Wenn schon im Kulmerlande, wie 1251 der Bischof Heidenreich von Kulm in der Gründungsurkunde²⁾ für seine Kathedrale von Kulmsee sagt, im Kulmerlande propter christianorum exterminium quos feritas Prutenorum expulerat, parrochiales ecclesiae essent vel nullae vel paucissimae, so wird es im Preußenlande doch wohl noch übler ausgesehen haben. Trotz der Behauptungen R.s wird es dabei bleiben, daß Christians schöne Erfolge durch die heidnischen Preußen vor dem Beginne der Tätigkeit des deutschen Ordens zum großen Teile wieder vernichtet worden waren. Das erweist das miteinander übereinstimmende Zeugnis der Chroniken und der Urkunden.

Kętrzyński ist aber der Meinung, daß die preußische literarische Tradition und die polnische sich ausschließlich auf die gefälschten Urkunden stützen, nur ihnen ihre Kenntnis entnehmen³⁾. Wäre das der Fall, so würde freilich die gesamte literarische Tradition als selbständige Quelle in Wegfall kommen. Aber das ist gerade für die Methode R.s sehr beachtenswert: gerade solche springende Punkte behauptet er schlechtweg, ohne sich nur auf den Versuch eines Beweises einzulassen. Boguski zeigt nicht die geringsten Anklänge an die Urkunden, die R. bemängelt. Aber wie steht es mit den preußischen Urkunden? Hier kommt nun eigentlich nur Peter von Dussburg in Betracht.

Dussburgs Quellen für die Kapitel 1—5 des 2. Buches, in denen er von den Verwüstungen der heidnischen Preußen in Polen spricht, hat Perlbach eingehend untersucht⁴⁾ und nachgewiesen, daß seine Vorlage hier ein Bericht war, den auch die translatio S. Barbarae und der sogen. Bericht Hermanns von Salza⁵⁾ über die Eroberung Preußens durch den deutschen Orden benutzt haben. Er hat ihn dann noch modifiziert, einmal indem er die kaiserliche Urkunde von 1226 heranzog und nach

1) Vgl. Lohmeyer, Geschichte S. 68.

2) U.-B. Nr. 250.

3) S. 59: „Auf diesen Fälschungen beruhen die Berichte der späteren Geschichtschreiber, sowohl der preußischen wie der polnischen.“

4) Preuß.-poln. Stud. II, 107.

5) Script. rer. Pruss. II, 399—411; V, 159—168.

sich nicht feststellen, worauf Dussburgs Vorlage außer der Kruschwitzer Urkunde sich noch stützt, es ist jedenfalls bisher nicht festgestellt. Es kann eine mündliche Tradition, ein zeitgenössischer Bericht, es kann eine Urkunde gewesen sein. In keinem Falle darf es als sicher hingestellt werden, daß Dussburg oder seine Vorlage sich ausschließlich auf die Urkunden stütze, deren Unechtheit R. nachgewiesen zu haben glaubt, daß also ihre Angaben als die einer selbständigen Quelle ganz ausgeschalten seien¹⁾.

Und noch eine Frage drängt sich ungefragt auf: Waren die politischen Verhältnisse Polens wirklich solche, daß eine kühne Eroberungspolitik Polens wahrscheinlich ist²⁾? Seit Boleslaw III. die Senioratsordnung begründet hatte, hatten die inneren Kämpfe in Polen nie ganz aufgehört; in den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts hatten sie sich besonders kompliziert; es war eine Periode des Niederganges, in der z. B. der polnische Einfluß in den südwestlichen Gebieten Rußlands verloren ging. In der Zeit, als Christian sein Missionswerk in Preußen betrieb, gab es kein einheitliches Polen. In Kleinpolen (Kraau) herrschte Leszek, in Masowien und Kujawien sein Bruder Konrad, in Schlesien Heinrich, in Posen Wladislaw Laskonog. In dessen Kämpfe mit seinem Neffen Wladislaw Odonicz, Kämpfe, die viele Jahre hindurch, bald erlöschend, bald wieder aufflammend, dauerten, ist auch Konrad hineingezogen worden, wenn die Lückenhaftigkeit der Überlieferung uns auch nicht gestattet, seine Rolle im einzelnen festzustellen. Der Tod Leszeks verwickelte ihn dann in neue Streitigkeiten. Konrad bemächtigte sich der Vormundschaft über Leszeks Sohn Boleslaw, sowie der Herrschaft in Kraau und Sandomir. Gegen ihn riefen die Witwe Leszeks und einige Große Heinrichs von Schlesien Hilfe an. In diesem Kriege hat das Glück gewechselt. Anfangs begünstigte es Heinrich, Konrad mußte zeitweilig als Flüchtling sein Land verlassen, so daß er nach Boguslaw sich zu dem verzweifelten Schritte entschloß, sich mit den Preußen vorübergehend zu vertragen und sie zur Bekämpfung des Gegners ins Land zu rufen. Dann freilich wandelt sich das Bild. Heinrich von Schlesien fällt in seine Gefangenschaft und wird 1229 zum Frieden genötigt. Konrad behält die Vormundschaft und gibt Sandomir dem eignen Sohne Boleslaw. Aber der junge Sohn Leszeks macht alsbald, zu Jahren

1) Außer Dussburg könnten noch die Angaben der Olivaer Chronik (Scr. r. Pr. I, 676) in Betracht kommen, doch ist es bei der Strittigkeit ihres Verhältnisses zu Dussburg nicht möglich, mit ihnen als sicheren Größen zu operieren.

2) S. Röpell, Gesch. Polens I, 488 ff. und Perlbach, Pr.-poln. Stud. I, 6 ff. Forschungen z. brand. u. preuß. Gesch. XIX. 1.

1) Die Urkunde Kaiser Friedrich II. von 1226.

Über den Beginn der Verhandlungen Konrads von Masovien mit dem Hochmeister Hermann von Salza sind wir durch die im März 1226 in Rimini ausgestellte Urkunde Kaiser Friedrich II.¹⁾ für den deutschen Orden unterrichtet. In ihr erzählt der Kaiser, daß nach des Hochmeisters Berichte Konrad diesem und dem Orden versprochen und angeboten, sie mit dem Kulmerlande und sonst noch in einem Gebiete zwischen seinen Grenzlanden und dem angrenzenden Preußen auszustatten, damit sie die Mühe auf sich nähmen, zur Ehre und zum Ruhme Gottes Preußen zu betreten und zu behaupten. Der Hochmeister habe Bedenken getragen, dieses Versprechen sofort anzunehmen und sich an den Kaiser mit der Bitte gewandt, er solle seine Zustimmung geben, damit er im Vertrauen auf seine Autorität an die Sache herantrete. Er habe ihn gebeten, die ihm von Konrad von Masovien geschenkten Länder zu bewilligen und zu konfirmieren, aber auch zugleich das Land, was durch der Ritter Betreiben in Preußen erobert werden würde. Nach dem Referate der Urkunde ist, wie man sich leicht überzeugt, in dem Anerbieten Konrads nicht davon die Rede gewesen, was mit dem Preußenlande nach seiner Christianisierung in politischer Beziehung werden sollte. Warum es nicht geschah, wissen wir nicht. Es wäre wohl nicht unmöglich, daß der Herzog diese heikle Frage zunächst gar nicht berühren wollte und hoffte, daß das von Polen schon früher oft bekämpfte Land ihm schließlich doch zufallen werde. Eine solche Möglichkeit dürfte aber auch der Hochmeister aller Voraussicht nach ins Auge gefaßt und ihr vorbeugen gewollt haben. Die Kräfte des Ordens für ein polnisches Interesse einzusetzen, lag kein Grund vor; in Ungarn hatte der Orden soeben die Erfahrung gemacht, daß sein Nutzen und der des Staates, der ihn berufen hatte, sehr weit auseinander gehen konnten. So liegt der Gedanke nicht fern, daß der Orden sich von vornherein das Anrecht auf das zu erobernde Preußen, über dessen weitere Schicksale Konrad nichts gesagt hatte, sichern wollte und zwar durch ein Privilegium des Kaisers. Dieser verlieh dem Orden zunächst in bezug auf Preußen das Zoll-, Markt-, Münz-, Bergwerks- und Salzregal, sowie das Recht Steuern zu erheben. Es sind das Rechte, wie sie den deutschen Fürsten als das Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung eben in jenem Jahrzehnt — teils kurz vorher, teils bald danach — in der *confoederatio cum principibus ecclesiasticis* und dem *statutum in favorem principum* von Friedrich II. verbrieft worden sind. Also ein Territorium

1) U.-B. Nr. 56.

anzuerkennen¹⁾. Seitdem war bis zur Ausstellung der kaiserlichen Urkunde 1226 nicht viel mehr als ein Menschenalter vergangen. Das Reich hatte seine Rechte an Polen in praxi zwar nie geltend gemacht, die kurze kampfreiche Regierung Heinrich VI., die Zeit des Thronstreites, Otto IV. und die Anfänge Friedrich II. boten dazu auch keine Möglichkeit, aber nie hat das Reich auf sein Recht verzichtet. Sehr begreiflich daher, daß der Ranzleistil eine Bezeichnung für den polnischen Herzog wählte, die nur noch den Rechts-, nicht mehr den Machtverhältnissen entsprach.

4. R. findet es ebenso unbegreiflich, wenn Preußen in der Urkunde als *sub monarchia imperii contenta* bezeichnet werde. Man hat schon früher hervorgehoben, daß es durchaus den weitgehenden Anschauungen entsprach, die Kaiser Friedrich II. von der universellen Machtstellung des Kaisertums hatte²⁾, und zwar ergeben sich diese keineswegs bloß aus den Urkunden, die sich auf den deutschen Orden beziehen, wie R. behauptet. Über alles Land erstreckt sich die kaiserliche Schirmherrschaft, das noch keinem anderen Fürsten gehört. So verleiht der Kaiser 1219 der Magdeburger Kirche *omnes terras paganorum ultra Livoniam et circa ipsius terminos constitutos*³⁾, d. h. wohl Estland, indem er hier der Ausbreitung der dänischen Herrschaft entgegentreten will. 1224 nahm er die Eingeborenen von Livland, Estland, Samland, Semgallen und den benachbarten Provinzen in seinen und des Reiches Schutz, eximierte sie von der Jurisdiktion und Herrschaft aller Könige, Herzöge, Fürsten usw. und bestimmte, daß sie wie andere Freie im h. r. Reiche nur der Kirche und dem römischen Kaisertume zum Gehorsame verpflichtet seien⁴⁾.

5. Ferner meint R., es sei doch nicht anzunehmen, daß Konrad dem Orden das Kulmerland und (et) noch ein anderes Land *inter marchiam suam et confinia Pruthenorum* angeboten habe. „Es ist doch undenkbar und widersinnig, daß der Herzog gesagt haben soll, er gebe das Kulmerland und noch ein anderes, das er nicht einmal nennt, das er also der freien Wahl des Ordens überläßt. Wenn überhaupt von einer zweiten Provinz die Rede war, so konnte Konrad dem Orden doch nur das Kulmerland oder ein anderes an der preußischen Grenze an-

1) Bruch, Kaiser Friedrich I., Bd. III, S. 185, 186.

2) Ewald a. a. O. I, S. 110.

3) Hausmann, Das Ringen der Deutschen und Dänen um den Besitz Estlands (1870), S. 28, Anm. 6.

4) N.-B. Nr. 52. S. Nachtrag am Schluß des Artikels.

ut explorarent terram Culmensensem et viderent, si de voluntate ipsius nunciorum legatio processisset. Sie blieben in Preußen und nahmen von der Burg Bogelsang aus am Heidentampfe der Polen teil. Indessen trat der Orden mit voller Kraft in die ihm in Preußen winkende Aufgabe noch nicht ein, der Hochmeister war durch die große Politik im Dienste Kaiser Friedrich II. okkupiert. Erst 1228 finden wir deutsche Ordensritter, wohl als Gesandte Hermanns, in Preußen: Philipp von Halle, Heinrich der Böhme und der Mönch Konrad. In Biecz im krakauischen Gebiete stellt ihnen Konrad, der dort im Lande seines Neffen als Usurpator weilte, am 23. April 1228 eine Urkunde aus¹⁾, in der er dem deutschen Orden das Land Kulm abtrat *cum omnibus attinentiis suis, tam in aquis quam in agris et nemoribus, nihil utilitatis nobis reservantes vel in futurum sperantes et villam Orlov in Cuiavia iacentem . . . in perpetuam proprietatem integraliter possidendam*. Hatte Konrad ursprünglich also wirklich nur eine zeitweilige Abtretung geplant, jetzt hat er eine dauernde vorgenommen. Nach Konrads Intentionen sollte der Orden freilich das Kulmerland hierdurch schwerlich als von Polen losgelöstes Territorium erhalten; so war es offenbar nicht gemeint, wie m. G. Roepell²⁾ überzeugend durch den Hinweis darauf dargetan hat, daß „die Abfassung in der Form erfolgte, in welcher dergleichen an Kirchen, Klöster oder auch an begünstigte Mitglieder des Adels zu jener Zeit verliehen zu werden pflegte“. Ob die Ordensgesandtschaft die Abtretung ebenso auffaßte wie Konrad, oder im Sinne einer völligen Loslösung von Polen verstand, läßt sich mit absoluter Sicherheit nicht sagen. Es ist wohl möglich, daß sie die Urkunde, auch wenn sie ihren Wünschen nicht völlig entsprach, doch entgegennahm, weil sie den Orden ja zu nichts verpflichtete und dieser ja erst dann mit dem Kampfe gegen die Preußen Ernst zu machen brauchte, wenn er andere, seinen Absichten mehr entsprechende Zusicherungen erhielt. Zunächst war aber Hermann von Salza durch den Kreuzzug des Kaisers zu sehr in Anspruch genommen, als daß er seine volle Aufmerksamkeit und die ganze Kraft seines Ordens dem fernen Preußen hätte zuwenden können. Daß er aber an dem 1225 gefaßten Plane festhielt, hatte die Bezer Urkunde gezeigt.

Einflüsse der Ordenstradition gestanden, nämlich Przesław, Archidiacon von Gnesen, und Albert, Paladin von Brześć. S. a. a. O. S. 277, 347.

1) U.-B. Nr. 64.

2) Roepell, Gesch. Polens I, S. 438.

scheiden. Wenn seit 1421 von einem Siegel nur der Pergamentstreifen übrig geblieben ist, warum sollten nicht von 1228 bis 1421 drei ganze Siegel dem Zahne der Zeit zum Opfer gefallen sein? Geseht aber, es wäre so, wie R. behauptet: ist denn das Fehlen einiger der angekündigten Siegel ein strikter Beweis für die Unechtheit einer Urkunde¹⁾? Man möchte im Gegenteile eher annehmen: wurde die Urkunde später gefälscht, so würde ein raffinierter Fälscher (wie es der Orden nach R. gewesen sein muß) doch nur diejenigen Siegel in der Urkunde angekündigt haben, die er anderen echten Urkunden entnehmen konnte, um sie an sein Fälschikat zu hängen. R. bemerkt ferner, über die Echtheit des Siegels des Palatins lasse sich nichts sagen, da kein anderes zur Vergleichung herangezogen werden könne; das Konrads aber sei zwar echt „und würde kein Bedenken erregen, wenn nicht dort, wo die Schnur in das Wachs geht, eine kleine verdächtige Öffnung wäre. Ist die durchschnittenene Schnur wieder in das Wachs hineingeklebt worden?“ Ohne Autopsie läßt sich natürlich nicht sagen, ob die Öffnung „verdächtig“ ist, aber es ist doch im Auge zu behalten, daß die Öffnung auf einer späteren Lädierung beruhen kann, wie denn zwei Siegel schon 1421 nicht mehr deutlich waren. — Sachlich findet R. es unbegreiflich, daß die Schenkung ohne Zweckangabe und bedingungslos gemacht sei. Indessen hat schon Perlbach darauf hingewiesen, daß die Richterwähnung der Leistungen des Ordens sich aus dem Charakter der Urkunde erkläre, die ja von Konrad schon früher gemachte Versprechungen nur wiederholt und sie nur noch durch sämtliche Herzöge, Bischöfe und Große Polens verbrieften läßt²⁾. Aber auch die politischen Verhältnisse Polens waren damals, wie ebenfalls Perlbach hervorgehoben hat, solche, daß die Ausfertigung wohl in höchster Eile erfolgte, und diese erklärt durchaus „den vagen Inhalt, die angekündigte, aber nicht vollzogene Besiegelung“³⁾. Konrad war, um die Vormundschaft über seinen Neffen an sich zu reißen, soeben nach Kleinpolen gekommen; im März finden wir ihn dort schon, im Mai scheint er nicht mehr dagewesen zu sein, am 4. Juli ist er in Ploß nachweisbar. Zur Erklärung der schnellen Abreise hat Perlbach die Preußeneinfälle in Masovien herangezogen und wohl mit Recht, wir sahen, daß es sich bei R.'s Versuch, die Tatsächlichkeit dieser Einfälle in Abrede zu stellen, nur um rein subjektive Behauptungen handelt. — Der Hauptgrund für die Bestreitung der Echtheit ist für R. offenbar seine

1) Zumal wenn das Siegel des Ausstellers selbst vorhanden ist!

2) Altpr. Monatschr. X, S. 626. Pr.-poln. Stud. I, S. 59.

3) Altpr. Monatschr. X, S. 643.

die Urkunde gefälscht; so hätte sie in sie gewiß diejenigen Stipulationen hineingenommen, die den Wünschen des Ordens wirklich entsprachen. Die Fälschung einer solchen Urkunde wie der Bezer (Nr. 64) wäre im Grunde sinnlos gewesen. In Wirklichkeit lag die Sache vielmehr doch wohl so, daß die Ordensgesandtschaft die Schenkung in der Form entgegennahm, in der sie Konrad gab. Mehr war zur Zeit nicht zu erreichen.

3) Die Urkunden für den Dobriner Orden.

Der Kreuzzug, den Hermann von Salza mit dem Kaiser im September 1228 antrat, ließ es zunächst zur energischen Inangriffnahme der preußischen Angelegenheit durch den Orden nicht kommen. Das ist gewiß nicht im Sinne des masovischen Herzogs gewesen und ebenso wenig des Bischofs Christian, denen beiden die Befriedung des heidnischen Preußenlandes ein dringendes Bedürfnis sein mußte. So kam es, da eben offenbar Eile not tat, zur Gründung eines anderen Ordens, der den Kampf gegen die Heiden beginnen sollte. Wann diese Gründung stattfand, ist nicht ganz sicher, indessen hat es große Wahrscheinlichkeit, daß sie erst in dieser Zeit (1228) stattfand, das wird seit Toeppens überzeugenden Darlegungen¹⁾ heute allgemein angenommen, da Dusbürgs Angaben²⁾ bei der Unzuverlässigkeit seiner Chronologie hier wenig in Frage kommen. Die Gründungsurkunde freilich besitzen wir nicht, ich vermag Toeppen nicht zuzustimmen, wenn er die Urkunden, in denen Konrad von Masovien und der Bischof Günther von Ploetz den Orden mit Land dotieren, als „augenscheinliche Gründungsurkunden“ bezeichnet³⁾; mir scheinen sie vielmehr die allerdings erst unmittelbar vorher stattgehabte Gründung schon vorauszusetzen. Daß Konrad der Stifter des Ordens war, ist in ihnen nicht gesagt. Dusbürg läßt freilich den Orden de consilio Christiani gegründet werden, aber seine Angaben sind doch nicht ganz präzise. Läßt sich doch aus ihnen, wie schon Toeppen bemerkte, nicht einmal erkennen, ob es sich um die Verpflanzung eines Teiles der livländischen Schwertbrüder nach Masovien oder um eine Neugründung nach dem Vorbilde des livländischen Ordens handelte⁴⁾. Wir werden daher mehr Gewicht auf die Urkunden legen dürfen, und hier kommt nun zunächst die Urkunde Gregor IX. vom 28. Oktober 1228 in Betracht, in der er den fratres militie Christi

1) Scr. rer. Pruss. I, 35, A. 2.

2) II, 4 ebenda.

3) Ebenda Anm. 4.

gründung des Ordens der Ritter Christi gar keinen Anteil, da er nicht einmal unter den Zeugen (nämlich der Dotationsurkunden) genannt wird.“ Warum mußte er denn durchaus bei diesen Urkunden als Zeuge unterschreiben? und vor allem: die päpstliche Bestätigung der Stiftung erweist ihn als Stifter. R. will ordinari ibidem anders übersetzen, er habe den Orden dort (in sein Bistum) eingeführt, angesetzt, nachdem er nämlich von Konrad schon gegründet war. Das läßt sich aber doch unbefangenerweise aus dem Texte nicht herauslesen. Bischof Christian ist der Stifter¹⁾. Dann freilich erweist sich alles das als lustiges Gebilde der Phantasie, was R. aus der angeblichen Gründung Konrads folgert. Er habe ihm erstens eine Stütze gegen den deutschen Orden werden sollen, wenn dieser sich feindselig gegen ihn verhalte (von dessen Verhalten in Ungarn habe er wahrscheinlich eben damals Kunde erhalten), und er habe zweitens für ihn Preußen erobern sollen. Ersteres ist, selbst wenn Konrad der Stifter wäre, lediglich eine unbewiesene Behauptung, und das zweite folgt doch nicht aus den Wendungen *militaris contra Prutenos . . . militiam ad expugnandum paganos in Pruscie partibus constitutos*. Es ist doch recht — naiv, jede Eroberung als Eroberung für Konrad aufzufassen.

Wenn nun auch R. die Urkunden, die zugunsten des Dobriner Ordens ausgestellt sind, in der oben angegebenen Weise verwertet, so steht es für ihn doch fest, daß sie so, wie sie uns erhalten sind, nicht echt sind. Dabei handelt es sich um zwei:

1. In einer Urkunde, d. d. 4. nonas (4. Juli) 1228 bei Plock, schenkt Konrad von Masovien²⁾ mit Zustimmung seiner Söhne dem Orden der Ritter Christi die Burg und Gebiet Dobrin zwischen den Flüssen Chamenyja und Cholmenica und die zwei kujawischen Dörfer Dab und Szadlowice und gewährt ihnen die Zollfreiheit in seinem Gebiet. In derselben Urkunde tritt Günther, Elect von Masovien, ihnen mit Zustimmung seines Kapitels das Kirchdorf Dobrin und die dazu gehörigen Werder ab, ebenso den Zehnten von den deutschen, nicht aber den polnischen Bewohnern der genannten Gebiete. Dazu tritt ihnen das Kapitel das Dorf Wiffin ab.

2. In einer anderen Urkunde³⁾, die das Datum VI non. Jul = 2 Juli und ebenfalls die Ortsangabe bei Plock zeigt, schenken der Bischof Günther von Masovien zu Ehren der von den Heiden schwer

1) Vgl. Plinski S. 8 ff.

2) U.-B. Nr. 67.

3) U.-B. Nr. 66.

verschiedenartige gewesen, so hießen die livländischen Schwertbrüder *fratres militie Christi*, *frates militie in Livonia* oder *de Livonia*, aber auch *milites Rigenses*, *milites Christi*, eine Bezeichnung übrigens, die sich auch für die Templer findet¹⁾.

3. Es sei nicht recht begreiflich, wie der Bischof darauf komme, nach der Erwähnung des von Konrad geschenkten *castrum Dobrincum terra ab eodem territorio nuncupata* noch den Zusatz hinzuzufügen: *id est, quicquid inter fluvios Cam. et Chelm. a Wyzla usque in Prussiam continetur*. Im Gegenteil, es lag sehr nahe, daß der Bischof auch seinerseits gleich das Gebiet nochmals genau bezeichnede, in dem der Orden das Kirchenpatronat usw. haben sollte. — Es sei ferner ganz unverständlich, wenn Günther schreibe, der Herzog habe diese Schenkung gemacht *nihil sibi retinendo perpetuo*. In Konrads Urkunde heiße es aber nur: *hereditarie sub pleno iure libertatis perpetuo possidendum*. Ganz genau war diese Wiedergabe in der That nicht, obwohl die Ausdrücke nicht so sehr weit dem Sinne nach voneinander verschieden sind. Wenn *nihil* nicht räumlich gesagt wird, sondern übersetzt wird: „in dem er sich kein Recht dort vorbehielt“, so ist's jaß dasselbe wie *sub pleno iure libertatis*. Und im Falle, die Wiedergabe wäre nicht genau, sind denn Urkunden, wo sie auf andere Urkunden anspielten, immer ganz genau, zumal in solch einem Falle, wo es nicht so sehr darauf ankommt? Ein solcher Fall liegt ja auch hier vor, die Rechte, die Konrad dem Orden eingeräumt hatte, wurden ja auch durch seine eigne Urkunde bezeugt, nicht durch die des Bischofs, der sie nur nebenher erwähnt. R. fragt: Was ging das alles Günther an? Gewiß, nötig war es nicht, daß Günther diesen Satz brauchte, aber wenn jede Urkunde unecht sein soll, in der sich ein überflüssiger Satz findet, dann läme man sehr weit.

4. Es sei wunderbar, wenn der Bischof, dem Orden die Wahl der Kapellane zugestehend, hinzufüge: *electos repraesentent episcopo vel archidiacono sed nec episcopus vel archidiaconus contradicant*. Da der Bischof selbst der Aussteller sei, so müßte man wohl mit Recht erwarten: *nobis, nos, et successoribus nostris*. Ohne Frage hätte sich der Bischof auch so ausdrücken können. Aber ebensogut konnte es es unpersönlicher lassen und statt „wir, unsere Nachfolger“, an den jeweiligen Bischof denkend, sagen *episcopus*, wie er ja auch vom *archidiaconus* spricht. Das eine war so gut möglich wie das andere und die Sache gar nicht wunderbar. Nicht anders steht es mit der Bemängelung der

1) v. Bunge, Der Orden der Schwertbrüder, Leipzig 1875, S. 14, Anm. 28.

bezug auf Preußen. Christian war Bischof von Preußen, und es lag offenbar nicht in seiner Absicht, die weltliche Herrschaft in Preußen dem Orden zu überlassen. Es ist zwar kein Zweifel, daß Christian ein formelles Recht auf Preußen nicht besaß; zwei Gebiete in Preußen, Ransania und die Loebau, besaß er durch Schenkung, aber das waren eben nur zwei Grundherrschaften, der politische Besitz des gesamten Landes war ihm niemals in Aussicht gestellt. Aber andererseits ist bereits von Plinski¹⁾ m. E. sehr richtig betont worden, daß Christian, der offenbar nicht ohne politischen Ehrgeiz war, wohl Gründe hatte, anzunehmen, daß nach aller Billigkeit Preußen ihm gehöre. Ihm war die Leitung der Kreuzzüge in die Hand gegeben, ja ohne seine Zustimmung sogar den Kreuzfahrern das Betreten des preußischen Bodens verboten worden.

Ronrad von Masovien hatte im Jahre 1228 auf die Landeshoheit im Kulmerlande, wie wir annehmen, nicht verzichtet, als er dem Orden sei es einige Güter, sei es das ganze Land überließ. Gerade aber die unabhängige Herrschaft in ihm erstrebte der Orden. Ferner hatte sich Ronrad 1228 nicht über das Preußenland geäußert, gerade auf den direkten Verzicht Ronrads legte aber der Orden Wert, die Frage sollte nicht offen bleiben, sondern so wie er sie schon 1225 aufgefaßt hatte, entschieden werden.

Mit diesen Gesichtspunkten und Absichten führte der Orden, wie wir wohl annehmen können, die Verhandlungen. Über das Kulmerland kam er schnell zum Ziele. Christian verzichtete zugunsten des Ordens auf all seinen Besitz im Kulmerlande, mochte er ihn gekauft oder durch Schenkung des masovischen Herzogs oder des Plocker Bischofs erhalten haben. Über diese Abmachungen liegen uns zwei urkundliche Zeugnisse aus dem Jahre 1230 vor und außerdem wird in späteren Urkunden auf Abmachungen Christians mit dem Orden über das Kulmerland Bezug genommen.

1. In einer Urkunde ohne Siegel, Datum und Ort 1230²⁾ erklärt Bischof Christian, er habe dem Orden alles vom Herzog Ronrad und der Plocker Kirche ihm gegebene oder von ihm angekaufte Land im Kulmerlande abgetreten, ut ipsi mihi et omnibus meis successoribus sint parati contra paganos pugnaturi. Sie hatten ihm daher von jedem Pfluge ein Maß Weizen und ein Maß Gerste zugesagt und ferner fünf Höfe, jeder fünf Pflüge groß. Es ist nicht mit absoluter Sicherheit

1) S. 60 ff.

2) U.-B. Nr. 73.

also wohl 1239, als er sich zu seiner Klageschrift gegen den Orden anschickte. Wenn freilich beanstandet wurde, daß Konrad in der Urkunde als dux Lancicie bezeichnet werde, was für 1230 nicht passe, so hat m. E. Pliniski¹⁾ nicht Unrecht, wenn er bemerkt, daß ihm, der die Vormundschaft über seinen Neffen usurpiert hatte, von den Äbten sehr wohl dessen Titel gegeben werden konnte. Und wenn man gemeint hat, der Orden habe unmöglich übernehmen können, tam feudales quam ceteros (homines ejusdem episcopatus sc. Culmensis) fovere ac defensare, da der Bischof damals gar keine Lehnleute im Kulmerlande gehabt habe, so läßt sich mit Pliniski dagegen bemerken, daß er während der Anwesenheit des Kreuzheeres 1222/23 im Kulmerlande sehr wohl Lehen ausüben konnte, deren Besitzer durch die dann wieder beginnenden Preußeneinfälle doch nur de facto, nicht de jure, depossedierte waren und nach wie vor der Fürsorge des Bischofs unterlagen. Indessen weisen die Wendungen de terris tunc arabilibus — proventibus que tunc fuerunt auf eine spätere Beurkundung und vor allem: Warum stellten denn der Orden und Christian nicht wie sonst selbst sich ihre Urkunden aus, weshalb dann die ungewöhnliche Form eines Zeugnisses der Äbte, die sich als mediantes und cooperantes bezeichneten? Das hat doch nur einen verständlichen Sinn, wenn die Urkunden der Nächstbeteiligten nicht vorhanden sind und nun Zeugen jener Abmachungen das erweisen müssen, was zu bezeugen eigentlich den Urkunden der Kontrahenten oblag. Ich zweifle nicht, daß es bei Perlbachs Auffassung bleiben wird. Aber wenn nun die Urkunde als späteres Zeugnis über im Januar 1230 in Leslau stattgehabte Abmachungen echt ist, woran wir nicht zweifeln, so fragt es sich noch, ob das Zeugnis an sich wahr ist. Sind solche Abmachungen 1230 getroffen worden? Perlbach zweifelt nicht daran, daß die Äbte mala fide etwas bezeugten, was 1230 nicht abgemacht war. Ähnlich steht R., nur hätten sich seiner Ansicht nach die Äbte den Inhalt der Urkunde nicht glatt erfunden, sondern einen Entwurf Christians aus dem Jahre 1230, allerdings ebenfalls mala fide, als einen Vertrag hingestellt. Perlbach hat besonders darauf hingewiesen, daß das, was der Orden nach der Urkunde 1230 versprochen haben solle, zum Teil mit den tatsächlich eintretenden Verhältnissen im Widerspruch stehe. Aber mir scheint es, daß manche der von Perlbach hervorgehobenen Punkte durch Pliniski²⁾

1) a. a. O. S. 63 Anm.

2) S. 61 Anm.

Die Größe der vom Orden Christian zu überweisenden Güter stimmt ebenfalls überein, denn wie schon Weber¹⁾ nachgewiesen hat und seitdem mehrfach hervorgehoben ist, sind 600 mansi (Hufen) soviel wie die 200 + 25 Pflüge des Leslauer Vertrages. Nach dem Inhalte könnte also angenommen werden, der Legat spreche von den Leslauer Abmachungen. Doch erheben sich Schwierigkeiten.

1. Der Papst Innozenz IV. sagt (U.=B. 144) in einer Bulle vom 30. Juli 1243, wenn Christian aus der Zahl der vier von Wilhelm cirkumskribierten Diözesen die Kulmer wähle, so solle er sich mit dem begnügen, was die Abmachung enthalte, die darüber durch Christian selbst, den Legaten und die Ordensbrüder, sowie die Einwohner des Landes vereinbart sei. Danach wäre bei jenem Vertrage Wilhelm von Modena zugegen gewesen. Dieser befand sich aber 1230 im Januar nicht in Preußen. Also hat man gemeint, könne der Leslauer Vertrag nicht gemeint sein.

Doch hat schon Reh²⁾ hervorgehoben, daß der Legat selbst von seiner Mitwirkung nicht spreche, was er doch unfraglich getan hätte, wenn eine solche vorhanden gewesen wäre. Offenbar aber meine der Papst denselben Vertrag, wie Wilhelm selbst. Es sei eine auch sonst nicht seltene Ungenauigkeit der päpstlichen Bulle in der Wiedergabe einer ihr vorliegenden Urkunde, und so hat sich auch Plinski geäußert³⁾. Ich glaube, mit vollem Recht.

2. Bedenklicher ist folgendes. Bei der Übereinkunft, von der Wilhelm spricht, haben die homines in eadem terra manentes mitgewirkt. Das ist nun in dem sog. Leslauer Vertrage, soweit sich sehen läßt, nicht der Fall. Danach könnte derselbe also nicht gemeint sein. Freilich könnte folgendes erwogen werden: die beiden Äbte, die im Interesse Christians ein Zeugnis über die Verpflichtungen des Ordens gegen diesen ablegten, hatten keine Veranlassung, noch die Mitwirkung der Einwohner zu erwähnen, es kam ihnen, da Christian gegen den Orden klagte, nur auf diesen an. Und ferner: Ist es nicht möglich, daß Wilhelm von Modena zwei Urkunden: 1) den consensus zwischen dem Orden und Christian 1230 und 2) die Kulmer Handfeste von 1233, die allerdings ein einseitiges Privilegium war und nicht auf einem consensus beruhte, kurz zusammenfaßte und nicht ganz zutreffend de consensu et voluntate episcopi Prussiae ac fratrum hospitalis s. M. Th. et hominum in eadem terra Culmensi manentium sprach?

1) Preußen von 500 Jahren S. 154.

2) S. Reh, Altpr. Monatschr. Bd. XXXI, S. 357.

3) a. a. D. S. 80 Anm.

dominus braucht doch nicht eine politische Unterordnung vorauszusetzen, und die Verpflichtung, den Bischof aufzunehmen, ist doch eine sehr nahe-
liegende und durchaus nicht demütigende. So will mir doch scheinen,
daß kein rechter Grund ist, anzunehmen, der Orden habe derartige Be-
dingungen nicht zugestehen können. Der Orden mußte doch mit der
Tatsache rechnen, daß Christian nun einmal im Lande besitzlich war.
Ohne weiteres beseitigen konnte er ihn doch nicht. Er erreichte dadurch
schon sehr viel, daß ihm der Bischof seinen gesamten Besitz im Kulmer-
lande abtrat. Allerdings überließ der Orden ihm wieder seinerseits be-
stimmte Besitzungen, aber es ist doch ein sehr bedeutsamer Unterschied:
Bisher hatte Christian solche titulo emptionis, oder durch Verleihung
Konrads von Masovien oder des Bischofs von Ploetz — von nun ab
nur durch Verleihung des Ordens. Damit war für den Orden natürlich
eine viel günstigere Rechtslage geschaffen, Christian in eine prinzipiell
größere Abhängigkeit von ihm gebracht worden. Dafür überließ der
Orden ihm die Ehrenvorrechte und übernahm die anderen oben an-
gegebenen Verpflichtungen gegen ihn. Und daß Christian zu diesem
Vertrage sich bereit fand, ist nach dem oben gesagten wohl begreiflich!
Es liegt nahe, anzunehmen, daß er seine Rechte im Kulmerlande
beschränkte, um desto eindringlicher auf seinen Plänen auf Preußen
zu bestehen.

Jedenfalls scheint nicht zweifelhaft, daß ein Vertrag zwischen
Christian und dem Orden zustande kam, bei dem dieser das Kulmerland
zum größten Teile gewann.

5) Der deutsche Orden und Konrad von Masovien 1230.

Dieselbe Ordensgesandtschaft, die den Leslauer Vertrag schloß, hat
wohl auch mit Konrad von Masovien über das Kulmerland eine
Vereinbarung getroffen. Daß und warum die Urkunde von Beze den
Hochmeister nicht befriedigen konnte, ist schon oben dargelegt. Es kam
aber noch ein Moment dazu, das ein neues Übereinkommen mit Konrad
direkt notwendig machte. Es ist m. E. von Plinski sehr richtig hervor-
gehoben worden. Christian durfte über seine ihm und seinen Nachfolgern
1222 von Konrad von Masovien geschenkten Gebiete nicht ohne weiteres
disponieren. Dazu war, da die Schenkung doch nur dem Bistum zugefallen
war, bei der Weitergabe an einen Dritten der Konsens des ursprüng-
lichen Eigentümers nötig. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die Ur-
kunden Konrads über das Kulmerland aus dem Jahre 1230 zu be-

1. h. da, wo man sie erwarten muß. Nach Rentrjński²⁾ soll sie aber eine Fälschung des Ordens sein, und dafür führt er äußere und innere Gründe an:

Ausschlaggebend ist für ihn die Besiegelung. Angekündigt werden in der corroboratio das Siegel Konrads, sowie Unterschriften und Siegel des Bischofs Michael von Kujavien, Bischof Christians von Preußen, des Pacoslaus senior, des Grafen Dirfitrag, des Kanzlers Nikolaus, des Kanzlers Mag. Johann, des Unterkanzlers Gregor. Von diesen Siegeln findet sich aber keines, wohl aber das des Bischofs Günther von Plock, wie denn auch ganz am Ende der Urkunde die Worte stehen: Ego Gunterus episcopus Mazov. subscribo. Besonders nimmt R. Anstoß am Fehlen des Siegels Konrads. Dieses war in dem Falle nötig, um der Urkunde Rechtskraft zu geben, nie hätte der Orden eine unbefiegelte Urkunde angenommen! Daß der Herzog den Bischof Günther beauftragt habe, in seinem Namen zu siegeln, sei nicht anzunehmen, da er ja ein eigenes Siegel besaß und ein solcher Auftrag jedenfalls im Texte vermerkt worden wäre. Auch hätte schwerlich nur eine Person solch einen wichtigen Auftrag erhalten. Dazu komme das gar nicht angekündigte Siegel Günthers, der mit der Urkunde gar nichts zu tun habe. Ohne Frage ist das etwas Auffallendes, aber Perlbach hat es schon ausreichend dadurch erklärt, daß Günther zur Zeit der Konzipierung der Urkunde nicht anwesend war, später hinzukam, unterschrieb und sein Siegel anhing¹⁾. Ob er die Worte: Ego Gunterus episcopus Mazov. subscribo selbst geschrieben hat oder sie hat schreiben lassen, ist nicht absolut sicher. Doch da die Worte, wie das Facsimile (4) bei Perlbach zeigt, von derselben Hand geschrieben sind, wie die ganze Urkunde, so müßte man, wenn jene von Günther herrühre, annehmen, daß er die ganze Urkunde mundiert habe. Und da das wenig wahrscheinlich ist²⁾, so liegt es näher, daß Günther den betreffenden Passus nicht persönlich geschrieben habe. Natürlich sollte Günthers Siegel nicht als einziges an die Urkunde geknüpft werden, um die Garantie für die Authentizität der Urkunde zu liefern, das wäre in der Tat nicht möglich gewesen, aber es sollten eben die anderen Siegel noch hinzugefügt werden. Das unterblieb zunächst aus nicht näher bekannten Gründen; vielleicht sollte es nachgeholt werden, sobald der Hochmeister sich mit der Urkunde einverstanden erklärt hatte.

2) S. 139 ff.

1) Auch in deutschen Urkunden, die von einer Privatperson ausgestellt und nur von einem Bischofe besiegelt sind, fehlt zuweilen die Ankündigung der Besiegelung. S. Breslau, Urkundenlehre S. 536, Anm. 5.

2) Plinski S. 22.

keine Gnade vor Retzypniskis Augen: die Ordensgesandtschaft hat sie gefälscht¹⁾. Wie steht es nun mit der Überlieferung? Das Original hat sich erhalten, und zwar hat es sich früher da befunden, wo man es zu vermuten hat: im Ordensarchive. Aus ihm ist es dann ins polnische Reichsarchiv gelangt. Transsumpte haben sich aus den Jahren 1414, 1419, 1421 erhalten, nämlich von den Bischöfen Johann (1414) und Gerhard (1419) von Pomesanien und dem Bischofe Johann von Kulm gemeinsam mit Gerhard von Pomesanien (1421). Das Transsumpt von 1421 gibt nach den Mitteilungen der Herausgeber des Urkundenbuches an, daß an der Urkunde zwei Siegel hingen, nämlich das Konrads von Masovien und eines Bischofs, also entweder Christians von Preußen oder Michaels von Kujavien, denn diese stehen an der Spitze der Zeugen, zu denen außer ihnen noch der kralauische Kanzler Mag. Johannes, der Unterkanzler Gregor und der Priester Heinrich gehören. Danach ist am Äußeren der Urkunde nichts verdächtig. R. glaubt aber ein äußeres Merkmal anführen zu können, das die Urkunde verdächtigen soll: das Pergament derselben sei offensichtlich aus einem Roder herausgeschnitten, wie dies die Buchstabenfragmente bewiesen, die den ganzen oberen Rand einnehmen. Dieses Argument besagt aber nichts: es ist durchaus erklärlich, daß man sich im Augenblicke nicht anders helfen konnte, weil etwa alles andere vorhandene Pergament verbraucht war. Beschaffenheit und Zurichtung des Pergaments bieten überhaupt wenig zuverlässige Anhaltspunkte für die Kritik der Urkunden. Es kann sich sehr wohl um eine Ausnahme handeln, die in besonderen Verhältnissen ihren Anlaß hatte; so gewandte Leute, wie die Ordensritter, hätten für eine Fälschung auch schwerlich ein Pergament gewählt, das sie ohne weiteres verraten mußte. Und vor allem: die beiden Siegel geben der Urkunde die erforderliche Beweisraft. R. behauptet freilich schlechtweg, ihm scheine es fraglich, ob die 1421 erwähnten Siegel überhaupt existiert haben. Eine solche Verdächtigung der transsumierenden Bischöfe muß doch irgendwie begründet werden, aber solcher Mühe überhebt sich R., er dekretiert kurz: es ist fraglich. Ich habe das im Königsberger Staatsarchiv erhaltene Transsumpt von 1414 (1. Juni, Marienburg) eingesehen und gefunden, daß auch damals der Transsumpt Siegel an der Urkunde sah. Der Bischof Johann von Pomesanien erklärt nämlich: „personaliter constitutus Michael Küchmeister magister generalis . . . habens ac tenens suis manibus quandam literam illustris principis ac domini domini ducis Masoviae et Cuiaviae cum appensione sigillorum

1) S. 145.

werden konnten. Indessen ist diese Urkunde von den meisten der neueren Forscher als Fälschung verworfen worden. Schon Kethwisch¹⁾ tat es. In der Urkunde sei auf eine Schenkung Konrads von Masovien Bezug genommen; damit könne, da die undatierte Schenkungsurkunde nicht echt sei (U.-B. 75), nur die Kruschwitzer gemeint sein; diese sei aber erst im Juni ausgestellt (U.-B. 78), also sei die Urkunde, die am 17. März schon darauf Bezug nehme, eine ungeschickte Fälschung. Dieses Raisonnement ist nicht zutreffend, denn der Plocker Bischof könnte an die Schenkung vom April 1228 gedacht haben, und es hat ferner die Unechtheit der undatierten Urkunde des Jahres 1230 (U.-B. 75) zur Voraussetzung, die in keiner Weise bewiesen ist. Die Urkunde ist im Original nicht erhalten, wir kennen sie nur aus späteren Urkunden, einem undatierten Vidimus zweier Kulmer Geistlicher und aus dem Vergleiche, den 1257 Nov. 19. Bischof Andreas von Plock und sein Domkapitel mit dem Landmeister Gerhard über die dem Orden durch den Bischof Gänther verliehenen Rechte im Kulmerlande abschlossen²⁾. In dieses Instrument ist die Urkunde vom 17. März 1230 inseriert. Eine genauere Beschreibung dieser Urkunde und ihrer Siegel findet sich an beiden Stellen nicht, wir können also über das Original nichts Genaueres aussagen; die Bemerkung der Herausgeber des preussischen Urkundenbuches freilich, ein Original scheine nie existiert zu haben, findet in dieser Lage der Überlieferung noch keine direkte Stütze. Perlbach³⁾ fand an der Ausdrucksweise der Schenkung manches auffallend: den pluralis maiestatis, die Form Prusci statt Prutheni, sigillum chorale statt sigillum capituli, gab aber zu, daß diese Sonderbarkeiten nicht hinreichten, um die Urkunde zu verdächtigen. Aber die Unechtheit ergebe sich — so hatte schon Kethwisch deduziert — aus dem Inhalte, der mit der Situation unvereinbar sei: durch den Lonyzer Vertrag von 1222 hatte der Bischof von Plock ja allen seinen Besitz und alle seine Rechte an Christian von Preußen abgetreten. Wie konnte er sie jetzt dem Orden überlassen und wie gar sich die Weihrechte vorbehalten? Daraus ergebe sich, daß es sich um eine Fälschung handle, die 1257 mit der Absicht entstand, die Rechte des Ordens auf das Kulmerland direkt zu erweisen und zugleich dem Kulmer Bischöfe nur die Rechte eines Weihbischofs zu lassen. R. schließt sich Perlbach⁴⁾ ganz an. In der Tat ist die Erklärung,

1) S. 65.

2) Urkundenbuch des Bistums Kulm Nr. 52.

3) S. 90.

4) S. 118, 180.

Die Urkunden, die die Ordensgesandtschaft dem Hochmeister überbrachte, haben seine volle Zustimmung nicht gefunden. Jedenfalls hören wir, daß es im Sommer 1230 zu neuen Verhandlungen des Ordens, jedenfalls mit Konrad von Masovien, kam. Ihr Ergebnis ist ein im Juni zu Kruschwitz von ihm dem Orden gegebenes Privilegium (U.-B. 78). In diesem verleiht Konrad das Kulmerland mit den schon in der undatierten Urkunde Konrads (U.-B. 75) bezeichneten Grenzen (Drewenz, Ossa, Weichsel), wobei eine große Anzahl weitgehender Vorrechte dem Orden eingeräumt wird, Vorrechte, die in der Hauptsache dem entsprechen, was in deutschen Territorien das Wesen der Landeshoheit ausmacht. Auch diese Urkunde hält R. für unecht, und er kann sich darauf berufen, daß auch die meisten deutschen Forscher — Rohmeyer, Wölky, Perlbach — diese Ansicht teilen. Wir gehen auf die Urkunde genauer ein, weil wir sie im Gegensatz zu jenen mit Plinski für echt halten. Konrad von Masovien übergibt in ihr dem deutschen Orden das ganze Kulmerland zwischen Weichsel, Drewenz und Ossa zu wahren und ewigem Eigentum mit vollem Rechte, aller Freiheit, Früchten und Nutznießungen, dazu Bergwerk-, Jagd-, Fischereiregal, Münzrecht, Zollrecht, die volle Jurisdiktion u. a. m., ferner alle weiteren Eroberungen, die der Orden machen werde. Als Grund seiner Verleihung gibt Konrad seine Hoffnung an, daß die Ritter die Preußen und andere Heiden, die einen großen Teil seiner an sie grenzenden Gebiete verwüstet hätten, mit Gottes Hilfe besiegen würden. Angeführt wird die Zustimmung seiner Gattin Agaphia und seiner Söhne Boleslav, Kasimir und Semovit. Diese Urkunde hat sich bekanntlich im Original nicht

nostrum doch nicht so fernliegend, daß sie nur durch Entlehnung aus einer anderen Urkunde erklärt werden könnte. Daß beide Urkunden die Schenkungen Konrads erwähnen, ist ebenso selbstverständlich, wie die Hervorhebung der Preußeneinfälle, da beide nach der allgemeinen Auffassung, die R. m. G. in keiner Weise erschüttert hat, stattgefunden haben. Daß auch unsere Urkunde (wie die angebliche Vorlage) die Bezeichnung *milites Christi* braucht, dann aber mit *videlicet fratres de domo Theutonicorum* erklärt, kann sich ganz einfach so erklären, daß *milites Christi* hier ganz allgemein als Ritter Christi gebraucht wird. Unter den *religiosam vitam eligentibus* überhaupt, die zu fördern seien, werden *maxime milites Christi, qui personas suas pro Christi amore periculo supponere non formidant*, d. h. ritterliche Mönche, hervorgehoben und das durch die hinzugefügte Erklärung auf den besonderen Fall angewandt. Daß die Bezeichnung *milites Christi* nicht nur ausschließlich für den einen Orden gebraucht wurde, ist übrigens schon oben (S. 39) bemerkt worden. — Die Begrenzung des Kulmerlandes in unserer Urkunde durch die drei Flüsse entspricht der Lonyger Schenkungsurkunde, die nur R. in beiden Redaktionen für unecht hält. —

hätte der Orden keinen Grund gehabt, dieselbe so ängstlich zu bewahren, so lange Konrad am Leben war.“ Vor 1257 habe sich der Orden kein Transsumpt ausgebenen. Diesem Haupteinwande Perlbachs gegenüber muß mit Plinski betont werden, daß der Orden sie doch mindestens 1234 dem Papste vorgelegt haben muß, ehe dieser den Orden in seinen Schutz nahm. Der Papst ließ sie sich präsentieren und in seine Regesten inserieren, um eine äußere Rechtsgrundlage für seinen Schritt zu besorgen. Daß der Orden sich dann erst 1257 ein Transsumpt ausbat, erklärt sich doch unge sucht daraus, daß er vorher keins brauchte¹⁾. Er mußte es sich aber 1257 erbitten, weil er 1234 ein Original wohl nicht zurückerbeten oder zurückerhalten hatte. In den Jahren nach 1235 hatte der Orden auch gar keine Veranlassung, von der Urkunde Gebrauch zu machen, da er ja von Konrad im Besitze des Kulmerlandes und Preußens anerkannt worden war. Es läßt sich also auch nicht behaupten, daß er aus der Existenz der Urkunde ein Geheimnis gemacht habe²⁾. — Was ist denn an der Urkunde so besonders und auffallend? Sie bringt weittragende Rechte, weit größere als sie sonst in Urkunden Konrads begegnen. Gewiß, das ist zuzugeben. Plinski meint, das sei erklärlich, weil „das das einzige Dokument sei, in dem Konrad einen bedeutenden Landesteil an eine fremde Macht abtritt und ihn von der polnischen Oberhoheit für immer löslöst“, ich glaube, weil das Konzept der Urkunde vom Orden dem Herzoge vorgelegt worden ist, damit in ihr im wesentlichen alles enthalten sei, was der Hochmeister schon 1226 wünschte. Dabei ist nicht festzustellen, ob das Konzept in der kaiserlichen Kanzlei oder in der des Hochmeisters hergestellt worden ist, oder ob die Gesandten, die mit juristischen Kenntnissen, der Kanzleisprache usw. wohl vertraut gewesen sein dürften, es entwarfen, natürlich nicht ohne Benutzung sonst in Polen üblicher Verleihungsurkunden. Dieses Konzept wurde vom Herzoge, der den Orden ja nötig hatte, akzeptiert. Diese Annahme erklärt auch, weshalb die Urkunde eine juristische Kenntnis

1) Bischof Christians Verzicht auf den Zehnten im Kulmerland vom 3. Mai 1228 (U.-B. 65) konfirmiert der Papst Alexander IV. erst am 21. Januar 1260. Siehe Kulmer U.-B. Nr. 57. Vorher hat der Orden eben keine Konfirmation nötig gehabt.

2) Auch die anderen Bedenken Perlbachs (gegen die Wendung: *quorum exinde speratur conversio*, sowie dagegen, daß der Herzog ohne jeden staatsrechtlichen und privatrechtlichen Vorbehalt das Land abtrat, sowie daß Günther, obwohl jünger als die anderen Bischöfe, an erster Stelle als Zeuge aufgeführt sei) hat Plinski m. E. ausreichend erklärt.

Aber ebenso liegt es nahe, daß der Orden diese Auffassung nicht teilte, sondern nunmehr annahm, der polnische Fürst habe sich der staatsrechtlichen Zugehörigkeit des Kulmerlandes zu Polen begeben. Wir nahmen an, daß das Konzept nach den Weisungen des Ordens verfaßt ist, und können danach wohl folgern, daß die Urkunde den Wünschen desselben entspricht, die der Hochmeister schon Kaiser Friedrich dargelegt hatte. Diese zielten aber auf den von Polen staatsrechtlich getrennten Besitz des Kulmerlandes und Preußens. Und wie die kaiserliche Urkunde Preußen, das nie zu Polen gehört hatte, dem Kulmerlande gleich behandelte, so geschah es auch hier. So konnte der Orden wohl glauben, vom Herzoge eine seinen Wünschen entsprechende Urkunde erhalten zu haben. Er hat jedenfalls bald gezeigt, daß er ihr eine solche Deutung gab, indem er 1234 das Land dem Stuhle Petri auftrug und sich von ihm wieder verleihen ließ, was doch die Loslösung auch des Kulmerlandes von Polen zur Voraussetzung hatte¹⁾.

6) Die Urkunden des Jahres 1231 und 1233.

Im folgenden Jahre kam es — vor dem 21. März 1231 — auch zu neuen Abmachungen zwischen dem deutschen Orden und dem Bischof Christian; beide bezüglichen Urkunden sind, wie Perlbach²⁾ gezeigt hat, an dem Orte, den die eine angibt, ausgestellt: Rubenicht in Österreich. Es bleibt dabei nach Perlbach fraglich, ob Christian sich hierbei (durch seinen Bruder) vertreten ließ oder selbst anwesend war und zwar zum Zwecke der Zusammenkunft mit dem Hochmeister. R. konstruiert eine Reise des Bischofs nach Rom, um sich über den Orden zu beklagen, die aber erfolglos geblieben sei, da die Kurie ihm den Rat gegeben habe, sich den Wünschen des Ordens zu fügen. Jedenfalls war der Orden mit den Urkunden der Jahre 1228 und 1230, wie schon Perlbach hervorgehoben hat, nicht zufrieden. Man kann annehmen, daß die letzten Verhandlungen dem Orden gezeigt hatten, daß auch Bischof Christian auf Preußen als Leiter der Kreuzzugsbewegung ehrgeizige Absichten habe, und so schien eine Klarlegung der künftigen politischen Stellung Preußens erwünscht. Aber auch in bezug auf das Kulmerland war nicht alles

1) Daß der Papst auch das Kulmerland in seinen Schutz nahm, obwohl von ihm in der Urkunde (vom 3. August 1234, U.-B. 108) nicht direkt gesprochen wird, hat Plinski S. 52 Anm. gegen Waitz GG A III, 1858 S. 1789 durch den Hinweis auf die Urkunde Innozenz IV. vom 1. Febr. 1245 (U.-B. 160) m. E. klargestellt.

2) Preuß.-poln. Stud. I, 96.

bierte verliehen, dem Papste die Errichtung und Dotierung von Bistümern vorbehalten und für die Kirche als Anerkennung der päpstlichen Herrschaft ein jährlicher Zins ausbedungen wurde. Daß der Hochmeister die Urkunde veranlaßt hat, kann kaum zweifelhaft sein, auf den Bericht des Orden bezieht sich der Papst, als eine besondere Gnade für ihn stellt er in der arenga seinen Schritt hin¹⁾. Der Hochmeister hat seine Anwesenheit in Rieti benutzt, um die Urkunde zu erwirken. Die ganze geschichtliche Situation schließt es aus, daß dabei der Hochmeister dem Kaiser gegenüber einen Akt der Unfreundlichkeit begangen hat, daß er treulos gegen den Kaiser handelte, indem er ein Gebiet, das ihm dieser verliehen hatte, sich nun vom Papste verleihen ließ. Wir finden auch nachher den Hochmeister in der Umgebung des Kaisers als seinen Vertrauensmann, beauftragt mit den wichtigsten diplomatischen Sendungen, und dürfen wohl annehmen, daß die Urkunde im Einverständnisse mit dem Kaiser ausgestellt ist. Nicht darum handelte es sich, daß des deutschen Ordens baltische Besitzungen nicht mehr unter dem Reiche stehen sollten²⁾, sondern durch die päpstliche Belehnung wollte der Hochmeister eine Unterstützung und eine Rückendeckung gegenüber denjenigen erlangen, die ihm den unabhängigen Besitz des Kulmerlandes mit den Eroberungen in Preußen etwa streitig machen würden, und das konnten, wie die Dingen lagen, nur der Herzog Konrad von Masovien und der Bischof Christian von Preußen sein. Freilich deckte der Hochmeister nun seine Karten vollständig auf: Wir haben gesehen, daß die Kruschwiger Urkunde die Frage noch nicht ganz unzweideutig löste, ob das Kulmergebiet fernerhin noch als Teil des masovischen Staatskörpers angesehen werden sollte. Indem nun der Hochmeister das Land dem Papste auftrug und dieser es ihm mit der ausdrücklichen Bestimmung wiederverlieh, daß es nie der Herrschaft eines anderen unterstellt werden dürfe, so war offen ausgesprochen, daß der Orden die Kruschwiger Urkunde im Sinne der staatsrechtlichen Loslösung des Gebietes von Polen auffasse. Der Papst teilte die Urkunde alsbald

1) U.-B. Nr. 108: Vestro relatu didicimus. — Pietati proximum arbitramur, ut vos, qui . . . tollentes crucem secuti estis dominum crucifixum, omnem . . . favoris gratiam impendamus, und weiter: nos volentes, ut pro eiusdem acquisitione terre eo plenius vester animus invalescat, quo vos et existentes, ibidem fidei catholicae possessores a nobis obtinebitis gratiam specialem.

2) Über die historische Situation im August 1234 s. Schirmacher, Kaiser Friedrich II., Bd. II, S. 309 ff.

Weise an. R. freilich, für den diese Urkunden Fälschungen sind, ist natürlich der Meinung, daß der Orden sich nach einem anderen Besitztitel habe umsehen müssen und als solchen habe er die Urkunde über die Schenkung vorgelegt, die einst Konrad von Masovien und der Bischof von Ploetz zugunsten Bischof Christians im Jahre 1222 in Lonz vorgenommen hatten. Als Rechtsnachfolger des Bischofs konnte er das; da aber die ursprüngliche Stiftungsurkunde zu wenig für ihn enthielt, so interpolierte er sie. Diese Darlegungen R.s veranlassen uns, zum Schlusse noch auf

8) Die Lonzger Schenkungsurkunde

aus dem Jahre 1222 einzugehen¹⁾.

Als sich im Jahre 1222 die polnischen Herzöge Konrad, Leszek und Heinrich von Schlesien mit vielen Kreuzfahrern an den Grenzen Preußens befanden, äußerte Konrad den Wunsch, daß seine von den Preußen zerstörte Burg Kulm von den Kreuzfahrern aufgebaut würde. Da diese aber andere Aufgaben hatten, als im Interesse des polnischen Herzogs Burgen zu bauen, so bedurfte es dazu der Genehmigung des Mannes, in dessen Händen die Leitung des Kreuzzuges lag, des Bischofs Christian. Er erteilte sie und die Gegengabe war die Schenkung, die von Lonz²⁾, den 5. August 1222 datiert ist. Diese Urkunde hat sich in einer längeren und kürzeren Fassung erhalten, beide aber nicht im Originale.

Nach der kürzeren Fassung schenkte Konrad dem Bischofe 23 ehemalige Burgen (quondam castra), worunter von den Preußen inzwischen zerstörte zu verstehen sind, dazu 100 Dörfer im Kulmerlande. Der Bischof Gedlo von Ploetz fügte in derselben Urkunde von sich aus mit seinem Kapital noch hinzu Czarnowo und Papowo, sowie alle Dörfer und Besitzungen, und alle geistlichen und weltlichen Rechte, die sie einst im Kulmer Lande besessen hätten, d. h. doch vor seiner Verwüstung durch die Preußen besessen hätten. Das Kulmerland wird hier durch Drewenz, Ossa und Weichsel begrenzt. Auch gestattete Konrad, daß der Bischof Christian in der zu erbauenden Burg eine Residenz habe und ein Kloster errichte. Der jedesmalige Inhaber des Kulmerlandes solle die Einkünfte desselben mit dem Bischof teilen und dazu von seinen (privatrechtlichen) Besitzungen den Zehnten. Herzog Heinrich von Schlesien, der im Kulmerlande auch besitzlich war, werde sich über diese

1) U.-B. Nr. 41.

2) Die Namensform Lomicz verteidigt Kętrzyński S. 169.

scheint, die Sache rückt in eine ganz andere Beleuchtung, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß doch das Kulmerland zum großen Theile verwüstet und verödet war. Ein wirklicher, d. h. ertragbringender Besitz, der an Christian abgetreten werden konnte, war zur Zeit garnicht vorhanden, das Opfer also nicht so groß. Anderseits hatten der Herzog so gut wie der Plocker Bischof alles Interesse, den Weiter der Kreuzzüge zu fördern und seinen Wünschen zu entsprechen. Sein Interesse war in letzter Reihe auch das ihrige. Ein anderes Argument für seine Annahme bietet R. die Bestätigung der Schenkung durch Papst Honorius III. vom 18. April 1228 (U.-B. 44). Das was der Papst hier bestätige, decke sich gar nicht mit der Lonyger Schenkung. Schenke Gedto in der Urkunde *jura temporalia et spiritualia*, so spreche die Konfirmation nur von *jura spiritualia*, statt von 100 villae rede sie von quibusdam villis, die angeführten castra seien weit weniger zahlreich, als in der angeblichen Schenkungsurkunde. Die Rechte, die Christian in bezug auf Einkünfte und Zehnten erhält, würden vom Papste gar nicht genannt, auch die Siegel, die sich nach der Konfirmationsbulle an der Schenkungsurkunde befanden, deckten sich nicht mit der in der Urkunde angekündigten. Niemand wird bestreiten, daß die sehr kurze, nur 16 Druckzeilen umfassende Konfirmationsbulle den Inhalt der sehr langen und ausführlichen Lonyger Urkunde nur sehr unvollkommen wiedergibt. Aber es war, sollte nicht eine vollständige Wiedergabe oder Inserierung stattfinden, kaum anders möglich, jedenfalls wohl auch nicht anders beabsichtigt; es wird ja auf die bestätigte ausführliche Urkunde besonders hingewiesen: *sicut . . . in praedictis litteris plenius continetur*. Wir wissen zudem schon, wie wenig genau päpstliche Bullen in der Wiedergabe ihrer Vorlagen oft sind. So scheint auch dieses Argument zu fallen¹⁾. Die Folgerungen, die er an die Wendung knüpft: „Der Bischof und sein Kapitel hätten abgetreten, was sie im Kulmerlande einst gehabt hätten“ (*olim habuerunt*), sind vollends ganz haltlos²⁾. Die Ausdrucksweise war eine für das Jahr 1222 durchaus zutreffende; wie die castra als *quondam castra*

1) Wenn R. bemerkt (S. 173), die päpstliche Bulle schreibe den Ortsnamen *Gruzenz*, die Lonyger Urkunde *Grubenz*, und daraus folgert, daß die letztere nicht in Rom vorgelegen haben könne, da man dort nicht wissen konnte, daß das polnische *dz* sowohl durch *d* als auch durch *z* wiedergegeben werden kann, so übersieht er, daß wir gar nicht wissen, wie der Name in der Lonyger Originalurkunde geschrieben war, da wir sie nur durch ein Transsumpt kennen, das keineswegs in der Orthographie sich mit dem Originale gedeckt zu haben braucht.

2) S. 174: „Den Ausdruck *olim* gebrauchte der Fälscher von seinem Standpunkte aus nicht mit Unrecht, denn zu seiner Zeit war der Bischof von Plock seit ungefähr 10 Jahren nicht mehr im Besitz jener Rechte und Güter.“

als sich der Streit mit Konrad zuspitzte, war er mit seiner ersten Fälschung nicht mehr zufrieden. Er fabrizierte eine neue und nahm in die neu hergestellte Urkunde noch 12 Burgen auf, die sämtlich im Michelauer Gebiete lagen, denn es kam ihm darauf nun an, speziell seine Ansprüche auf dieses nachzuweisen. Das war aber ganz überflüssig, da schon die kürzere Fassung der Urkunde als Grenzen des Kulmerlandes Weichsel, Drewenz und Ossa angibt und innerhalb dieser auch das Michelauer Land liegt. Wenn endlich R. bemerkt, der Satz: *praeterea—condonavi* sei eingeschoben, um „den Raub der Loebau“ vorzubereiten, so ist das eine ganz unbewiesene und unbeweisbare Behauptung, die wahrscheinliche Erklärung für diesen Satz hat Perlbach¹⁾ gegeben. So ist es denn in keiner Weise wahrscheinlich gemacht, daß der Orden die längere Fassung veranlaßt hätte, wie es denn auch nicht nachgewiesen ist, daß sie sich jemals im Ordensarchive befunden hat. Daß der Orden dagegen das Transsumpt der kürzeren Urkunde als authentisch ansah, legt auch der Umstand nahe, daß er es anstelle des verlorenen Originals 1466 an Polen auslieferte.

Fassen wir das Ergebnis der weitläufigen Darlegungen zusammen, so erschienen uns sämtliche Urkunden, die der Orden gefälscht haben sollte, als echt. Nicht ein raffiniertes System von Fälschungen, sondern die Macht der Tatsachen, die Notwendigkeit für Konrad, den mächtigen, aber unentbehrlichen Orden zum Helfer zu gewinnen, hat schließlich dahin geführt, daß dieser vom Masowischen Herzoge 1235 erlangte, was ihm schon ein Jahrzehnt vorher als Ziel vorgeschwebt hatte.

Es ist kaum möglich, sich dem Eindrücke zu entziehen, daß für R. das Ergebnis seiner Arbeit von vornherein feststand: Nicht weil die Heimfuchung durch die Preußeneinfälle den Herzog Konrad von Masowien dazu zwang, sondern weil er der Lücke des deutschen Ordens zum Opfer fiel, hat er diesem das Kulmerland, Preußen u. a. abtreten müssen. Indem R. von dieser Überzeugung anging, suchte und fand er Momente, die ihm ein raffiniertes System von Urkundenfälschungen von seiten des deutschen Ordens zu erweisen schienen. Und bei seiner Voreingenommenheit hat er dann Dinge als solche Beweise angesehen, die sich zum weitaus größten Teile leicht anders erklären und mit der Echtheit der Urkunden sehr wohl vereinen lassen. Daß wir es aber in der Tat mit einer sehr weitgehenden Befangenheit des Verfassers zu tun haben, erweisen auch die ganze Tonart seines Buches und sein historisches Urteil. Sie zeigen uns aber auch

1 Preuß.-poln. Stud. I, S. 35 ff.

Serien von Urkunden geschmiedet worden“¹⁾, und es sind hochverehrte und wegen ihrer Frömmigkeit gepriesene Männer gewesen, die solche Mittel angewendet haben. So wurden Tausende von unechten Urkunden gefertigt, ohne daß man, wie es scheint, einen erheblichen Gewissensstrupel empfand, wenn nur ein guter Zweck damit erreicht werden sollte²⁾. Ist es nötig, auf die donatio Constantini, an die pseudoisidorischen Dekretalen hinzuweisen, um sich in Erinnerung zu bringen, wer an solchen Mitteln Anteil gehabt hat? Das Verhältnis der öffentlichen Meinung zu Wahrheit und Lüge ist jedenfalls in der ersten Hälfte des Mittelalters ein wesentlich anderes gewesen, als das moderne. Ellinger³⁾, der diese Dinge eingehend erörtert hat, glaubt freilich, daß in den ersten 30 Jahren des 13. Jahrhunderts ein Umschwung eingetreten sei, aber er gibt doch auch zu, daß eine strenge Zeitgrenze manches Mißliche hat. Und in der Tat, soweit es sich um die Urkundenfälschungen handelt, wird eine solche Grenze schwerlich anerkannt werden können. Bis in die späteren Zeiten des Mittelalters begegnen sie uns, und zwar bei Geistlichen und Weltlichen, zu Ehren von geistlichen Korporationen, Kirchen, Klöstern, aber auch zum Ruhm der fürstlichen Häuser. Soll an Rudolf von Österreich und das privilegium maius noch besonders erinnert werden? Und sind alle diese Fälscher der Abschaum der Menschheit gewesen?

Der deutsche Orden war eine geistliche Korporation und seine Mitglieder im Bannkreise der Anschauungen, die überhaupt für das Mittelalter charakteristisch sind. Jeder aber hat das Recht, mit dem Maßstabe seiner Zeit gemessen zu werden und daher muß das von R. auf Grund der angeblichen Urkundenfälschungen gefällte Urteil als unhistorisch abgelehnt werden.

Aber das alles sind ja bekannte Dinge. Dieselbe nationale Befangenheit, die R. beim Gange seiner Untersuchungen überhaupt geleitet hat, hat auch sein geschichtliches Urteil getrübt. Wäre R. der Beweis jener Urkundenfälschungen gelungen, ich wüßte nicht, was uns abhalten sollte, sie anzuerkennen. Das Urteil R.s würden wir deshalb noch lange nicht anzueignen berechtigt sein.

1) Breßlau a. a. O. S. 11. Vgl. auch Roth, Geschichte des Benefizialwesens S. 256, E. Dümmler, Pilgrim von Passau und das Erzbistum Lorch, bes. S. 170.

2) Berchthold, Die Landeshoheit Österreichs nach den echten und unechten Freiheitsbriefen (1862) S. 32, 33.

3) Ellinger, Das Verhältnis der öffentlichen Meinung zu Wahrheit und Lüge im 10., 11. u. 12. Jahrhundert (1884) S. 103.

hic sunt contrarie littere, quibus totum cessit ordini etc. Neque suum fuit dare aut repetere, sed potius illius, qui fuit dominus orbis, sub cuius monarchia terre infidelium existunt omnes. Ergo ista obligatio eciam si [extaret] rerum natura esset nullius momenti. In hoc omnem eorum fundant intentionem quoad Prusie partem etc. Dy nott fordert, das man an dy selben brief und segil eyn fleiszig ufsehen hab, dan ich halts gewysz da vor, quod sint false littere, de novo in antiquum carta et littera subobscura conscripte, sigillo forte alterius littere munite. Quia ad falsificandum litteras Masovitis vix pares invenietis. Expertus loquor que ipse vidi etc.

Geben eylend am montag etc. im etc.

Hans Lilientall.

Eigenhänd. Orig. mit Siegel, vielleicht a. d. J. 1511. Staatsarchiv Königsberg, Ordensbriefarchiv (um 1511). H. S. LXV a 70/a. Die Unterschrift ist Pseudonym des Fabian v. Loffainen, späteren Bischofs von Ermland, dessen Autograph das Schreiben ist.

II.

Fürst Johann Moritz von Nassau-Siegen als brandenburgischer Staatsmann (1647 bis 1679).

Von

Otto Höplich.

V o r b e m e r k u n g.

Die folgende Darstellung, die zuerst holländisch erschienen ist in dem „Oranischen Jahrbuch Je maintiendray“ (Haag 1905), ruht auf dem Material, das im 5. Bande der „Urkunden und Altenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg“ (herausgegeben von A. von Haeften, Berlin 1869) schon gesammelt bis 1666 vorliegt, und auf der von mir bearbeiteten (noch nicht gedruckten) Fortsetzung von 1666 bis 1697 in demselben Unternehmen. Außer den Staatsarchiven zu Berlin, Münster und Düsseldorf habe ich dafür auch die „Elev- und Märdische Briefschaften den Fürsten Johann Moritz betreffend, 1651 bis 1679“ im königlichen Hausarchiv im Haag benutzen dürfen, wozu Ihre Königliche Majestät, die Königin der Niederlande, gnädigste Erlaubnis gab. Auch hier sei dafür der ehrfurchtsvollste Dank abgestattet, wie auch dem Direktor des Hausarchivs, Herrn Professor Dr. Krämer, hier für seine gütige Unterstützung gedankt sei. — Die Biographie des Fürsten von Ludwig Driesen (Berlin 1849) ist gleichfalls herangezogen; sie erweist sich nicht überall als unbedingt zuverlässig und läßt überhaupt manches zu wünschen übrig.

I.

Als Graf Johann Moritz von Nassau-Siegen¹⁾ im Jahre 1647 in den Dienst des Kurfürsten von Brandenburg trat, ohne damit seine Ver-

1) Sein voller Titel: Geheimer Rat und Statthalter, Fürst zu Nassau,

Regalien, mit schuldigem Treuen, nach Anleitung ihrer Pflichten, damit sie Uns und unseren Nachkommen jederzeit sich verwandt zu machen schuldig, auch Unsere ihnen erteilte sonderbare instruction respiciren und beobachten sollen“. Nur die Anzeige an die Stände gestand der Kurfürst bei einem künftigen Wechsel in diesem zunächst für ihn so wichtigen Amte zu, nicht aber, trotz ihres lebhaften Verlangens, auch die Vereidigung seines neuen höchsten Beamten in Cleve und Mark auf die Rezeffe ¹⁾. Dieser aber stand über allen drei Behörden-Kollegien, der Regierung, der Amtskammer und dem Hofgericht, ihnen wie den Ständen und dem Lande gegenüber der eigentliche Repräsentant des Landesherrn, dazu noch besonders befähigt durch seinen Rang in dem hohen Adel Deutschlands und noch mehr, seit ihn die kaiserliche Ernennung 1652 in den Stand der deutschen Reichsfürsten eingereiht hatte.

Johann Moriz blieb auch nach diesem Eintritt in den brandenburgischen Dienst in seiner alten Stellung zu den Generalstaaten und zu Oranien. Ausdrücklich hatte der Kurfürst darum gebeten, da Johann Moriz so das gute nachbarliche Verhältniß zu den alliirten Generalstaaten erhalten könnte, und die Generalstaaten hatten dem gern zugestimmt. Er hat sich daher auch künftig im niederländischen Dienst bewährt. Wenn er als Oberbefehlshaber der Generalstaaten in den Feldzügen von 1665 und 1666 keine Lorbeeren davongetragen hat, so wußte jedermann, daß das nicht seine Schuld war, sondern die der staatlich Deputierten zu Felde, die ihm an die Seite gestellt waren. 1668 ist er dann niederländischer Feldmarschall geworden, und vor allem hat er in den Feldzügen seit 1672 trotz seines Alters noch Bedeutendes geleistet: 1672 die Befestigung des linken IJsselufers und die Sicherung von Muiden bis Gornichem, 1673 als Oberbefehlshaber in Friesland und Groningen, 1674 hat der Siebzigjährige sogar noch in der Schlacht bei Senef gegen Condé mitgefochten. Erst Anfang 1676 schied er unter dem Drucke des Alters und der Krankheit aus dem aktiven Militärdienst der Generalstaaten: auf sein Gesuch erteilte ihm Prinz Wilhelm die erbetene Erlaubnis, seinen Wohnsitz aufzuschlagen, wo er wolle, in einem freundlichen Schreiben vom 22. Februar 1676 ²⁾.

Wie erwähnt, war es der Wunsch des Kurfürsten, daß Johann Moriz im niederländischen Dienste blieb. Aber jener war doch sehr ungehalten, als sich dieser schon 1655 nach dem Tode Brederodes um die niederländische Feldmarschallstelle bewarb, er drohte ihm sogar, die

1) U.-A. V, 406, 578.

2) Driesen a. a. O. S. 344.

ziehung eines oder andern, dessen er sich am besten versichert zu seyn getrauet, eusersten fleißes in acht zu nehmen und alles gebührender maßen werckstellig zu machen.“ Danach war jetzt Spaen in militärischen Dingen neben den Statthalter gestellt, er war der gegebene Mittelsmann zwischen Kurfürst und Statthalter (was er später immer mehr wurde), und er hatte in Abwesenheit von Johann Moriz in dessen Vertretung zu handeln, ohne daß deren Formen zunächst näher bestimmt waren. 1662¹⁾ wurde aber schon genauer bestimmt, daß die Direktion des Miliz- und Kontributionswesens ausschließlich dem Statthalter und in dessen Abwesenheit dem General von Spaen zustehe. Damit war dem letzteren ein Einfluß und eine Anteilnahme an der Regierung gesichert, die immer stärker werden mußten, je mehr in den folgenden Jahren Johann Moriz von den clevischen Dingen abgezogen wurde. Deshalb sah es auch der Kurfürst nicht, wie 1655, besonders ungern, wenn der Statthalter seit 1665 wieder stärker von seiner niederländischen Stellung beansprucht wurde. Er freut sich²⁾, „das Ew. Ed. für iho das commando der frigsexpedition³⁾ aufgetragen worden ist, darzu Ew. Ed: ich viel gluck wunsche, bin damitt sehr woll zufrieden, undt streitet solches gar nicht gegen mein interesse, beuorab weiß wir iho ahn einen Seille mitt einander ziehen.“ Als Johann Moriz 1668 tatsächlich niederländischer Feldmarschall wird, erhebt der Kurfürst keine Schwierigkeiten, und als die Jahre 1672—1675 ihn gänzlich dem Lande fernhalten, wird niemals auch nur ein Wunsch des Kurfürsten dagegen laut. In die Stelle des Statthalters im brandenburgisch-niederländischen Doppeldienst rückte mehr und mehr der brandenburgische Offizier, der nur vom Kurfürsten abhängig war, ein.

Diese Wandlung, die durch das zunehmende Alter des Fürsten und die große Energie Spaens noch bejörbert wurde, mußte auch einen äußern Ausdruck finden. Schon 1666 hatte der Kurfürst Spaen auch formell das Recht übertragen, in Abwesenheit des Statthalters im Regierungsrat zu proponieren und die vota zu „colligiren“. 1671 erhielt er dann vollends den Auftrag, im Rat zu „dirigiren“; dies Wort wurde für ihn gesetzt auf Bitten von Johann Moriz statt des zuerst gewählten, noch weiter gehenden Ausdrucks „präsidiren“. Nicht formeller, aber tatsächlicher Präsident der Regierung war damit seit dieser Zeit der Freiherr von Spaen, nicht mehr der Statthalter, und

1) Instruktion für den Statthalter 1. Sept. 1662, u.-A. V, 982.

2) Cleve, 7. März 1666. Eigenhändig.

3) Der Staaten gegen den Bischof Christoph Bernhard von Münster.

für den Prinzen Wilhelm (III.) von Oranien nicht die kurfürstliche Zustimmung zu gewinnen, und auch der Plan, dem englischen König die oranische Prinzessin Marie zur Gemahlin vorzuschlagen, schlug fehl. Dafür konnten sie doch den Allianztraktat zwischen Brandenburg und England¹⁾ überraschend schnell abschließen. Auch hier aber darf wohl vermutet werden, bei aller Gewissenhaftigkeit und Tatkraft, mit der Johann Moriz das kurfürstliche Interesse wahrnahm, daß er als Reichsfürst und General mehr der repräsentierende Vertreter des Kurfürsten war, während die eigentliche diplomatische Arbeit auf den Schultern des dem Kurfürsten doch noch näherstehenden clevischen Kanzlers Weimann lag. Aber ein Verdienst des Fürsten war es, wenn in dem abgeschlossenen Vertrage bestimmt war, daß der Stapel und die Siegelung englischen Luchses von Danzig wieder²⁾ nach einem Orte im kurfürstlichen Preußen verlegt werden durften.

Dieselben Charakterzüge — Besonnenheit und Umsicht in der Wahrnehmung des kurfürstlichen Interesses — zeigte der Fürst nun auch da, wo seine Haupttätigkeit als brandenburgischer Beamter lag, in der innerclevischen Politik. Und damit verband er in den Verhandlungen mit den Ständen, die der Hauptinhalt seiner Tätigkeit waren, und mit jedermann eine niemals versagende Konzilianz und gleichbleibende Höflichkeit. Selbst, wo der Gegensatz in scharfe persönliche Spitzen ausmündete, wie namentlich in seinem Konflikt mit dem clevischen Ritterschaftssyndikus Dr. Johann Nieß, verläßt ihn niemals diese konziliante Würde. Die Rehrseite dieser Eigenschaft war freilich, daß es ihm in den schweren Kämpfen mit den Ständen und ihrer Hartnäckigkeit gegenüber dann an der frischen Tatkraft gebrach. Und dieser Nachteil wurde dadurch noch größer, daß sicherlich seine Anschauungen vom Staate einen mehr ständischen als staatlich-absolutistischen Charakter trugen. Das macht seine Stellung als kleiner deutscher Reichsfürst und im Dienste eines typischen Ständestaates ohne weiteres verständlich. Kam nun auch noch dazu, daß das Interesse des Grandseigneurs, der er innerlich und äußerlich war, gar nicht nach der so ungemein wichtigen Seite der finanziellen Dinge, der — wie man es ausdrückte — Redressierung des Kammerstaats ging, so erklärt es sich, daß er ein wesentlich fördernder, durchgreifender und reformierender Staatsmann dem brandenburgischen Staate nicht werden konnte.

Demgemäß hat er auch in der Zeit, als er noch mitten inne und

1) Vom 20. Juli 1661.

2) Er war früher in Königsberg gewesen.

glückliche Diverſion des Kurfürſten am Rhein gegen den Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm¹⁾. In dieſem Gegen- und Durcheinander der Intereſſen ſchien ſich auch die Doppelſtellung Johann Moriz' nicht halten zu können: er ſollte nach dem Befehl der Generalſtaaten als niederländiſcher Offizier nicht teilnehmen an dem Feldzuge ſeines brandenburgiſchen Herrn gegen Pfalz-Neuburg, und als er dieſen mit einem Kavallerielonvoi und Munition aus Weſel unterſtützte, lud man ihn zur Verantwortung nach dem Haag. Ja, wie jülich-bergiſche Stände-deputierte ſchrieben, ſtellte man ihn vor die Wahl, zwiſchen den Generalſtaaten und dem brandenburgiſchen Dienſte ſich zu entſcheiden. Indes vermochte ſich Johann Moriz vor der großen Verſammlung im Haag zu rechtfertigen und umſchiffte ſo glücklich dieſe Kollifion, die, ſoweit zu ſehen iſt, die einzige dieſer Art war.

Nun aber wandte ſich die ſtändiſche Oppoſition in Cleve-Mark, in der der katholiſche Teil und in ihm der Freiherr von Wilich-Winnenthal immer mehr die Herrſchaft an ſich riß, in ihrem Kampfe gegen ihren Landesherrn um Suſkurs an den Kaiſer. Sie hatte alle Verſuche der Verſtändigung, die der Kurfürſt von Juni 1651 bis September 1652 gemacht hatte, zum Scheitern zu bringen vermocht. Jetzt beſchloß man in geheimer Beratung die Entſendung einer Deputation zum Reichstag in Regensburg an den Kaiſer und die Kurfürſten. Damit kam der Kampf zwiſchen Landesherrn und Ständen auf ſeinen Höhepunkt, indem ſich ſtändiſche Intrigen (in beiden Teilen der Erbmaſſe von 1609) und die des Pfalz-Neuburgers gegen Friedrich Wilhelm vereinten. Aber erſt als die Deputation der Stände nach Regensburg abgereiſt war, traf Johann Moriz wieder in Cleve ein. Seine Inſtruktion²⁾ wies ihn in eingehendſter Weiſe an, eine Einigung mit den Ständen herbeizuführen. Lange vermochte er indes dieſe, obwohl er noch nachgiebiger war, als die Inſtruktion ihm erlaubte, nicht durchzuſehen. Endlich gelang es ihm aber doch, nachdem er in einem ſehr geſchickten Vortrage³⁾ den Ständen die Zusammenhänge ihres ganzen Vorgehens völlig klar gemacht hatte. Wenn er dabei als ſeinen lebhaftesten Wuſch bezeichnet, daß „zwiſchen

1) Daneben muß noch darauf hingewieſen werden, daß die Frage der Suſzeſſion in den „erbvereinigten“ Landen von Jülich, Cleve, Berg, Mark und Ravensberg auch noch nicht endgültig entſchieden war.

2) Vom 16./26. Juli 1653. In ihr iſt übrigens noch bemerkenswert, daß er den Auftrag erhielt, nicht nur den Sitzungen der Regierung, ſondern zu Zeiten auch des Hofgerichts beizumohnen und darauf zu ſehen, daß da „rechtmäßig procedirt und die Rechtſachen nicht aufgehalten werden“. (§ 3.)

3) Am 12. September 1653.

in den Beziehungen zu den Generalstaaten und den clevisch-märkischen Angelegenheiten bis zu seinem Tode eine große Rolle spielte¹⁾, dem vornehmlich die Allianz mit den Niederlanden vom 5. August 1655 gelang, Daniel Weimanns. Aber insolgedessen mißlangen die Verhandlungen mit den Ständen, weil sich Johann Moriz durch jenes Vorgehen zurückgesetzt und verletzt fühlte. Der Kurfürst mußte weitgehende Zusagen seiner Schwiegermutter bestätigen, und die Regierung, auch der energische Paul Ludwig und Johann Moriz, verloren bald allen Mut gegenüber den Anmaßungen und Drohungen der Stände. Erst Weimanns Drängen gelang es, ihn aufzurütteln und in dieser Krisis — der Kurfürst stand mitten in dem nordischen Kriege — zu militärischen Maßregeln zu treiben, die der überwiegend soldatischen Begabung und Neigung des Statthalters besonders sympathisch waren. Johann Moriz ließ sich bewegen, Werbungen und Steuererhebungen anzuordnen ohne die Zustimmung der Stände; 155 000 Taler wurden so zunächst ausgeschlagen. Das war ein bedeutsamer Entschluß, umso mehr, als ihn der Statthalter mit dem Kriegskommissar Paul Ludwig allein auf seine Verantwortung nehmen mußte. Denn die andern Räte der Regierung erklärten, durch ihren Eid auf den Rezeß an der Mitwirkung bei der Erhebung unbewilligter Steuern verhindert zu sein. Die Aufregung unter den Ständen war auch außerordentlich, in öffentlichen Patenten protestierten sie gegen eine solche Ausschreibung unbewilligter Steuern, und auf immer häufigeren eigenmächtigen Zusammenkünften wurden schon offen Vorschläge zum Abfall vom Kurfürsten lebhaft erörtert. Aber unter dem Einflusse Weimanns blieben Statthalter und Regierung fest: die Plakate der Stände wurden abgerissen, ein kurfürstliches Versammlungsverbot publiziert und gegen den Syndikus der Ritterschaft, Dr. Nieß, eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet, der sich dieser freilich durch die Flucht nach Rymwegen entzog. Und der Klugheit und Geschicklichkeit Johann Moriz' gelang es auch, einen Anschlag auf Cleve-Mark, zu dem der Pfalzgraf von Neuburg die gefährdete Lage des Kurfürsten ausnutzen wollte, im Keime zu ersticken. Unter dem Vorwand einer Wallfahrt nach Revelaer wollte sich nämlich Philipp Wilhelm auf Schloß Wissen, dem Wohnsitz des Freiherrn von Roe, mit einigen hervorragenden, namentlich katholischen Ständeführern von Cleve zu einem solchen Anschläge vereinigen. Sofort ließ Johann Moriz Wissen besetzen, bot 2000 Mann Landesausschuß auf, legte alle

1) Deshalb wäre eine Biographie dieses Mannes, für die namentlich in seinem Geschäftsjournal ein reiches Material vorliegt, sehr erwünscht.

Aber auch ihr unmittelbares Ziel (straffere Organisation der Verwaltung und Finanzreform) hat sie aus Schwierigkeiten der allgemeinen Verhältnisse nicht erreichen können.

Der Kurfürst beruhigte die Erregung der städtischen Deputierten und die Besorgnis des Statthalters über die städtischen Beschwerden und nahm dann selbst, nachdem er die Sukzessionsfrage noch endgültig mit Pfalz-Neuburg zu Ende gebracht hatte, die Lösung der ständischen Schwierigkeiten in die Hand, die er in dem genannten Rezeß fand.

III.

Johann Moriz war am 29. Juni 1658 auch zum Statthalter von Minden und Ravensberg ernannt worden¹⁾. Indes ist dies Amt beinahe nur nominell gewesen, er erhielt kein besonderes Gehalt dafür und ist nur selten in die Weserlandschaften gekommen²⁾. Aber auch in Cleve und Mark hatte sich nach dem Abschluß von 1666, wie in Minden und sonst, gezeigt, daß die Statthalterwürde im preußischen Beamtenstaat überflüssig zu werden begann. Jetzt, da die allgemeinen Beziehungen zwischen Ständen und Kurfürst festgelegt waren und eine Zeit geräuschloserer Verwaltungstätigkeit und eifriger Reformanläufe einsetzte, verschob sich der Schwerpunkt der Regierungstätigkeit in das Gremium der einheimischen Räte; der Statthalter stand dem nun in den Vordergrund tretenden Verwaltungsdetail viel zu fern. Dazu war nach der Versöhnung auch seine Vermittlerrolle den Ständen gegenüber, die jetzt mit dem Kurfürsten viel lieber unmittelbar verhandelten, unnötig geworden.

Diese Entwicklung wurde indes bei Johann Moriz noch besonders beschleunigt, weil ihn, wie erwähnt, seit 1665 seine niederländische Stellung immer stärker in Anspruch nahm. Hat er doch deswegen nicht einmal selbst 1667 die Huldigung des Landes, den endlichen Abschluß eines halbhundertjährigen Ringens, entgegennehmen können. Seit 1667 gibt es auch keine eigenhändigen Berichte von ihm mehr, sondern nur noch von ihm mitgezeichnete Regierungsberichte. Seine Korrespondenz mit dem Kurfürsten ist freilich nicht eingeschlafen und wird von seiner Seite lebhafter, von dem nicht sehr schreiblustigen³⁾ Friedrich Wilhelm

1) Instruktion in seiner Korrespondenz im Haag.

2) S. Spannagel, Minden und Ravensberg unter brandenburgisch-preussischer Herrschaft. (1894.) S. 110.

3) „Ohne dem wissen E. fl. gn. wol, daß E. Chfl. Vl. nicht gar gerne Schreiben.“ (Schwerin an Johann Moriz 11. Januar 1670.)

vorlegte. Sein eigenhändiges Rechtfertigungsschreiben entspricht dabei nicht einmal den Tatsachen und vermag nur die Gefährdung der Steuerbewilligung für 1672 zur Verteidigung anzuführen. Diese Rücksicht auf die Stände und die Bewilligung ist für Johann Moriz wie früher auch jetzt noch charakteristisch, und sie hat sich von ihm auch den andern Regierungsräten, mit einziger Ausnahme Spaens, mitgeteilt. In diesem Falle mochte sich allerdings Johann Moriz darin deshalb gerechtfertigt fühlen, als er in einer schwer begreiflichen Übereinstimmung mit Spaen gehandelt hatte.

In den schweren Kriegsjahren von 1672 an hat dann Johann Moriz dem Lande, soviel er konnte, zur Seite gestanden. Unmittelbar schützen konnte er es zwar nicht; er war ja auch gar nicht brandenburgischer Offizier. Aber mit Rat in den schwierigen Verhandlungen der Stände mit den Franzosen um Salvogarden, mit Auswirkung solcher Salvogarden für die Stadt Cleve und mit seinen Beziehungen zu den fremden Generalen half er immer, ohne daß er freilich dem Lande damit wirksame Hilfe bringen konnte, daß, durch die Ohnmacht des Kurfürsten so gut wie schutzlos, sich zu schweren französischen Kontributionen verstellen mußte. Auch dem Kurfürsten gegenüber vertrat Johann Moriz das Interesse von Cleve-Mark, indem er nachdrücklich auf den hohen Steuerdruck und die Kriegslasten hinwies.

1676 schien es dann wohl, daß der Statthalter nach seiner Entlassung aus dem aktiven Militärdienst der Niederlande wieder stärkeren Anteil an den clevischen Dingen nehmen werde. Er sprach auch dem Kurfürsten diese Hoffnung aus und versprach, sein — jetzt einziges — Amt als Statthalter getreulich zu verwalten, namentlich das Land nach Möglichkeit vor Einquartierungen und Belästigungen durch den Feind zu schützen. Das hat er auch in den letzten Jahren nach Kräften getan. Aber die Zügel der Regierung hat er nicht wieder fester in die Hand genommen. Alter und Krankheit haben ihn darin gehindert, wie sie auch der Anlaß zu seiner Dienstentlassung gewesen waren¹⁾. Schon 1676 konnte, obwohl Johann Moriz in Cleve weilte, der Landtag nicht beginnen, weil die jetzt wichtigste Persönlichkeit noch nicht anwesend war, der Freiherr von Spaen.

War so die Stellung des Statthalters immer mehr zur Dekoration geworden, so wurde er doch sowohl formell als auch von den Ständen und Untertanen noch durchaus als der Mittelpunkt der Regierung betrachtet. Dazu war doch die jahrzehntelange Verbindung und Tradition

1) S. den oben zitierten Brief Draniens an ihn bei Driesen, S. 344.

sie konnte aber nur aus der Mitte der Regierung selbst geschehen sein. Weitere Kreise hat indes die ganze Angelegenheit nicht gezogen.

Der erbittertste Feind des Statthalters blieb der alte Ritterschafssyndikus Johann Nieß, mit dem Johann Moriz auch nach 1666 noch einen heftigen Zusammenstoß hatte. Nieß beleidigte nämlich 1670 in einem Memorial, das Regierungsverhandlungen betraf, ihn und Spaen schwer und verweigerte, obwohl der Kurfürst seine Beamten durchaus deckte, alle Genugthuung. Es war ein ärgerlicher, aber ganz persönlicher Handel, bei dem die Stände wenigstens passiv Partei für ihren Syndikus nahmen und bei dessen Verfolgung die Konjilianz des Fürsten schon answürdige streifte. Mehrmals muß er die Stände bitten, ihn doch als „einen Cavalier undt Churfürstlichen Statthalter zu consideriren, welchem vohr allem obligett, seine Ehre zu retten“¹⁾, bis sich endlich Nieß zu Widerruf und Abbitte bequeme. Grundsätzliche Bedeutung hat der Zank nicht, es war nur ein Auflobern der persönlichen Feindschaft zwischen alten Gegnern.

Davon aber abgesehen, verlaufen diese Jahre des Fürsten ungetrübt von allen Konflikten mit den Ständen. Die letzte Zeit seines Lebens — im März 1675 hat er den Kurfürsten zum letztenmal gesehen — verbrachte er in Bergenthal bei Cleve, vielfach krank, mit baulichen Anlagen, seinen Antiquitäten und dem von ihm angelegten Tiergarten beschäftigt. Noch wenige Monate vor seinem Tode ging wieder ein französischer Einfall über das clevische Land hin, der ihn persönlich nicht stärker berührte, da er schon länger unter dem Schutz französischer Salvogarden lebte. Er starb am 20. Dezember 1679, 75 Jahre alt, und wurde nach seinem Wunsche in Siegen beigesetzt. In der Nähe der Stadt Cleve aber, die ihm vieles verdankte, erinnert noch heute ein Kenotaph an ihn.

Sein Nachfolger als Statthalter wurde der Kurprinz, der schon längst dazu designiert war. Aber diese Ernennung war nur eine Form, unter der dem Kurprinzen eine bestimmte Revenue (das bisherige Statthaltergehalt) aus dem Lande garantiert wurde. Auch formell trat jetzt als Präsident der Regierung Spaen an die Stelle, die er tatsächlich schon seit längerem ausgefüllt hatte, soweit es ihm seine Stellung als

1) Er schreibt nach nochmaliger Bitte darum weiter: „wohfern aber die lobliche herrn Stende . . . ahn der conservation; dieses Mannes gelegen, so erbede mich, das wofern solche vorschlege ins mittel kommen, welche annehmlich, das Ich mich als ein Crist werde finden lassen undt die Jenerösheit erweisen, das die ruine eines mitt Christen nicht suche.“

Regierung Assistenz „zu gebrauchen; würde aber selbige nicht fort oder die Sachen unter was Prätext und Vorwandes auch sein möchte, aufschieben wollen, soll der Oberst Spaen kraft dieses bemächtigt sein, mit Zugiehung und Assistenz S. Ch. D. Raths und Obercommissarii Joh. Paul Ludwig in Cleve und Marl die Quartiere selbst zu assigniren, repartitiones zu machen und zu erequiren“¹⁾).

Zum Kurfürsten, wie auch zum kurfürstlichen Hause stand Fürst Johann Moriz in einem persönlichen Treueverhältnis, das in den Beziehungen zum Kurfürsten einen fast freundschaftlichen Charakter trägt. Wie ihre Korrespondenz, in der der Kurfürst den Statthalter mit „Hochgeborener Fürst, vielgeliebter Herr Vetter“, dieser jenen stets mit „Durchlauchtigster Kurfürst, gnädigster Herr“ anredet, zeigt, nahm Johann Moriz persönlichen Anteil an allen Ereignissen im kurfürstlichen Hause, und vor allem an den militärischen Erfolgen des Kurfürsten. So schrieb er nach Fehrbellin an die Kurfürstin: „Ich und alle E. D. unterthänige getreue diener haben billig ursach, gott zu danken über die erhaltene herrliche victorie Sr. E. D. meines gnädigsten herrn gegen die Schweden; Es ist ungläublich, wie solches bei groß und klein eine freude und ruhm verursacht hat, ruffen nun alle, der Brandenburger ist ein braeff kerl, und in allen den Stätten, wo ohnlengst in Commission wegen fortificirung der frontiren gewesen bin, haben mir über gewohnheit nachgelauffen, weil sie vernommen, daß in Sr. Ch. D. dienste ich bin und haben über deme die regenten mir wegen Sr. E. D. alle ehr erwiesen“. Und nach dem Frieden von St. Germain tröstet er den Kurfürsten mit folgenden Worten: „Conditiones seindt hart, gewalt aber gehet heutigen tages vor recht, unterdessen haben E. Ch. D. durch dero viele tapfere thaten nicht allein bei der posterität einen unsterblichen nahmen erworben, sondern muß auch dieser mächtiger König und desselben ganze nation erkennen, daß E. Ch. D. sich in allen dero actionen als ein genereuser experimentirter general erzeiget haben, und wofern dieselbe von dero allirten nicht so verlassen worden wehren, hetten dero feinde ganz andere confilia nehmen müssen“²⁾).

Aus einem seiner letzten Schreiben, das sich wie ein Abschiedsbrief des greisen Fürsten an den Kurfürsten liest, seien dann noch folgende, für die ganze Art des Statthalters bezeichnende Stellen mitgeteilt: „Es seindt numehro ein und dreißig iahr, daß Ich die ehre und gnade habe, Ew. Ch. D. als einen genereusen Princen und Churfürsten nach meinem

1) S. auch u.-A. V, 731 f.

2) Bergenthal, 22. Juli 1679.

so Ew. Ed. mitbringen können, vermögen werden“. Besonders hatte Johann Moriz den Prinzen Ludwig ins Herz geschlossen, von dem unter anderen einmal¹⁾ Schwerin ihm schreibt: „Prinz Ludwig bedankt sich sehr vor den gruß, Ich kan E. fl. gn. wol versichern, daß Er eine große liebe zu derselben trägt, Newlich gieng Er mit mir durch ein gemach²⁾, da E. fl. gn. conterseit henget, So saget Er, da henget der muthwillige fürst Moriz, wan Er hie wehre, so würden wir offte charmoujiren“.

Überhaupt umfaßten die freundschaftlichen Beziehungen zum Kurfürsten und seinem Hause auch Friedrich Wilhelms ersten Minister Otto von Schwerin mit, wie mannigfache Korrespondenz der beiden³⁾ zeigt. Auch sie berührt Staats- und Ständeaffären, politische Ereignisse und Familienangelegenheiten namentlich des großen oranischen Hauses. Doch spricht auch Schwerin von den Ereignissen in seiner Familie, wie dem Tode seines Bruders Bogusław⁴⁾ 1678, oder von seiner dritten Verheirathung 1679: er hofft, daß die junge Frau von Schwerin dem Statthalter auch noch, wie die beiden vorigen getan haben, „eine gute Mahlzeit bereiten“ könne — eine Hoffnung, die freilich der Tod des Fürsten dreiviertel Jahr später zu nichte machte. Und für beide spricht Schwerins launige Bemerkung: „Indessen erfreue ich mich, daß E. i. Gndn. durch Gottes Gnade sich wiederumb so woll befinden, daß Sie an den damahligen schwehren druck gedenden und wünsche, daß Sie mit gesundem freudigem gemüth noch über zehn Jahr sich dessen erinnern mögen⁵⁾.“

Zur allgemeinen Charakteristik des Fürsten möge noch eine Stimme aus einem anderen Lager gehört werden. Der Graf de Guiche, der 1665 im Feldzug gegen den Bischof von Münster in nähere Beziehung zu Johann Moriz kam, schreibt über ihn⁶⁾: „Il est naturellement doux et lent, laborieux dans les petites choses et l'on peut le voir continuellement en action, sans s'apercevoir ce qu'elle a produit. Il a une grande sincérité extérieure; il est très affable et très-ouvert en apparence; ennemi de toute altercation, avec un visage riant il passe sans peine dans l'avis de celui, qui lui parle. Et avec tout ce que

1) 28. August 1676.

2) In Schwerins Siße Landsberg.

3) Im Düsselborfer Staatsarchiv.

4) Der brandenburgische Generalmajor war.

5) 12. Oktober 1676.

6) Mémoires (London 1744), S. 168. Mitgeteilt bei Driesen, S. 322.

effere Vereinigung und Versöhnung der clevisch-märkischen Provinzen mit dem Stammlande verdankt — dies Verdienst kommt unbestritten dem Kurfürsten persönlich und nach ihm Alexander von Spaen zu —: in der Geschichte des Begründers des preußischen Staats muß gleichwohl dieser ihm persönlich nahestehende, vornehme und humane Fürst, der auch in den Stätten seines Wirkens, in der Stadt Cleve wie in Sonnenburg, durch seine baulichen Anlagen ein dauerndes Andenken hinterließ, mit Ehren genannt werden. Und in der Wertung seiner Verdienste um die Westmarken Brandenburgs darf man nie vergessen, daß die Hauptfähigkeiten und Hauptinteressen Johann Moriz' auf dem militärischen Gebiete lagen, auf dem er mit Recht Ruhm und Ehren geerntet hat, auf dem er sich aber im Dienste Brandenburgs so gut wie nicht und niemals hat betätigen dürfen.

III.

eigenhändige Briefe des Großen Kurfürsten an Johann Moriz von Nassau.

Von

Otto Meinardus.

I.

Vorarbeiten für den 4. Band der Protokolle führten mich auch nach Holland. In das Hausarchiv des oranischen Hauses sind bei der Bestimmung dieses Archives, nach 1815, eine Anzahl Aktenstücke aufgenommen, welche dem in Wiesbaden aufbewahrten Gesamtarchiv der beiden Linien des Hauses Nassau entstammen. Schon Gaesten hatte sie in der Zeit für den 5. Band der Urkunden und Aktenstücke eingesehen, und diese daraus abgeschrieben, aber nicht mehr publizieren können. Diese Gaesten'schen Abschriften habe ich vor meiner Reise nach Holland ebenfalls gesucht. Im besonderen sind die Aktenstücke der Registratur des Kurfürsten Johann Moriz von Nassau-Siegen entnommen; man ist bei der Auswahl nach 1815 ziemlich willkürlich verfahren, da das Staatsarchiv zu Wiesbaden noch jetzt Teile dieser Registratur besitzt. Auch hat man Hausfachen und politische Sachen nicht sorgfältig genug getrennt, was überhaupt in der Zeit des Absolutismus kaum möglich ist¹⁾. Dennoch, ich habe mir aus diesen Aktenstücken eine größere Anzahl eigenhändiger Briefe des Großen Kurfürsten an Johann Moriz und dessen Briefen an den Kurfürsten gerichteten Brief abgeschrieben, so viele, als ich

1) Ich erwähne nur für deutsche Forscher, daß dort im oranischen Hausarchiv 30—40 Bände eingebundene Aktenstücke und Brieffschaften des zu den General-Friedensverhandlungen in Osnabrück und Münster abgesandten kaiserlichen Bevollmächtigten Grafen Johann Ludwig von Nassau-Sadamar verwahrt werden.

2. Königsberg, 24. August 1657. Empfangen Cleve,
3. September 1657.

[Römische Kaiserwahl.]

Hochgeborner Fürst freundlicher lieber Vetter.

Ich vernehme daß die Catholische Churfürsten damitt umbgehen sollen, daß die Kayserliche Krone von dem Hause Osterreich abgebracht werden moge, Wie das Chur Collens Ebn. schon zweimahl mitt eigener handt deßfals an mich geschriben¹⁾; Weill ich aber besorgen muß, daß das Reich hidurch in groffe zerrüttung kommen, vndt Chur und Fürsten liebteret sehr periclitiren dorffte, So wollen Ew. Ebn.²⁾ iedoch mit groffer behutjamteitt suchen ob dieselbe nicht auf andere gedanden zu bringen, aber doch dieses also zu mesnagiren, daß ich erst rechte resolution wegen meiner satisfaction wozu mir zimblliche hofnung gegeben wirdt erlangen möge. Solte aber daselbst iemandt sein der deßfals gnugsamb versicherung geben kunnte, So weiß D. Jehme³⁾ meine intention vndt kunnen Ew. Ebn. dieses Ihme allein vertrauen, alßdan mitt mehrem ernst auch auff das ganze Werck arbeiten. Hiemitt thu Ew. Ebn. ich Gottlicher bewahrung empfehlen, vndt verbleibe

Ew. Ebn. dienstwilliger Vetter

Friedrich Wilhelm, Churfürst.

3. Cölln a./S., 29. November (9. Dezember) 1657.

[Dank für seine Tätigkeit im Interesse des Kurfürsten. Geheime Annäherung an Osterreich. Zusammenkunft mit dem Kurfürsten von Sachsen.]

Hochgeborner Fürst vielgeliebter Herr Vetter

Ew. Ebn. Schreiben hab ich woll empfangen vnd darauß den

1) Gedruckt U.-A. VIII, 449 und 451. Zur Sache vgl. auch U.-A. VII 651, 696.

2) Fürst Moritz war zum ersten Wahlgesandten bestimmt. U.-A. XII, 696. Er traf Ende März erst in Frankfurt ein. A. a. O. 489.

3) Geheimrat Friedrich v. Jena wurde mit folgender eigenhändigen Empfehlung Schwerins (d. d. Königsberg, 27. Juli 1657) an den Statthalter gesandt: Des hern Jehens sonderbahre qualiteten, aufrichtige getreue sorgfalt vor SChD. Dienst vndt unausgesetzte affection vor Deroselben wolfahrtrt seindt Ursache, daß derselbe in kurzer Zeit in grossen Credit bei SChD. gekommen, vndt da Sie nebenst EFG. einen confidenten ministrum, der in allem ihre intention wüßte, von hieraus schicken wollen, Dero Auge auf ihn geworffen. Ob ich zwar nun wol weiß, welchergestalt EFG. dergleichen Chfl. Dienere begegnen pflegen, So habe ich doch nicht vnterlassen können, denselben außß beste vndt vertrautste an EFG. vnterthenig zu recommendiren. Ich bin versichert, EFG. werden groß soulagement von ihm haben, insonderheit in den satisfactions-puncten bei dem Hause Osterreich, wenn EFG. sich wegen SChD. seiner Person gebrauchen, vndt weil ich im geringsten nicht zweifele, facta Electione werde Ex

nach Spanien geschickt worden guttes mittbringen wirdt¹⁾. Wan ich iho 100 000 Rthler haben kontte, wolte ich die ganze Schwedische Armee ahn mich bekommen, Dan grosser mangell by Ihnen ist vndt täglich sehr weß lauffen. Ich hoffe Ew. Ebn. baldt alhie zu sehen, vndt werden Sie Sich verwunderen, wegen grosser arbeit²⁾, so alhie geschehen ist. Hiemitt thu Ew. Ebn. ich Gottlicher bewahrung getreulich befehlen vndt verbleibe alzeit

Ew. Ebn. dienstwilliger Vetter

Friedrich Wilhelm, Churfürst.

5. Wiborg, 13. (23.) April 1659.

[Neue Laffetten und Artilleriematerial. Erfindung einer neuen Fortifikation. von Rampens Architekturwerk. Befestigungswerke in Berlin. Feldzug in Holstein. Gute Erfolge.]

Hochgeborner Fürst vielgeliebter Vetter

Ew. Ebn. Schreiben nebenst dem Abriß³⁾ von⁴⁾ den affutten⁵⁾ hab ich woll empfangen, bedanke mich wegen vberschickung derselben, Ich hab alhir by meiner Artillerie 6 R Regimentstücke welche eben auß solche ahrdt gemacht sein, ich laß aber iho wider rechte affutten dazu machen, weil ich befunden daß die Pferde so zwischen den beiden Dreistellen gehen, dadurch verdorben werden, daß die last alleine auff die kompt, So will es Sich in hossen wegen, welche dieß sein, nicht practiciren lassen, vndt hab ich alhir in der marse⁶⁾ solches selber gesehen, daß Sie uns sehr aufgehalten haben. Die Rader seindt auch zu hoch. Ich vberschicke Ew. Ebn. hiebey eine ahrdt von fortification welche ich inventiret habe, zu dem ende, weil die platten Bolwerk sehr wenig defension haben, daß man sie auff solche ahrdt machen kontte, Ew. Ebn. wollen es vnbeschwerdt den Ingenieur Ruffen⁷⁾ sehen lassen, was er dauon halte, in gross Regall von 4 edlen kan gebrauchen, wie die figur anweist. Ich hab vernommen daß Ew. Ebn. ein schon buch von der Argitectur von von Ramppen⁸⁾ sollen bekommen haben, ich wünschte daß

1) Der Kurfürst hoffte spanische Subsidien zu erhalten.

2) Die Fortifikation der Residenzstädte und Verbesserungen in der Stadt Berlin.

3) Um diesen hatte der Kurfürst am 15. Januar den Fürsten gebeten. Vgl. U.-A. V, 920.

4) Durchstrichen: zu.

5) Laffetten.

6) Auf dem Marsch.

7) Hendrick Ruse, holländischer Ingenieur, später kurfürstl. Generalquartiermeister. Vgl. Galland, Der Große Kurfürst und Moriz von Nassau, der Brasilianer. Frankfurt a. M. 1893, S. 28.

8) Jacob von Rampen, berühmter holländ. Architekt, Erbauer des Amsterdamer Rathhauses. Am 14. Mai antwortet Johann Moriz, er besitze das Buch nicht, habe es von den Erben des v. R. nicht bekommen können. U.-A. V, 921 und besser bei Galland a. a. D. S. 27.

orden; daß die Amsterdamer mein hn. gefatteren so eine schöne Statue¹⁾ geschickt, solches hatt mich recht erfreuet, Ich hoffe selbige baldt zu sehen, dan ich meine reise also anstellen werde, damit ich im außgang des Decemb. alda sein kann. Ew. Eden. machen nur das Sich die stende erklären den Lantagß reces, wie ich selbigen ehst Ew. Eden. unterschriben zuschicken werde, annehmen undt sich erklären ia oder nein, Ich suche nichts vnbilliges, hab es auch so inrichten lassen, wie ichs für Gott undt aller welt verantworten will, dan ich Ihr herr, undt Sie meine liebe Untertthanen sein müssen, die mich mitt allem respect begebenen, undt an handt gehen müssen. Ew. Eden. bequemen nur zeitigen die gemütter, den ich keine verenderung in dießen reces verachten werde²⁾, auch im widrigen Fall mitt einen grossen nachdruck person hinkomme, undt mich meines rechtens undt befugnus so von Gott gegeben, nicht solcher gestalbt zu gebrauchen ursache haben möge. Ich will eine kurze erklerung haben, Ew. Eden. entdecke³⁾ ich hiemit meine innerste meinung, undt werden dieselbe dieses zu menagiren wissen, auch niemanden dieses entdecken, ich behalte deswegen 10 Regimentter zu Fuß undt 5 zu Pferde in Dienste, nach Verlesung den feuer; die Gemecher wollen Ew. Eden. nur abweisen lassen, das schwarze tuch zu den gemecheren werde ich mitt bringen, Sie können mir berichten⁴⁾, was für betten annoch da sein. Hiemitt schliesse ich undt thu Ew. Eden. Gottlicher bewahrung getreulich befehlen undt erbleibe

Ew. Eden. dienstwilliger Vetter

Friderich Wilhelm.

Gegen den Maium werde ich nach Spah undt Achen gehen mich des Wassers undt Bades zu gebrauchen.

8. Königsberg, 18. November 1662.

[Verdrießliche Geschäfte mit den Ständen. Prozeß gegen den Räubersführer. Ohrenarzt für Fürst Radziwill. Erz in Minden und Bleierz in der Grafschaft Mark. Besorgung eines Buches. Hosenbandorden.]

Hochgeborner Fürst, vielgeliebter Herr Vetter.

Ob ich zwar Ew. Eden. ehender geantwortet hette, so bin ich dennoch wegen meiner reise undt dan wegen so vieler verdrißlichen geschäften daran verhindert worden, undt ist es eine sehr hohe zeit gewesen, das ich mich anhero in diese lande hab begeben müssen, den

1) Die Statue der Minerva, angefertigt von dem tüchtigsten holländischen Bildhauer, dem „Erzbildhauer der Stadt Amsterdam“, Artus Quellinus. Vgl. Laub a. a. O. S. 53—55.

2) Zur Sache ist u.-A. V, 956 und 960 zu vergleichen. Erst am 3. Nov. eßen sich die Stände dazu herbei, den Rezeß anzunehmen.

3) Durchstrichen: sage.

4) Durchstrichen: schreiben.

den. so baldt das Wetter aufgette¹⁾ nicht vergessen, wie auch wegen
des grossen Buches in meine bibliothek. Hiemitt thu Ew. Eden. ich
gottlicher bewahrung getreulich befehlen, vndt verbleibe

Ew. Eden. alzeit dienstwilliger Vetter so lange ich lebe

Friderich Wilhelm, Churfürst.

10. Königsberg, 9. März 1663.

leidet an Podagra. Sachen aus England. Benützung des über-
sandten Buches für die Anlagen in Potsdam.]

Hochgeborner Fürst, vielgeliebter Herr Vetter

Ew. Eden. unterschiedene Schreiben habe ich wohl empfangen, hette
auch gerne ehne antworten wollen, aber das ledige podagra²⁾ hatt
ich sehr hardt heimgesucht, ich kan auch noch nicht recht gehen. Wan
die sachen auß Engelandt kommen werden, wollen Ew. Eden. selbe nur
zu Sich nehmen, vndt mitt gutter gelegenheitt nach Berlin ahn Herrn
Schwerin schicken, das er solches biß zu meiner hiehauffkunft bey behalte.
Ich hoffe mitt Gottlicher Hülffe mitt den stenden baldt alhie durch zu
kommen. Ich sage Ew. Eden. auch für das schöne Buch grossen Dand.
Ich hab schon Dinge darauff gezeignet, welche ich zu Potsdam³⁾ appli-
iren werde. Hiemitt thu Ew. Eden. ich Gottlicher bewahrung getreulich
befellen vndt verbleibe alzeit

E. Ed. dienstwilliger Vetter weil ich lebe

Friderich Wilhelm, Churfürst.

11. Königsberg, 2. April 1663.

Dank für das Buch über den Gartenbau. Reiher im Tiergarten
zu Cleve. Preussische Stände. Hosenbandorden. Englische Pferde.
Beziehungen zu Pfalz-Neuburg. Podagra des Kurfürsten.]

Hochgeborner Fürst, vielgeliebter Herr Vetter

Ew. Eden. unterschiedene Schreiben wie auch das vberschickte buch
von gerten hab ich wohl empfangen, vndt sage Derselben dafür freunt-
lichen Dand, vndt haben Ew. Eden. mich damitt zum höchsten obligiret,
vndt hab ich deßgleichen noch keines in meiner bibliothek. Das die
Reigers im Turgartten anfangen zu nisten erfreut mich, vndt können
Ew. Eden. Ihnen die nester auf die hohen bäumme machen lassen, so
werden Sie sich desto mehr dahin gewenhen⁴⁾. Ich hoffe baldt mitt
dießen Stenden durch zu sein, alßdan hoffe ich mich wider in die Mark
zu begeben, Das Ew. Eden. die Ordenssachen⁵⁾ dem Herrn Schwerin

1) So!

2) Vgl. das Schreiben an Schwerin vom 26. Februar 1663. U.-A. IX, 849.

3) Im November 1661 war der Fürst längere Zeit in Potsdam, um Ent-
würfe zu Neubauten zu machen. Vgl. Jena's Notiz bei Orlich, Geschichte I, 464.

4) So!

5) Am Rande: NB. Ist der Englische Order (J. M.). — Der Hosen-
bandorden.

13. Cölln a./S., 2. (12.) August 1664¹⁾.

[Dank für Bücher und andere Sachen. Proben von Erz. Bau eines Bergwerks. Kupferprobe. Geneigtheit der clevisch-märkischen Ritterschaft. Bau von Cleve. Schloßbau in Potsdam.]

Hochgeborner Fürst vielgeliebter Vetter

Eu. Eden. Schreiben hab ich nebenst den überschickten Büchern vndt sachen woll empfangen, bedanke mich zuorders wegen des großen Buches, welches sehr schön, vndt meine Bibliothek sehr ziehet. Die probe von Blei vndt Silber erz hab ich empfangen, befinde es sehr gutt, Eu. Eden. wollen mir zwey ℓ dauon überschicken, immittels solch bergwerck durch meine mittell bauen lassen, ich werde ehst einen man schicken so sich sehr woll darauf verstehet, immittels wollen Eu. Eden. Sich mitt abnehmung Kaufleute oder anderen nicht übereillen, es ist vberauß reich vndt helt vber 11 lott Silber vndt 44 ℓ bley, Eu. Eden. wollen solches bey Ihr behalten, vndt keinen solches entdecken, gibbt Gott sein seggen, so ist ein großer gewinn darahn fast, eine probe von Kupfer bitte mir auch zuschicken, vndt wie fill lachter²⁾ es ins felt streicht. Daß die Clevische vndt Märkische Ritterschaft iho wegen der decision zu der Ländensteuer, wie auch wegen Ihrer gravamina³⁾, solches erfreut mich, sonsten ist mir lieb daß der Bau zu Cleue so geschwinde fort gehet, der meinige gehet desto langsamer zu, ich verender Potsdam gang vndt baue⁴⁾ ahn den großen stoß ahn beiden enden 2 groffe pavillions vndt in der mitte auch eins welches der sahl sein soll, der wirt 72 Fuß land vndt 62 Fuß breit, die hohe 60 Fuß, hiemitt thu ich Eu. Eden hiemitt Gottlicher bewahrung getreulich befehlen, vndt verbleibe

Eu. Eden. dienstwilliger Vetter weil ich lebe

Friderich Wilhelm.

14. Cölln a./S., 9. (19.) Mai 1665.

[Rückkehr des Fürsten. Streitigkeiten der clevischen Stände. Schloß- und Gartenbauten zu Cleve und Potsdam. Verbesserung des Wildstandes.]

Hochgeborner Fürst vielgeliebter Vetter

Daß Eu. Eden. wider in gesundtheit zu Cleue angelangt sein,

1) Aux mains propres.

2) Hochdeutsch soviel als Klafter. Längenmaß von 6—8 Fuß, in der Form lachter nur noch im Bergbau gebräuchlich. Weigands Wörterbuch der Synonymen 1072. In den Bergwerken war eine Klafter = $3\frac{1}{2}$ Ellen und wurde in 80 Zoll geteilt. Frisch' Wörterbuch.

3) Sol Zu ergänzen etwa: „zum höchsten geneigt ist“. Die Ritterschaft erhielt durch Reskript vom 5./15. Juli 1664 ihr altes Privileg der Steuerfreiheit bestätigt und wurde dem Kurfürsten deshalb sehr zugeneigt. Vgl. U.-A. V, 1004 und 1006.

4) Baumeister war der Generalquartiermeister Philipp von Chieze aus Piemont. Über den Bau vgl. (Nicolai) Beschreibung der Residenzstädte Berlin und Potsdam III, S. 1132.

lt Dero marsch¹⁾ ablauffen wirdt, habens²⁾ welcher von Schweden
 a den Pfalz Graffen von Neuburg geschickt gewesen, hatt zu den
 irtenbergischen gesanten so ahn mich geschickt worden, gesacht, er
 te die Münstersche Armee welche Im der Bischoff gewissen, gesehen,
 lche sehr schon gewesen, vndt bestunde in 22000 Man, er hatt drey
 ndtzolt der Armee außzahlen lassen. Pfalz Neuburg hatt ahn die
 inische Alliance begeret³⁾ Das Sie Ihme die Hülffe zuschicken wolten,
 ill er von den hollenderen nicht lenger wolte geafrontirt sein, vndt
 lt drey Nachten geführt, 1) das man die Jesuiten auß Emrich ver-
 get hette, 2) das man Ihme Rauenstein nicht abtreten wolte,
 das Sie Ihme Seinen Generall Maior Belberg auß seinem hauffe
 ten gesendlich nehmen lassen, dießes hab ich von Jenen welcher mein
 antter iho zu Regenspurg ist, also das es gewiß ist, man sagt der
 schoff ziehe seine Volder zusammen, vndt wolle auff eine partie loß-
 jen. Der Friede zu Pollen⁴⁾ ist nuhmer gewiß gemacht, Gott gebe
 ß er nur bestendig sey. Hiemitt thu Ew. Eden. ich Gottlicher be-
 wahrung getreulich befehlen, vndt verbleibe alzeit

Ew. Eden. dienstwilliger Vetter weil ich lebe

Friderich Wilhelm.

Die hollendische neu geworbene Reutter plünderen vndt rauben
 hie auff die Strassen, vndt im landt hab aber solche anstalt gemacht
 s wo ich solcher Vogell mechtig werde, Ihnen der Proces kurz
 macht werden soll.

16. Cleve, 7. März 1666.

inverstanden mit dem holländischen Kommando des Fürsten
 gen Münster. Verhandlungen mit dem Bischof. Änderung der
 Stadtverfassung von Rees.]

Hochgeborner Fürst vielgeliebter Vetter

Ew. Eden. Schreiben durch bringer dießes hab ich woll empfangen,
 idt erfreue das Ew. Eden. für iho das commando der Kriegsexpedition
 isgetragen⁵⁾ worden ist, Darzu Ew. Eden. ich viell glück wünsche,
 n damitt sehr woll zufrieden, vndt streittet solches gar nicht gegen mein

1) Der Kurfürst war mit großer Truppenzahl im November in die cleve-
 rischen Lande gekommen, um die holländisch-münsterschen Wirren selbst zu
 beobachten. Offenbar handelt es sich hier um einen Reognoszierungsmarsch des
 kisten.

2) Christian Habbæus, schwedischer Abgesandter und Resident am obern
 Rheinstrom.

3) Das Hilfsgeſuch im Berichte Jenaß vom 3./13. November 1665 erwähnt.
 -H. XI, 457.

4) Vergleich der Parteien des Bürgerkriegs in Polen zu Polczyn am
 November 1665. Vgl. H.-H. XII, 279.

5) Von Holland, in seiner Eigenschaft als kommandierender General der
 holländischen Streitkräfte gegen Münster. Seit Juli 1665 war er General-
 lieutenant. Vgl. Orlich, Geschichte 1, 465. Driesen S. 273.

laube daß es Ew. Eden. im anfang in etwas wirdt verwundert haben; Ich bin so ganz alleine daß ich umb gesellschaft zu haben es habe thun müssen. meine Tapetereien so im Hage gemacht sein worden, befinde Ich sehr schon, vndt were schade gewesen, daß Sie vngemacht liegen lieben weren. Ich werde im Julio nach Preußen alda ich ein Jahr wey verbleiben, vndt meine Cammerfachen in stande bringen werde, dan Ich sehr hoffe haußhalters alda habe, welche rechenenschaft werden geben müssen. Hiemitt thu Ew. Eden ich Gottlicher bewahrung getreulich befehlen, vndt verbleibe

Ew. Eden. dienstwilliger Vetter weil ich lebe
Friderich Wilhelm, Churfürst.

19. Cölln a./S., 18. (28.) Juni 1670.

Reise des Fürsten. Aufenthalt des Kurfürsten in Potsdam. Besuch der Frankfurter Messe. Beschaffung seltener Vögel.]

Hochgeborner Fürst vielgeliebter Herr Vetter

Ihero Schreiben hab ich bey ißiger post woll empfangen, vndt daß Ew. Eden. gefellig, kunnen dieselbe Ihero reiffe ie eher ie besser anellen, morgen gehe ich nach Potsdam, alda ich so lange verbleiben werde, biß die frantzurter messe kommen wirdt, alda ich nebenst meiner emallin ich mich einfinden werde. Hiemitt thu Ew. Eden. ich Gottlicher bewahrung getreulich befehlen, vndt verbleibe alzeit

Ew. Eden. dienstwilliger Vetter weil ich lebe
Friderich Wilhelm, Churfürst.

Wo Ew. Eden. rare Vögel von allerhandt art bekommen innen, bitte mich darzu zu verheiffen.

20. Güstow¹⁾, 17. (27.) October 1675. Präj. Utrecht,
14. November.

Kämpfe um den dortigen Paß. Einnahme von Wollin und der Inseln Wollin und Usedom. Kämpfe vor Stralsund und Wismar.]

Hochgeborner Fürst hochgeehrter Herr Vetter vndt Geuatter

Ew. Eden. angenehmes Schreiben ist mir woll geworden, bedanke Ich für die gethane communication, vndt berichte Ew. Eden. daß Ich zu haubtpaß alhie ingenommen, vndt nicht mehr als drey todte vndt beschädigte dafür verlohren. Wir haben über drey stunde einander vrdt canoniret, es hatt aber der Feindt durch Gottes gnadt weichen müssen, Die Festung Wollin ist von meinen leutten mitt Stürmender vndt ingenommen²⁾ worden, wie auch die ganze insell Wollin vndt

it der verwitweten Herzogin Dorothea von Braunschweig-Lüneburg, geborne Prinzessin von Holstein-Glücksburg wurde am 4. Juli 1668 geschlossen.

1) Südlich von Greifswald. Vgl. Orlich, Geschichte des preuß. Staats im 1. Jahrhundert 2, 197.

2) Vom General Boguslaw Schwerin.

Forschungen z. brand. u. preuß. Gesch. XIX. 1.

vernehme ob Ew. Eden. glücklich überkommen sein. Hiemitt thu Ew. Eden. ich Gottlicher bewahrung getreulich befehlen vndt verbleibe alzeit
Ew. Eden. dienstwilliger Vetter

Friderich Wilhelm, Churfürst.

Ich hoffe Ew. Eden. reife werde nicht unfruchtbar abgehen, insonderheit die geheime¹⁾ sache betreffend, dan die meisten vndt iurnembsten es wünschen, es muß aber iho keine zeit verseumet werden, weil der portogisische Ambassadeur alda nuhmer ankommen ist.

2. Der Kurfürst an den Fürsten. Cleve, 19. Februar 1661.
Eigenhändig.

[Beschleunigung der Reise. Sendung eines Buches.]

Hochgeborner Fürst vielgeliebter Vetter. Gleich iho bekomme ich Ew. Eden. Schreiben außem Hage. Ich hoffe der windt werde nuhmer gutt sein, damitt Ew. Eden. Ihre reife beschleunigen können, dan mir viell daran gelegen, daß Ew. Eden. baldt in Engelandt ankommen mogen. Ich verlange das Buch zu sehen, den ich dergleichen nicht habe. Hiemitt thu Ew. Eden. ich Gottlicher bewahrung getreulich befehlen vndt verbleibe

Ew. Eden. dienstwilliger Vetter

Friderich Wilhelm, Churfürst.

3. Prinzessin Amalie an den Fürsten²⁾. Cleve,
19. Februar [1661].
Eigenhändig.

[Gute Wünsche für die Reise. Beschleunigte Fürsorge für das Haus Dranien.]

Monsieur mon cousin.

Je bien rescy vostre lestre et vous rend mille grasse que vous sonsches tousiour a moy, asure vous ausy Monsieur que ie ne sera iamais yngrade a le reconnoistre et tout le seruiesce que ie vous pouvois render que ie le fera avec le plus grand ioy du monde, et ie vous souhaite mille bonheur a vostre grand vogasche et priera dieu de vous donneur yn promest³⁾ et heurusce passache, et ie vous prie Monsieur alles le plus tost que vous pouues pour souuer encor lepeu qui reste a la maison et vous obligeres toute les interesces et moy en portingelir⁴⁾ destre tres veritablement

Monsieur mon cousin

vostre bien heumble cousine et servante

Amelie P. d'orange.

1) Die Heirat der Prinzessin Marie ist gemeint.

2) Adresse: An den Prinzen zc. im Haag.

3) Prompte.

4) Particulier.

non coeur de le voir, et vous pouies ausy dire que ie ne peu pas bien aller en Holande si longetemps que nous sauons la volonte du Roy pour a diesteule (oben S. 137 Anm. 6); car ie voie qui font tous qui peunet pour nous mestre mall au pre du Roy, mais ie me fieue si fort en sa bonte que ie ne crainge plus rien, et lon connoit Beuerwirt quelle amie quil est de toute la maison. Monsieur ie vous prie de ne laicseur pas endereur¹⁾ le meschant sluiges²⁾ en vostre maison qui est cause le tout le malheur d'orange, serte cest contre le respegest de lelecteur et cest ander³⁾ le courasche ou bones seruieteures. Monsieur ie recommande toute mait yntresce et demeur iusques a la mort

Monsieur mon cousin
vostre bien heumble cousine et seruante
Amelie P. d'orange.

10. Der Kurfürst an den Fürsten. Cleve, 8. April 1661⁴⁾.
Eigenhändig.

Geheime Sache. Spanische Subsidien. Ceremonieller Fehler. Holländische Intrigen. Schränkchen der Prinzessin Royale. Zolleinnahmen.]

Hochgeborner Fürst vielgeliebter Vetter

Eu. Eden. Schreiben hab ich woll empfangen, vndt hoffe bey negster post wegen bewuster geheimen sache etwas gewisses zu erhalten. Der Spanische gesantter⁵⁾ ist alhie bey mir gewesen, vndt hatt mir in namen Seines Koniges 100 000 Rthl. jährlich versprochen. Das Eu. Eden. bey inhollung des Florentinischen gesantten gleichsam gewichen, hab ich sehr vngerne vernommen, Eu. Eden. werden bey negster inhollung solches redressiren vndt Ihnen keines wegens weichen, wie Sie dan dazu Beutte genugsam werden bekommen konnen, die Eu. Eden. werden sehr hilfreich sein. Dem Konige bitte ich meine dienste zu vermelden vndt zu versichern das ich stet Sein diener sein werde vndt das der Konig nichts glauben wolle was etwa auß hollandt falschlich berichtet wirdt, sondern nur vns alhie darüber zu horen, dajerne Eu. Eden. dem Konige noch nicht bericht hetten, das das cabinet⁶⁾ außen hage in gutter verwahr gebracht, so kunnen Eu. Eden. solches noch thun. wegen der Admodiationen werde ich nichts verfügen als was rechtens, finde aber das ich bey

1) Entrer. 2) So! 3) Oter.

4) Ursprünglich verschrieben: 1662.

5) Ein Abgesandter des Statthalters der spanischen Niederlande, des Marquis de Carazena. Über diese spanischen Subsidien vgl. U.-A. XI, 299.

6) Nach dem in London am 3. Januar 1661 erfolgten Tode der Mutter des Prinzen Wilhelm III., der sog. Princesse Royale, hatten die holländischen Ambassadationsherren, welche nun die Sorge für des Prinzen Erziehung allein übernehmen wollten, eine mit geheimen Papieren angefüllte Kiste und ein dito Schränkchen (cabinet), welche die Princesse Royale in Holland zurückgelassen, an sich genommen. Dieß Cabinet hatte Weiman heimlich beiseite geschafft, die Kiste war zu schwer. Vgl. U.-A. IX, 509.

à bonne et tent que iesuis icy person aura le pouuoir de faire
 ne chosce contre vous, les obligacion que ie vous aeu y sont
 e grande et me fait prendre vos intresce come le miene prober
 it que ie vieuera, ie demeurera come ie suis de tout mon coeur
 Monsieur mon cousin

vostre bien heumble cousine et seruante

Amelie P. d'orange.

Mon petit fils sera ouiouruie¹⁾ icy de coy ie me faie yn grand ioy.

Der Kurfürst an den Fürsten. Cleve, 16. April 1661²⁾.
 Eigenhändig.

Haftung neuer Geldmittel. Trauerkleidung. Prinz Ruprecht.
 Sekreter Artikel der Allianz.]

Hochgeborner Fürst vielgeliebter Vetter.

Eu. Eden. [Schreiben] von 8. Aprilis³⁾ hab ich woll empfangen.
 n des gelbes ist schon anstalt gemacht, vndt sollen noch 4000
 n, vndt werde ich dahin sehen damitt Eu. Eden. keinen mangell
 a mogen, den dadurch wirdt das hurenkindt Bewerwert zu schanden
 cht werden. wegen der Trauer⁴⁾ stelle ich alles in Eu. Eden.
 len. Ich verlange biß Pr. Ruprecht⁵⁾ kommen wirdt, den ich bitte
 raffen. den Titel haben Eu. Eden. hiebey zu empfangen. Wie es
 dem secretten articull⁶⁾ stehet, verlangt mich zu vernehmen, den
 off kumpt das ganze haubtwerck ahn. hiemitt thu Eu. Eden.
 Gottlicher bewahrung getreulich befehlen vndt verbleibe

Eu. Eden. dienstwilliger Vetter

Friderich Wilhelm.

Der Kurfürst an den Fürsten. Cleve, 20. April 1661⁷⁾.
 Eigenhändig.

ratsangelegenheit. Anwesenheit des Prinzen von Oranien.
 Bildpretsendung. Gerücht von der portugiesischen Heirat.]

Hochgeborner Fürst vielgeliebter Vetter.

Ich hoffe Eu. Eden. werden nuhmer in Ihrem negotio weiter

1) Aujourd'hui. 2) Verschieden 1662.

3) Dieß Schreiben hat wohl den Berichten vom 8. April beigelegt. U.-A. 524 f.

4) Wegen des Todes der Princesse Royale, aber auch der Mutter des Kurfürsten vgl. U.-A. IX, 518 u. 522.

5) Prinz Ruprecht von der Pfalz reiste Ende April mit englischen Pferden henden von England ab. Vgl. U.-A. IX, 519 u. 527.

6) Nach Körner, Staatsverträge S. 255, bezieht sich dieser sekrete Artikel den Artikel 4 (Unterstützung des Kurfürsten in Behauptung und Verteidigung kölnisch-clevischen Besitzungen) des Allianztraktats. Es heißt dieser Artikel 4 nicht verstanden werden zum Präjudiz des Herzogs von Neuburg oder in auf irgend eine Kontroverse zwischen diesem und dem Kurfürsten. Bei solchen will der König sich gern und sofort interponiren.“ Vgl. das Reskript 2. Juni 1661. U.-A. IX, 535 f. 7) Verschieden 1662.

verbleiben vndt den Staadtischen gesanten keines weges weichen, auch zu dem behuff verhoffendtllich leutte genug alda für gelbt bekommen. Der Kaufman ist noch nicht kommen, werde mich alßdan erklären, wie viell ich dessen von notten haben werde, wegen der Pferde vndt hunde verlange ich zu horen wie viell Ew. Eden. deren beschaffen bekommen werden, meine recommendation ahn Konige wollen Ew. Eden. nicht vergessen, wegen des geheimen articell¹⁾ wollen Ew. Eden. demienigen nachkommen, was ich derselben für 8 tagen geschriben, den es muß hirin etwas gewagt werden, hiemitt thu Ew. Eden. ich Gottlicher bewahrung getreulich befehlen vndt verbleibe

Ew. Eden. dienstwilliger Vetter

Friderich Wilhelm.

16. Die Prinzessin Amalie an den Fürsten. Cleve,
29. April [1661].

Eigenhändig.

[Krankheit des Fürsten. Gesundheitszustand des Prinzen von Oranien. Ähnlichkeit desselben mit seinem Vater. Zuneigung des Kurfürsten zu ihm. Betreibung der Heirat.]

Monsieur mon cousin. Vos lestres me sont tousiour tres agreable mais tres mary que lon ma mande que vous avies este encor tourmande du granelge²⁾ de coy ie vous plains de tout mon ame saschant tres bien quelle mall que cest, iespre que dieu vous gardera orne auant³⁾ de ceste mall. pour les affaires, de la dieu-telle iespre qui sera asteur⁴⁾ bien tost ascheuée et que nous orons suiet de vous render mille remersciement ie me reiouie de tout mon cœur de voir la facetion⁵⁾ que le Roy tesmoinge pour mon petit fils. et pour nous tous qui nous oblige de prier dens plus pour le prosperite du Roy. dieu cest⁶⁾ que ie le souhaite de tout mon ame. Monsieur ie vous direra ausy que si vous plait de dire au Roy que ie fera bien prendre gar de au cores de mon petit fils et de vant la mort de la P. R.⁷⁾ lon a deia donne order a cest homme⁸⁾ quil le treste asteur, que iespre que le mall ne sera pas si grand come lon auoit aprehante au commencement⁹⁾, et ie vous prie dasureur que iorois le soinge possible et dieu cest¹⁰⁾ que ie laime come mon prouber fils et il le ressemble aussy bien fort et tout le iour plus en plus. lelecteur laime si fort come son prouber enfant, il laime fort destre icy, mais ie crainge fort que les estas ne le trouuet mouesce¹¹⁾, car ie lauois mande que cestoit pour peu

1) Hiermit ist offenbar wieder der sekrete Artikel des Allianztraktats gemeint.

2) Gravelle, Blasenstein. Vgl. U.-A. IX, 525.

3) Dorenavant 4) assez.

5) L'affection. 6) Sait.

7) Princesse Royale. 8) Homme.

9) Der junge Prinz war etwas verwachsen.

10) Sait. 11) Mauvais.

18. Der Kurfürst an den Fürsten. Cleve, den 6. Mai 1661.
Eigenhändig.[Heiratsangelegenheit. Lieferung von Band und eines Schreib-
zeuges. Prinz Ruprecht. Baldige Rückkehr.]

Hochgeborner Fürst vielgeliebter Vetter.

Erw. Eden. hab ich vergesen zu antworten wegen der 1000 Rthl. für eine bewusste person, die in der geheimen sache¹⁾ vill vermach, nun hab ich hirauf mitt meiner Schwiger Frau Mutter geredet, welche damitt zufriden; wan nur etwas gewisses darauß werden möchte. Zu dem müste man das gelbt auch nicht eher geben biß alles richtig were. Das Blaue bandt hab ich gesteren empfangen, wan Erw. Eden. dessen noch ein 2 oder 3 hundert ellen bekommen kuntten, würde dieselbe mich sehr obligiren, So ein Schreibzeug bitte mir wie auch einen Tisch zu bestellen. Prinz Ruppert ist im Hage, ich hoffe, er werde baldt bey mir sein. Weill nun die Kronung vorbey sein wirdt, so werden Erw. Eden.²⁾ Dero depesse desto mehr beforderen, den wan man zu lange ahn einem orte ist, so pflaget Sich die affection vndt der respect bißweilen zu verliehren. Hiemitt thu Erw. Eden. ich Gottlicher bewahrung getreulich befehlen vndt verbleibe alzeit

Erw. Ed. dienstwilliger Vetter weill ich lebe

Friderich Wilhelm.

19. Die Prinzessin Amalie an den Fürsten. Cleve,
11. Mai 1661.

Eigenhändig.

[Baldige Rückkehr erwünscht. Gerede, daß der Kurfürst für
Interessen des Hauses Dranien zu viel Kosten aufwende. Ge-
sundheitszustand des Prinzen von Dranien. Die Holländer
wünschen seine Rückreise.]

Monsieur mon cousin. Je ne vous sorois pas dire grand chosce dicy, tout le monde atent vostre retour icy et si vous pouues ie vous conseilgera de le faire bien tost, tout yn chaquin ne fait que parleur que cela cuoute tent a lelecteur et quil a tente autre depensce a faire et ie crainge a la finge lon mestera dens lesprit de lelecteur que cest le plus part pour le suiet de la maison³⁾, vous connoiesces le monde mieux que moy. ie vous prie Monsieur de dire au Roy que ie faie vieny le mestre⁴⁾ qui a fait le cores⁵⁾ de mon petit fils pour luy parleur moy mesme et de voir son cores come ie faie en presensce de deux medesins ie le vie tout nie et

1) Offenbar die Heirat.

2) Wiederholt: So werden Dieselbe.

3) Wegen der Meinung der Staatsmänner über die zugunsten des Hauses Dranien geltend gemachten weiblichen Einflüsse vgl. U.-M. IX, 471 f.

4) Maitre. 5) Korsett.

mogen gedacht haben, den Cantzler müssen Ew. Eden. für allen sehen zu gewinnen. Von Hamburg wirdt mir geschriben, daß auff der Böhrs viel tausende verwettet werden, daß die Schweden auff mein Preussen einen anschlag haben solten. Ich werde auch noch von vielen ortten gewarnet mich bey zeitten in acht zu nehmen; Ew. Eden. können dem Konige welchem ¹⁾ ich mich hiebey gebührendt recommendire versichern daß ich also jodt nach der Hirsch Brumst die Hirsche jangen vndt auff Hamburg schiden werde, da ich hoffe Schiffe sein, welche selbe innehen werden, so viel als ich bekommen kan, werde ich schiden, ahn die zahl will ich mich nicht binden aber ich hoffe noch mehr zuschiden, vndt wünsche daß ich was hette umb dem Konige zu beweissen die bestendige affection so ich gegen S. Maytt. trage. Ew. Eden. belieben H. Weimannen zu erinnern, was ich einzmahls gegen Ihm wegen grosser advantage, so der Konig haben kontte, wan es wider zu einem Kriige mitt Schweden kommen mochte [gesagt]²⁾, iedoch ist hiervon noch nicht zu gedenden, biß die alliance erst geschlossen, vndt muß solches mitt sonderbahrer conspection vndt fürsichtigkeitt geschehen, damitt ich deßwegen in kein ungeluck für der zeitt moge gesetzt werden.

Dero expedition haben Ew. Eden. jwahr zu treiben, wen aber in der alliance vndt geheimen articull etwas gewisses zu hoffen, wollen Ew. Eden. nach dero dexteritet verfahren. Wenn Ew. Eden. alle Wochen auch vber Brüssel Schreiben wolten, kontte ich jwey mahl Schreiben von derselben haben, den ich vberauß begirig bin umb zu vernehmen, wie alles abgehen werde. Hiemitt thu Ew. Eden. ich Gottlicher bewahrung getreulich befehlen, vndt verbleibe alzeit

Ew. Eden. dienstwilliger Vetter weil ich lebe

Friderich Wilhelm.

21. Prinzessin Amalie an den Fürsten. Cleve, 12. Mai 1661.

Eigenhändig.

[Übergabe eines Briefes an den König. Lob desselben.]

Monsieur mon cousin. Je prend la hartiesce de vous supplier³⁾ de vousloir prendre la peine et de donner ceste petite lestre au Roy, ie saie bien que ie faie yne grande faute de vous donner ceste peine mais cest pour render ma lestre dens plus agreable dens la quelle ie tesmonge a sa M. la ioy que iay que la couronement est si bien et heureusement passce dieu le conserue longes ennes cest yn Prince qui merit bien de porteur la courone. Je vous porte en vie que vous lauiés vie et moy point mais ie vous asure qui me semble que ie le voie avec la bonne miene quil a euy tousiour ie confoies que ie laime de tout mon cœur. iespre que dieu le beniena en tout et Monsieur ie vous mande encor yn outre

1) Verschieden: welchem.

2) Fehlt.

3) Souplieer.

er wollen Ew. Eden. Sich meinetwegen bedanken, daß er so offenhin heraus gegangen, undt Ihn zu bitten, daß er in der affection gegen mich dem Hauße Oranien continuiren wolle, auch wegen bewuster sache¹⁾ inrettig sein. zwar wirdt auffem Tage geschriben, daß es mitt all ganz richtig sey, ich hab einen gesprochen, welcher die infantin, so mich für gewiß berichtet hatt daß Sie ganz Budlicht sey, ganz schwarz, welches treßliche schonheiten sein. Ew. Eden. werden ahn gehörige ohrte zu menagiren wissen, den es Sich in der also verhelbt. Ew. Eden. werden gleichwohl den geheimen punct²⁾ der handt in geheim treiben, iedoch mitt aller fürsichtigkeitt damitt nñler nicht offendiret werde, selbigen tunnen Ew. Eden. woll in uen entdecken, daß Sie bey Ihrer Ankunst in Engelandt schon tion gehabt mitt Ihn hirauß zu communiciren, undt solches nehr damitt er sehe daß Ich solches gerne sehen mochte. wegen uer stelle ich alles in Ew. Eden. gefallen, D. Isincken hab ich gelder zu negotiiren, auch deswegen die Waldschreiberey zu en. Daß Ew. Eden. ein schon iunges Pferd erhandelt, dessen ich mich undt wollen Ew. Eden. selbiges nur fleißig galoppiren, eschießen lassen, damitt es nicht für dem schusse scheue. wegen ches³⁾ in die Biblioteke hette ich mich zu bedanken, wan Ew. die mühe dazu nehmen wolten, daß solches aufkommen mochte. so werde ich von einem gutten freundt berichtet Daß Wir Der n Person welche Sich so willig bewissen, in der bewusten gesache⁴⁾ nicht allerdings zu trauen hetten, deßhalben Ew. Eden. rkundigung inziehen werden.

Ihrer Maytt. bitte ich meine person zum besten zu recommendiren, Better Ruppert hatt mich berichtet, daß bey der Eideßleistung⁵⁾ von frembden Souverenen ein reservat daß es Ihnen nicht preich undt solches nur auff dieienige So in Engelandt wohnten stehen were, welches Ew. Eden. auch vernehmen können, undt n vom Roy d'armes solches erhalten suchen werden. hiemitt thu en. ich Gottlicher bewahrung getreulich befehlen, undt verbleibe

Ew. Eden. dienstwilliger Better weiß ich lebe

Friderich Wilhelm.

w. Eden. wollen doch sehen damitt ich des Königs conterfeit groffe bekommen moge.

Hier ist offenbar die Heirat gemeint.

Am 20. Mai fragten Nassau und Weiman, ob die portugiesische Heirat den Auftrag, die Allianz abzuschließen, verändernd einwirken werde? K., 529.

Vielleicht daß später mehrfach erwähnte über die Gartenkunst, daß der erst im März 1663 erhielt. Vgl. oben S. 123.

Wohl die Heirat. Vgl. den Brief der Prinzessin vom 29. April.

Bei der Verleihung des Hosenbandordens.

uns nuhmer werde geschlossen sein, vndt haben Ew. Eden. sehr woll
an das Sie der Schweden noch nicht gedacht haben, biß dieselbe
e vollkommene depesse erlangt haben. Die bewusste sache¹⁾ welche
h. Weimannen anbejollen, wollen Ew. Eden. bey gelegenheitt vndt
geheim dem Konige anhandt geben; das Ew. Eden. gerne eine
e nach Frankreich vndt iurnehmlich nach Paris thun wollen, solches
ich auß Ew. Eden. Schreiben vernommen, Nun wolte ich herzlich
ie derselben das contentement gonnem, Ew. Eden. werden aber selbst
ciren können, wie solches mir bey Ihrer Kay. Maytt. vndt Konige
Spannien einiges misstrauen verursachen mochte, derhalben Ew. Eden.
biß auff eine andere gelegene zeitt in etwas auffscheuben vndt Dero
se anhero beschleunigen wollen.

Ew. Eden. wollen vnbeschwerdt vom Konige vernehmen, was von
rensteinen sachen angenehm sein mochten, so werde ich selbige schon
ellen. Hiemitt thu Ew. Eden. ich Gottlicher bewahrung getreulich
ellen vndt verbleibe alzeit

Ew. Eden. dienstwilliger Vetter

Friderich Wilhelm

Meine recommendation bey dem Konige wollen Ew. Eden. nicht
gehen.

. Die Prinzessin Amalie an den Fürsten. Turnhout,
29. Juni 1661.

Kanzlei-Ausfertigung.

ie Veränderungen des Vertrags über die Tutel sind ver-
nderlich. Hoffst auf persönliche Aussprache bei der Rückreise.]

Monsieur mon cousin

J'espere que vous aurez bien la bonté de m'excuser, si estant
re les mains des medecins je ne vous escriis de ma main, pour
s dire que j'ay bien reçeü vos dernieres du 17 de ce mois et
celle que vous avez escrite en commun a monsieur l'electeur²⁾,
les changemens que nous avons trouvé a redire au traicté de
utele, que je ne vous avois point imputéz; mais esté estonnée
le chancelier Weyman, qui a une entiere cognoissance et de
affaires et de nos intentions les eust laissé passer, au moins
s nous les faire sçavoir prealablement. Puis que c'est une
ire faicte et que vous asseurez ne l'avoir pu estre autrement,
aut prendre patience et se servir de ce qui a esté arresté le
ux que nous pourrons, et attendre ce que le temps nous donnera
s le cours de l'administration. Je croy que vous aurez presen-
ent la ratification et qu'en suite ayant aussi obtenu celle de
Majesté vous hasterez vostre retour. Je suis tres faise de la

1) Wahrscheinlich die Betreibung der Sendung des Georg Downing nach
 Haag, um die Gesandten dort im oranischen Interesse zu unterstützen. Vgl.
II. IX, 533 und 559.

2) II. IX, 538 ff.

n lan, dann es ist woll zu consideriren was hir gesucht wirdt, das man ihn gahr, mitt Frandreich zu zerfallen vndt zu ewigen verhaß zu machen willens ist, auff das er ins kunftige keinen freundt haben moge, den man ihme aller derselben gerne bewill, hirnebenst so ist es gewiß das er alda mitt der grosten station von der welbt sein wirdt, undt dan so etwas in ocaſion n mochte, er seines lebens nicht sicher sein wurde, nicht wegen nde So er gegen Sich hatt, sonderen wegen der bewusten feinde, selbst gerne umbs leben schon lengst gebracht hetten, wan es Gott ugeben wollen. man mochte sagen, der Konig in Frandreich ist e hollender feindt, ich frage aber ob vielleicht der Krig deßwegen mitt macht von des Hauſſes¹⁾ feinde getrieben wirdt, auff das urch die Aarma ihre partie stercken, vndt Sich gegen die ienigen tte patriotten sein, vndt des Hauſſes freunde, formitabell machen, h wan hollandt vndt alle provintien, daruber zu grunde gehen nichts darnach fragen, sondern, vermeinen das Sie es mitt ihren bezahlen kontten, Dadurch aber den Staadt nicht gedient sein wan alles vber vndt vber gehen mochte. man mochte auch in- i, der Konig in Frandreich hette auch niehmals dem Hauſſe n einiges guttes bewiſſen, sondern vielmehr Sich als ein feindt n, Der Prinz ist nicht mechtig genug gegen die macht von reich alleine zu stehen, So ist dennoch zu hoffen das vber kurz ing die consilia vndt maximen sich endern mochten, vndt mogen ht dessen Hulffe ins kunftige noch zu gebrauchen hoffnung sey²⁾. n zu gering hirvon zu iudiciren, die bestendige affection, so ich : hauſſe trage, bewegt mich solches zu erinnern, stelle alles anderen hvernunfftigen nachdencken anheim. Das Schreiben von Tourene h bey E. G. Schreiben nicht gefunden, vndt muß es vielleicht eblieben sein, bitte deßwegen gehorsambst, daſerne solches noch den mir zuzuschicken, hiemitt thu E. G. ich Gottlicher bewahrung, igwiriger gutten gesundtheitt: mich aber in Dero beharlichen vndt Mutterlichen affection nehenst meinen kinderen ganz gehor- befellen, verbleibendt alzeit E. G. gehorsamer Diener vndt Sohn i todt

Friderich Wilhelm.

1) Das Haus Dranien.

2) So!

IV.

Der Briefwechsel zwischen Kronprinz Friedrich von Preußen und Fürst Joseph Wenzel von Liechtenstein.

Nach den Originalen mitgeteilt

von

Hans Droysen.

Im dritten Bande seiner Geschichte des fürstlichen Hauses Liechtenstein 1882 hat v. Falke aus dem Fürstlich Liechtensteinischen Archiv eine Anzahl eigenhändiger Briefe Friedrichs des Großen an den Fürsten Joseph Wenzel von Liechtenstein in deutscher Übersetzung bekannt gemacht. Durch Liberalität Sr. Durchlaucht des regierenden Fürsten Johann von Liechtenstein verdanke ich die Erlaubnis, diese Briefe sowie einige Abschnitte des Fürsten im ursprünglichen Wortlaut veröffentlichen zu dürfen:

O. Freiherr von Mitis hatte die große Freundlichkeit, sie für mich abzuschreiben. Als Ergänzung sind einige eigenhändige Briefe des Fürsten, die sich im Königlich Hausarchiv in Charlottenburg gefunden haben, beigegeben.

In dem Rheinfeldzuge von 1734, im Lager vor Philippsburg, lernte Kronprinz Friedrich den fast 16 Jahre älteren Fürsten Joseph Wenzel von Liechtenstein, der dem Prinzen Eugen als Generalfeldwachtmeister beigegeben war¹⁾, kennen; er muß schon hier mit ihm in sehr enge persönliche Beziehungen getreten sein²⁾, die man seitens des Wiener Hofes bald auch politisch zu verwerten gedachte.

1) S. die ausführliche Biographie des Fürsten bei Falke III, 107 ff.

2) In dem Tagebuche aus der Rheinkampagne (Forsch. z. br.-pr. G. IV, 1, S. 218 ff.) erwähnt der Kronprinz auffallenderweise den Fürsten nicht.

war von vorne herein bestimmt, der Fürst solle nur vorübergehend in Berlin bleiben, und so reiste er nach einem Abschiedsbesuch beim Kronprinzen in Stuppin am 23. Mai wieder ab, nicht ohne beim Könige ein gutes Andenken hinterlassen zu haben¹⁾. Der Posten eines kaiserlichen Gesandten in Berlin blieb vorläufig unbesezt, Baron von Demerath führte die Geschäfte.

Noch im April hatte der Kronprinz dem Könige die Bitte vorgetragen²⁾, auch dieses Jahr an dem Feldzuge teilnehmen zu dürfen. Sein Briefwechsel aus dem Sommer zeigt, in welcher quälender Ungewißheit er war, ob er die Erlaubnis erhalten, sie werde ausführen dürfen. Am 5. Juni schrieb er dem Prinzen Gustav Wilhelm von Anhalt: „Was der König mir erstlich, und danach dem Prinzen Eugen abgeschlagen, hat er meinen Rekruten affordiret; denen habe ich die Erlaubnis zu danken, nach der Armee zu gehen; ich denke alle Tage die ordre zu kriegen“. Aber schon am 11. mußte er ihm schreiben: „ich habe Permission gekriegt, nach der Armee zu gehen, aber nur mit dem Bedingen, daß sie sich zusammenzieht“. Eine neue Erkrankung des Königs ließ Mitte Juni wieder alles unsicher erscheinen; seine letzte Hoffnung setzte er auf die Befichtigung seines Regiments durch den König: am 28.

Chetardie est piqué de ce que Liechtenstein poursuit toujours le prince royal et il a dit à Grumbkow: Liechtenstein suit le prince royal comme son ombre et il se mêle de tous les entretiens avec lui: 9. Juni (64): der Kronprinz sei sehr eingenommen von Liechtenstein, disant daß er ehrlich et qu'il lui [a] ouvert les yeux sur les fausses insinuations de la Chetardie, vgl. noch 3. Jan. 38 (207): l'envoi de Lichtenstein a flatté sa (des Kronprinzen) vanité, l'a pu assez bien souffrir, ils ont soupé ensemble. Wie weit der vom Kronprinzen in einem Briefe an Suhm am 26. Sept. 1737 ausgesprochene Verdacht, Fürst Wenzel sei an dem Sturze Seckendorffs nicht unbeteiligt, begründet ist, vermag ich nicht anzugeben.

1) Vgl. die Briefe Friedrich Wilhelms I. an den Fürsten bei Falke a. a. D. 126 ff. Die von Fürst Leopold ebenda 125, 194. Der Fürst Leopold schreibt am 21. Dezember 1735 dem Fürsten: „Da ich inzwischen Gelegenheit gehabt mit S. R. M. von Euer Liebden zu sprechen, so haben Höchstdieselbe sich mit gar gnädigen Expressionen und besonderen Marquen einer Distinction über Dero Sujet herausgelassen, auch unter anderem versichert, daß sie Dero Zurückkunft wünschen.“ In Wien bestand Aug. 1735 die Absicht, den Fürsten noch einmal nach Berlin zu schicken (Falke a. a. D. 124).

2) Journal de Seckendorff 27. Sept. 35 (S. 85): Friedrich Wilhelm I. an Grumbkow: avec mon fils et Lichtenstein prince Léopold a intrigué ce voyage pour l'armée. Über die Beteiligung des Prinzen Eugen an dieser Bitte des Kronprinzen Arneth III, 467, 608: Journal de Seckendorff 18. Sept. 1735 (80 ff.) Forsch. zur br.-pr. Gesch. VII. 60, 65. Feldzüge des Prinzen Eugen, Supplementheft S. 77 (Schreiben Eugens an den Kaiser vom 15. Juni 1735).

pleno von ihm „mit aller nur erdenklichen Zärtlichkeit und Achtung“ und am 8. zeichnet er Sedendorffs Neffen in auffallender Weise aus¹⁾.

Daß der Kronprinz mit dem Fürsten Wenzel nach ihrer Abreise aus dem Felde im Briefwechsel stand, war kein Geheimnis geblieben, mochten auch die Briefe hin und her durch Dritte vermittelt worden sein. Einer dieser Mittelspersonen scheint Suhm gewesen zu sein, dessen enge persönliche Beziehungen zum Kronprinzen man auch in Wien kannte und auf den Fürst Wenzel in seiner Instruktion von 1734 hingewiesen war als auf einen, der nach einem Thronwechsel in Preußen zu großer Bedeutung berufen sei. Bis zum April 1736 war Suhm in Berlin, dann ging er erst nach Lübben, dann nach Dresden; von hier aus teilte er dem Kronprinzen am 20. November mit, er sei in außerordentlichen Sendung nach St. Petersburg bestimmt. Vor seiner Abreise kam er noch am 12. Dezember auf 6 Tage inkognito nach Berlin („aus gewissen Rücksichten“ durfte er den Kronprinzen immer nur abends von 6—10 oder 11 sehen) und „nahm von seinem erlauchten Freunde den zärtlichsten Abschied“; in der Nacht vom 28. zum 29. Dezember reiste er von Lübben nach Petersburg ab²⁾.

Anfang des Jahres 1737 wurde Fürst Wenzel zum Gesandten am Pariser Hofe bestimmt, im März war die Ernennung allgemein bekannt, aber die Abreise verzögerte sich noch über Jahr und Tag, erst am 21. Dezember 1738 hielt Fürst Wenzel seinen feierlichen, prunkvollen Einzug in Paris. Hier erfuhr er den Thronwechsel in Preußen: durch den Obersten von Camas ließ er dem jungen Könige seinen Glückwunsch zustellen.

Am 28. Februar 1741 verließ Fürst Wenzel Paris; dann trat er als General der Kavallerie zu der Armee, die erst unter Meipperg, dann unter dem Prinzen Karl von Lothringen stand; an dem Zuge Rheinhüllers, der mit der Einnahme Münchens (13. Febr.) endete, nahm er teil, im April 1742 war er wieder in Böhmen: am 17. Mai 1742 führte er bei Chotusitz die Reiterei des rechten Flügels, nicht ohne in der Schlacht in Lebensgefahr zu geraten. 1744 wurde ihm die Generaldirektion über die gesamte Artillerie übertragen, aber schon im Dezember

1) Sedendorff Journal 17. Nov. 1735, 7. u. 8. Dez. 1735.

2) Über die Beziehungen Suhms zum Fürsten Wenzel vgl. Falke S. 145 ff., wo auch einige Briefe beider mitgeteilt sind. In dem Briefe des Fürsten an Suhm vom 26. Dez. 1736 ist von einem jährlichen Vorschuß die Rede, welchen k. k. des Kaisers Fürst Wenzel an den Kronprinzen macht. Des Kronprinzen Brief (an einen Unbekannten) vom 29. April 1738 über die Rückzahlung (in deutscher Übersetzung) ebd. S. 154.

nahm von nun an mehrfach Gelegenheit, durch Vermittelung des preußischen Befandten in Wien, von Rohd, dem Könige allerlei Aufmerksamkeiten zu erweisen.

Im Dezember 1764¹⁾ bot er ihm die Statue einer „Diana von Ephesus von weißem griechischen Marmor und von seltener Schönheit“ um Geschenk an: auch erklärte er sich bereit, Bilder aus seiner Privatsammlung, die dem König etwa gefielen, diesem zu verkaufen für einen Preis, den ein Kenner bestimmen solle. Geld für Bilder auszugeben, war der König damals nicht geneigt, das Geschenk ließ er in der verbindlichsten Weise ablehnen; dagegen nahm er ein paar Windhunde seitens des Fürsten gerne an, ließ sie durch einen Jäger aus Wien abholen. Für diese Aufmerksamkeiten wollte er sich nun auch erkenntlich erweisen; auf eine Anfrage schlug ihm Rohd vor (6. April 1765), einige Stücke aus der Berliner Porzellanmanufaktur, die in Wien noch selten und wenig bekannt seien, würden dem Fürsten gewiß viel Freude machen und wenn darauf sein Wappen angebracht würde, würde es diesem noch schmeichelhafter sein. Der König fand diesen Vorschlag gut; freilich nahm die Fertigstellung des für den Fürsten bestimmten Services längere Zeit in Anspruch: mit einer Depesche vom 27. Februar 1766 erhielt Rohd ein vom Direktor der Porzellanmanufaktur Grieninger angefertigtes Verzeichnis des Services, das abgeschickt war, und dabei ein Schreiben des Königs an den Fürsten Wenzel, das erste eigenhändige seit den Briefen der kronprinzlichen Zeit. Rohd glaubte sich befugt, mit der Übergabe des Briefes nicht bis zum Eintreffen der Sendung selbst warten zu müssen, er überreichte den Brief und das Verzeichnis dem Fürsten schon an seinem Namenstage, dem 19. März. Dieser war über das Geschenk, besonders aber über den Wortlaut des Schreibens aufs tiefste gerührt; am 21. kam er zu v. Rohd: *en doute si sa réponse pourrait être prête aujourd'hui, il s'est excusé d'avance sur la mauvaise écriture, dont il avait pris l'habitude à force d'écrire beaucoup et qu'il lui fallait de temps pour peindre d'une façon lisible*; am Nachmittag des 5. April erschien er wieder bei Rohd, ihm mitzuteilen, das Service sei wohlbehalten angekommen und ausgepackt; er bat ihn, ein eigenhändiges Dankschreiben an den König zu übermitteln; bei einem großen

1) Das folgende nach den Berichten Rohds; einiges daraus ist schon in der Politischen Korrespondenz XXIV u. XXV mitgeteilt. — Vom 23. Mai ist die Rechnung der königlichen Porzellanmanufaktur über „Transport eines Tafelservices mit Wappen von Berlin nach Breslau, von Breslau nach Wien“ datiert.

aß er kaum gedacht hätte, wieder aufzukommen¹⁾ und schrieb zurück: *« n'est qu'avec bien de peine, que j'ai appris l'accident fâcheux arrivé au bon prince de Lichtenstein, dans son âge avancé; j'espère cependant qu'il en rechappera encore et qu'il prendra à l'avenir plus de soin de sa santé. »*

Der Bericht aus Wien vom 12. Februar 1772 meldete den am 9. Februar erfolgten Tod des Fürsten.

Wieder war einer von den alten Bekannten aus der Jugendzeit hingegangen, einer der wenigen, die nicht wie der König vor fast 60 Jahren nur noch den „Schatten des großen Eugen“ gesehen hatten, sondern Zeuge von dessen glänzender Zeit im Türkenkriege, bei Belgrad gewesen war. So mochte der Fürst Wenzel dem Könige gerade als der Rechte erscheinen²⁾, um dem Prinzen Eugen und seinen großen Waffen- und Ruhmesgefährten Nachricht zu bringen, wie „da oben“ alles anders geworden sei, wie sich da ein neues Geschlecht, die Encyklopädisten, breit mache, ebenso unwissend wie anmaßend, das das edle Waffenhandwerk und den Kriegerstand, den Schutz und die Stütze des Staates, bei jeder Gelegenheit verächtlich mache, das im Dunkel seiner „Philosophie“ wage, an dem Ruhm der beiden Männer zu kritteln und zu rütteln, zu denen die älteren Generationen als den Meistern der Kriegskunst mit Ehrfurcht und Bewunderung aufgeblickt hatten.

1. Fürst Wenzel an den Kronprinzen³⁾.

Monseigneur!

Je prends la liberté d'envoyer à Votre Altesse Royale trois ans d'Italie. Je voudrais que les nouvelles de ce pays fussent assez intéressantes, pour pouvoir en mander quelque chose de

1) Le prince de Liechtenstein a eu ces jours passés une attaque d'indigestion si forte qu'il a pensé à succomber. A l'âge de soixante-quatorze ans il prétend de manger encore tout ce qui convient à son appetit aux dépens d'un estomac dérangé. Les fréquentes récidives qu'il a déjà eues, devraient l'avertir du danger, qu'il court, mais une satisfaction momentanée l'emporte chez lui sur le souvenir du péril passé et sur la crainte d'un autre, qui est à la porte.

2) Im Dialogue des morts entre le prince Eugène, le duc de Malborough et le prince de Lichtenstein, geschrieben Frühjahr 1773 (Œuvres XIV, 247).

3) Von einer Wiedergabe der ursprünglichen „Orthographie“ in diesem Briefwechsel glaubte ich absehen zu dürfen.

2. Der Kronprinz an Fürst Wenzel.

à Zwingenberg¹⁾, ce 30 de sept. 1734.

Mon très cher prince

Rien ne peut être au monde plus exacte ni plus officieux que ce que vous venez de faire, mon cher prince, en m'envoyant le cuisinier de notre cher défunt. J'ai pensé pleurer en le voyant et principalement par le récit qu'il m'a fait de la mort du cher pr. Frédéric²⁾. Je suis persuadé d'avoir en vous un aussi bon et fidèle ami que je viens d'en perdre; c'est l'unique chose, qui me peut consoler des justes regrets, que l'on doit à sa mémoire. Soyez bien persuadé, mon cher prince, que j'ai la même amitié envers vous; j'espère bien que j'aurai un jour l'occasion de vous en donner des marques et je vous assure que je me ferai un plaisir très sensible de vous prouver en toute rencontre et d'une manière efficace, comme je suis avec une tout particulière estime et amitié

Mon très cher prince

votre très fidèlement affectionné ami et cousin
Frédéric.

PS. J'ai fait l'accord avec le cuisinier: il aura le bonheur de vous porter cette lettre et il m'a promis de s'en retourner en 8 jours à Bayreuth³⁾.

3. Der Kronprinz an Fürst Wenzel.

à Ruppın, ce 23 de nov. 1734.

Mon très cher prince

Votre souvenir m'a été d'autant plus agréable que j'attendais avec beaucoup d'impatience de recevoir de vos nouvelles. Je vous suis infiniment obligé, mon cher prince, de ce que vous avez eu la bonté de me faire copier les plans et si vous voulez m'obliger doublement, ayez la bonté de me les envoyer à mesure qu'ils seront

1) An der Bergstraße, nördlich von Heidelberg. Der Kronprinz an den König 29. September: „Morgen marschieren wir nach Zwingenberg.“

2) Gemeint zu sein scheint Herzog Heinrich Friedrich von Württemberg (geboren 16. Oktober 1687), kaiserlicher General der Kavallerie, gestorben 26. September 1734; von dessen Tode der Kronprinz am 29. September 1734 schreibt: „Eben als wir wegmarschierten, ist eine Stafette an den Prinzen (Eugen) gekommen, daß Prinz Friedrich von Württemberg auf seinem Gut am hitzigen Fieber gestorben sei. Er wird von allen Seiten sehr beklagt.“ Weiteres habe ich nicht ermitteln können.

3) Der Kronprinz war auf der Rückreise vom 3.—6. Oktober in Bayreuth. Auf dem Umschlag steht von anderer Hand: à mon cousin le prince de Liechtenstein à Leimen. Leimen liegt südlich von Heidelberg. Dem Schreiber der Adresse war also unbekannt, daß Fürst Wenzel nicht mehr bei der Armee war, vgl. Nr. 1, oder gehört der Umschlag zu einem anderen, verlorenen Brief des Kronprinzen?

ours de cette année que de beaucoup de suivantes. Je vous
mon cher prince, de faire beaucoup d'assurances d'amitié de
part au Pr. de Savoye. Je me flatte de vous voir au Rhin la
campagne prochaine, j'en serai charmé ayant alors l'occasion de
vous assurer de vive voix comme je suis avec une sincère estime
mon très cher prince

votre très fidèle ami et cousin
Frédéric.

PS. Si vous voyez le duc de Lorraine¹⁾ je vous prie de
lui transmettre de ma parfaite amitié.

5. Der Kronprinz an Fürst Wenzel.

à mon Banat²⁾, ce 29 d'avril 1735.

Mon cher prince

J'ai eu le plaisir de recevoir votre lettre, mon cher prince,
laquelle j'ai vu que vous vous attendez à faire la campagne
d'été³⁾. Je vous avoue que je meurs d'impatience de vous suivre
et attends avec grande impatience la consommation de la revue,
pour pouvoir partir. Je vous prie de vouloir laisser les plans
du major Oelsnitz des cadets, qui me les fera copier par eux.
Cela ne fera qu'augmenter les obligations, que je vous ai déjà, étant
beaucoup d'estime et d'amitié

mon cher prince

votre parfaitement fidèle et affectionné ami
Frédéric.

6. Der Kronprinz an Fürst Wenzel.

à Ruppin, ce 16 de mai 1735.

Mon très cher prince

Je serai charmé d'avoir le plaisir de vous voir avant votre
départ, car j'ai bien des choses, dont je serais charmé de vous
parler. J'attends donc le jour de demain avec beaucoup d'im-
patience me procurant le plaisir de vous voir et de vous assurer,
mon cher prince, de la parfaite estime et amitié, avec laquelle je
vous aime toute ma vie

mon très cher prince

votre très fidèlement attaché ami
Frédéric.

1) Der Herzog Franz von Lothringen war vom 23. Februar bis 15. März
in Berlin gewesen und hatte der Verlobungsfeier des Kronprinzen bei-
gewohnt. Die Briefe des Kronprinzen an ihn Sitzungsberichte der Wiener
Akademie 141 (1899), S. 41 ff.

2) Diese Bezeichnung für Ruppin muß sich auf irgend ein Gespräch mit
dem Fürsten beziehen.

3) Nicht erhalten.

lu fusil et il paraît mal passer son temps; étant expressément stipulé dans le cartel qu'on a fait que ceux qui voudraient brûler soient traités sans pitié, on a envoyé un tambour pour cela à l'armée de France mais je n'en sais encore la réponse. On a fait les inondations laquelle (so) rend le passage par Philippsburg impraticable à l'ennemi et les environs d'ici paraissent une mer. Voilà toutes les nouvelles d'ici mais je crois, si il y a quelque chose à faire ce sera au mois d'août. Les Français font des inondations de l'autre côté en faisant enfler la Seltz et il paraît que de part et autre on veuille aller à la défensive. Il ne me reste que de supplier V. A. R. de vouloir me conserver les bonnes grâces et d'être persuadé que personne au monde tâchera de les mériter avec plus d'attachement et un respect inviolable avec lequel je serai toute ma vie

8. Der Kronprinz an den Fürsten.

à Ruppin, ce 17 de juillet 1735.

Mon très cher prince

Ce qui a été refusé aux instantes prières que j'ai faites au roi, pour obtenir la permission d'aller en campagne, ce que le prince Eugène lui a écrit et ce qui lui a été refusé, m'a été accordé à la fin, la faveur d'une douzaine de grands recrues. J'ai donc permission, mon cher prince, de faire campagne mais à condition que l'armée s'assemble. Je vous prie de m'écrire ce que vous en croyez et si j'ai lieu de me flatter de vous y voir ou non. Voudriez-vous bien encore me faire le plaisir de me faire avoir la permission d'envoyer un officier en Bohême, pour faire des recrues; car sans cela point de salut, c'est l'unique chemin, qui reste pour parvenir à ses fins. À présent l'on vient me dire que le roi va à Stettin et que je dois n'y rendre. Ce n'est pas la campagne de l'Oder que j'ai désiré le faire mais bien celle du Rhin. Je ne sais ce qui deviendra de moi; en attendant vous pouvez être très persuadé, mon très cher prince, que dans quelle partie du monde je me trouve, vous y aurez une personne, qui vous aime beaucoup et qui connaissant votre mérite est avec une parfaite estime

Mon très cher prince

votre très parfaitement affectionné ami et cousin

Frédéric

Au Pr. de Lichtenstein.

9. Antwort des Fürsten.

Monseigneur

Je reçois avec la poste passée les très gracieuses lignes de Votre Altesse Royale du 17 passé avec tout le respect imaginable. Je suis charmé de ce que le sort a changé et que j'aurai la grace et l'avantage de pouvoir rendre mes très humbles respects à Votre

du Roi que moi; je me flattai agréablement de pouvoir cour à V. A. R. à l'armée; il faut pourtant dire pour l'honneur de V. A. R. qu'on n'a rien fait et je doute qu'on ait fait quelque chose, où la saison est déjà si fort avancée, et j'aurais donné le temps que j'ai employé ici pour voir le cardinal nepote¹⁾ le visage plus aplati qu'il l'a naturellement; j'aurais j'envisagé à ces messieurs qui l'ont souffleté, le plaisir d'appliquer sur ses grosses lèvres des coups de poing. V. A. R. s'attend sûrement qu'il sera ôté et qu'elle n'aura plus le plaisir de voir ce vilain visage. Le corps que commande l'armée a passé le Rhin consistant de 30 m. hommes²⁾. Nos succès font la guerre comme l'année passée battant partout les Français et on peut dire, que c'est leur fléau. V. A. R. en saura les nouvelles plus précises du prince Léopold d'Anhalt³⁾. On fait à Germersheim et les Français se retirent à leur ligne, la laquelle ils fortifient à force de redoutes et inondations et par là ce poste inattaquable. Il paraît pourtant que le roi médite quelque chose; ça se doit montrer en peu de temps la saison soit fort avancée. Il ne me reste que de supplier V. A. R. de la continuation de ses grâces et de permettre que je vous salue avec un très profond respect

12. Der Kronprinz an Fürst Wenzel.

à Ruppin, ce 8 de sept. 1735.

Mon très cher prince.

Imaginez-vous ce qu'il y a de plus triste, de plus morne et de plus desolé dans l'univers et figurez-vous de me voir. J'ai écrit à V. A. R. de quatre estaffettes au Roi; j'ai lui ai fait souvenir par une manière très pressante et très respectueuse de la promesse, qu'il avait faite de faire la campagne; par votre lettre⁴⁾ je lui ai fait assembler de l'armée — à tout cela point de nouvelle, et il a sommé de sa parole, il voit la condition, qu'il m'avait faite d'aller à la campagne et malgré cela il me refuse cruellement sous le prétexte de quelque raison très cachée et d'une nature à ne pouvoir être confiée à personne. Il vous a dit cette belle

—
über die Worte et moi — ici pour ist übergeschrieben: je suis en doute, si ça ne vaut la campagne que nous avons faite de „cardinal nepote“ ist der jüngere Sedendorff. Worauf das oben steht, habe ich nicht ermitteln können.

Am 28. August zog sich die französische Armee nach Speier zurück. Der Tag der Kaiserlichen bei Wittenau war 28.—30. August, worauf am 30. August der Fürst mit seinen Truppen den Rhein passierte.

Der alte Fürst Leopold war seit dem 6. September im Hauptquartier; im Text sein Sohn gemeint.

un attachement plus respectueux que je souhaite d'être toute ma vie
avec tout le respect imaginable

de Votre Altesse Royale

le très humble et très obéissant serviteur
le prince de Lichtenst.

Vienne le 29 d'octobre 1735.

14. Der Kronprinz an Fürst Wenzel.

à Berlin, ce 7 de décembre 1735.

Mon cher prince

la confiance, que j'ai en vous, et l'amitié que vous m'avez
évoignée toujours, m'engagent à vous faire part de l'appréhension,
que l'on nous fait du retour de Seckendorf¹⁾. Tout le monde le
dit pour sûr et quoique je ne sois pas entièrement résolu de le
croire, j'avoue que je le crains extrêmement. Le caractère de cet
homme et les diverses intrigues, dont il a désolé la moitié de cette
cour, vous sont si connues, qu'elles doivent me servir suffisamment
l'appui et de fondement pour l'avoir en horreur. Je ne saurais
m'imaginer que l'Empereur (dont toute l'Europe parle comme d'un
prince accompli) voulût envoyer un homme dans cette cour, qui
adis y a causé une désolation publique, qui par l'effort de ses
intrigues a fomenté des dissensions domestiques, des brouilleries
de famille et qui a porté le flambeau de la discorde dans la capitale
du pays d'où ces maux se sont communiqués jusque aux provinces
les plus reculées. Sa mémoire est en exécration, on le considère
comme un fléau, dont Dieu s'est servi pour nous punir; mille d'actes
d'injustice, monuments éternels du séjour qu'il a fait ici et dont
les malheureux effets existent encore, nous conservent son souvenir
odieux; je ne suis que l'organe du public et je vous explique les
sentiments généraux de tout le monde. Imaginez-vous, de quel
cœur nous attendons la venue d'un homme, qui nous a causé tant
de maux; imaginez-vous à quoi je peux m'attendre en cas de sa
venue; il sait qu'il m'a offensé et cela même suffit pour lui inspirer
de la haine contre moi. Si donc la nouvelle est vraie et qu'il
vient ici, c'est me mettre le couteau à la gorge et me faire des

1) Versuch einer Lebensbeschreibung des Feldmarschalls Seckendorff I, 257:
„Es hätte damals (Dezember 1735) nur von Seckendorff abgehungen, in den
Dienst des Königs von Preußen, der nach der Schlacht bei Clausen (21. Okt.)
ihn beinahe noch höher achtete als zuvor, zu treten und die höchsten Stellen
des Staates oder der Armee zu erhalten.“ Des Kronprinzen Stimmung gegen
Seckendorff zeigt sein Brief an Herzog Karl von Braunschweig 28. Oktober 1735:
„L'on nous assure que Seckendorff fait le petit César au Rhin et qu'il veut
de donner des airs avec Belleisle,“ und an den Prinzen Leopold von Dessau
31. Oktober 1735: „Der hochdeutsche General hat ein rencontre an der Mosel
gehabt; hätte ihn doch der Teufel geholt; mir dünkt, ich höre ein Echo, das
Amen sagt.“

6. Fürst Wenzel an den Kronprinzen. (Konzept.)
[Januar 1736.]

C'est avec tout le respect imaginable que je reçois celle du 28, que V. A. R. m'a fait la grâce de m'écrire; je songerai aussi à satisfaire à mon engagement tout d'abord que je pourrai. Je sens encore plus la perte du maréchal Finck par rapport à la mort que V. A. R. en ressent et certainement c'est une perte de ces gens de vieille race lesquelles sont assez rares. Alors est (?) je n'ai répondu encore à ce que V. A. R. m'a chargé de dire elle peut croire que jamais personne est déchu de cette honneur comme le sujet dont il s'agit; j'en manderai quelque chose de plus positive en peu de temps¹). Le prince Eugène est mal²) et je ne crois pas que [il] survivra le mois de mars. Adieu bien là, Monseigneur, un sujet de morale et de laquelle je suis sûr; c'était le plus grand homme de son siècle et il mourra être fort peu regretté d'une armée laquelle sous ses ordres a gagné de victoires. Je supplie V. A. R. de vouloir toujours honorer de sa protection et de permettre que je me dise avec le respect imaginable

**Der Kronprinz an Fürst Wenzel. (Ausfertigung mit
eigenhändiger Unterschrift.)**

Monsieur mon cousin

J'accepte avec la plus vive reconnaissance du monde les deux
mes que vous avez bien voulu promettre à mon lieutenant de
k^s) et je vous prie, mon cher prince, de me les faire avoir le
t qu'il se pourra. Le service, que je vous demande, m'obligera
us en rendre toutes les fois qu'il se présentera quelque occasion
favorable de pouvoir vous marquer par des effets la véritable
té et l'estime avec laquelle je suis

Monsieur mon cousin

votre parfaitement affectionné ami et cousin
à Ruppin, ce 1 de fevrier 1736. Frédéric

agne, wo er sich bei Malplaquet auszeichnete, dann Gouverneur des Kron-
n Friedrich.

1) Der Feldmarschall Sedendorff. Der Kronprinz an Suhm 26. Nov.
„Je crois que le prince de Liechtenstein n'y a pas peu contribué“
(Sedendorff's Sturz) nach dem Türkenkriege.

2) Prinz Eugen war schon während des Feldzuges von 1735 leidend, er kam nach Wien zurück; im November hatte sich sein Brustleiden und er wieder eingestellt und man fürchtete das Schlimmste. Sedendorff schrieb umblow, 14. Februar 1736: „Le prince se porte un peu mieux mais de très bonne main qu'il souffre de corps et d'esprit.“

3) Adolf von Fint, geb. 1708, seit 1725 Leutnant im Regiment Kronprinz, Major im Regiment von Shenplitz, gest. 1754.

Adieu, mon cher prince, il serait superflu de vous assurer de ma parfaite amitié; si vous me connaissez bien comme je l'espère, vous devez savoir que la vérité et la constance font mon caractère, c'est à dire que je ne saurais démentir les sentiments de mon coeur, pour donner de fausses assurances d'amitié ni en assurer quelqu'un sans conserver cet engagement religieusement. Ce sont les sentiments, avec lesquels je serais jusque au tombeau

Mon très cher prince

votre très fidèlement affectionné ami et cousin

Frédéric

A mon cousin Monsieur le prince de Lichtenstein.

19. Der Kronprinz an Fürst Wenzel.

à Ruppın, ce 19 d'avril 1736.

Mon très cher prince

J'ai lu avec beaucoup de plaisir celle¹⁾ que vous me faites le plaisir de m'écrire étant sensible autant que l'on le peut aux marques de votre cher souvenir et connaissant l'amitié, que vous avez pour moi. Je ne saurais m'empêcher de vous dire la surprise, dans laquelle j'ai été du retour du jeune Seckendorf à Berlin²⁾; je crains fort que cet animal ne fasse le précurseur de son oncle.

L'on est radouci à présent pour la cour de Vienne; l'envoi du carte d'Althem³⁾ a fait grand bien et je crois que pourvu que l'on continue de votre côté d'avoir les égards pour le roi, que l'on doit à un aussi bon allié, que l'intelligence subsistera toujours.

Orondate (Lichtenstein) qu'il regarde comme son plus grand ami." In einem etwas späteren Briefe Seckendorffs an Grumblow vom 9. März 1736, der dem König vorgelegen hat, heißt es: „... vous pouvez être très assuré que la moindre bagatelle, qui se passe à Berlin viene être rapportée à la cour (in Wien) et le prince de Lichtenstein a su établir une correspondance si étroite non seulement à Berlin (Suhm?) mais aussi à Dessau (Fürst Leopold) qu'il a un rapport exact de tout ce qui se dit et fait et comme il est de nombre de ceux qui ont conspiré à ma perte, on insinue tout ce qui regarde mon chapitre.“ (Preussische Politik IV. 4, 447.)

1) Nicht erhalten.

2) Der jüngere Seckendorff war am 7. Februar aus Berlin abgereist, am 15. April wieder dahin zurückgekommen.

3) Friedrich Wilhelm I. an Fürst Leopold 6. März 1736: „Der Graf Altan von Lothringen ist nach Berlin angekommen.“ Der Graf Althann von Lothringen war nach Berlin gekommen, nachträglich die Vermählung des Herzogs Franz anzuzeigen; der König war sehr ungehalten gewesen, daß ihm die Vermählung nicht eher angezeigt worden war; in der Species facti, die der König am 27. Februar 1736 an Grumblow schickt: „So hat doch (des Königs) gegen den Kaiser bezeugte Treue nicht einmal so viel Complaisance auswirken können, daß man Kaiserlicherseits bis auf diese Stunde . . von der Mariage mit dem Herzog von Lothringen etwas notifizieren lassen.“ (Pr. P. IV, 4, 462.)

et je fais un cas infini et faites-moi la justice de me croire à
mais avec une très parfaite estime

Mon très cher prince

votre très fidèlement affectionné ami et cousin
Frédéric.

21. Der Kronprinz an Fürst Wenzel.

à Magdebourg, ce 18 de juin 1736.

Mon cher prince

J'envoie le capitaine Schultz ¹⁾ de mon régiment et mon gentil-
homme Knobelsdorf en Italie ²⁾. Ils y vont pour différentes raisons ;
premier pour y faire des recrues et le dernier pour voir les
aux bâtiments et les belles collections de tableaux, que l'on y
ouve. Pourrais-je, mon cher prince, sans vous importuner, vous
ier de vouloir leur donner à tous les deux de différentes sortes
recommandation pour Rome, Florence, Parme et Naples. J'espère
e vous voudrez bien me faire ce plaisir-là, d'autant plus que
as avez des connaissances dans toute l'Italie. Fink m'a dit, que
as aviez souhaité d'avoir mon portrait, sur quoi je l'ai fait tout
sitôt commencer par Pesne et aussitôt qu'il sera achevé, je ne
nquerrai pas de vous l'envoyer. Je serai charmé, si cette copie
as fera souvenir de l'original, qui vous aime bien sincèrement
nt avec une parfaite estime

Mon très cher prince

votre très fidèlement affectionné ami et cousin
Frédéric.

22. Fürst Wenzel an den Kronprinzen.

Camp de Bogojewa ³⁾, le 1 Sept. (1736).

Monseigneur

je viens de recevoir les très gracieuses lignes, dont Votre
esse Royale m'honore du 22 d'août ⁴⁾. J'assure que le plus
nd plaisir que je puisse avoir, est celui de témoigner en toute
asion le désir, que j'ai de pouvoir contribuer à la satisfaction de

1) Caspar Ernst von Schulze, geb. 18. Okt. 1691, seit 1732 bei des Kron-
inzen Regiment; er starb als Gen.-Major an seiner bei Breslau erhaltenen
nde 2. Dez. 1757.

2) Die Zeit von Knobelsdorfs Abreise nach Italien war bisher nicht
annt.

3) Bogojewa auf dem linken Donauufer, kurz unterhalb der Einmündung
Drau, etwa 60 km aufwärts von Futak, das stromaufwärts von Peter-
bein an der Donau liegt. Vgl. die Übersichtskarte Feldzüge des Prinzen
en, Tafel I zu Bd. II. Von einer Teilnahme des Fürsten Wenzel an den
bereitungen zum Türkenkriege erwähnt Falke nichts.

4) Nicht erhalten.

esse de Lorraine¹⁾); on aurait souhaité un fils. Je souhaite tout mon coeur que de Berlin j'entende la naissance d'un prince, la consolation des peuples, qui sont destinés à Votre Altesse; le souhait part d'un coeur entièrement dévoué à Votre Altesse Royale. Il ne me reste que de la supplier de la continuation de ses bonnes grâces étant avec un très profond respect

Monseigneur

Votre Altesse Royale le très humble et très obéissant serviteur
le prince de Lichtenst.

Vienne, le 6 février 1737.

24. Der Kronprinz an Fürst Wenzel.

à Remusberg, ce 18 de févr. 1737

Mon très cher prince

J'ai reçu avec beaucoup de plaisir la lettre que vous venez de m'écrire. Je n'ai jamais douté de l'amitié, que vous avez pour moi et comment (je) le pourrais? Vous m'en donnez trop de marques. Vous assure, mon cher prince, que je le reconnais comme je le dois et que je me ferai un véritable plaisir de pouvoir vous témoigner ma reconnaissance. Le pauvre Suhm est, pour ainsi dire, relégué en Sibirie. Je crains beaucoup que l'air de cette cour ne lui convienne pas. Il y a du moins 400 lieues de Vienne à Petersbourg qui ne facilite pas autrement une correspondance. J'aurais aimé comme vous, que la duchesse de Lorraine fût accouchée d'un fils, car si elle n'a pas de progéniture masculine, tôt ou tard elle causera des guerres sanglantes et meurtrières. L'amour du bien humain nous doit faire désirer le contraire; je ne parle pas de moi sur cette occasion comme un homme avide de gloire et comme un guerrier mais comme un homme, qui s'intéresse vivement au salut de son espèce, en quelque pays et de quelle extraction qu'il soit. Nous vivons tranquillement ici sans nous embarrasser de rien; l'union, l'intelligence et l'amitié constitue notre bonheur et il régnera une profonde paix dans ma retraite. J'attends tout de Dieu et de son Roi ce qu'il voudra disposer de moi, de mon épouse et de ma

Tous ceux qui m'appartiendront, auront toujours les mêmes sentiments que j'ai pour vous; je ne les reconnaitrais pas autrement en faisant un devoir et un point d'honneur de vous aimer et de vous écrire avec une estime égale à ma reconnaissance

Mon très cher prince

vosre très fidèlement affectionné ami et cousin

Frédéric

mon cousin Monsieur le prince de Lichtenstein

à Vienne

(eigenh. auf dem Umschlag).

1) Erzherzogin Maria Elisabeth Amalie, † 7. Juni 1740.

verbindlichste. Diejenigen, welche Ich dagegen für Euer Liebden Glück und Wohlergehen thue, sind nicht weniger inbrünstig und eifrig. Ich sehe deren Erfüllung mit Verlangen entgegen und verbleibe so aufrichtig als beständig Euer Liebden gutwilliger Oheim

Berlin, den 30. December 1763.

F.

Finkenstein. E. B. v. Herzberg.

An den Fürsten zu Lichtenstein in Wien.

28. König Friedrich an Fürst Wenzel.

ce 27 fevr. 1766.

Mon cousin. Le souvenir des personnes d'un mérite distingué ne s'efface jamais de la mémoire quelque longue que soit l'absence, Il est dont naturel que je me rapelle encore avec plaisir, mon cher prince, les temps où je vous ai vu aux bords du Rhin et à la cour de mon père. Depuis ce temps en diverses occasions vos attentions obligeantes m'ont donné lieu de croire que vous pensiez quelquefois à moi. Je serais fâché si je ne pouvais pas en quelque sorte vous en témoigner ma reconnaissance. Ne pensez pas que les sentiments d'estime et d'amitié, que j'ai pour vous, soient aussi peu durables que les fragiles bagatelles, que je vous envoie; ce serait mal juger de ma façon de penser; je me flatte que vous en avez meilleure opinion et que (vous) voudrez bien croire que j'honore le mérite toute part, où je l'aperçois et je serai charmé en toute occasion de vous donner des marques des sentiments distingués avec lesquels je suis, mon cousin

votre bon cousin

Frédéric.

à Monsieur mon cousin le prince de Lichtenstein
à l'armée impériale

hiebe! 1 Rästchen gezeichnet P D L.

29. Fürst Wenzel an den König. (Rongzept.)

Votre Majesté à bien voulu m'honorer d'une lettre par laquelle Votre Majesté daigne de me donner des marques de Sa bonté royale, lesquelles je ne mérite.

Il est vrai que depuis que je n'étais si heureux d'être en état de faire ma cour à Votre Majesté que j'ai toujours eu présent les bontés que Votre Majesté m'a témoignées et que mon respect et ma vénération a été la même.

Votre Majesté par surcroît de bonté a voulu aussi me donner des marques de sa générosité par le magnifique service de porcelaine.

Tout se pourrait réduire en poudre, que moi et ma famille en conservera toujours la mémoire; il me manque absolument les termes que je vous devrais employer pour faire connaître la sensibilité de mon coeur et le profond respect et vénération dont je suis pénétré et

et avec lesquelles je serai toute ma vie

Sire de Votre Majesté
de L.

V.

Die Denkschrift des Legationsrats Heinrich Rüpfert über die Germanisierung der Provinz Posen (1837).

Von

Manfred Laubert.

Den beiden bekanntesten Aufsätzen aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts über die in der Provinz Posen zu befolgenden Verwaltungsregeln, der Denkschrift des Oberpräsidenten Flottwell und den Beziehungen des Generals von Grolman, schließt sich, zeitlich zwischen ihnen stehend, ein Memoire des Legationsrats Heinrich Rüpfert an:

„Über die Germanisierung des Großherzogthums Posen, die dahin führenden Mittel und die daraus für die äußeren sowohl als die inneren Verhältnisse der Preussischen Monarchie hervorgehende Folgen¹⁾.“

Diese Denkschrift hat nicht wie die zwei anderen das Glück gehabt, den Weg in die Öffentlichkeit zu finden²⁾. Sie wurde, gegen Ende des Jahres 1837 zu Berlin niedergeschrieben, von dem Verfasser nur wenigen Personen vertraulich mitgeteilt: dem Fürsten Wittgenstein, dem Minister des Innern von Rochow, dem General der Infanterie von Müffling,

1) Geheimes Staatsarchiv Berlin, Rep. 89. E. III. 34. 54 Seiten. — Die Bezeichnung „Großherzogtum Posen“ beruht auf einem den Bewohnern der Provinz 1815 zugewilligten und von ihnen in nationaler Eifersucht sorgfältig bewachten Vorrecht; sie hat sich bis 1848 auch im amtlichen Schriftverkehr eingegeben.

2) Flottwells Aufsatz wurde, gegen den Willen seines Autors, bald nach 1841 erfolgten Abfassung in mehreren Ausgaben, z. T. mit beigelegten Vorschlagsversuchen, Grolmans Arbeit aus dem Jahre 1832 zuerst 1848 veröffentlicht.

hrjähriger Untätigkeit 1837 endgültig verabschiedet. Rüpfer lebte an teils auf dem mit dem väterlichen Vermögen erworbenen Gute anpce, teils auf Reisen, verfolgte aber dabei bis an sein Lebensende (1. Januar 1865) sorgsam die innere und äußere Entwicklung seines Vaterlandes und trat auch noch zu wiederholten Malen an die Öffentlichkeit, so 1847 als Mitglied des Vereinigten und 1851 des Posener Provinzial-Landtages, so 1848 durch sein Eintreten für die Wahl des Königs von Preußen zur Berliner Nationalversammlung im Kreise Westpreußen und durch eifrige Förderung des Baues der Ostbahn¹⁾. Der größte Teil seiner Tätigkeit spielte sich jedoch hinter den Kulissen ab. Hier verdankten der Mühe seines Privatlebens eine ganze Reihe von Denkschriften, die er als treuer Berater des Grafen Malzan und Otto von Manteuffels aufstellte, indem er ohne offizielle Stellung auf diesem Wege seine reiche politische und militärische, durch fleißiges theoretisches Studium²⁾ geförderte Erfahrung für Preußen nutzbar machte.

Unausgesezt behielt Rüpfer neben den Ereignissen auf dem großen europäischen Schauplatz aber auch die polnische Frage und das Schicksal der ihm zur Heimat gewordenen Provinz im Auge. Dieses Interesse veranlaßte ihn, aus eigenem Antrieb, ohne höhere Aufforderung im Zusammenhang seine Ansichten niederzuschreiben über die am geeignetsten scheinenden Mittel, „die Preußen nicht anhängliche Stimmung des polnischen Theils der Bevölkerung des Großherzogthums vorerst wesentlich zu neutralisiren, und demnächst, für die nächstfolgende Generation, die Verschmelzung der Masse eben jener polnischen Bevölkerung in Sprache, Sitten und unbedingter Ergebenheit für das königliche Haus, mit der preussischen Bevölkerung der benachbarten königlichen Provinzen wirksam vorzubereiten“³⁾.

Seine eigentlichen Ausführungen beginnt der Verfasser unserer Denkschrift mit der Darlegung, daß die preussische Regierung nach 1815 Bezug auf die politische und die Verwaltungsorganisation der ihr neu zugefallenen ehemaligen polnischen Landesteile zwischen drei verschiedenen Systemen zu wählen hatte. Es waren dies:

1) Das kurzweg System der polnischen Nationalität zu bewahren, demzufolge nach Abzweigung der schon überwiegend von

1) Hierüber eine Reihe von Schriftstücken in seinem Nachlaß.

2) Von diesem legen die erhaltenen Reste seiner Bibliothek ein sprechendes Zeugnis ab. — Von den späteren Memoires R.s sind jetzt viele gedruckt bei Schöningh: Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten Otto Freiherrn v. Manteuffel, Bd. I/II, Berlin 1901.

3) Begleitschreiben an Lottum.

2) Das **expettative System**, dessen wesentlichstes Merkmal in der Ausdehnung der in den alten preußischen Provinzen allgemeinen Formen von Verwaltung und Rechtspflege auf das Großherzogtum Posen bestand. Hierbei durfte man sich der Hoffnung hingeben, daß im Laufe der Zeit die Überlegenheit der germanischen Kultur, die Vortrefflichkeit der importierten staatlichen Organisation auf allichem Wege die polnischen Untertanen zu treuen Anhängern ihres Landesherrn verwandeln und sie an deutsche Sitte und Mundartöhnen werde.

3) Das **ausgesprochene Germanisierungssystem**, mit deren Worten unter unbedingter Gleichstellung der neu erworbenen mit alten Gebietsteilen der Monarchie die Anwendung aller der Regierung zu Gebote stehenden und von der öffentlichen Moral nicht gradezu verbotenen Mittel, um die slavische Bevölkerung zu isolieren, die sügen Elemente derselben mit den deutschen Bewohnern zu verschmelzen, einer solchen Amalgamation widerstrebenden Rückstand aber durch direkten Zwang zum Verlassen des Landes zu bewegen oder ihn dem ehbar eintretenden Absorbierungsprozeß preiszugeben. Ziel des Systems war also die Durchführung einer so radikalen Germanisierung, wie ehemals der Deutsche Orden in einem Teil seiner Gebiete erreichte, während umgekehrt Polen eine nicht minder gründliche Ausrottung eines Volksstammes in mehreren seiner Provinzen von ursprünglich slawischem Charakter zu bewirken imstande gewesen war.

Rüpfert geht dann dazu über, die Vor- und Nachteile der einzelnen Systeme gegeneinander abzuwägen.

Dasjenige der polnischen Nationalität mußte angesichts gleichförmig zentralistischen Gestaltung der inneren preußischen Staatsmaschinerie eine vereinzelt und daher um so schädlichere Ausnahme beinhalten und das Großherzogtum Posen in mehrfacher Hinsicht des Lebens berauben, den ihm die der polnischen so bedeutend überlegene preußische Verwaltung auch für die Entwicklung seiner materiellen Hilfsmittel bieten konnte. Außerdem involvierte es eine empfindliche Härte gegen den nicht slavischen Teil der Einwohnerschaft und bedrohte „mit Rücksicht auf den bekannten Wankelmuth und unruhigen Charakter des polnischen Adels, den königlichen Hof fortbauend mit mannigfachen Schwierigkeiten vorzüglich wenn im Laufe der Zeiten und der Ereignisse, irgend anders wo wieder ein Kern von selbständigem polnischen Adel bildete, dem Preußen dennoch, um den Preis seiner Entschädigung, in das Herz des Staats, wie ein Keil, einspringende[n] Distrikte der Neze und an der mittleren Warthe abzutreten vermögte“.

er sich nämlich auf der einen Seite herausgestellt hat, daß selbst das Verweilen während mehr als ein halbes Jahrhundert, unter dem Königlichem Szepter, und die ununterbrochene Theilnahme an den Wohlthaten der Preussischen Verwaltung, die eigentlich polnische Bevölkerung keineswegs für die Königl. Regierung gewann, sondern daß diese Bevölkerung stets im Herzen Preußen feindselig gestimmt blieb, und nur auf eine günstige Gelegenheit zum Aufstand wartete“, während die freiwillige Germanisierung, obwohl dank der Bemühungen einiger anständiger deutscher Familien hier und da partielle Erfolge auf dem zwischen beiden Nationen lückigen Grenzgebiet und besonders auf dem rechten Neßener erringend, dennoch im Ganzen so langsame Vorschritte machte, daß selbst fast ganz vom deutschen Gebiete umgebene Distrikte, und namentlich der Jonitzer-Kreis, noch heute nach einem fünfundsiebzighährigen Verweilen unter Preussischer Herrschaft, noch fast eben so polnisch als bei der Besitz-Ergreifung im Jahre 1772 sind; und daß voraussichtlich Jahrhunderte verstreichen dürften, ehe die freiwillige Germanisierung sich über das gesammte Großherzogthum Posen ausbreiten, und den offenen politischen Schaden, der bis dorthin daselbst für Preußen bestände, schließen würde. Die Königl. Regierung selbst scheint das Sachverhältniß in der obigen Weise beurtheilt, und nach dem doppelten, damit nicht eben als erfolgreich bewährten Versuche, das expectative System mindestens im Prinzipie aufgegeben zu haben, und seit 1830 thatsächlich mehr zum Germanisirungs-System hinüber zu neigen“¹⁾).

Hören wir über die Vorzüge dieses Germanisierungs-Verfahrens Rüpferts einige Worte: „Die Vortheile dieses letzteren Systems, wenn man es als durchgeführt annähme, würden freilich diejenigen, welche jedes der beiden anderen nur irgend gewähren könnte, bedeutend übersteigen, und unbezweifelt von der allerhöchsten Wichtigkeit für die Interessen Preußens sein. Es würden dann, in Folge der dadurch, um

1) Also seit der Insurrektion im Königreich Polen. Das ausführende und zugleich treibende Organ der neuen Richtung war vor allem eben Flottwell. — Bei dieser Erörterung darf man nicht vergessen, daß Friedrich der Große in Westpreußen eine zielbewußte germanisatorische Politik einschlug, die nach den von R. gegebenen Unterscheidungsmerkmalen schwerlich in den Rahmen des expectativen Systems fallen dürfte, und damit Erfolge zuwege brachte, die mit dem oben über den Kreis Konig Gesagten nach der herrschenden Auffassung in Widerspruch stehen, denn nach dieser waren die 1772 erworbenen Gebietsteile auf dem besten Wege, ihren polnischen Charakter gänzlich abzustreifen, ehe dieser durch die Ereignisse von 1793/95, die Katastrophe von 1806, die teilweise Vereinigung jener Kreise mit der Provinz Posen und später durch die auch nach Westpreußen überspringende großpolnische Propaganda zum Stillstand kam.

innen strebte, stets die lebhafteste Eifersucht Rußlands zu erregen ausgesetzt wäre“¹⁾).

Durch diese verlockenden Vorteile durfte man sich aber andererseits nicht darüber hinwegtäuschen lassen, „daß die für diesen Zweck erforderliche Maßregeln eine tiefe und unveröhnliche Feindschaft und Aufregung in dem leitenden Theile der polnischen Bevölkerung im Großherzogthum Posen unfehlbar hervorrufen würden; und daß also bis zu dem Augenblicke wo jene Maßregeln die vollständige Neutralisirung, oder mindestens die Bewältigung der polnischen Nationalität daselbst erzielt hätten, die königliche Regierung, wenn sie sich dort vielleicht nicht ernstlichen Sorgenheiten aussetzen wollte, auf den Fortbestand des äußeren Friedens an der Ostgrenze der Monarchie zählen können mußte“. Derartige Erwägungen machten es augenscheinlich ratsam, sobald man sich einmal für das Germanisierungssystem entschieden hatte, es mit allen zu Gebote stehenden Mitteln energisch zu verfolgen und so rasch als möglich durchzuführen, wobei auch erfahrungsmäßig die finanziellen Opfer sich am niedrigsten stellen würden. Halbe Maßregeln mußten im wesentlichen lieber auf das abwartende Verfahren hinauslaufen, dabei aber eine Aufregung hervorrufen, wie sie auch bei wirklich einschneidenden Schritten um größer sein konnte. Vor einer endgültigen Beschlußfassung waren dessen noch drei Vorfragen reiflich zu erwägen:

„I) Ob das Germanisierungssystem überhaupt, und vermitteltst Anwendung welcher Mittel, mit voller Sicherheit des Erfolges durchführbar werden könnte?

II) Welche Geldopfer, in dieser Voraussetzung, für seine gründliche und möglichst rasche Ausführung erheischt würden?

III) Endlich, innerhalb welcher Zeiträume, bei der Anwendung aller geeigneten Mittel und bei möglichster Beschleunigung der Ausführung, welche verschiedene, durch jenes System bezweckte Resultate als erworben zu betrachten wären?“

1) Der umgekehrte Fall lag in gewissem Sinne bis 1830 vor. Die den Bewohnern der polnischen Provinzen des Zarenreichs zugebilligten Sonderrechte weckten den Reiz ihrer unter preussische Herrschaft gefallenen Landsleute und vermögen, namentlich in äußerlichen Dingen, mitunter bestimmend auf die Entschlüsse des Berliner Hofes eingewirkt haben. Manche der im Königreich Polen getroffenen Einrichtungen wurden, freilich bis zur Karikatur verzerrt, bei uns kopiert, so wenn man an die Spitze der Provinz Posen einen Statthalter setzte, an oberen Gerichtsbehörden Ehrenpräsidenten aus dem eingeseffenen Adel gab oder eine polnische Garde-Landwehrlavallerie schuf. Mit allen diesen ebenso stülpischen wie wirkungslosen Spielereien wurde spätestens nach dem Ausbruch der Warschauer Revolution aufgeräumt.

gemeinen durchaus ruhig und neutral verhalten würde“, oder anders ausgedrückt, es erschien die Folgerung berechtigt, „daß für den Zweck der vollständigen Durchführung der Germanisirung des Großherzogthums Posen, es nur darauf anläme:

A. Den dort vorhandenen polnischen Adel außer direkter gutherrlicher Verührung mit der bäuerlichen Klasse zu bringen. Worauf die etliche tausend selbstigen bildenden Familien¹⁾ nebst ihrer Domestizität, in ihrem isolirten Zustande, nicht mehr ein wesentlich in Anschlag zu bringendes Element bilden würden.

B. Durch eine andere Zusammensetzung der katholischen Geistlichkeit in dem Maße als sich ihr Personal erneuerte, deren Geist und die Richtung ihrer Einwirkungen auf die bäuerliche Klasse zu ändern.

C. Endlich die bäuerliche Klasse, vermittelst der Errichtung deutscher Schulen und der Einwirkung deutscher Gutbesitzer, zur Erlernung der deutschen Sprache, zu welcher schon die Dienstzeit im stehenden Heere selbige hinziehet, zu veranlassen. Worauf ihre Germanisirung als vollendet zu betrachten wäre, indem dieser Theil der polnischen Nation eigentlich nur durch die Sprache an seiner bisherigen Nationalität hängt, und zwischen einer deutschen Verwaltung, deutschen Gutbesitzern und Wirtschaftsausssehern, deutschen Schulen, deutschen Seelsorgern, der deutschen Bevölkerung der Städte und selbst auf dem platten Lande, überall verbreiteten deutschen, ackerbauenden und gewerbtreibenden Familien gestellt — voraussichtlich selbst den Gebrauch der polnischen Sprache bald ganz verlernen würde.“ Das hier entworfene Programm umfaßt also die drei Punkte:

A. Isolierung des polnischen Adels und Lösung des Untertanenverhältnisses seiner bäuerlichen Einsassen.

B. Durchsetzung des katholischen Klerus mit germanischen Elementen.

C. Zerreißung des seiner Stützen und Anführer beraubten Bauernstandes zwischen seinen deutschen Mitbürgern und Aufsaugung der polnischen Bevölkerung durch diese, in erster Linie durch Verbreitung der deutschen Mundart.

Ausführlich erörtert Rüpfer die seiner Ansicht nach am besten zur Erreichung dieser drei Ziele anzuwendenden Maßnahmen.

1) Diese Schätzung erscheint durchaus willkürlich und ist fraglos zu hoch gegriffen.

Bei dieser Sachlage hält es Rüpfer auch jetzt noch für möglich, ohne übermäßige pekuniäre Aufwendungen von seiten der Regierung und leidlich rasch die überwiegende Zahl der polnischen Gutbesitzer auszukauften. Freilich kann er sein Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß man schon einmal durch die Errichtung des Posener landwirtschaftlichen Kreditystems¹⁾ dieser Einwohnerschicht das Mittel in die Hände gespielt hatte, um unter günstigen Bedingungen ihre Schuldenlast zu tilgen und daß man später die von einem wohlmeinenden Schicksal gebotene Gelegenheit unbenuzt hatte vorübergehen lassen, um die Teilnehmer an der polnischen Revolution durch legale Expropriationen aus ihren liegenden Gründen zu entfernen, wobei zur Vermeidung jedes Scheines einer gehässigen Fiskalität ihnen ein nach Befriedigung der Gläubiger verbleibender Überschuß aus dem Erlös ihrer Besitzungen durch königliche Gnade wieder hätte zugewendet werden können²⁾.

Dem etwaigen Einwand wegen der Fruchtlosigkeit des vorgeschlagenen Auskunfts Mittels, da ja jedem der in der angedeuteten Weise um sein Eigentum gekommenen polnischen Gutbesitzer freistehen mußte, sich sofort neu anzukaufen, begegnet der Legationsrat gleichfalls mit dem Hinweis auf eben diese Verschuldung des Adels, dessen Mitglieder größtenteils bei der vielfach von den Kreditoren geübten Nachsicht sich in Zurückgezogenheit noch einige Jahre auf eigener Scholle behaupten, nimmermehr aber den mit Kosten und Verlusten unausbleiblich verbundenen Übergang in andere Besitzverhältnisse bewerkstelligen konnten, ganz abgesehen davon, daß bei der leichtsinnigen Veranlagung des polnischen Volkscharakters wohl nur wenige unter den Betroffenen der

1) Eröffnet 1822. — Die gleiche Klage über die Herstellung des Kredits mit deutschen Gelde als eine später gegen die Regierung selbst gelehrte Wohltat erhebt unter anderen auch Grolman.

2) Das hier von Rüpfer empfohlene Verfahren hatte man seinerzeit auch an maßgebender Stelle ins Auge gefaßt. Der König behielt sich nach der Amnestieverordnung vom 26. Dez. 1831 ausdrücklich das Recht vor, in gewissen Fällen eine Zwangsenteignung zu verhängen und die unter Sequestration genommenen Güter der nach dem Königreich Polen übergetretenen preussischen Untertanen veräußern zu lassen, wobei den bisherigen Eigentümern der Erlös nach Abzug des normierten Strassafasses von etwa 20% ausbezahlt werden sollte, jedoch nur gegen die Verpflichtung, ihren künftigen Wohnsitz außerhalb der Provinz Posen aufzuschlagen. Die mit der Ausführung dieser Verordnung betrauten Kommissare Flottwell und der Oberappellationsgerichtspräsident von Frankenberg stellten mehrmals den Antrag, von diesem Vorbehalt Gebrauch zu machen, um besonders unzuverlässige Subjekte aus dem Großherzogtum Posen zu entfernen, doch scheiterte die Absicht wesentlich an der Bedenklichkeit der interessierten Minister.

politisch“, sie „schon so bald und so viel als möglich, mittelst der bekannten Mittel, nach Berlin und an den Hof zu ziehen; und selbige auf diese Weise thunlichst von dem übrigen, der Depossidierung und politischen Vernichtung geweihtem Theile des polnischen Adels der Provinz, der voraussichtlich die Städte Posen und Gnesen zu seinem Aufenthalte und zum Herde seines Mißvergnügens wählen würde, zu trennen“. Dieses Mißvergnügen etlicher tausend Familien, wie wieder umgibt übertreibend gesagt wird, schien aber, sobald die Bauern ihrem Einfluß entzogen waren, „nicht mehr politisch zu fürchten zu sein, und höchstens eine aufmerksame, aber doch nicht grade veratorische Beobachtung durch die Polizei zu erheischen. Während die conservirte große Familien vielleicht mit der Zeit, durch Güter-Austausche wie der Graf Athanasius Racinsky einen solchen jetzt schon wünscht, in anderen Provinzen der Monarchie übergesiedelt, und als lokales nationales Element im Großherzogthume (was immer wünschenswerth bliebe) neutralisirt werden könnten. Worauf selbige dann später als diesseitige Fäden zu den Verbindungen mit den fremden Pohlen, wenn der Königliche Hof künftig dergleichen anzuknüpfen für zweckmäßig fände, benutzt zu werden geeignet blieben. Weigerten sich inzwischen einige dieser Familien vorerst noch auf die selbige betreffende wohlwollende Absichten der Königlichen Regierung einzugehen, so dürfte sich vielleicht bald eine Veränderung in ihren Ansichten ergeben, so bald sie die Germanisirung einmal rasch und unwiderstehlich auf das Großherzogthum eindringen sähen. Beharrten sie dennoch in ihrem Widerstreben, so bliebe freilich nur abzuwarten übrig, bis Theilungen die Solidität ihres Grundbesizes erschütterten, und die vereinzelter Familien Theile dann auch daraus zu entfernen gestatteten“.

Um den Einfluß der polnischen Feudalherren auf den Bauernstand auch schon vor bewerkstelligter Auskaufung der ersteren brach legen zu können, wird planmäßige Verfolgung derjenigen Maßregeln empfohlen, von denen sich annehmen ließ, daß die Regierung sie in der bewußten Absicht ergriffen habe, um die Spaltung zwischen Gutsherr und Untertan zu erweitern. „Die Aufrechterhaltung deutscher und polnischer, mit der Polizei-Gewalt bekleideter Woyte, die den geheimen Auftrag hätten, so weit es nur irgend gesetzlich, die Insassen grundsätzlich gegen den polnischen Gutsherrn zu beschützen und selbst zu beunruhigen, würde einen Theil dieser Maßregeln ausmachen¹⁾. Nicht

1) Die Einrichtung von Bezirks-Woytämtern auf Staatskosten, zunächst für 5 Jahre, war durch Rabinett-Bordre vom 9. März 1833 angeordnet worden. Dahin hatten die Gutsherrn auf ihren Besitzungen die Ortspolizei nach

weiter in Betracht kommen. Noch eine andere Befürchtung lag nahe: daß sich, zumal bei der zu Tage tretenden geringen Neigung für den katholischen Priesterstand überhaupt, nimmermehr eine hinreichend große Zahl von deutschen, gleichzeitig die polnische Sprache in dem erforderliche Maße beherrschenden Aspiranten zu dem geistlichen Berufe finden lassen würde, um den Bedarf des Großherzogthums zu decken. Erschwerend trat anderseits die Unmöglichkeit hinzu, ohne allzu großes Aufsehen die zum Eintritt in die Alumnate sich meldenden Nationalpolen zurückzuweisen. Hierzu bemerkt nun der Verfasser, daß sich der notwendige Nachwuchs an katholischen Priestern in der genannten Provinz jährlich auf 40 Köpfe beliefe, „die dann doch, bei gehöriger Nachforschung der betreffenden königlichen Behörden, in dem Großherzogthume Posen selbst, in den Grenz-Distrikten Schlesiens, in Westpreußen und im Ermelande wohl um so sicherer aufzufinden sein möchten, als die unteren Stände mit dazu konkurrierten, und im ungünstigsten Falle, den in der fraglichen Kategorie befindlichen Waisen-Knaben diese Bestimmung gegeben werden könnte“. Etwaige Lücken in der Kenntniß des reinen polnischen Idioms waren ohne Schwierigkeit durch Anstellung einiger Sprachlehrer in den Alumnaten und dem Konvikte auszufüllen. Ein leichtes mußte es endlich für die Regierung sein, Aspiranten polnischer Abstammung, falls man ihnen den Zutritt zu dem katholischen Priesterberuf nicht verwehren wollte, unter irgend einem Vorwande in die Nachbardiözesen zu verpflanzen. Diese etwas rigorosen Vorschläge werden dann auf folgende Art motiviert: „Man hat für die künftige Ergänzung der katholischen Geistlichkeit im Großherzogthume die sogenannten ergebenen National-Pohlen ablehnen, und auf Deutsche von Geburt bestehen zu müssen geglaubt, weil man dasjenige Maaß von Dankbarkeit welches die national-pohlnische Geistliche Preußen, für die ihnen, auf Kosten des Staats gewordene Ausbildung zu ihrem Stande, bewahrten, selbst in bloß allgemeiner Gehorsams- und Ergebenheits-Beziehung, zwar für ruhige und gewöhnliche Zeiten als völlig ausreichend betrachtete, aber doch jene Dankbarkeit, nicht auf die Probe allgemeiner pohlnischer Insurrektionen stellen möchte¹⁾. Nun aber wäre es für den Zweck der Germanisirung der bäuerlichen Klasse pohlnischen Stammes, nachdem sie von ihren Stammverwandten Gutsbesitzern getrennt worden, bei dem großen Ein-

1) Diese Besorgniß erscheint nach früheren Erfahrungen nur allzusehr gerechtfertigt. Bei der Insurrektion von 1830/31 hatte der katholische Klerus nicht allein heimlich von ferne die Sache der Polen unterstützt, sondern mehrere seiner Mitglieder waren über die Grenze gegangen und als Feldprediger in die Armee der Auführer eingetreten.

Zwittergestalten in die Alumnate einschlichen. Endlich konnte bei der Wiederveräußerung aller aus öffentlichen Fonds erworbenen polnischen Güter ein diesen etwa anhaftendes geistliches Patronatsrecht von der Regierung dem Staat vorbehalten werden, um ihm dadurch „einen noch stärkeren Einfluß auf die so äußerst wichtige Wahl der katholischen Pfarrer zuzuwenden“.

Der geplante umfangreiche Bodenerwerb mußte der Regierung auch die konsequente Anlegung eines Systems von deutschen Schulen wesentlich erleichtern. Zur Heranbildung eines deutschen Lehrerstandes sollten die für die geistlichen Alumnate geforderten Vorichtsmaßregeln hinsichtlich der Schullehrerseminare ebenfalls beobachtet werden. Weiter steht es in der Denkschrift über diesen Punkt: „Wo gemischte Gemeinden vorhanden sind, dürften natürlich die sogenannte ‚Simultan-Schulen‘ auch Kräfte zu befördern sein. Aber auch rein katholische und polnische ländliche Gemeinden pflegen der Annahme deutscher Schullehrer keine ernstliche Einrede entgegen zu stellen, vorausgesetzt, daß diese letztere nur katholisch sind¹⁾. Sind diese deutschen Schullehrer dann ferner der polnischen Sprache nur so mächtig, daß sie sich ihren polnischen Schülern hinlänglich verständlich zu machen vermögen, so wird es ihnen in der Regel nicht schwer fallen, dieselben zur Erlernung der deutschen Sprache hinüber zu ziehen, vorzüglich wenn deutsche Schulbücher umsonst erteilt werden“.

„Gewissermaßen zur Besiegelung der Germanisation“ schien Rüpfert in auch heute noch befolgtes Mittel Beachtung zu verdienen: die Umnennung polnischer Ortsnamen in deutsche, soweit möglich durch bloße Übersetzung des polnischen Wortes. Er will diese Umnennung zunächst geheim gehalten und in größerem Stil damit erst dann begonnen sehen, wenn die Germanisation noch tiefere Wurzeln geschlagen hätte. Vorläufig dürfte es geraten sein, wenn gleichsam zur

1) Es ist bemerkenswert, mit welcher Sorgfalt R. das Hineintragen des religiösen Gegensatzes oder gar einer antikatolischen Propaganda in den nationalen Kampf vermieden haben möchte, obwohl sein Empfinden von kräftig protestantischem Geist durchtränkt war und er selbst vor einem offenen Konflikt mit dem nicht zurückschrak. Nach der Schlappe von Olmütz empfahl R. in einer Denkschrift vom 6. Okt. 1852, Preußen möge sein gesunkenes Ansehen dadurch zu heben suchen, daß es sich an die Spitze einer „ausgesprochen protestantischen Bewegung in Deutschland“ stelle, unbekümmert um das katholische Bevölkerungselement in Westfalen, der Rheinprovinz und in Posen, denn dieses würde es wahrlich nicht dadurch gewinnen, daß es der katholischen Hierarchie Konzessionen macht. Nur so lange es der Stärkere ist, wird Preußen auf diesen Teil seiner Katholiken rechnen können“ (vgl. Poschinger a. a. O. II, 199 ff.).

Weitere, womöglich gleichzeitig in Angriff zu nehmende Sappen sollten von der Weichsel und von der schlesischen Grenze aus so vorgeschoben werden, daß sie sich östlich von Posen an der Warthe trafen, eine vierte Linie aber von diesem Punkt aus den genannten Fluß auf einem Lauf abwärts begleiten. Sodann galt es die schon vorher nicht etwa gänzlich außer Acht zu setzende, aber in ihrer Intensität immer nach der Höhe der vorhandenen Mittel sich richtende Germanisation der zwischen den angegebenen Linien verbleibenden Parzellen polnischen Landes zu beendigen.

Hiermit sind die von Rüpfer gemachten positiven Vorschläge erschöpft, und er wendet sich nun dazu, noch die vorbehaltenen speziellen Winke über ihre Verwirklichung, besonders nach der finanziellen Seite hin, zu geben.

Bei der Erfüllung aller wegen künftiger Zusammensetzung des geistlichen und Schullehrerpersonals aufgestellten Forderungen spielte die Kostenfrage eine verhältnismäßig belanglose Rolle. Da die nötigen, von der Regierung zu vergebenden Freistellen an den Alumnaten und Seminaren bereits vorhanden waren, kam schlimmsten Falles die Anstellung einiger polnischer Sprachlehrer bei diesen Anstalten in Betracht.

Um aber für die Abschätzung der zum Auskauf des grundbesitzenden antideutschen Adels auszuwerfenden Summe einen Anhalt zu gewinnen, hat Rüpfer nach mehrfachen nicht näher geschilderten Berechnungen den Kaufwert aller noch in polnischen Händen befindlichen Rittergüter zu ermitteln versucht. Er war hierbei auf ein den Betrag von 30 Millionen Talern nicht wesentlich übersteigendes, natürlich nur approximativ richtiges Geldquantum geführt worden, während die genauere Korrektur auf Grund der Hypothekenakten Sache der Regierung bleiben mußte. Jedenfalls ließ sich annehmen, daß etwa die Hälfte des Gesamtkaufpreises eigentlich in Gestalt von pfandbrieflichen oder anderen hypothekarischen Forderungen schon Deutschen gehörte und nur die andere Hälfte den polnischen Gutsinhabern zufallen würde.

Bei der Berechnung des Fonds, mit dem in der Voraussetzung eines kräftigen Auskaufsystems sofort zu operieren sein würde, schienen indessen verschiedenartige Gesichtspunkte in Frage zu kommen. Man mußte darauf Rücksicht nehmen, welcher Teil des polnischen Grundeigentums überhaupt veräußlich gemacht werden konnte, weiter wie viele Güter noch aus polnischer in deutsche Hand zu gelangen hätten, um fortan im Großherzogtum als Ganzes, wie auch möglichst in den einzelnen Kreisen und damit auf den Provinzialland- und Kreistagen

ihre Dominien unter legalen Bedingungen abzunehmen, ohne daß man dabei auf übereilte, unvorteilhafte Veräußerungen von staatlichem Grund und Boden einzugehen brauchte. Die spezielle Durchführung dieser Mobilisation wurde nicht näher angedeutet, sondern nur als ein unter den herrschenden friedlichen Zuständen für Fachleute nicht schwieriges Manöver bezeichnet.

Auch die Beforgnis, daß ungeachtet der bei der Wiederveräußerung polnischer Güter bisher erzielten günstigen Resultate¹⁾ sich das Ergebnis aus Mangel an qualifizierten Käufern weniger befriedigend gestalten werde, sobald man die Operation in dem geplanten Umfange durchführen wolle, erklärt der Verfasser nicht teilen zu können im Hinblick auf die außerordentliche Wohlfeilheit von Grund und Boden in der Provinz Posen und auf die Masse von Kapital und landwirtschaftlicher Intelligenz, die, in den benachbarten Gegenden aufgespeichert, gleichsam nur auf eine Gelegenheit lauerte, um in die neuererschlossenen rückständigen Gebiete der Ostmark abzufließen und dort unter angemessenen Bedingungen Land zu erwerben und kulturell zu veredeln. Endlich zweifelte Röpfer nicht an der Möglichkeit, den alljährlich aus den überfüllten Teilen Westdeutschlands nach Amerika oder Rußland gerichteten Auswandererstrom nach seiner Heimatprovinz lenken und dadurch dem preußischen Staate erhalten zu können. Angesichts dieser Tatsachen wagt es Röpfer, einen solchen Zudrang von Kauflustigen zu prophezeien, „daß die Verlegenheit nur darin alle zu befriedigen, liegen dürfte, und daß dabei nicht niedrigere Preise als bei den bisherigen Wiederverkäufen gestellt zu werden brauchten“. Aber selbst wenn sich diese optimistischen Erwartungen als trügerisch erweisen und die ersten, wesentlich unter politischem Gesichtspunkt zu bewertstellenden und darum relativ schwierigsten und kostspieligsten Ankäufe nicht nur die Zinsen des Betriebsfonds verschlingen, sondern diesen selbst noch um ein Drittel seines Bestandes verringern sollten, glaubt er mit den verbleibenden 4 Millionen Talern den Abschluß der begonnenen Aufgabe erreichen und den Rest der polnischen Besitzer auslaufen zu können, zumal die deutschen Ka-

1) Durch Kabinettsordre vom 13. März 1833 war der Ankauf größerer zur Subhastation gelangender Herrschaften polnischer Eigentümer für Rechnung des Staats und ihre Wiederveräußerung an loyale Erwerber deutscher Abkunft nach erfolgter Regulierung der bäuerlichen Wirte angeordnet worden. Daß durch einen sogenannten Güterbetriebsfonds von einer Million Taler fundierte Unternehmen hatte anfänglich einen nicht ungünstigen Verlauf und erwies sich infolge der steigenden Güterpreise als eine nach der finanziellen Seite sehr zweckmäßige Maßregel.

nicht mehr eine insurrektionelle polnische Bewegung hervorzurufen vermöchte, und daß Preußen fortan als bei der polnischen Frage direkt völlig unbetheilt angenommen werden könnte“.

Für die vollständige Germanisierung der bauerlichen Klasse polnischer Rationalität beansprucht der Legationsrat, unter der Annahme, daß alle von ihm dafür geforderten Mittel „mit voller Kraft und ununterbrochen“ angewendet würden, vom Übergang des betreffenden Anwesens an deutsche Hände ab gerechnet, einen Zeitraum von 30 Jahren, also im gutes Menschenalter. Auf diesen Termin führten ihn seine Erfahrungen auf den Golßschen Gütern, wo sich der gleiche Zweck ebenfalls nicht schneller erreichen ließ, obwohl keine Mittel, weder Härte noch Milde, unversucht blieben. Sehr gut bewährte sich die Aussetzung reichlicher Geschenke an die jugendlichen Einsassen bei ihrer Konfirmation der Trauung, sofern sie die Fähigkeit erworben hatten, fertig deutsch zu sprechen.

Ein gleich langer Zeitraum schien endlich zur Erneuerung und vollständigen Verdeutschung der katholischen Geistlichkeit notwendig.

War die Durchführung des Germanisierungssystems vermöge der vorgeschlagenen Maßnahmen einmal von der Regierung fest beschloffen, so dürfte“ — fährt Rüpfer fort — „ein konsequentes und unveränderliches Festhalten an diesem Plane, sowie eine ununterbrochene und nicht erschlassende Thätigkeit in der Ausführung, vor allem durch die Bildung einer Immediat-Kommission gefördert werden, die speziell die Germanisierung des Großherzogtums zum Zwecke hätte, und für selbige gewissermaßen als Organ und Vertreter bei der obersten Staats-Verwaltung fungierte. Diese Immediatkommission, deren wirkliches Ziel durch einen anderen ostensibelen Zweck noch besser verschleiert werden könnte“, sollte außer den etwa durch besonderes königliches Vertrauen dazu berufenen Mitgliedern, Räte der Ministerien des Inneren, des Kultus, der Justiz, der Finanzen und der Domänen umfassen und dadurch in den Stand gesetzt werden, sich die erforderlichen Notizen zu verschaffen und zweckmäßige Befehle zu erteilen, „ohne daß selbst den Lokal-Behörden des Großherzogthums der eigentliche Gegenstand ihrer Thätigkeit enthüllt zu werden brauchte. Der gegen ihre Errichtung daraus gezogene Einwand, daß der Königliche Hof die beabsichtigte Germanisierung des Großherzogthums nie gewissermaßen öffentlich eingestehen könne, dürfte also in sich erfallen“.

Als nächste Aufgabe dieser Immediatkommission war die Ausarbeitung eines umfassenden Planes zur Germanisation der

Seine Ideen über die Organisation einer solchen Parzellierungs-Aktiengesellschaft hat der Verfasser in einem Spezialaufsatz niedergelegt¹⁾.

1) „Unmaßgebliche Ideen. Über die Bildung einer unter dem Einflusse der Königl. Regierung handelnden Privat Aktien Gesellschaft, welche den Auskauf des polnischen Adels im Großherzogthum Posen zum Gegenstande hätte; sowie über den dann weiter für diesen letzteren Zweck einzuschlagenden Gang.“ 10 Seiten. R. denkt sich die Ankündigung des Unternehmens durch einige hochangesehene, höhern Orts dazu veranlaßte Männer, unter ihnen der sorgfältigst von der Regierung ausgewählte Dirigent des Auskaufsgeschäfts. Der den Aktionären aus einem umfangreichen Bodenerwerb in den östlichen Provinzen zum Zweck der Wiederveräußerung durch die Gesellschaft erwachsende Vorteil sollte mit dem Hinweis auf den vorhandenen Überschuß an Kapital, den niedrigen Zinsfuß, die Billigkeit der kulturell sehr rückständigen Besitzungen in jenen Gebieten motiviert und für die Gemeinnützigkeit des Planes angeführt werden, daß er eine Verschlagung zu umfangreicher Güterkomplexe und dadurch eine intensivere Landeskultur, ein Steigen der Bodenrente, eine Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes durch das einströmende Kapital, die nützliche Verwendung müßiger Gelder und die Verhütung ihrer Festlegung in Schwindelgeschäften (spanischen Effekten, Eisenbahnpapieren usw.), endlich die Erhaltung mancher für Deutschland durch Auswanderungen verloren gehender Kräfte verspräche. Diese Umstände konnten auch den Vorwand für eine von der Regierung erbetene, nach wohlberechnetem Schwanken derselben erteilte Genehmigung bezw. Unterstützung darbieten. Wenn der Staat bei der weiter fingierten Suche nach verfügbaren Fonds der Gesellschaft einen Teil der für veräußlich erklärten Posener Domänen gegen Begleichung des Kaufpreises in Aktien abtrat und sich durch die Bitte der Direktion bestimmen ließ, den Teilhabern eine Verzinsung ihrer Kapitalien mit 4% und ihre spätere Wiedererstattung zu garantieren, so konnte er sich unauffällig als Gegenleistung einen entscheidenden Einfluß auf den Betrieb der Gesellschaft vorbehalten.

Da sich unter derartigen Bedingungen eine rasche Zeichnung der zum Auskauf des polnischen Adels erforderlichen Summen zu erwarten stand, war eine wirkliche Veräußerung der formell an die Aktionäre überlassenen Domänen leicht zu umgehen. Um die polnische Aristokratie in Sicherheit zu wiegen, war es empfehlenswert, dem Güterbetriebsfonds ostentativ eine neue und neutrale Bestimmung zu geben. Die ostensible Einleitung großartiger Ankäufe in Preußen, von denen man auf das künstlich hervorzurufende Geschrei wegen Begünstigung des dortigen Adels unter schidlichem Vorwand absteigen konnte, sollte das Publikum vollends auf falsche Fährte leiten und die nötige Zeit gewähren, um von den Posener Lokalbehörden in aller Stille eine Statistik der grundbesitzenden Ritterschaft polnischer Nationalität nach Beschaffenheit und Wert ihrer Güter, nach ihrer allgemeinen Vermögenslage, den Inhabern der Schuldinstrumente usw. anfertigen zu lassen. An der Hand dieser Ausweise ließ sich dann eine zweifache Klassifikation der Gutbesitzer, bezw. ihrer Erben, vornehmen:

1. Nach dem Vermögen in solche, die

a) unerschütterlich in ihren Besitzungen und wahrscheinlich einer Veräußerung derselben durchaus abgeneigt waren;

dem polnischen Adel gegenüber beobachten sollten. Rüpfer nimmt hierbei an, daß sobald einmal die Absicht der Regierung klar zu Tage läge, die Provinz den Deutschen zu erobern, man anstandslos den Führern der nationalen Opposition offiziell einen Wink darüber zugehen lassen werde, wie die Vollenbung eines solchen Verfahrens Preußens ganze Stellung zur polnischen Frage verändern müsse. Von dieser leicht abzuwägenden Aussicht stand zu erwarten, daß sie das polnische Mitgefühl in der Germanisierung Posens im allgemeinen gleichgültig stimmen, theilich aber die Gereiztheit des Adels nicht vermindern werde. „Es handelte sich nun, wesentlich darum daß die Königliche Regierung, und besonders ihre Organe, die lokalen Behörden des Großherzogthums, dem etwaigen Ausbrausen dieser Gereiztheit eine unerschütterliche Festigkeit, aber zugleich eine gleiche Ruhe entgegensetzten. Die hier gestellte Aufgabe wäre, durch keine persönliche Rücksicht in der Welt, sich von dem Ziele der gründlichen Deposition des polnischen Adels im Großherzogthume, und einer Entfernung aus demselben, sowie die Entfernung des polnischen Elements aus dem katholischen Klerus irgend abwendig machen zu lassen, dabei aber, so weit es die für diesen Zweck angenommenen Maßregeln nicht dringend erzielten, sorgfältig zu vermeiden, eine Animosität oder auch nur ein Uebelwollen gegen die polnische Nationalität im allgemeinen an den Tag zu legen, oder die Individuen dieser Nation, als solche, mit Härte oder Schroffheit zu behandeln, und dem schon vorhandenen National-Haße zwischen Polen

außern war natürlich Geheimhaltung der Geschäfte zu empfehlen und, um ihre unübersehbare Niederlassung zu hintertreiben, beträchtliche Anzahlung zu leisten, die Übernahme der Güter und die Begleichung des Restbetrages hingegen möglichst zu verzögern. Hatten beide Arten von Kommissionären ihre Aufgabe beendet, so konnten die Demonstrationen in Ost- und Westpreußen eingestellt und die Maschen des sorgsam geknüpften Netzes zugezogen werden. Die Societät brauchte sich nur noch die Kaufkontrakte förmlich zebieren und die aufgelaufenen Schuldforderungen durch die Agenten kündigen zu lassen. Bot sie alsdann den hierdurch ruinierten Gutsherren einen billigen Preis für ihre Besitzungen, mit dem Versprechen, nach Möglichkeit für die Ordnung ihrer Angelegenheiten sorgen zu wollen, so ließ sich das Verfahren nebenbei sogar mit dem Mantel selbstloser Nächstenliebe behängen, denn: „Nur wenn die Betheiligten die ihnen gemachten billigen Bedingungen zurückwiesen, ließe man sie der Subhastation verfallen.“

Rüpfer sagt zum Schluß selber von seinem Rezept: „In dem Obigen hat man durchaus nicht vermeint den in Rede stehenden Gegenstand irgend erschöpfen zu wollen. Man beabsichtigte nur Andeutungen zu liefern, wie eine, im geheimen von der Regierung geleitete Privat Aktien Gesellschaft die Mittel besäße, ohne übertriebene Geldopfer zu bringen, eine mögliche und selbst wahrscheinliche moralische Coalition des polnischen Adels gegen die Durchführung des Auskaufs Verfahrens im Großherzogthume zu beseitigen.“

irung des Großherzogthums Posen den allgemeinen Staats- sowie lokalen Königlich-Preussischen Behörden manche Mühe verursachen würde“.

auch der dabei erzielte Gewinn war des Schweißes der Edlen „Die unbedingte Herrschaft der deutschen Sprache und Nationalität bis an die Grenzen des jetzigen Czarstwa-Pohlen¹⁾ vorrücken, und die ganz fehlerhafte Grenze die das deutsche Land bisher gegen russische hatte, einigermaßen berichtigen, dürfte auch ein der preussischen Krone und dem deutschen Vaterlande geleisteter Dienst erster Größe sein, und von der dankbaren Nachkommenschaft den ruhmwürdigen Germanisierungs-Arbeiten des deutschen Ordens an die Seite gesetzt werden“.

Zum Schluß sucht der Autor die Uneigennützigkeit seiner Ratschläge durch die Bemerkung zu erhärten, daß sein eigenes Gut in einem schon russifizierten Gebietsteil belegen sei, unter der durch Ansiedelung neuer russischer Besitzer verschärften Konkurrenz also nur an Leichtigkeit des Abverkaufs für seine Produkte einbüßen könne.

Doch nicht allein auf die Lauterkeit seiner Absichten, sondern auch auf den Nachweis seiner Befähigung zur Abgabe eines sachgemäßen Urtheils über die wichtige Aufgabe, die Provinz Posen, „die, territorialer Hinsicht, zum Herzen der Monarchie gehört, auch moralisch charakteristisch vollständig zu amalgamiren, und dadurch Preußen eine ganz neue und uninteressierte Stellung zur polnischen Frage im allgemeinen zu verschaffen“, legt Rüpfer großes Gewicht. In dem Begleitschreiben zum Entwurf und der Vorbemerkung zu seiner Denkschrift betont er seine persönlichen Familienverbindungen in dem Großherzogthume, wo er auf mehreren Feldern den Germanisierungsprozeß in seinen verschiedensten Phasen, fast von den ersten Anfängen bis zur Vervollendung, beobachtet hatte, wo er anwesend gewesen war, wo er während der Kriegen von 1806 und 1812 die Haltung der verschiedenen Einwohnerklassen verfolgt, wo er als russischer Offizier in kriegerischen Zeiten und dann im Dienst des Kaiserthums bei der Grenzregulierung 1815 tätig, nach der Wiedererlangung durch Preußen lehrreiche Wahrnehmungen gemacht hatte, im Sommer 1816 bei dem Übertritt in die diplomatische Laufbahn die ersten Gedanken eingaben, Hardenberg in einer Denkschrift die Germanisierung der Provinz auf den Grundlagen des Auskaufs der russischen Gutsbefitzer, der allmählichen Umschmelzung des katholischen Posen und der Errichtung deutscher Schulen darzulegen. Nach des Verfassers Angabe nahm der Staatskanzler die jugendliche Arbeit sehr

1) D. h. zum Zarenreich gehörig.

verschiedenen Stellen verwendeten Fonds mindestens die gründliche Germanisierung der inneren Regelinie zu versuchen, um zugleich aus dem Ergebnis dieses Experiments einen Rückschluß auf die Durchführbarkeit der Germanisation im Großen zu gewinnen.

Wir aber sehen in Rüpfer einen Mann, der, ohne an Detailkenntnis des Verwaltungsmechanismus die an der Spitze der Provinz stehenden Leute zu erreichen, sie an Tiefe in mancher Hinsicht nicht unerheblich überragte und namentlich durch sorgfältigere Berücksichtigung der auswärtigen Politik Preußens mit seinen Darlegungen über die Denkschriften Grolmans und Flottwells hinausging, Männer, von denen er sich auch durch eine gewisse Unbefangenheit des Blickes unterschied, denn er setzte seinen Memoire doch vornehmlich als ein nur in loser Fühlung mit den offiziellen Kreisen Berlins stehender, in dem strittigen Bandesteil ansässiger Gutsbesitzer auf und webte die Erfahrungen seines Privatlebens hinein. Die Vorzüge, welche Poschinger an Rüpfers späteren Arbeiten rühmend hervorhebt, Weite des politischen Blickes und glühender Patriotismus¹⁾, Eigenschaften, die den in ruhiger Muße lebenden Legationsrat zum gern gehörter Ratgeber der höchsten preussischen Staatsmänner machten, sie kennzeichnen auch schon seinen Aufsatz von 1887, der trotz manches phantastischen Gedankens mit großer Objektivität die Mittel und Wege zur Erreichung des gesteckten Zieles erwägt, obwohl der Verfasser unverkennbar sich im stillen als Anhänger einer entschiedenen, germanisatorischen Richtung fühlt. Diese Objektivität hat ihn auch öfter vor allzu sanguinischen Hoffnungen bewahrt, denen selbst Flottwell nicht immer entgangen ist.

Trotzdem dürfen wir uns vor manchen Mängeln und Einseitigkeiten der Denkschrift nicht verschließen.

Einige der empfohlenen Mittel — es sei nur an die auf schrittweise Hintergehung des Publikums und der bekämpften polnischen Aristokratie angelegte Gründung einer scheinbar von Privatleuten betriebenen, „Wahrheit lediglich als staatliches Organ arbeitenden Parzellierungsgesellschaft oder an die mehr oder minder zwangsweise Bestimmung inner Waisenknaaben zum Studium der katholischen Theologie erinnert — treiben für unsere heutigen Begriffe recht hart an die Grenze des moralisch Erlaubten. Der weit ausgesponnene Plan einer systematischen Auslaugung der polnischen Gutsbesitzer mußte in der vorgeschlagenen unständlichen Form notgedrungen scheitern an der Indiskretion des mit zweifelhaften Elementen reichlich durchsetzten Beamtenpersonals der Pro-

1) a. a. O. II, S. 199 und sonst.

deutsche Kultur und der deutsche Geist bei passivem Abwarten den offenen Schaden der polnischen Frage beseitigen werden. Rüpfert kennt die Dünne der Fäden, mit denen der Bauernstand durch materielle Wohltaten an die Regierung gefesselt ist; er weiß, daß diese Fäden zerreißen werden bei dem ersten wirtschaftlichen Niedergang, so lange Adel und Geistlichkeit das Volk in deutschfeindlichem Sinne bearbeiten, und die Missernten der 40er Jahre, die Vorgänge von 1848, haben seine Besorgnisse bestätigt. Darum fordert er konsequenten opfermutigen Kampf, keine Politik der Nadelstiche, und von der Höhe eines weit-
sichtig mit prophetischem Blick in die Zukunft schauenden, über das Niveau fast aller seiner Zeitgenossen sich erhebenden Staatsmannes, aus dessen Schrift uns moderner Geist entgegenleuchtet¹⁾, erkennt er die drohende Gefahr und schließt mit einem beredten Appell an den Patriotismus seiner Stammesgenossen, da es gilt, „dem deutschen Vaterlande“ einen Dienst erster Größe zu erweisen und den Dank der Nachkommen zu erwerben.

1) Wie im Großen, so auch in manchen Einzelheiten, z. B. in dem Eintreten für die vorhandenen Simultanschulen aus nationalen Gründen.

Nachtrag: Infolge eines Versehens ist ein sinnstörender Druckfehler auf S. 192 Zeile 8 stehen geblieben. Es muß dort heißen: falls statt „als“.

Kleine Mitteilungen.

Bemerkungen über die Hofordnung Joachims II.¹⁾

Von Martin Haß.

Handschriftliche Überlieferung und Alter der drei Redaktionen.

Red. A.

Die erste Redaktion der Hofordnung (Fol. 1—34) ist in der Haupt- von Ranzleiband geschrieben und trägt vorne auf dem ersten Blatt die Jahreszahl 1537:

„Ordenunge des Hofß 1537.“

Zahl rührt von derselben Hand her, wie der sonstige Text; es liegt kein Grund vor, sie, wie Kern, S. 3 tut, fortzulassen. Daß sich Jahreszahl bei König²⁾ nicht findet, erklärt sich daraus, daß dieser die zweite Redaktion benutzte, die in der Tat kein Datum aufweist.

Der Text selbst ist sehr stark durchkorrigiert, und zwar nur in historischer Weise, d. h. der alte Text mit den neuen Korrekturen erscheint fortlaufenden neuen Text.

Die Zusätze und Eintragungen sind durchweg von ungeübten Händen, rühren also von Räten oder Hofbeamten her. Es scheinen zwei oder drei verschiedene Handschriften zu sein; diejenige, von der die meisten Korrekturen stammen, läßt sich nicht identifizieren; eine Anzahl anderer Verbesserungen sind von der Hand des Eustachius von Schlieben. Daß der Kurfürst selbst Korrekturen gemacht habe, wie Kern, S. 4 u. 4 und 12, Anm. 4, behauptet, trifft nicht zu. Da Joachim II.

höchst charakteristische, leicht erkennbare Hand hat (vgl. das von Ehrhardt im Hollenzoll. Jb. 1901 mitgeteilte Facsimile), ist hier Zweifel ausgeschlossen.

Red. B. (Fol. 1—36.)

Für die Datierung der zweiten Redaktion ist es von Wichtigkeit, sie von zwei Händen, ebenfalls Schreiberhänden, geschrieben ist; die zweite Hand setzt ein mit dem Abschnitt: „Hiernach folget die Ordnung

1) Veranlaßt durch die neue Ausgabe in der Publikation von Dr. Arthur ... „Deutsche Hofordnungen des 16. und 17. Jahrhunderts I.“, über die in Literaturteil berichtet wird.

2) Historische Schilderung von Berlin, Bd. I, S. 246 ff. — Die drei Redaktionen befinden sich sämtlich im Rgl. Hausarchiv, Rep. 30.

des Frauenzimmers“ (Aern, S. 28 Z. 4) und zwar auf einer neuen Seite, jedoch auf den zweiten Hälften der ineinandergelegten (nicht aneinandergelegten) Bogen, auf deren ersten Hälften die vorhergehenden Abschnitte stehen.

Für die Datierung des ersten Teils dieser Redaktion haben wir mehrere Anhaltspunkte: im Gegensatz zur Red. A wird 1) als Küchenmeister nicht Tempelhof, sondern Blankensfeld, 2) als Schenk des Kurfürsten nicht mehr Christof v. Schlieben, sondern Christof Sparr genannt. Aus den letzteren ergibt sich, daß diese Fassung frühestens Mitte des Jahres 1543 angefertigt wurde, da Schlieben kurz vor dem 31. Juli starb; dazu stimmt, daß Blankensfeld nachweislich schon am 13. Januar 1544 Küchenmeister war. — Andererseits muß sie vor dem 15. Februar 1545 entstanden sein, da Markgraf Johann Georg, der an dem genannten Tage zum ersten Mal heiratete, noch unvermählt ist. Wäre er zur Zeit der Abfassung schon verheiratet gewesen, so hätte, wie es später immer geschieht, bei der Aufzählung der Richte, des Schlaftrunks usw. seine Gemahlin erwähnt werden müssen.

Für den zweiten Teil läßt sich wenig ermitteln, da er so gut wie gar keine Personalien erhält. Als späterer Zusatz ist er natürlich jünger als der erste Teil. Daß er demnach nicht vor 1543 aufgesetzt sein kann, dazu stimmt auch die Erwähnung mehrerer Ämter, die bis Ende 1542 noch Klöster waren (Aern S. 29: Gramzow, Seehausen, Chorin, Lehnin usw.).

Red. C. (Fol. 1—43.)

Genauer läßt sich die Entstehungszeit der dritten Redaktion bestimmen; das Entscheidende ist hier die Erwähnung der „gnädigsten jungen Frauen“, d. h. der Gemahlin des Markgrafen Johann Georg. Es bleibt zwar zunächst noch zweifelhaft, ob es sich um die erste oder die zweite Gemahlin handelt. Die erste, mit der sich Johann Georg am 15. Februar 1545 vermählte, starb schon ein Jahr darauf, am 6. Februar 1546, im Kindbett. Zum zweiten Male aber hat sich der Markgraf erst am 12. Februar 1548 verheiratet. Die Zwischenzeit, in der er Witwer war, kommt also für die Datierung nicht in Betracht. Aber auch aus der Zeit nach 1548 Februar 12 kann diese Redaktion nicht stammen, weil erstens in diesem Jahre Johann Georg das kurfürstliche Hoflager verließ und als Bischof von Havelberg seine Residenz in Bechlin angewiesen erhielt und zweitens der ebenfalls erwähnte Markgraf Friedrich bereits 1547 Coadjutor von Magdeburg und Halberstadt, 1548 (17. Juli) aber Bischof von Havelberg wurde. Danach muß also die Redaktion C. zwischen dem 15. Februar 1545 und dem 6. Februar 1546 entstanden sein¹⁾.

Damit haben wir aber die handschriftliche Geschichte noch nicht zu Ende geführt. Die letzte Redaktion weist nämlich noch eine ganze

1) Dagegen scheint zu sprechen, daß als Schenk wie in A Christof von Schlieben genannt wird. Da aber bereits in B statt seiner Chr. Sparr genannt wird, muß sein Wiederauftauchen in C auf einem Irrtum des Schreibers beruhen.

ber die Verwaltung der Amts- und Kammerfachen unter Joachim II. und Johann Georg¹⁾.

Von Martin Haß.

Für die Verwaltung des fürstlichen Hausgutes, der sämtlichen Einkünfte und Gefälle aus den Regalien wie dem Grundbesitz, legt in den meisten Territorien schon früh ein technischer Beamter zu agieren, der den übrigen Hofdienern nicht gleichgestellt ist, sondern reichsam auf der Mitte zwischen den höheren Hofbeamten und dem ederen Hofgesinde steht. Er wird entweder als Rentmeister oder als Kammermeister bezeichnet. Die ursprünglichere Charge ist wohl die des Rentmeisters; neben ihn pflegt im Laufe der Zeit der Kammermeister treten, und zwar speziell für die Amtersachen. Die Aufsicht über die Ämter bildet ja den wichtigsten Teil der landesherrlichen Finanzverwaltung, und je mehr die Bedeutung des Landwirtschaftsbetriebes wächst, desto stärker werden auch die Impulse für die Fortbildung der Organisation an der Zentralstelle. Die Einziehung der übrigen Gefälle machte oft so große Schwierigkeiten: in der Hauptsache handelte es sich nur darum, daß von allen Zollstätten die Zölle, von allen Städten die Urbede einkam. Die Ämterverwaltung aber stellte immer höhere Anforderungen: die Arbeitskraft der betreffenden Beamten, da es hier nicht nur auf die Einziehung von Geldern ankam, sondern die Wirtschaftsführung der Ämterleute ständig beaufsichtigt werden mußte, was sich um so schwieriger gestaltete, als die einzelnen Ämter keineswegs immer nach dem gleichen Modus eingetan waren, sondern gewöhnlich verschiedene Systeme der Ämterverwaltung nebeneinander bestanden.

In der Kurmark Brandenburg entwickelt sich nun wie auch in anderen Territorien allmählich eine besondere Behörde für die Domänenverwaltung, die Amtskammer. Eine ausführliche Instruktion ist diese erst 1615 erhalten; sie ist aber nicht etwa damals erst entstanden worden. Es scheint, daß eine förmliche Einsetzung oder Konstituierung der neuen Behörde wie z. B. beim Konsistorium nicht stattgefunden hat. Wohl aber lassen sich an der Hand der freilich dürftigen Quellen die einzelnen Etappen auf dem Wege zur Ausbildung der Amtskammer verfolgen.

1) Die nachstehenden Bemerkungen, die zum Teil ebenso wie die vorangehenden zur Erläuterung der Hofordnung von 1537 dienen sollen, beruhen hauptsächlich auf den Akten des Geheimen Staatsarchivs in Rep. 9. C. 3, 4a u. 4b.

geschafft haben behindert wurden". Es ist ganz klar, was der Vorschlagende wünscht: die Leitung der gesamten Domänenverwaltung soll in die Hand eines Beamten gelegt werden. Ob das eine Adelsperson oder ein Kammermeister bürgerlichen Standes sein soll, sagt er nicht. Ist nun auch sein Rat vielleicht nicht auf der Stelle befolgt worden, so ist doch später sein Gedanke, wenn auch in anderer Form, zur Ausführung gelangt. Zwar wird noch 1572 ein Junker zum „Diener von Hause aus“ für Verschickungen in Ämter und Haushaltungen bestellt, ganz mit den Befugnissen eines sogenannten „Haushalters“; im übrigen aber sind mit dem Regierungsantritt Johann Georgs augenscheinlich wesentliche Fortschritte im Dienstbetrieb gemacht worden. Wohl erst jetzt tritt neben den Rentmeister ein besonderer **Kammermeister**¹⁾. Außerdem werden sämtliche Ämter — ein Teil wurde damals erst eingelöst — visitiert und „in besseren Stand gebracht“. Dabei hat neben dem Kammermeister einer der tüchtigsten Hofräte, der auch sonst bekannte Dr. Matthias Remnik, die Hauptarbeit geleistet. Gewiß wird er auch später sich viel mit Amtssachen haben abgeben müssen.

Die wichtigste Neuerung erfolgte aber im Jahre 1577: am 11. November dieses Jahres wurde Dietrich v. Holzendorff, der später (1584) Amtshauptmann von Biesenthal wurde, — ein bevorzugter Vertrauter Johann Georgs, der seinen „Dietrich“ gerne um Rat anging, — nachdem er vom Regierungsantritt an Hofrat gewesen war, zum „**Amtsrat**“ ernannt und zwar auf 10 Jahre²⁾. Als seine amtliche Funktion wird bezeichnet, „den Amtsrechnungen und Visitationen und allen und jeden unsern Amts- und Hausachen und -Geschäften neben unserem Kammermeister Heinrich Straube und anderen dazu verordneten . . . beizuwohnen“. Damit war zum erstenmal ein ständig am Hoflager anwesender Rat ausschließlich für die Amtssachen bestellt: Es ist nicht mehr ein kommissarischer, sondern ein Amtsrat im Hauptamt. Fortan gibt es also zwei ausschließlich mit Amtssachen beschäftigte Hofdiener; aus dem einen Beamten, dem Kammermeister, ist eine Behörde geworden. Damit hängt zusammen, daß dem Kammermeister kurz vorher (7. April desselben Jahres) eine Hilfskraft als „Kammerdiener“ beigegeben worden war.

Die erste mir bekannte Erwähnung der Amtskammer ist aber noch etwas älteren Datums: Am 10. März 1577 wird der Kammerreiber Barthold wegen seiner „in der Amts Cammer“ geleisteten Dienste mit der Anwartschaft auf ein Schulzengericht begnadigt³⁾. Daraus ergibt sich wohl, daß man als Amtskammer schon vor der Ernennung eines ständigen Amtsrates das Lokal bezeichnete, in dem der Kammermeister mit dem bzw. den Kammerreibern arbeitete.

1) Kammermeister unter Joh. Georg: 1. Heinrich Straube 1572—88, 1588 teilweise dispensiert, bleibt als „Verwalter“ (Analogie zu den Haushaltern). 2. Andreas Bartoldt 1588—1601. Vorher Kammerreiber. Kammerreiber gab es im Jahre 1588 und in der Regel auch sonst zwei.

2) Bestallung (Conc.) Geh. Staatsarchiv Rep. 9. C. 1. b. 1; Revers Rep. 9. J. 7; neue Bestallung auf Lebenszeit: Lucia (13. Dezember) 1588. Holzendorff † 1597.

3) Geh. Staatsarchiv Rep. 22. 329. L.

Übrigens werden später noch einige andre Räte, die in der Hauptsache im Kammergericht zu tun hatten, auch für die Amtssachen verpflichtet; jedoch sind es stets nur wenige, wahrscheinlich gleichzeitig immer nur zwei gewesen. 1598 vermehrt sich anscheinend ihre Zahl. Die Amtskammer steht demnach zu dem Kollegium der Räte in demselben Verhältnis wie das Konsistorium und das altmärkische Quartalgericht.

Die Ausdrücke „Amtskammer“, „Amtsräthe“ und „Zu den Amtssachen verordnete Räte“ werden lange Zeit promiscue gebraucht.

Die Hofrentei ist, wenigstens Ende des 16. Jahrhunderts, der Amtskammer in gewisser Weise untergeordnet; sie darf nur auf Grund von Anweisungen der Kammer, und natürlich auch des Kurfürsten direkt, Zahlungen leisten.

General Clarke und die Exekution zu Kyritz im April 1807.

Von Herman Granier.

Die über Jahre sich erstreckende Okkupation der Mark Brandenburg durch die Franzosen nach der Katastrophe vom Oktober 1806 hat, im allgemeinen von augenfälligen Exzessen, von blutigen Schaulustigkeiten frei gehalten, wenigstens so weit der Machtbereich der oberennapoleonischen „Autoritäten“ sich wirksam machen konnte. Der lähmende Druck dieser Fremdherrschaft lag vielmehr in dem „System“ der Ausbeutung unter geregelten Formen, das um so intensiver wirkte, je anerkennend schonender es ausgeübt wurde — wie das Willibald Alexis in seinem vaterländischen Romane „Hegrimm“ mit unübersehblicher Treue dargelegt hat.

Aber eine blutige Tat zeigt doch, wessen das französische Gouvernement fähig war, wenn es seine Autorität bedroht glaubte: die durch Kyritz zu rechtfertigende Hinrichtung zweier völlig unschuldiger Bürger, des Rämmerers Schulz und des Kaufmanns Kersten.

Den Vorgang selbst dürfen wir als bekannt voraussetzen; er sei hier nur kurz skizziert.

Am 31. März 1807 brach in das Prignitzsche Städtchen Kyritz, der Garnisonsort des Stabes und einer Schwadron vom Kürassierregimente v. Beeren (Nr. 2), eine Schar angeblich Schillischer Freikämpfer ein, in Wirklichkeit ein eigenmächtig zusammengelaufener Haufen von Marodeuren, trotz des Widerspruches der wehrlosen Bürger, die ihre Häuser auf französische Anordnung nach Perleberg hatten abliefern lassen. Die Eindringlinge requirierten Montierungsstücke des Kürassierregiments, und wußten auch eine Geldsumme von 1500 Rthl. aufzuspuhren, die der Agent eines französischen Armeelieferanten, der Berliner Jude Moritz, bei dem Kaufmann Kersten, der ihm dafür Fourage liefern sollte, ob dessen Bedenken deponiert hatte. Der Jude eilte nach Berlin zurück, um bei dem französischen Generalgouverneur, dem Divisionsgeneral Jacques Guillaume Clarke, später Kriegsminister und Herzog von Feltre, Klage zu erheben über diesen Raub, und dessen wahrheitswidrige Darstellung muß Clarke die Annahme infinuiert haben, der Raubzug sei im Einverständnisse und mit Unterstützung der Kyritzer Bürgergesellschaft geschehen, sei also eine Tat der Auslehnung gegen das französische Gouvernement, das strenge Sühne erheische. Denn allerdings war Kyritz durch seine Lage auf der rückwärtigen Verbindungslinie der französischen Armee wohl geeignet, einem Vordringen der Schweden aus Pommern durch Mecklenburg gegen diese Verbindungslinie einen ge-

Durch deutsche Augen mußten die Unschuldigen sterben — die täglich veröffentlichten Berichte des Nassauischen Oberstbrigadiers Schäffer¹⁾ erwähnen von diesem Kyriker Kommando bezeichnenderweise nichts — ihr Tod aber machte damals bei allen sonstigen Kriegsgenossen im Vaterlande den tiefsten Eindruck; wie der spätere Geheimrat, der Dichter August v. Staegemann an den Bruder des erschlagenen Kammerers, den Berliner Dramaturgen Friedrich Scholz schrieb: „Die Geschichte Ihres unglücklichen Bruders ist ein blutiges Blatt in unserer Dornenkrone; sie muß im Andenken der Deutschen nicht untergehen, in Deutschland nur kann der Rächer erwachen.“

Als Rächer gegen Clarke selbst nun erschien nach den Freiheitskriegen der preussische König Friedrich Wilhelm III. Der Oberpräsident Bassowitz erzählt in seinem Werke: „Die Kurmark Brandenburg“ in der Anmerkung folgendes:

„Als der König Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1814 sich in Paris befand, bemühte sich der General Clarke, ihm vorgestellt zu werden, was jedoch der König zu vermeiden suchte. Bei des letzteren Anwesenheit in den Gemächern des Kaisers Alexander geschah dessen Entdeckung ihm jedoch ganz unerwartet, und äußerte der Clarke, er sei stolz auf die des Königs Achtung wegen seines Bestrebens, das Gute der Zeit, wo er Generalgouverneur der Marken und Pommern gewesen, zu befördern und den Einwohnern dieser Provinzen nach seinen Kräften nützlich gewesen zu sein, zu verdienen. Der König drehte ihm jedoch den Rücken zu, mit der Äußerung, die Illusion in Kyrik sei hiervon kein Beweis.“

Bisher entbehrte diese Bemerkung des Beweises, und konnte also nur etwa als „Anekdote“ gelten, so gerne man auch dem Charakterbilde des Königs diesen Zug von Energie erhalten wissen möchte.

Daß nun tatsächlich ein Vorgang sich ungefähr so zugetragen hat, so zeigen die nachstehenden Altentwürfe, die auch über die Veranlassung der Entstehung hinaus für das Verhältnis und das Verhalten der nach dem Sturze des Kaisers sich ultra-legitim gebärdenden Napoleonischen Erbprinzen nicht ohne Interesse sein dürften.

Die Zurechtweisung durch den König muß scharf genug gewesen sein, sodaß sie Clarke als Züchtigung empfand und sich veranlaßt fühlte, sein Verfahren gegen Kyrik jetzt nachträglich darzulegen in einer Rechtfertigungsschrift, die er dem Könige in Paris, im April 1814, überreichte. Diese Eingabe geht aus von seinem Briefwechsel mit dem Könige vom Jahre 1807 — gedruckt in den Anlagen zu einem Aufsatz: „Die Franzosen in Berlin 1806—1808“ im „Hohenhausen-Jahrbuch“ 1905 — der ihn verpflichtet habe, sich dem Könige in Paris vorstellen zu lassen; Clarke fährt dann fort:

1) In den „Annalen des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung“, Band 34, Wiesbaden 1904. Von ähnlichen Streifkommandos der Berliner Besatzung wird hier wiederholt berichtet.

tre avec sévérité, toute fois après une séance publique de huit heures, ne condamnation. Mais eut-il prononcé avec injustice, il ne dépendait pas plus du Gouverneur de Berlin de l'empêcher, qu'il ne dépend de tous les Souverains d'empêcher qu'un Tribunal dans une Ville qu'ils n'habitent pas, ne condamne injustement un de leurs sujets, et même que la sentence ne soit exécutée avant que l'injustice soit connue.

Le Gouverneur n'a su que postérieurement que les corps des condamnés étaient privés de sépulture par suite d'un ordre verbal de M. l'adjutant commandant Lepreux, président de la Commission Militaire, et le Gouverneur a permis sur le champ qu'ils fussent inhumés. Il n'a su que quelque temps après, que cet adjutant commandant, dont le grade est celui de colonel, avait abusé de son séjour Kyritz pour exiger une somme d'argent de la famille du feu Bourguemestre de Kyritz.

Dès qu'il l'apprit, le Gouverneur ordonna la restitution de cet argent; mais déjà Mr. Lepreux auquel le Duc de Feltre avait fait plusieurs reproches, était dangereusement malade et sa femme allegua que cet argent n'était plus entre ses mains. Le Duc croit être certain qu'il a fait restituer la somme sur des fonds mis à sa disposition par l'Empereur Napoléon. Le Colonel Lepreux mourut à Berlin, le Duc de Feltre indigné de sa conduite, ordonna au Général Hulin¹⁾ de le faire enter[rer au]²⁾ grand matin et sans honneurs militaires. La veuve du colonel Lepreux, ayant demandé au Duc de Feltre qu'il présentât une pétition à l'Empereur pour obtenir une pension pour elle à cause des services de son mari, le Duc de Feltre s'y refusa et lui déclara qu'il ne la présenterait qu'après que la famille au Mr. Lepreux aurait restitué la somme prise chez feu le Maire de Kyritz.

L'Empereur Napoléon a approuvé la conduite du Gouverneur Général de Berlin, ainsi qu'on le voit dans la copie ci-jointe de sa lettre de Finkenstein le 13. avril 1807³⁾. Cette approbation semblerait devoir affranchir celui qui fut son sujet de toute recrimination étrangère.

Voilà l'exposé des faits. Pour les bien juger il n'est pas même indispensable d'être dépouillé de toutes affections françaises et prussiennes?

En finissant cet écrit, serait-il nécessaire pour faire connaître le caractère et le cœur du Duc de Feltre, ainsi que ses principes, de rappeler les autres faits?

1. La retraite accordée au Colonel adjutant Commandant Champeaux⁴⁾ qui avait fait des exactions dans les environs de Burg et la restitution par lui des sommes extorquées ont été l'ouvrage du Duc de Feltre. Pendant six ans et demi qu'il a été Ministre de la Guerre en France, il s'est constamment refusé à la remise en activité de cet officier.

2. Lorsque Mr. de Hirschfeld⁵⁾ partisan entra dans la ville de

1) Französischer Kommandant von Berlin.

2) Die Vorlage ist hier verstümmelt.

3) Gedruckt in der „Correspondence de Napoléon I.“, Paris 1864, t. XV, p. 67: . . . „J'approuve fort l'exemple que vous avez fait d'un bourgmestre et d'un bourgeois de Kyritz. J'espère qu'à l'heure qu'il est vous êtes dehors de l'échauffourée de Suédois.“ . . .

4) S. u. a. in dem Immediatberichte Goldbeck's S. 237.

5) Eugen von Hirschfeld, Rittmeister im Husarenregiment v. Röhler (Nr. 7), starb 1811 in Spanien.

insu à votre mémoire et de réclamer pour lui une nouvelle marque de votre magnanimité en suppliant Votre Majesté de confirmer la lettre qu'elle daigna lui écrire et qui était si bien d'accord avec les témoignages qu'il avait reçues précédemment des princes de votre famille royale restés à Berlin."

Neben politischer Rücksicht auf den nun bourbonischen Kriegsminister Clarke selbst, ließ sich der preußische Staatskanzler Fürst von Hardenberg wohl mehr durch seine gewohnte Courtoisie, namentlich Damen gegenüber, als durch die Tatsachen selbst, zu dem folgenden Antwortschreiben „A Madame la Duchesse de Feltre“ bewegen, das aus Paris vom 14. Oktober 1815 datiert ist:

„Madame la Duchesse,

Monsieur le Duc de Feltre a laissé en Prusse le souvenir d'une conduite loyale et modérée dans une époque où, maître de faire le mal, il a dirigé tous ses efforts à soulager un peuple opprimé.

Une seule action, dictée par la tyrannie, et dont les circonstances forçaient Monsieur le Duc d'être l'instrument, avoit laissé une douleur profonde dans le cœur des Prussiens et une juste indignation dans celui du Monarque.

C'est uniquement à ce sentiment, Madame, que je vous prie d'attribuer les paroles qui l'année passée furent adressées par Sa Majesté à Monsieur votre époux.

Mais si le Roi est sensible aux malheurs de Ses sujets, il n'en est pas moins juste.

Monsieur le Duc de Feltre m'a remis des pièces qui prouvent qu'il n'agissoit que d'après les ordres d'un maître aussi avide de sang que de conquêtes. Elles¹⁾ devoient effacer jusqu'à la moindre trace du (sic!) mécontentement qui l'afflige, et qu'il ne peut attribuer qu'à l'horreur d'une action que ses propres principes avoient condamnée.

Veillez en agréer l'assurance que je me fais un vrai plaisir de vous donner au nom du Roi avec l'expression de la considération respectueuse avec laquelle j'ai l'honneur d'être, Madame, etc.

Paris, ce 14.¹⁾ October 1815.

Hardenberg.“

Im Anschlusse hieran sei noch ein Immediat-Bericht des Chefs der Justiz, Großkanzlers von Goldbeck über das früher Geschehniß mitgeteilt, daß die Auffassung dieses während der französischen Okkupation in Berlin verbliebenen preußischen Staatsministers widerspiegelt, der mit dem Treueide, den er dem Kaiser Napoleon ge-

1) Hier stand im Konzepte der von Hardenberg gestrichene Passus: „Je m'empresserai de les soumettre au Roi immédiatement après mon retour à Berlin où je les avois déposées, et Sa Majesté ne se refusera pas à leur évidence. Convaincu moi-même de la pureté des intentions de Monsieur le Duc de Feltre, je remplirai un devoir cher à mon cœur en contribuant à effacer“ etc.

2) Korrigiert aus „10“; ob absichtlich?

anzösische Soldaten getödtet hatten, an Euer Königlichen Majestät Civil-Gerichte beigegeben wurden. Der Lepreux starb kurze Zeit darauf, und zwar nach dem eugniß seines Arztes, des Geheimen Rathes Formey ¹⁾, unter beständigen Wehagen und ängstlicher Vereuung seines Verfahrens in Kyritz.

Gegenwärtig erhalte ich das abschriftlich anliegende Schreiben des Kaiserlichen Commissarii Vignon ²⁾, wonach die 2.400 Franken von dem Clarke selbst an mich bezahlt werden sollen, um sie der Stadt Kyritz wiederzugeben, welches ich auch unverzüglich bewirken werde.

Berlin, den 26. August 1807.

Goldbeck.

In Seine Königliche Majestät
einen allergnädigsten Herrn.

In einem eigenhändigen Begleitschreiben Goldbecks zu diesem Berichte vom 27. August 1807, das wohl für den Geheimen Rabinetsrat Heyme bestimmt ist, heißt es:

„Bey anliegenden Bericht ist vorzüglich meine Absicht einmahl etwas weniger schlimmes anzuzeigen und besonders die Kyritzer Sache darzustellen, wovon das Gerücht gewiß auch horten hingekommen ist. Hier hat diese Sache ganz allgemeinen Widerwillen erregt und wie sehr der Herr m. Clarke sie nachher gemißbilligt hat, erhellet besonders daraus, daß er iho die von dem grausamen Kriegeß-Gericht erpreßten Kosten der 2.400 Franken nach seiner Abreise aus seinem eigenen Vermögen zahlen läßt.“

1) Dr. Ludwig Formey, Königlicher Leibarzt, Geheimer Ober-Medizinal- und Sanitäts-Rat zu Berlin.

2) Vom 26. August 1807. Hier heißt es: „Son Excellence Monsieur le Général Clarke ayant reconnu, que feu Mr. Lepreux Adjutant-Général (sic!) avait reçu en indemnité de la ville de Kyritz une somme de 2.400 Francs, laquelle cet officier n'avait pas droit, s'est engagé d'en faire effectuer la restitution.“ . . .

Rußland und gegen die Bedroher der schwedischen Freiheit verbinden sollte¹⁾).

Friedrich II. erhielt die Nachricht von den Beratungen zu Hannover, soviel ich sehe, im November 1748²⁾. Seitdem rastete er nicht, bis er Genaueres über das Projekt erfahren hatte³⁾. Diesem Zwecke dient auch ein Brief vom 28. Januar 1749 an den preußischen Staats- und Kabinettsminister Grafen Heinrich Podewils. Das Schreiben enthält in einem ersten Teile ein Referat über das, was Friedrich bereits über das sogenannte bewaffnete hannoversche Bündnis erfahren hatte⁴⁾, in einem zweiten Teile die Aufforderung an Podewils, sich die größte Mühe zu geben, um diese Ermittlungen zu vertiefen und womöglich eine Erfahrung zu bringen, was daran falsch und was wahr sei.

AU MINISTRE D'ÉTAT COMTE DE PODEWILS À BERLIN.

Le 28 Janvier 1749.

Je viens d'être averti d'un endroit d'où je n'ay nul sujet de soupçonner qu'on ait dessein de m'en imposer ou de m'allarmer mal à propos, que dans les conférences qui se sont tenues à Hannovre immédiatement avant le départ de S. M. Brit^{que} entre le duc de Newcastle et les ministres de Vienne, de Russie et de Dresde, et qu'on pretend avoir duré souvent jusques bien avant dans les nuits, on étoit convenû en gros d'un plan d'innovation pour les affaires du Nord, portant en substance qu'avant toute autre chose le chancelier comte de Bestucheff travailleroit à abimer le reste du parti qui luy étoit opposé à sa cour, afin d'avoir les coudées plus franches pour marcher droit à son but, qui étoit d'éloigner le Grand Duc et de faire nommer tout de suite un autre successeur au trône de Russie, soit le prince Ivan ou bien une autre personne qui appartenoit à l'impératrice de plus près, qu'on feroit legitimer par le Synode; que ce point étant réglé la Russie feroit avancer un corps considerable sur les frontieres de la Finlande et un autre plus nombreux sur celles de la Courlande, afin de me tenir en echec aussi bien que la Suede; que, pour donner plus de force à ces echecs, l'impératrice-reine assembleroit aussi un corps d'armée sur les limites de la Moravie et de la Silesie; que le Dannemarc aussitôt après le renvoy du Grand Duc s'empareroit du pays de Holstein et assembleroit un corps de troupes sur la frontiere du coté de mes Etats et un autre en Norwegue; que l'Angleterre feroit entrer une escadre dans la Mer Baltique, et debuterait par proposer le duc de Cumberland pour successeur au trône de Suede; de

1) Beer l. c. S. LXXVI.

2) Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen, VI. Bd., Berlin 1881, Nr. 8353.

3) Roser l. c. S. 214 ff.

4) Diese Partie des Briefes ist eine teilweise wörtliche Wiedergabe eines Berichtes des preußischen außerordentlichen Gesandten von Robt aus Stockholm (datiert vom 14. Januar 1749), vgl. Politische Korrespondenz VI. Bd., Nr. 3444.

Seiner Meinung nach hat Maria Theresia den Plan des Grafen Kaunitz vollständig verworfen¹⁾. Beer hofft in dem unten genannten Werke den urkundlichen Beweis erbracht zu haben, daß die Kaiserin lediglich den Versuch einer Trennung Frankreichs von Preußen in ihr politisches System aufgenommen habe²⁾. Nicht ein Schritt der Wiener Diplomatie seit dem Beginne des Jahres 1749 bis zum August des Jahres 1755 könne auf ein weiteres Ziel — die Rückeroberung Schlesiens — gerichtet, geedeutet werden³⁾.

Wir haben leghin die Streitfrage von neuem eingehend untersucht und sind — auf bisher unbekanntes urkundliches Material gestützt — zu der Ansicht gekommen, daß die Forschung im wesentlichen zu der alten, von Arneth vorgetragenen Ansicht zurückkehren muß⁴⁾.

Friedrich II. Brief an Graf Otto Christoph Podewils, seinen außerordentlichen Gesandten in Wien, vom 17. Juni 1749, für dessen Verständnis das oben gesagte vorausgeschickt sein möge, knüpft an die österreichischen Bemühungen an, Frankreich für sich — lassen wir den Endzweck vorläufig unentschieden — zu gewinnen. Seit dem Ende des Jahres 1748 weilte Blondel als interimistischer Geschäftsträger Frankreichs in Wien. Man ließ von seiten der österreichischen Diplomatie keine Gelegenheit unbenuzt, um den Franzosen von dem aufrichtigen Wunsche der Kaiserin zu überzeugen, es nicht zu einem schwedisch-russischen Kriege kommen zu lassen. Namentlich aber bemühte man sich eifrigst, ihm die Unwahrheit der gegenteiligen Versicherungen Friedrich II. zu beweisen⁵⁾. Die Bemühungen der Wiener Diplomatie waren zunächst von Erfolg gekrönt⁶⁾. Podewils mußte seinem Könige des öfteren von der Bereitwilligkeit Mitteilung machen, mit der sich Blondel in die österreichischen Umgarnungen ziehen ließ⁷⁾.

Bald aber gelang es einem raffinierten Intriguenspiel der vereinigten preußischen, schwedischen und kurpfälzischen Gesandten, Blondel den Wiener Verlockungen gegenüber stutzig zu machen⁸⁾; anderseits glückte es auch Friedrich II. durch Briefe aus England den französischen Hof gegen Österreich freundliche Meldungen Blondels einzunehmen⁹⁾.

1) Beer l. c. S. LXIX.

2) ibidem S. CLXII.

3) ibidem S. CLXII.

4) Die Abhandlung: „Kritische Forschungen zur Geschichte der österreichischen Politik vom Machener Frieden bis zum Beginne des Siebenjährigen Krieges“, soll im Herbst 1906 erscheinen.

5) „Gleich nachdem Blondel hier eingetroffen, ist sich alle Mühe gegeben worden, ihm von Unserer aufrichtigsten Friedensbegierde zu überzeugen, zumahlen aber die dessen Hoff beigebrachte irrige und niedrige Vorurtheile demselben zu benehmen.“ Aus dem dritten Appendix der Instruktion für Mareschall. Staatsarchiv Wien.

6) Dasselbst.

7) Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen, VI. Bd., S. 560, 564.

8) Dasselbst S. 569. Vgl. auch den dritten Appendix der Instruktion für Mareschall.

9) Vgl. außer dem nachstehenden Briefe auch Politische Korrespondenz, VI. Bd., S. 572. Ferner das Mémoire instructif pour le Comte de Richecourt du 27 Juillet 1749. Staatsarchiv Wien. „Quant au roy de Prusse

de luy donner, vous le fassiez toujours sans affectation, pour qu'il n'y paroisse point de gené, ny rien, qui ait l'air de reproche; si d'ailleurs il arrivoit que vous vissiez jour à luy tendre un piege ou à le tourner adroitement de maniere, qu'il pût se brouiller avec la cour de Vienne, vous et vos amis ne devez point manquer à l'occasion, que vous y trouverez.

Pour ce qui regarde l'augmentation dont on vous a donné avis, qu'il y auroit dans la cavallerie autrichienne, j'en doute encore beaucoup, et je pense plutôt que ce ne sera qu'un enrollement pour compléter l'armée sur le nouveau pied où on resolu de la mettre.

Federic.

Nach einer österreichischen Kopie. Staatsarchiv Wien.

Berichte über die wissenschaftlichen Unternehmungen der Kgl. Akademie d. W. zu Berlin.

Ausgegeben am 1. Februar 1906.

Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen.

Bericht der H. H. Schmöller und Roser.

Der 31. Band der Sammlung ist bis auf die Register im Drucke hergestellt und wird binnen kurzem zur Ausgabe gelangen können. Er begleitet die Verhandlungen wegen der Erwerbung von Westpreußen und Ermland von ihrem Ausgangspunkte, der Rückkehr des Prinzen Heinrich nach seinem der Kaiserin Katharina II. abgestatteten Besuche, bis zum Schlusse des Teilungsvertrages zwischen Preußen und Rußland (März 1771 bis einschließlich Februar 1772). Bezeichnend für die Bedeutung, die König Friedrich diesen Verhandlungen beimaß, ist die ungewöhnlich große Zahl der eigenhändig von ihm aufgesetzten Weisungen an seinen Vertreter in Petersburg. Zur Seite gehen, auf den Verlauf der Hauptverhandlung fort und fort einwirkend, die Bemühungen der preussischen Politik um die Herbeiführung des Friedens zwischen Rußland und der Pforte und um den Ausgleich der russisch-österreichischen Differenzen, welche die Gefahr eines Krieges zwischen den beiden Kaiserhöfen und damit für Preußen als Rußlands Verbündeten eine Gefährdung des eigenen Friedens in sich schlossen.

Eine wesentliche Ergänzung erhielt das Material unserer Sammlung durch die Ergebnisse der Studienreisen, die Hr. Dr. Volz für die Zwecke seiner Editionsarbeit im vergangenen Jahre nach Dänemark und Schweden unternahm. Seine Nachforschungen erstreckten sich im Reichsarchiv zu Kopenhagen auf den Briefwechsel Friedrichs II. mit der Königin-Witwe Juliane Marie von Dänemark; im Reichsarchiv zu Stockholm und auf der Universitätsbibliothek zu Upsala wurden die einschlägigen Bestandteile des literarischen Nachlasses der Königin Luise Ulrike und des Königs Gustav III. von Schweden durchmustert. Außerdem erhielten wir Abschriften von Briefen Friedrichs II. an Luise Ulrike aus dem Gräfllich Rindowströmschen Familienarchiv zu Staffund, als Ergänzungen zu der früher von dem Geheimen Staatsarchiv zu Berlin erworbenen lückenhaften Sammlung dieser Briefe.

Neue Erscheinungen.

I. Zeitschriftenbau.

1. Okt. 1905 bis 31. März 1906.

Brandenburgia. XIV. Jahrgang. Berlin 1905.

- S. 312—317: Friedrich Wienenke, Die Landgnadenschulen der Rurmark. [Die Friedr. Eberh. v. Nothow ins Leben rief. Mit einer Liste derselben.]
- S. 345—391: M. Fiebellorn, Die künstlichen Baustoffe Berlins (Tonziegel-, Kalksandsteine, Zementmauersteine), ihre Geschichte und ihre Herstellung. [Mit zahlreichen Abbildungen öffentl. Gebäude.]
- S. 394—401: Otto Pniower, Aus der Chronik der Draniensburgerstraße. [Seit Ende des 17. Jahrhunderts.]
- S. 403—406: Buchholz, Geschichte des Parks Bellevue. [Vortrag.]
- S. 442—444: Willibald v. Schulenburg, Kloster Lehnin und die kirchliche Baumverehrung.
- S. 454—455: Sitten und Gebräuche der Brandenburgischen Wenden.

Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins. Berlin 1905.

- S. 130—137: Noël, Johanna Stegen, das Heldenmädchen von Lüneburg. Geboren am 11. Januar 1793 in Lüneburg, gestorben am 12. Januar 1842 in Berlin. [Mit einer Beschreibung des Gefechts bei Lüneburg am 2. April 1813.]
- S. 138—139: Berliner Puppenspiele im 18. und 19. Jahrhundert. [Abschnitt aus Rehms „Buch der Marionetten“.]
- S. 139—141, 150—154: L. Kopfermann, Das Berliner Musikleben im Jahre 1840.
- S. 145—147: Otto Warschauer, Die Lotterienprojekte Friedrichs des Großen. [Vortrag.]
- S. 148—149: F. Holke, Wann ist Cocceji gestorben? [22. Oktober 1755].
- S. 149—150: F. Holke, Ernst Berner †.

— Berlin 1906.

- S. 4—12: Max Hoffmann, Das Kurfürstentum und die Hanse. [Vortrag, unverkürzt wiedergegeben.]

S. 69—73: H. v. Flanß, Aus Johann Jakob Ranter's Leben. [Ranter erhielt 1772 ein privilegium privativum zur Anlegung einer Hofbuchdruckerei in Neupreußen. Mitteilung von Briefen und Akten hierüber.]

Mitteilungen des Westpreussischen Geschichtsvereins. Jahrgang 4. 1905/6.

S. 67—82: Foltz, Zur älteren Geschichte von Preußisch-Friedland. [Mit Abdruck von vier Urkunden aus dem Danziger Staatsarchiv d. a. 1346, 1361, 1375 und 1385.]

S. 82—84: J. Kaufmann, Die angebliche Schlacht bei Deutsch-Eylau im Jahre 1455. [Sie fand bei Preußisch-Eylau statt.]

Zeitschrift des Westpreussischen Geschichtsvereins. Heft XLVIII. Danzig 1905.

S. 1—53: D. Günther, Zwei unbekannte altpreußische Willküren: 1. eine Danziger Willkür aus der Ordenszeit [zwischen 1385 und 1455 entstanden]; 2. die Willkür der Stadt Dirschau vom Jahre 1599.

S. 193—228: M. Perlbach, Hermann von Salza und der deutsche Orden im jüngsten polnischen Gericht. [Nämlich vor dem Richterstuhl des Lemberger Historikers Dr. Wojciech von Retzypński, der die Ansicht begründen will, daß der deutsche Orden von Konrad von Masovien das Kulmerland nur unter der Bedingung erhalten habe, daß er Preußen für ihn erobere und nach vollendeter Eroberung ihm zurückgebe.]

Historische Monatsblätter für die Provinz Posen. VI. Jahrgang. 1905.

S. 171—200: E. Schmidt, Geschichte der historischen Gesellschaft für den Regedistrikt zu Bromberg während der ersten 25 Jahre 1880 bis 1905.

S. 201—203: F. Koch, Die Verlegung des Bromberger Richtplatzes im Jahre 1806. [Aus der Nähe der Landstraßen.]

S. 203—207: H. Baumert, Bromberger Musik- und Theaterleben vor 100 Jahren.

S. 211—216: M. Laubert, Eine gescheiterte Denkmalserrichtung in Posen. [1842 planten die Nationalpolen, ein Denkmal für den nächst Kosciuszko als Nationalhelden gefeierten, 1818 verstorbenen, Divisionsgeneral Heinrich von Dabrowski in Posen zu errichten, ein Zeichen, was sie von Friedrich Wilhelm IV. glaubten erwarten zu dürfen. Natürlich unterblieb diese Demonstration, weil sie sich im Könige getäuscht hatten.]

S. 217—223: R. Schottmüller, Übersicht der Erscheinungen auf dem Gebiet der Posener Provinzialgeschichte. 1904.

Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertum Schlesiens. 39. Band. Breslau 1905.

S. 1—51: E. Grünhagen, Breslau und die Landesfürsten. [IV. Breslau

Könige für die Vorbildung der Bergmänner von der Zeit Friedrichs des Großen ab wird verfolgt. In Nachbildung der von Alexander von Humboldt zu Steben im Frankenwalde errichteten Bergschule sollte schon 1801 eine Bergschule in Tarnowitz gegründet werden. Aber es kam vorerst zu keinem geordneten, regelmäßigen Unterricht. Dieser erst 1810 von Johann Karl Stroh eingeführt, worauf sich sehr bald Erfolge einstellten. Die Entwicklung der Schule bis in die Gegenwart wird geschildert.]

S. 704—717: Walter Tiede, Beiträge zur Geschichte der Oberstrombauten.

Oberschlesische Heimat. Zeitschrift des Oberschlesischen Geschichtsvereins. Hrsgb. von O. Wilpert. Band I. Oppeln 1905.

S. 15—25: Alfons Nowak, Reisen König Friedrich Wilhelms II. durch Oberschlesien in den Jahren 1788 und 1789.

S. 82—89: O. W., Aus der Pfarrchronik von Deutsch-Müllmen. [... 2. Aus der Franzosenzeit.]

S. 93—110: Alfons Nowak, Blücher als Gutsherr von Wachtelrunzendorf.

S. 144—148: J. Ehrzagszcs, Schwierigkeiten der Nachwitzer und Kiefernstädter Seelsorge in der friderizianischen Zeit. [1770/1. Mangel an Geistlichen. Ordination durch den Fürstbischof Schaffgotsch.]

S. 149—154: Die Kriegsjahre 1805—1813 nach der Aufzeichnung des Pfarrers Valentin Hofsch. I. 1805 und 1806. [Mit genauer Wiedergabe der Notizen, die sich auf die Pfarreien Wischnitz und Schwieben im Loß-Gleiwitzer Kreise beziehen.]

Niederlausitzer Mitteilungen. IX. Band. 1.—4. Heft. Guben 1905.

S. 1—181: Richard Jodsch-Poppe, Die patrimoniale Verfassung und Verwaltung der Standesherrschaften Forst und Pforten nebst Beiträgen zu ihrer Sozialgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der gutsherrlich-bäuerlichen und der lehns herrlich-ritterschaftlichen Verhältnisse. [Nach gräf. Brühl'schen Akten; s. Literaturbericht.]

Schriften des Vereins für Geschichte der Neumark. Heft 17. Landsberg a. W. 1905.

S. 1—221: Paul Schwarz, Die neumärkischen Schulen am Ausgang des 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts. [I. Die Stadtschulen. II. Die Landschulen. III. Die Beschaffung der Geldmittel zur Besserung des Schulwesens. IV. Die Abiturientenprüfungen von 1789—1806. V. Das Schullehrerseminar in Büllichau. Anhang aus Verordnungen, Berichten und Tafeln aus den Jahren 1736—1806.]

Monatsblätter. Herausgeg. von der Gesellschaft für Pommerische Geschichte und Altertumskunde. 1905.

S. 177—181: Emil Bahrfeldt, Hat der Große Kurfürst in Stettin Münzen prägen lassen? [Nein. Die Deutung der auf Talern der

Hessenland. XX. Jahrgang. Kassel 1906.

S. 5/6: F. von und zu Gilja, Aus dem Feldpostbrief eines hessischen Kriegsfreiwilligen vom 2. Januar 1871. [d. Sebress, über ein Wahl in Versailles am 26. Dezember 1870, dem Moltke beimohnte.]

Antiquarisch-historischer Verein für Nahe und Hundsrück zu Kreuznach. XX. Veröffentlichung. Kreuznach 1905.

S. 1—62: Otto Lutsch, Das Kreuznacher Gymnasium in den Jahren 1819—1864. [Fortsetzung der XIX. Veröffentlichung.]

Historische Zeitschrift. N. F. Band 60 (= Band 96). München und Berlin 1906.

S. 193—242: Reinhold Roser, Brandenburg-Preußen in dem Kampfe zwischen Imperialismus und reichsständischer Libertät. [Brandenburg-Preußen ist in den Kampf der Libertät gegen den Imperialismus erst spät eingetreten. Roser verfolgt durch die Geschichte und an der Hand der publizistischen Literatur, wann und wie das geschah.]

Historisches Jahrbuch. Im Auftrage der Görresgesellschaft usw. hrsgb. von Joseph Weiß. 27. Band. München 1906.

S. 34—66: Julius v. Pflugk-Harttung, Das Gefecht bei Limale (18. Juni 1815). [Mit einer sehr scharfen kritischen Bemerkung über Lettows ungenaue Wiedergabe eines Berichts des Obersten von Stülpnagel.]

Preussische Jahrbücher. 123. Band. Berlin 1906.

S. 123—135: Ernst Consentius, Hunderttausend Prügel für den Gazettier. [Nicht erst Friedrich der Große, sondern schon Friedrich Wilhelm I. hatte die Absicht, einem ihm mißliebigen Zeitungsschreiber Prügel verabfolgen zu lassen. Es handelte sich um einen Gazettier in Utrecht 1729/30. Der König wollte bis 1000 Speciesdukaten anweisen. Erzählung dieser Geschichte und einer andern, anderthalb Jahrzehnte zuvor im Haag von den Bedienten des preussischen Gesandten Meinerts-hagen ausgehenden Prügelaffäre.]

S. 220—260: Emil Daniels, Die englischen Liberalen und Fürst Bismarck. [Nach Fitzmaurice, The life of Granville George Leveson Gower, second earl of Granville. Dessen Beziehungen als Minister des Auswärtigen in dem Kabinett Gladstone zu Bismarck seit 1872.]

The English Historical Review, edit. by Reginald L. Poole. M. A., Ph. D. Vol. XXI. London, New-York and Bombay 1906.

p. 132—135: C. Oman, The french losses in the Waterloo-Campagne,

Monatshefte der Comeniusgesellschaft. XIV. Jahrgang. 1905. Berlin 1905.

L. Keller, Die Anfänge der Tempelherren in Deutschland und die Stellungnahme Friedrichs des Großen.

Identifizierung mit Haltern, vermutet es dagegen zwischen Hamm und Lünen bei Oberaden, wo demnächst Ausgrabungen stattfinden werden.]

Nr. 47—48: Wäschle, Das Zerbster Schloß als Residenz Ludwigs XVIII. von Frankreich. [Verhandlungen Rußlands mit Anhalt und Preußen im Jahre 1796 über einen solchen Aufenthalt, führen zu keinem Resultat.]

Nr. 48: Gedanken über den Mißbrauch des Coffée und Théé-Trinkens. Berlin 1768. [Eine wohl mit Wissen Friedrichs des Großen verfaßte und von der preußischen Regierung verbreitete Flugschrift, tritt für einen Getreidezoll ein.]

Nr. 49—50: Volksgebräuche aus der Lüneburger Heide.

Nr. 49: G. Gerlach, Die Kirche zu St. Petri und Pauli in Eisleben. [Vgl. dazu Nr. 50.]

Nr. 50—52: A. Haase, Die Kontraktur und Städtebeschreibung Braun-Hohenbergs aus den Jahren 1572—1596. [Allgemeine Kosmographie, in Köln erschienen.]

— 1906.

Nr. 1—2: A. Haase, Die Kontraktur und Städtebeschreibung Braun-Hohenbergs aus den Jahren 1572—1596.

Nr. 2—5: R. Ed. Schmidt, Besuche eines preußischen Kammerherrn an deutschen Fürstenhöfen um die Zeit des siebenjährigen Krieges. [Aus den Lehnborsschen Jahrbüchern.]

Nr. 5: Arndt, Das städtische Archiv zu Halberstadt.

Nr. 7—8: R. Volkholz, Der Magdeburger Ripperkrieg 1622.

Nr. 9: W. Curth, Eine Quedlinburger Rehergeschichte aus dem 17. Jahrhundert.

lationalzeitung. Berlin 1906.

Nr. 130—131 (24. Februar): Zur braunschweigischen Frage. [5 Briefe aus den Jahren 1884/85 behufs einer Verständigung; Nr. 1 und 4 von einem braunschweigischen Diplomaten an den Chef des geheimen Kabinetts eines hervorragenden deutschen Bundesfürsten, Nr. 2 und 5 die Antworten von dem Chef des Kabinetts, Nr. 3 von einem Führer der welfischen Partei der Zeit.]

Sonntagsbeilage zur Vossischen Zeitung. Berlin 1905.

Nr. 48—50: Berthold Holz, Aus den Briefen Friedrichs des Großen an die Königin Juliane von Dänemark. [Vom Jahre 1772 bis zu Friedrichs Tode reichend, mehr als 250 eigenhändige Schreiben von ihm, bisher wenig benutzt; stark politischer Charakter des Briefwechsels, aber auch freundschaftlich persönliche Note.]

Nr. 50—51: Paul Holzhausen, Berliner Stimmungen zur Zeit von Ulm und Austerlitz.

Nr. 52: Emil Stephani, Zum Frieden von Nikolsburg. [Besprechung von Friedrich Muth, Untersuchungen zum Frieden von Nikolsburg. Wissensch. Beilage zum Jahresbericht des kgl. evang. Gymnasiums zu Glogau. Ostern 1905.]

Deutsche Rundschau. Hrsgb. von Julius Rodenberg. Jahrg. 82.
Berlin 1905/1906.

- Bd. 125, S. 26—49, 186—202: Der Zug nach Bronzell 1850. Jugenderinnerungen von J. von Berdy du Bernois. [Führt hauptsächlich in die Stimmung der Armee in jener Zeit ein. Auf Grund von Briefen.]
- S. 203—227: Paul Bailleu, Vor hundert Jahren. Der Berliner Hof im Herbst und Winter 1805. [Auch auf Grund ungedruckten Materials. Verhandlungen mit Frankreich über Hannover, drohende Haltung Rußlands, übertriebene Friedensliebe des Königs. Eingehende Schilderung der persönlichen und politischen Verhältnisse in Berlin bis Ende Februar 1806.]
- S. 341—369: König Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Rudolf Camphausen. Hrsgb. und erläutert von Erich Brandenburg. I. [Sehr wichtige Publikation, gibt Aufschlüsse über die Haltung des Königs und seine Beweggründe in fast allen auftauchenden Fragen der inneren und äußeren Politik. Material vom 28. März 1848 bis 5. Mai 1848.]
- Bd. 126, S. 90—121, 228—255, 359—385: König Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Rudolf Camphausen. Hrsgb. und erläutert von Erich Brandenburg. [Material vom Mai bis 25. Juni 1848, C. legt das Ministerium nieder. Darnach nur noch seltener Briefe. 16. Juli 1848, Ministerpräsidium resp. Kommissariat C.s in Frankfurt. 20. März 1849 über die Annahme der Kaiserkrone. 30. April und 7. Mai 1849, Entlassungsgesuch C.s. Seine vermittelnde Tätigkeit bei Beratung der Verfassung Anfang 1850, des Königs Festigkeit in der Frage des Steuerbewilligungsrechtes.]

Deutsche Monatschrift für das gesamte Leben der Gegenwart. Begründet von Julius Lohmeyer. 5. Jahrg. Berlin 1905/1906.

- Bd. 9, S. 192—200: Erich Brandenburg, Ferdinand Lassalle. [Von H. Duden abweichende Auffassung des Menschen, und darum auch des Politikers Lassalle.]

Deutsche Revue. Eine Monatschrift. Hrsgb. von Richard Fleischer. 30. Jahrgang. Stuttgart und Leipzig 1905.

- Bd. 4, S. 138—146: C. Münz, Gespräche mit Rottenburg über Bismarcks Sozialpolitik. (Norderneyer Aufzeichnungen.) [Von Anfang seines Ministeriums an Eintreten für soziale Gedanken.]
- S. 167—181, 336—343: Hermann Duden, Aus den Briefen Rudolf von Bennigsen. [Briefe B.s an den Tübinger Germanisten Meyser und einzelne Antworten Meyser's, meist in Sachen des Nationalvereins, mit Besprechung der allgemeinen politischen Lage in Preußen und Deutschland. 1860 ff.]
- S. 191—200, 325—333: A. v. W., Aus dem Winter 1870/71. Neue Beiträge. [18. Dezember 1870 — 1. Januar 1871. Luxemburgs angeblich verletzte Neutralität und Bismarcks Beschwerden darüber. 15. Januar 1871 — 1. Februar 1871. Über die Bonapartisten in Brüssel, Verordnung Preußens betr. Vermögenseinziehung im Elsaß vom 15. Dezember 1870.]

schlimm gewesen, als man sie unter dem Einfluß späterer und z. T. tendenziöser Quellen gewöhnlich darstellt.]

revue des deux mondes. Paris 1905/1906.

Bd. 29, S. 551—577: M. la général Bourelly, *La rétrocession de Belfort à la France (1871—1873)*. [Nachrichten über die Verhandlungen zwischen Bismarck und Thiers und Erörterungen über den Wert von Belfort.]

Bd. 32, S. 128—152: Paul Gautier, *Un idéologue sous le consulat et le premier empire*. [Charles-François-Dominique Villiers, Emigrant in Lübeck, interessanter und nicht einflußloser Publizist, halb Deutscher, halb Franzose.]

Herold Zeitung. 1905. Nr. 135.

„Vor 99 Jahren.“ [Unter diesem Titel bringt E. Schnippel ein Personalverzeichnis des königlichen Hauptquartiers aus den an entscheidenden Beschlüssen reichen Tagen, wo Friedrich Wilhelm III. in Osterode weilte, 16.—23. Nov. 1806, zum Abdruck, das aus dem Königsberger Staatsarchiv RKM, Lit. R, Lit. 32, Nr. 7 stammt.]

Militär-Wochenblatt. 90. Jahrgang. 1905.

Nr. 122: Frhr. v. Bissing, *Zur Geschichte der brandenburg.-preuß. Reiterei*. [Besprechung des Werkes von Pelet-Marbbonne.]

Nr. 124/25: Frhr. v. d. Osten, *Der Feldzug von 1814*. [Besprechung des 2. Bandes von Jansons Geschichte. Anerkennendes Referat.]

Nr. 129: Litzmann, *Die Macht der Persönlichkeit im Kriege*. [Lühmende Besprechung der „Studien nach Clausewitz“ von Freitag-Loringhoven.]

Nr. 130/31: Berichtigung [und Erwiderung zu der Besprechung der Bredowschen Rang- und Stammliste des deutschen Heeres in Nr. 100.]

Nr. 133: Rede des Chefs des Generalstabes bei der Enthüllung des Moltke-denkmals in Berlin.

Nr. 139: Scharnhorst.

Nr. 140: v. Blume, *Moltke in der Vorbereitung und Durchführung der Operationen*. [Besprechung des 36. Heftes der Kriegsgeschichtlichen Einzelschriften.]

Nr. 150: S., *Die Dessauer Stammliste von 1729*. [Behandelt die von Jany (Heft VIII der Urk. Beiträge zur Gesch. des preuß. Heeres) herausgegebene Stammliste des preuß. Heeres, die Fürst Leopold von Anhalt-Dessau zusammengestellt hat, und die als Grundlage für die späteren Arbeiten über Ursprung und Geschichte der Regimenter z. B. der „Designation“ von 1747, der von Pauli herausg. „Histor. Nachricht derer Rgl. Pr. Regimenter“, der seit 1784 erschienenen „Stammlisten“ usw. gedient hat.]

Nr. 155: *Des Herbstfeldzuges von 1813 Ende*. [Besprechung des 3. Bandes von Friederich.]

Nr. 156: v. Caemmerer, *Zwei Bemerkungen zu Moltkes Strategie im Jahre 1866*. [Bekämpft die von Blume in Nr. 140 vertretene Meinung, daß Moltke in Böhmen die Vereinigung vor, nicht in der

3. Heft: Fortf. von Helfrich, Betrachtungen des französischen Generalstabswerks über den Krieg 1870/71. [5.—16. August.]

4. Heft: v. Schmerfeld, Moltke und die Flotte.

— 3. Jahrgang. Berlin 1906.

1. Heft: v. Hülsen, Yorksche Ausbildung. — v. Schmerfeld, Moltkes Ansicht über feindliche Landungen an den deutschen Küsten.

2. Heft: Frhr. v. Freytag-Loringhoven, Studien nach Clausewitz. N. F. I. Der Herbstfeldzug 1813. — Scharr, Die Pioniere auf dem Schlachtfelde von Königgrätz.

Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine. Geleitet von Reim. 1905.

Heft 409—411: v. Schoch, Der deutsche Moselübergang im Jahre 1870 in französischer Beleuchtung. [Vergleichendes Referat nach den Darstellungen des französischen Generalstabswerkes, des Werkes von Lehautcourt (Palat) und der an der Ecole supérieure gehaltenen Vorlesungen des Obersten Foch de la conduite de la guerre.]

— 1906.

Heft 412/13: Frobenius, Napoleon, Moltke und die Festungen.

Heft 412: Otto Herrmann, Zur Beurteilung des 2. schles. Krieges. [Vergleich des österr. und preuß. Generalstabswerkes unter Berücksichtigung der scharfen Kritik, die ersteres in dem Militärwochenblatt erfahren hat.]

Neue militärische Blätter. Wochenschrift für Armee und Marine. 34. Jahrgang. Bd. 67. 1905.

Nr. 13: Briefe eines Altenburger Leutnants aus dem Kriegsjahre 1849, mitgeteilt von Alex. Beyer. [Erfürmung der Düppeler Schanzen etc.]

Nr. 18—24: Eb., Der Krieg von 1805 in Deutschland.

Nr. 21/22: Eb., Die Schlacht bei Leuthen.

Nr. 23/24: Dörsenius, Was lehrt die Persönlichkeit Friedrichs des Großen dem Offizier für seine soldatische Selbsterziehung?

Nr. 25/26: Duadt, Das Grenadier-Reg. Kronprinz (1. ostpreuß.) Nr. 1. [Zum 250jährigen Stiftungsfeste des Regiments.]

— Frhr. v. d. Wengen, Neue Enthüllungen zur Konvention von Taurroggen 1812. [Knüpft an den Aufsatz Thimmes im 18. Bd. der Forschungen an. Lebendig referierend.]

Streitkräfte österreichische militärische Zeitschrift. 45. (der ganzen Folge 83.) Jahrgang. Wien 1906.

Heft 1: v. Woinovich, Geschichte der Befreiungskriege 1813—1815. [Besprechung des 1. Bandes von Holleben, je des 2. von Friederich und Janson. Sehr anerkennend; eingehende Inhaltsangabe.]

Organ der militärwissenschaftlichen Vereine. 71. Band. Wien 1905.

Heft 4: E. v. Dunder, Am Tage von Mollwitz. [Erzählung der Schlacht.]

II. Bücher.

A. Besprechungen.

Genealogie des Gesamthauses Hohenzollern. Nach den Quellen bearbeitet und herausgegeben von Julius Großmann, Ernst Berner, Georg Schuster, Karl Theodor Zingeler. Berlin 1905; W. Moeser, Buchhandlung (XXVI u. 590 S. gr. 4°).

Dieses monumentale Werk, das von den Archivaren des Gesamthauses Hohenzollern in zehnjähriger Arbeit (seit 1896) hergestellt worden ist (und zwar in der Weise, daß jeder von den Bearbeitern eine bestimmte, näher bezeichnete Abteilung unter ausschließlicher wissenschaftlicher Verantwortlichkeit übernahm), knüpft an die umfangreichen Forschungen an, die durch die Namen von Stillefried und Märcker, Niesel, Schmid und Witte, Berner u. a. bezeichnet sind und über die vor einer Reihe von Jahren der leider inzwischen der Wissenschaft entriffene Ernst Berner in dieser Zeitschrift (VI, 1 ff., 1893) in gründlicher und lichtvoller Weise Bericht erstattet hat. Man wird sagen dürfen, daß diese Forschungen mit dem vorliegenden Werke zu einem vorläufigen Abschluß gebracht worden sind. Wie schon Berner den verdienstvollen Arbeiten Ludwig Schmid gegenüber festgestellt hatte, ist auch hier die Verknüpfung des Urstammes der Zollern mit dem schwäbischen Herzogsgelecht der Burtardinger als eine bloße wissenschaftliche Vermutung behandelt und von den gesicherten Ergebnissen genealogischer Forschung ausgeschlossen worden: die Stammtafel der Hohenzollern beginnt mit den beiden Brüdern Burtard und Wezel von Zollern, deren Tod im Jahre 1061 bezeugt ist. Archivrat Dr. Großmann, der den Hauptteil bearbeitet und auch das Vorwort unterzeichnet hat, erzählt dazu, daß Kaiser Friedrich, als ihm dieses Datum als die älteste beglaubigte Nachricht von dem Vorkommen des Hauses Zollern bezeichnet wurde, erklärt habe: „Das ist auch genug.“ Es mag noch hervorgehoben werden, was Großmann in einer besonderen kleinen Schrift näher begründet hat, daß der alte echte Name des Hauses „Zollern“, nicht „Hohenzollern“ lautet — eine Bezeichnung, die erst seit 1350 in der schwäbischen Linie vorkommt und von der fränkischen, der das preussische Königshaus entstammt, erst später übernommen worden ist. Was die sprachliche Deutung dieses Namens betrifft, so hält der Herausgeber an der Schmid'schen Auffassung fest, wonach es sich um eine Rezeption des römischen Namens mons Solarius handelte, der an den Sonnenkult der alten Germanen anknüpfen dürfte.

Großmann hält mit Niesel und Schmid und gegen die frühere Annahme von Märcker die fränkische Linie des Gesamthauses für die ältere: darauf ist auch die Anordnung des Ganzen begründet. In der Abenbergischen Frage hat er die Forschung um einen erheblichen Schritt gefördert, indem er nachweist (S. 155—174), daß der Burggraf von Nürnberg Conrad I., Sohn Friedrichs I., ohne Grund als Gemahl der Elementia von Habsburg bezeichnet wird, wodurch Raum für die sehr wahrscheinliche Vermutung gewonnen wird, daß er die Abenbergische Erbtochter geheiratet und damit Besitz und Namen dieses Geschlechtes an

praktischen Gebrauch angelegtes Werk, an dem jeder Historiker seine Freude haben wird.

Besondere Anerkennung gebührt auch der Verlagshandlung für die glänzende und gediegene Ausstattung des Werkes, das Seiner Majestät dem Kaiser und dem Andenken des Fürsten Leopold von Hohenzollern, des verdienten Protectors der Schmidtschen Forschungen, gewidmet ist.

O. H.

J. A. Kresschmar: Die Entstehung von Stadt und Stadtrecht in den Gebieten zwischen der mittleren Saale und der Saalfelder Reize. Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, hrsgb. von O. Gierke. 75. Heft.) Breslau 1905; M. u. S. Markus L, 166 S. u. 1 Taf.).

Ausgehend von den Ergebnissen der neueren stadtgeschichtlichen Forschung, wie sie namentlich in S. Rietschels Buch „Markt und Stadt“ vorliegen, untersucht Kresschmar die Städte der alten Mark Meissen auf ihren Ursprung hin. Als Hilfsmittel dazu dienen ihm, wie Rietschel, neben der schriftlichen Überlieferung die städtischen Grundrisse. Auch die Resultate seiner Schrift decken sich in siedlungsgeschichtlicher Hinsicht vielfach mit denen, die für einen größeren geographischen Geltungsbereich schon Rietschel gewonnen hatte. Die Städte der Meißner Mark sind in ihren älteren Teilen nicht aus Burgen, Burgvororten oder Dörfern hervorgegangen, sondern als völlig neue Anlagen entstanden, meist zwar neben einer schon vorhandenen Niederlassung, doch räumlich wie rechtlich von dieser scharf gesondert. Dabei lehren die Gegensätze, die den westdeutschen Städtetypus vom ostdeutschen scheiden, auf dem Boden des Meißner Landes nebeneinander wieder. Die älteren Städte daselbst sind wie die große Mehrzahl der westdeutschen ganz allmählich und nicht nach vorgezeichnetem Plane erwachsen; die jüngeren gehen gleich denen der nordöstlichen Kolonisationsgebiete auf einmalige planmäßige Gründung zurück. Jene finden sich nur in der westlichen, schon seit dem 10. Jahrhundert besetzten Hälfte der Mark, den Gegenden zwischen Saale und Elbe, diese fehlen zwar auch hier nicht, haben ihren eigentlichen, ausschließenden Geltungsbereich aber im Osten der Elbe. Jene erscheinen ferner, da ihre Entstehung noch in die Anfangsperiode der stadtrechtlichen Entwicklung fällt, längere Zeit hindurch als bloße Markttorte mit beschränkten Sonderrechten, und haben erst nach und nach, eine jede für sich, vollständigere Stadtrechte ausgebildet, diese konnten mit solchen gleich bei ihrer Gründung bewidmet werden.

Vielleicht nicht jede einzelne der zahlreichen Detailuntersuchungen, die den Verfasser zu diesen Ergebnissen geführt haben, wird einer eindringenden Kritik standhalten. Es scheint, daß der Wunsch, die wahrgenommenen Grundzüge der Entwicklung in recht zahlreichen Städten einigermaßen vollständig wiederzufinden, ihn mitunter zu weitergehenden Schlußfolgerungen verleitet hat, als daß oft versagende Quellenmaterial zuläßt. Im ganzen genommen aber möchte ich diesen ersten systematisch durchgeführten Versuch, die neuen Resultate der allgemeindeutschen stadtgeschichtlichen Forschung für die Aufhellung des Städteursprungs in

eine Sammlung von ungebrachten Hofordnungen in Angriff nahm, die der gegenwärtige Herausgeber, Dr. Arthur Kern, nunmehr fortgeführt und zu einem vorläufigen Abschlusse gebracht hat.

Daß damit der Wissenschaft, und zwar nicht bloß der Kulturgeschichte, sondern auch der Verfassungsgeschichte, ein wesentlicher Dienst geleistet ist, steht außer Zweifel. Die vorläufige Schilderung des täglichen Lebens an den deutschen Fürstenhöfen des 16. Jahrhunderts, die v. Buttlar schon im 4. Bande der Zeitschrift für Kulturgeschichte (1897) gegeben hatte, läßt sich aus dem hier dargebotenen Material noch in vielen Zügen bereichern und neu gestalten; der Herausgeber hat in der knappen Einleitung die wesentlichsten Punkte kurz zusammengefaßt, aber mehr nur andeutend, als schildernd. Die Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte hat nicht einen gleich großen Gewinn von diesen Texten. Denn eigentlich nur in zweien von diesen 23 Stücken ist das Behördenwesen mit in die allgemeine Hofordnung hineingezogen und ausführlich behandelt worden: in der Hofordnung Joachims II. von Brandenburg und in der des Herzogs Johann Friedrich von Pommern. Namentlich die brandenburgische Hofordnung, die von manchen neueren Forschern (z. B. Stölzel, Holke) nicht nach Gebühr gewürdigt worden ist, enthält aber in dieser Hinsicht gerade besonders wertvolle Angaben, wie ich in einem im nächsten Hohenzollern-Jahrbuch erscheinenden Artikel näher auszuführen gedenke: namentlich über Rat, Kammergericht, Entstehung der Amtskammer ergeben sich daraus neue und wertvolle Aufschlüsse, was ich hier freilich nicht näher auseinandersehen kann; es mag erlaubt sein, vorläufig auf das Referat über einen Vortrag im Verein für Geschichte der Mark Brandenburg, Sitzung vom 13. Dezember 1905, zu verweisen.

Diese Hofordnung Joachims II. ist zweifellos das bedeutendste unter den hier mitgeteilten Stücken. Allerdings war gerade dieses schon bekannt, durch den Abdruck im Anhang von Königs 1. Bande der historischen Schilderung Berlins; und man kann kaum sagen, daß dieser neue Abdruck einen wesentlichen Fortschritt gegenüber jenem älteren darstellt. Der Text ist offenbar an vielen Stellen fehlerhaft, z. T. bis zur Unverständlichkeit (S. 7 Absatz 2). Ein Datierungsversuch ist nicht gemacht, ja die handschriftlich überlieferte Jahreszahl 1537 gar nicht mitgeteilt; ich verweise für diese Frage auf die kleine Mitteilung von Dr. Haß in diesem Bande der „Forschungen“. Endlich sind die persönlichen und sachlichen Erläuterungen unzulänglich und zum Teil geradezu irreführend. Was soll man z. B. zu dem Versuch sagen, das Wort truttich zu erklären (S. 31); denn so, nicht crutich ist zu lesen und hat auch der Königsche Druck ganz richtig. truttich ist natürlich = drüttig; der Umlaut wird damals in der Schrift in der Regel nicht bezeichnet, und die anlautende Media ist durch den wahrscheinlich „meißnischen“ Schreiben in eine tenuis verwandelt worden. Man rechnet nach 30 Garben, wie heute nach einer Mandel (15) oder einer Stiege (20). Es scheint, daß der Herausgeber hier eine unfertige Arbeit seines Vorgängers ohne gehörige Nachprüfung übernommen hat.

Eine richtige Kommentierung dieser Stücke ist ja allerdings ein schwieriges Werk, das lange, geduldige Arbeit und ein gewisses Maß von

ist die starke ständische Beschränkung der Vertreter des Landesherrn. Während dieser aber in der Oberlausitz der Landvogt und Landeshauptmann blieb, erhielt die Niederlausitz 1666 eine kollegiale Regierung (Oberamtsregierung und Konsistorium), die auf Vorschlag der Stände ernannt wurde. Da der Landesherr nicht im Lande saß, bildete sich kein starker Domänenbesitz, kam der Wald fast ausschließlich in die Hand der Vasallen, machte der Landesherr kein Jagd- und wahrscheinlich auch kein Mühlenregal geltend. Auch fast alle Gerichte waren in den Händen der Vasallen und Städte. Das oberste Gericht blieb in der Oberlausitz beim Landvogt, in der Unterlausitz bei der Oberamtsregierung. Die Stände (Prälaten, Herren, Ritter, Städte in beiden Markgrafentümern) behielten das Recht zu „willkürlichen“ Versammlungen, das Recht, das der Absolutismus fast überall sonst möglichst zu beseitigen strebte. Sie hatten ein selbständiges Besteuerungsrecht und erhoben die landesherrlichen Steuern von sich aus, ohne dem Landesherrn im einzelnen darüber Rechnung zu legen. Als Sachsen beide Lausitzen 1636 erhielt, bestätigte es alle diese Rechte. So erhielt sich hier bis ins 19. Jahrhundert ein starkes ständisches Wesen, wohl in der Hauptsache infolge der Zufälligkeit der äußeren Schicksale der Lande. Die Stände regieren tatsächlich selbst, und es wäre nun zu untersuchen, wie sie den Regierungsaufgaben, die das 17. und 18. Jahrhundert doch stellte, gerecht geworden sind. Eine Skizze der landständischen Verfassung, von der ja noch heute starke Reste lebendig sind, von 1815 bis heute schließt die dankenswerte Schilderung ab.

Der zu dritt genannte Aufsatz bietet nichts allgemein Bedeutsames, da er wesentlich nur die Musterungen und Kriegseinstellungen aufzählt. Der Wert der Niederlausitz für Friedrich den Großen wird dabei wohl richtig hervorgehoben. Ein eigentliches stehendes Heer in den Lausitzen einzuführen, ist den sächsischen Landesherrn nicht gelungen; die Ausführungen darüber sind indes bei J.-B. nicht scharf und ausführlich genug, wie überhaupt in allen drei Arbeiten der Unterschied zwischen dauernd Bedeutsamem und Einzeldetail nicht kritisch genug herausgearbeitet worden ist.

Auf dem eigenartigen ständestaatlichen Hintergrunde nun hebt sich die Schilderung der niederlausitzischen Standesherrschaft Forst und Pförten gut ab, die nach verschiedenen Herren 1740, 1744 und 1746 an den bekannten sächsischen Minister Reichsgrafen Heinrich von Brühl kam und noch heute im Besitz der Familie ist. Hier schöpft nun J.-B. aus den Akten des Schloßarchivs in Pförten und gibt ein abgerundetes Bild. Trotz der zwei Namen handelt es sich um eine Standesherrschaft. Die Tatsache, daß die Herren auf Forst und Pförten in der Herrenkurie des Lübbener Landtags tatsächlich zwei Virilstimmen führten, erklärt sich aus der Verwandlung der landesherrlichen Amtsstadt Forst in eine Mediatstadt, deren Stimme die Standesherrn dann übernahmen und führten. Die Standesherrschaft ist nun ein unvollkommenes Territorium im Territorium. Selbst Vasall des Landesherrn — seit der Umwandlung des Feudum in ein Allodium 1721 und 1726 indes nicht mehr —, hat der Standesherr unter sich Vasallen (Vasallendörfer, Ackerlehngüter) und Kammerdörfer, sowie Mediatstädte. Das lehnrechtliche Obereigentum

Verlag von D. Friemann (43 S. 8°; 0,60 M.). — 4. Heft. Generalsuperintendent a. D. D. Bartels: Die älteren ostfriesischen Chronisten und Geschichtschreiber und ihre Zeit, 1. Teil. Verlag von D. Friemann (44 S. 8°; 0,60 M.).

In den letzten Jahren hat sich immer lebhafter der Wunsch nach einer Geschichte Ostfrieslands geltend gemacht, die sich auf die Ergebnisse der auch in Ostfriesland rüstig fortschreitenden quellengeschichtlichen Forschung aufbaut. Friedlaenders grundlegendes ostfriesisches Urkundenbuch hat für die ältere Geschichte Ostfrieslands neue Grundlagen geschaffen und eine stattliche Reihe tüchtiger Forscher hat zum Teil in Verbindung mit der eifrig schaffenden Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer in Emden schätzenswerte Beiträge zum Aufbau einer Geschichte Ostfrieslands geliefert und neue Gesichtspunkte für dieselbe aufgestellt. Aber der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen, um an die Ausarbeitung eines solchen Werkes heranzutreten. Es würde sich zum großen Teile auf Wiarda's zehnbändige ostfriesische Geschichte (Munich 1791 bis 1817) stützen bzw. ein Auszug derselben sein. Damit geschehe dem Andenken des um seine Heimatgeschichte so verdienstvollen Mannes, der auch heute noch in den Herzen seiner Landsleute lebt, ein schlechter Dienst. Die Forschungen sind noch lange nicht in dem Maße abgeschlossen, daß an eine den heutigen Ansprüchen gerecht werdende Geschichte Ostfrieslands gedacht werden kann. Es bedarf für geraume Zeit der tätigen Mitarbeit geschulter Kräfte im Sammeln, Sichten und Durcharbeiten des sich an zahlreichen Stellen zerstreut vorfindenden archivalischen Materials. Die kleine Reichsgrafschaft in der Nordwestecke des Deutschen Reiches hat in weit höherem Maße, als allgemein bekannt ist, infolge ihrer Mittelstellung zwischen Deutschland und den Niederlanden von jeher die Aufmerksamkeit der hohen Politik auf sich gezogen und ist dadurch in den Gang der Allgemeingeschichte hineingezogen worden. Daher hat eine neuzuschreibende Geschichte Ostfrieslands sich nicht mit dem Materiale zu begnügen, das im Staatsarchiv zu Munich sich gesammelt findet. Dem nicht zu leugnenden Bedürfnis nach einer solchen Geschichte Ostfrieslands wollen nun die Abhandlungen in der Weise entgegenkommen, daß sie in in sich abgeschlossenen Bildern einzelne Teile dieser Geschichte auch für weitere Kreise darbieten und damit einer solchen vorarbeiten. Daneben werden Quelleneditionen hergehen, von denen der erste Band voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres erscheinen wird. Das Staatsarchiv zu Munich, das ja der gegebene Mittelpunkt aller auf die Erforschung der Geschichte Ostfrieslands gerichteten Bestrebungen ist, wird diese Schriften herausgeben.

Dr. Reimers, ein junger ostfriesischer Gelehrter, hat sich in Heft 3 der Abhandlungen die Aufgabe gestellt, auf Grund eingehender archivalischer Forschung die Verdienste des Hauses Cirksena um Ostfriesland darzustellen. Dreihundert Jahre lang hat es Ostfriesland beherrscht. Ihm ist es zu verdanken, daß dieses rein friesische Staatswesen zu einer Reichsstandschaft erhoben worden ist, während Westfriesland, das durch Sprache, Recht und Geschichte ihm verwandt war — daher auch die Bezeichnung Ostfriesland für den ganzen Landstrich zwischen Ems und Weser bis in

Forschungen 3. brand. u. preuß. Gesch. XIX. 1.

Die Säkularisation des Bistums Halberstadt und seine Einverleibung in den Brandenburgisch-Preussischen Staat 1648—1650. Inaug.-Diff. zur Erl. der phil. Doktormürde der Univ. Münster i. W. von Franz Wagner aus Essen-Ruhrort. Wernigerode a. S. 1905. (S. 1—53.)

Die kleine Schrift — Sonderabdruck aus der Harzvereinszeitschrift — gibt zunächst einen kurzen Überblick über die Verhandlungen Brandenburgs mit Schweden und den übrigen Mächten, die zur Erwerbung Halberstadts als Äquivalent für Vorpommern führten, oder eigentlich nur über die Stellungnahme der in Frage kommenden Fürsten zu dieser Entschädigung. Auf das Bistum oder wenigstens auf Teile desselben erhoben ja eine Anzahl von Nachbarn Ansprüche, mehr oder weniger erfolglos. Wie wenig befriedigt der Kurfürst selbst von dem Ersatz für Pommern war, ist ja bekannt; er wurde der neuen Provinz nicht ganz gerecht. Der Vf. gibt eine knappe Schilderung von ihr, von ihren Städten, Ämtern, Stiftern und Klöstern, ihrer Größe und Einwohnerzahl, ihrer Wohlhabenheit, namentlich im Vergleich zu Pommern. Diese Wohlhabenheit beruhte auf der Dichtigkeit der auch rechtlich meist gut gestellten Bevölkerung, auf der Fruchtbarkeit des Bodens (Halberstadt ist in dem damaligen brandenburgischen Staat das Gebiet mit dem ausgedehntesten Weizenbau, der 1690 16²/₃ % des überhaupt angebauten Getreides ausmacht), auf der lebhaften Tätigkeit des Ländchens in Woll-, Leinen- und Ledermanufaktur einerseits, andererseits in der Brauerei. Kurz gestreift wird auch die Ausbeutung, die diese Leistungsfähigkeit des Landes in dem großen Kriege durch Freund und Feind erfahren hatte, die aber zum Teil dadurch wieder aufgewogen worden war, daß — eine merkwürdige Erscheinung in dieser bewegten Kriegszeit — die schwedischen Eroberer in den letzten Jahren des Krieges sich auf den reichen Ämtern des Landes, die einer Anzahl schwedischer Offiziere als Donationen zugefallen waren, häuslich eingerichtet und aus guter Bewirtschaftung und Meliorierung des Guts ihren Vorteil zu ziehen gesucht hatten. Im weiteren bespricht der Vf. die Besitznahme des Stifts durch Brandenburg, das Zustandekommen des Evolutionstraktats vom 2./12. Okt. 1649 mit Schweden, die Übergabe an die brandenburgischen Kommissare (Ranstein u. Henning), den Homagialkreuz vom 2./12. April 1650, der die Grundlage für die gesamte neue Verfassung des Landes bildet, und die darauf erfolgte feierliche Huldigung für den persönlich anwesenden Kurfürsten.

Etwas näher geht der Vf. dann auf die neue Verfassung des Landes, auf die Schilderung des Verhältnisses der Stände — Domkapitel, clerus secundarius, Ritterschaft, Städte — zu dem neuen Landesherrn ein, wie auf die neuen, beträchtlichen Lasten und Steuern, die die neue Ordnung dem Lande auferlegte, so zur Abtragung der schwedischen Satisfaktionsgelder¹⁾, vor allem aber zum Unterhalt des miles perpetuus. Weniger weiß der Vf. über die Entwicklung der Domänen seit 1650 mitzuteilen.

1) 38232 Taler war der Anteil des Stifts; danach wäre die Zahl bei Berlin, Harz-Ztschr. Bd. 35, S. 342 zu verbessern.

hat er durch etwas leichtfertige Verallgemeinerung die Bemerkung desselben entstellt; denn diese geht allein darauf, daß durch den Vergleich vom 26. März 1691 (ratifiziert 22. Juni) die Gerichtsbarkeit über eine ganze Anzahl geistlicher Freiheiten in der Stadt, die bisher mit dem Kapitel streitig gewesen, für die Regierung in Anspruch genommen wurde; des-
 deshalb behielt ersteres doch seine Burgvogteigerichte. Ebenso unrichtig ist die Behauptung (S. 28), daß (1650) die Patrimonialgerichtsbarkeit der Ritter aufgehört habe; daß auch von W. ja angeführte Handbuch von 1804 zeigt z. B. das Gegenteil. Eine Quelle führt W. dafür auch nicht an; denn die N. 5 bezieht sich anscheinend nicht direkt hierauf. Ref. hat den hier zitierten Artikel der Halb. Gemeinnütz. Bl. in dem Jahrg. 1790 nicht finden können; wer diese ehrwürdige und höchst unübersichtliche Zeitschrift kennt, wird übrigens ein so unvollständiges Zitat unerlaubt nennen. — Der Homogialrezeß von 1650 hätte eine eingehendere Erläuterung finden dürfen; so ist er zwar oft genannt, aber nur oberflächlich bearbeitet. Noch ein Beispiel für die geringe Genauigkeit und Sorgfalt, mit der die wichtige Urkunde herangezogen wird, bietet S. 50. Hier sagt W., der Kurfürst habe in diesem Rezeß „dem Domkapitel, der Ritterschaft und den Städten je einen Landrat zugebilligt, dessen Wahl der Kurfürst aber erst bestätigen mußte“. Dagegen will der Kurfürst (in § 8 des Rezeßes) nach eigenem Ermessen Landräte bestellen und zwar je einen aus jedem der vier Stände nehmen (nicht nur aus drei, auch aus den Prälaten). Auch ihre Funktionen stellt der Vf. durchaus nicht dem Rezeß entsprechend dar; sie haben noch absolut nicht das Gepräge des späteren preussischen Landrats, wie es nach W. scheinen muß, sondern sind ausschließlich dazu bestimmt, als dem Kurfürsten eidlich verpflichtete Vertrauensmänner den Ständezusammenkünften beizuwohnen und mit dem Statthalter „des Landes Wohlfahrt zu deliberiren“. Erst in dem Abschied von 1653 (§ 7) ist von einem Vorschlagsrecht der Landschaft für einen „aus der Städte Mitteln“ zu bestellenden Landrat die Rede. Gerade an dem interessanten Punkt ist der Vf. hier vorübergegangen. — Auch manches wichtige Aktenstück ist ihm entgangen; z. B. ein Bericht Raban v. Cansteins von 1649 Nov. 14. über den Zustand der halberstädtischen Domänenämter (wenigstens von acht derselben) mit Statistik ihrer Untertanen, der Ausdehnung des Ackerbaus (für Weizen ergibt sich damals nur ein Anbau von etwas über 10%), der Ernten, ihrer Pertinentien, Gefälle, des Viehbestandes, des Gesamtertrags; dabei immer die Vergleichszahlen der Zeit vor dem Kriege, die doch zeigen, wie gering noch der Ertrag trotz der schwedischen Bewirtschaftung und Meliorierung war. Bei den topographisch-statistischen Bemerkungen des Verfassers S. 9 f. wäre auch einiges zu erinnern. Inwiefern die zwei dompropsteilichen und die vier domkapitularischen Ämter bei der Säkularisation „dem Landesherrn zufielen“, ist unklar, jedenfalls ist es unrichtig. Selbst von den elf, von W. aufgeführten, bischöflichen Ämtern wird man das nicht durchweg sagen können, da wenigstens Haus Meindorf und Ermsleben sich im Lehnseigenthum der v. Warberg, bezw. v. Horn befanden; beide fehlen daher (ebenso wie die Majorei) in der oben erwähnten Kansteinschen Statistik. — Die Zahl der Klöster in der Stadt Halberstadt gibt W. im

er diene, exprimieren müsse, und das Bedürfnis, den auftraggebenden Hof zu schonen, namentlich in dem späteren „Friedrich Wilhelm“ (der sich im übrigen zum großen Teil auf die Darstellung im „Karl Gustav“ stützt), öfters dazu, die Dinge in einer einseitigen, zuweilen hart an das Tendenzlose streifenden Weise wiederzugeben. So scheute er sich, wie an mehreren Beispielen nachgewiesen wird, nicht, gelegentlich durch Umstellung und Fortlassung von Tatsachen den Sinn zu verändern.

Indem Verfasser das Verfahren Pufendorfs an der Hand der „Urkunden und Aktenstücke pp.“ und der einschlägigen Akten des Berliner Archivs sorgfältig untersucht, liefert er zugleich einen die bisherigen Forschungen ergänzenden Beitrag zu der verwickelten politischen Geschichte der Jahre 1656 und 1657. Rachel.

A. v. Münchhausens Berichte über seine Mission nach Berlin im Juni 1740. Herausgegeben und erläutert von F. Frensdorff. Berlin 1904; Weidmann (87 S. 4°; 5,50 Mk. Abh. der Gött. Gesellschaft der Wissensch., phil.-hist. Klasse. N. F. VIII, 2.)

Gleich nach dem Tode Friedrich Wilhelms I. entsandte Georg II. den vornehmsten seiner Geh. Räte in Hannover, den eigentlichen Stifter der Universität Göttingen, Münchhausen, nach Berlin, um dem neuen König Condolenz und Glückwunsch auszusprechen, die Verhältnisse am Berliner Hofe zu beobachten und vor allem durch die scheinbar unverfängliche Erneuerung des „ewigen“ Bündnisses von 1693 (mit Änderungen erneuert 1700) Preußen ins Schlepptau der englisch-hannoverschen Politik zu nehmen. Der Verlauf dieser mit völligem Mißlingen endenden politischen Verhandlung im ganzen ist schon längst bekannt, Ranke (Neun Bücher II, 83 ff., Zwölf Bücher III, 301 f.), Droysen (Pr. Pol. V, 1 S. 60 ff.), Grünhagen (Gesch. d. 1. schles. Krieges I, 19 ff.), Roser (I, 21 f.) haben ihn dargestellt. Jetzt teilt uns Frensdorff mit eingehendem Kommentar die meisten in Betracht kommenden Aktenstücke, darunter mehrere Briefe Friedrichs d. Gr., im Wortlaut mit und sucht Münchhausens Mission in den Gesamtverlauf der hannoversch-preussischen Politik einzuordnen.

So geht der Verfasser zunächst in einer Einleitung auf die Geschichte der Beziehungen Hannovers zu Brandenburg-Preußen seit dem 17. Jahrhundert ein, weist auf den natürlichen Antagonismus der beiden Rivalen in Norddeutschland hin, der erst gegen Ende des Jahrhunderts durch mehrere Allianzverträge und Ehen scheinbar beseitigt wurde. Trotz des foedus perpetuum von 1693 bricht aber bekanntlich zur Zeit Friedrich Wilhelms I. der Gegensatz beider Mächte schroffer als je wieder hervor, so daß es 1729 fast zum Kriege kommt; die anfängliche Verständigung Preußens mit Hannover endet mit einem ganz persönlichen Haß Friedrich Wilhelms I. gegen seinen Schwager, der noch auf seinem Totenbette charakteristischen Ausdruck gefunden hat.

In Hannover aber rechnet man schon seit Jahren mit dem Ableben des preussischen Königs und hofft, den Nachfolger, dessen Sympathien für England bekannt waren, gleich bei seiner Thronbesteigung für die englische Politik zu gewinnen. Schon 1734 wird bei der schweren Erkrankung

an Friedrich II. vom 13. Juni, aus dem Droysen a. a. O. S. 62 einen Auszug gibt.

Während M. am 12. Juni noch berichtet hatte: „Es ist hier überaus übel zu negoziiren, weil man nicht weiß, wer Koch oder Kellner (so statt des Druckfehlers Keller S. 30) ist und gegen wen man sich offenbaren kann“, sieht er bald immer bestimmter, daß der neue König durchaus selbst regieren werde; dieser habe „eine große Ambition“ und scheine „auf seine hohe Dignität sehr attent zu sein“. Die List, mit der man ihn durch Erneuerung des foedus perpetuum zu fangen suchte, hat Friedrich natürlich sofort erkannt; mit Nachdruck betont er, da „diese wichtige Sache bei meinen vielen Occupationen nicht übereilet werden kann, Ich auch aus dem Inhalt vorigen Traktats schon so viel erschen, daß er zwar nach denen damahligen Zeiten gut und nützlich für beide Häuser gewesen, anihz aber wohl nötig sein würde, alles nach denen dormaligen Umständen und Conjunkturen mit gründlicher Überlegung einzurichten und beiderseitige Interessen zu verbinden“, so werde „der Herr Wirkliche Geheimte Etats Rat von Selbsten ermessen“, daß er dazu „etwas mehr Zeit und Ruhe“ nötig habe. Ja, nicht einmal den ersehnten Schwarzen Adlerorden erhielt der Gesandte; für solche coyons (das Wort ist Pol. Corr. I, Nr. 11 weggelassen) wie M. gebe es keinen Schwarzen Adlerorden, erwiderte der König auf den Vorschlag der Minister. Auch die weiteren von Hannover aus geführten Verhandlungen über Erneuerung des foedus perpetuum blieben ohne Erfolg.

Noch eine Angabe sei aus M's. Berichten herausgegriffen; von der Königin meldet er, sie sei „nicht von solcher Lebhaftigkeit noch so insinuant (einnehmend), daß sie den König, der voller Vivacität ist, auf eine angenehme Art unterhalten könnte, zumalen sie wegen des Stotterns sich sehr undeutlich expliciret“. (S. 54.)

Im zweiten Teil seiner Publikation (S. 61 ff.) gibt F. selbst eine Darstellung der Vertragsverhandlungen und der Verhältnisse am preussischen Hofe, im Anschluß an Münchhausens Berichte; wenn er meint, daß an der Erfolglosigkeit seiner Sendung vor allem M. selbst schuld sei, so wird man ihm schwerlich zustimmen können; hatte dieser doch schon am 12. Juni um seine Rückberufung gebeten und nur auf Georgs direkten Befehl seine Mission noch einmal aufgenommen. Mit vollem Recht weist dagegen auch F. auf den gewaltigen Unterschied der politischen Verhältnisse von 1693 resp. 1700 und 1740 hin; indem an Stelle von Hannover Hannover-England getreten war, waren die Kontrahenten nicht mehr dieselben, daß „ewige Bündnis“ bestand de facto nicht mehr. Nur England hätte 1740 aus einem Bündnis mit Preußen Nutzen gezogen.

Im letzten Abschnitt werden die im Herbst 1740 erfolglos abgebrochenen, dann aber wieder aufgenommenen Verhandlungen Preußens mit Hannover durch das Jahr 1741 hindurch verfolgt. Die Anknüpfung geht jetzt von seiten Preußens aus, da Friedrich gern die Garantie Englands für den Besitz Schlesiens gewonnen hätte. Hannover soll als Lohn die medlenburgischen Pfandämter und das Bistum Osnabrück erhalten; das ist der Kern der monatelangen „Convenienz“-Verhandlungen. Aber auch sie führen zu keinem Erfolg, da Friedrich II. sehr bald das Doppel-

Der Verfasser hat sich aber nicht mit einigen Auszügen aus dem Tagebuch begnügt, er hat die daraus geschöpften Nachrichten aus anderen, zum Teil ebenfalls noch ungedruckten Quellen ergänzt und dem Hauptinhalt des Tagebuchs entsprechend zu einer Geschichte des preussischen Hofes von 1756—1763 erweitert. Eintönig ist diese Erzählung nicht; denn die kriegerischen Ereignisse haben auch dem Hofleben mancherlei den Beteiligten freilich wenig erwünschte Abwechslung gebracht. Die Bedrohung Berlins durch die Feinde, teils direkter, teils indirekter Natur, machte im ganzen dreimal die Verlegung des Hofes nach Magdeburg, der nächsten größeren Stadt, die die erforderliche Sicherheit bot, notwendig, so daß wir fünf Abschnitte in diesem Stück preussischer Hofgeschichte unterscheiden können. Der erste Aufenthalt in Magdeburg dauerte vom Oktober 1757 bis zum Januar 1758. Von da ab konnte der Hof länger als anderthalb Jahre in Berlin bleiben, bis ihn im August 1759 der unglückliche Ausgang der Runersdorfer Schlacht abermals, wenn auch nur für wenige Monate, nach Magdeburg trieb. Den Winter 1759—1760 verlebte die königliche Familie wieder in Berlin, im März 1760 aber ordnete der König, um dieser Sorge ein für allemal überhoben zu sein, von neuem die Übersiedlung des Hofes nach dem von den Flüchtlingen selbst nicht gerade geliebten Zufluchtsorte an, von wo die Rückkehr erst nach dem Abschluß des Friedens gestattet wurde.

Manche der von der Prinzessin geschilderten Ereignisse werden natürlich auch in anderen Memoiren jener Zeit, wie den Erinnerungen der Prinzessin Wilhelmine von Oranien (ed. G. B. Volz, Berlin 1903) und den Tagebüchern des Grafen Lehndorff (vgl. R. Ed. Schmidt, Die Flucht des Berliner Hofes nach Spandau i. J. 1757, Sonnt.-Beil. 3. Boff. 3tg. 1904, Nr. 21 und: Der erste Magdeburger Aufenthalts d. Berl. Hofes während d. siebenj. Krieges, ebenda Nr. 39) mehr oder weniger ausführlich besprochen. Wenn es sich dabei auch nicht um Dinge von erheblicher Wichtigkeit handelt, so ist doch ein Vergleich der verschiedenen Berichte für Freunde historischer Kritik nicht ohne Interesse. Nur auf zwei Punkte sei hier beiläufig hingewiesen. Daß sich über die bekannte eilige Flucht des Hofes nach Spandau vor der Überraschung Berlins durch das Hadik'sche Streifkorps Graf Lehndorff genauer als die Prinzessin Heinrich, wohl am genauesten überhaupt unterrichtet zeigt, ist in Anbetracht seiner amtlichen Stellung hinlänglich verständlich; in einem anderen Falle aber, in dem seine Aufzeichnungen von denen der Prinzessin im einzelnen abweichen — ich meine die Schilderung des Moments, in dem die Prinzessin die Nachricht von der Verwundung ihres Gemahls bei Roßbach erhält —, wird man der unmittelbarer beteiligten Prinzessin wohl mehr Glauben schenken müssen als dem auch an dieser Stelle recht spitzig werdenden Lehndorff.

Die Übersiedlungen des Hofes haben übrigens auch für die Behörden-geschichte einige Bedeutung. Das Kabinettsministerium trennt sich niemals vom Hofe; dagegen bleibt das schwerfälliger organisierte Generaldirektorium, das mit dem Hofe nicht in so engem Konnex steht, in der Regel länger an seinem Sitz. Im Oktober 1757 wurde, wie ich aus den Vorarbeiten zu den späteren Bänden der „Acta Borussica“ mitteilen kann, scheinbar nur der Minister v. Boden mit der Generaldomänenkasse nach Magdeburg

hard Rüttnid: Die Politik des Bayreuther Hofes während des Siebenjährigen Krieges. Vornehmlich nach archivalischen Quellen dargestellt. Münchener Diss., Bayreuth 1905 (117 S.). S.-N. aus dem Archiv für Geschichte und Altertumskunde von Oberfranken, XXII, 3.

Die vorliegende Schrift darf als ein wertvoller Beitrag zur deutschen Reichsgeschichte während des Siebenjährigen Krieges bezeichnet werden. Der Verfasser hatte ursprünglich die Absicht, die Politik des Bayreuther Hofes von 1740—63 zu behandeln, hat sich aber für die Jahre bis 1756 auf einen raschen Überblick beschränken müssen, da ihm die im Charlottenburger Hausarchiv befindlichen Briefe Wilhelmines, deren Edition bekanntlich von Berner beabsichtigt war, leider nicht zugänglich gemacht worden sind. Literatur und archivalisches Material sind, soweit der Referent nachprüfen kann, mit Umsicht benutzt; auch die gewandte, gut lesbare Darstellungsform verdient Anerkennung. Nur ein in Betracht kommender Aufsatz, den auch Fester (Bayreuther Schwester Friedrichs 1902) nicht kennt, scheint übersehen zu sein; in dem Sammelbande von Karl Roberstein, der den wenig glücklichen Titel „Preussisches Bilderbuch“ trägt (Leipzig, Dunder u. Humblot 1887), findet sich S. 59 ff. ein Aufsatz: Friedrich der Große und Wilhelmine während des Siebenjährigen Krieges, der wegen seiner lebendigen, psychologisch feinen Darstellung des Geschwisterbundes noch immer hätte genannt werden dürfen. An archivalischem Material sind die Bamberger, Würzburger, Berliner, Münchener und Wiener Archive benutzt, außerdem verschiedene Quellen aus privatem Besitz; an einigen Stellen (bes. S. 50 f., 64 ff., 86 ff., 103 ff.) werden wohl die nicht benutzten Pariser Akten noch Ergänzungen liefern.

Nach einer Einleitung, die mit seinen Materialien bekannt macht, führt uns der Verfasser zunächst in einer Portraitgalerie die Hauptpersönlichkeiten des Bayreuther Hofes vor. Er schildert Wilhelmines Gemahl, Friedrich v. Bayreuth (1735—63), als einen wohlmeinenden, leicht lenkbaren, ziemlich unbedeutenden Fürsten, den freilich Fester (S. 59 f.) wohl zu scharf beurteilt hat; auch was R. im Gegensatz zu Fester über Wilhelmines Charakter bemerkt, scheint uns beachtenswert zu sein (S. 2, 9 f.)¹. Gut ist z. B. die Bemerkung, daß sich W. „in ihre Verbitterung immer tiefer hineinredete und hineinschrieb“. Gerade dieser Gegensatz Wilhelmines gegen ihren Bruder und Preußen von 1742—47 hat die bayreuther Politik in diesen Jahren stark beeinflusst; während Bayreuth 1742 noch auf Seiten Karls VII. gestanden und mit ihm den Frankfurter Vertrag abgeschlossen hatte (daß er ratifiziert wurde, halte ich auch für wahrscheinlich; zum Beweise hätte noch der Brief Friedrichs des Großen

1) Auch Rünkel hat in seiner Besprechung (Forsch. XVI, 319 ff.) einige Stellen geäußert. Ein kleiner Irrtum von ihm sei hier berichtigt; Fester (S. 170) nicht, daß Wilhelmines Memoiren etwa 1744, sondern daß sie a 1739 begonnen seien. Die Geliebte des Markgrafen hieß nicht, wie sie auch hier nennt, Fräulein v. Marwitz, sondern v. der Marwitz und stammte aus einem bekannten märkischen Adelsgeschlecht.

ar als „Generalfeldmarschall des fränkischen Kreises“ die Kreisstruppen
 ch Würzburg, aber wer diesem Befehle nicht Folge leistet, ist — er
 bft! Diese und manche andere bei N. geschilderte Vorgänge geben ein
 endiges Bild von den vermorrenen Zuständen im heiligen Römischen
 iche deutscher Nation. Als im Frühjahr 1757 der preußische Reiter-
 rter v. Mayr seinen kühnen Einfall in Franken unternimmt, wird
 türlich Bayreuth geschont. Dann aber sammeln sich die Reichstruppen
 ter Hildburghausen im Lager bei Fürth; als Bayreuth seine Truppen
 mer noch nicht marschieren läßt, wird ihm mit Reichsexecution gedroht.
 oh aller Drohungen des Wiener Hofes und obwohl Friedrich der
 oße selbst zum Nachgeben riet, blieb Friedrich v. Bayreuth noch fest.

Nach ihrer Niederlage bei Roßbach flüchtet nun aber die Reichsarmee
 ch Franken zurück, wo sie neuformiert wird. Bayreuth wird durch
 were Winterquartiere und mancherlei Erpressungen für seine bisherige
 ltung bestraft, so daß der Markgraf jetzt seine Reichspflichten erfüllen
 iß; zu einer wirklichen Execution aber kam es nicht. Das hat N.
 . 75, 81) im Gegensatz zur bisherigen Forschung (zuletzt Fester,
 rsch. XV, 180) nachgewiesen. Auch die Plassenburg wird jetzt von den
 ichstruppen besetzt. 1758 erscheint aber Prinz Heinrich mit einem
 inen preußischen Heere in Franken, tritt merkwürdigerweise anfangs
 ch gegen Bayreuth scharf auf, bis das Mißverständnis beseitigt wird.
 uld nachdem er seine Schwester, die sich bis zuletzt vergeblich um den
 ieden bemüht hatte, zum letzten Male gesehen, stirbt Wilhelmine am
 . Oktober.

Die Bayreuther Politik wird nach ihrem Tode noch etwas vorsichtiger;
 dem Achtsprozeß gegen den „Kurfürsten von Brandenburg“ protestiert
 aber gegen Österreichs Verfahren zusammen mit anderen evangelischen
 einstaaten, um „Ansehen, Freiheit und Würde des evangelischen Wesens“
 wahren, wie überhaupt hier in den süddeutschen Kreisen der Konfessionelle
 gensatz deutlich zum Ausdruck kommt. Bald nach dem Tode Wilhelmines
 denkt Friedrich v. Bayreuth „aus purer Lieb vor hiesigen Geyß und
 s gesamte teutsche Vaterland“, (da bei Erzielung männlicher Nachkommen-
 aft Bayreuth nicht so bald an Preußen fallen konnte), sich wieder zu ver-
 ihlen; Österreich, Frankreich und der fränkische Kreis hätten wohl auch
 r Bezahlung seiner Schulden gewonnen werden können, aber seine
 erstürzte Vermählung mit einer Braunschweiger Prinzessin bringt den
 arktgrafen um die Früchte seiner Heiratspolitik. Seine zweite, mit Friedrich
 n Großen und Maria Theresia verwandte Gemahlin hat auf die
 preuther Politik keinen Einfluß gewonnen. Diese bleibt 1759 noch
 ußenfreundlich, so daß Prinz Heinrich bei seinem erneuten Einfall
 yreuth abermals schont.

Auch in den nächsten Jahren, wo der Minister Ellrodt die Politik
 des Kleinstaates fast ausschließlich leitet, hat sich Bayreuth nicht un-
 dingt an Österreich angeschlossen, obwohl es seit 1760 keine preußische
 urtei mehr in Süddeutschland gab. Ein neuer Friedensvermittlungs-
 rsuch (Sept. bis Nov. 1760) bleibt wieder ohne Erfolg; auch der von
 Österreich und Frankreich geplante Friedenskongreß in Augsburg kommt
 cht zustande. So oft es bei den Gegensätzen auf dem Reichstage offen

aus der Zeit der Befreiungskriege: York, Scharnhorst, Gneisenau, Clausewitz, Boyen. Den Schluß bilden Prinz Friedrich Karl, Kaiser Wilhelm I, Moen und Moltke.

Die gestellte Aufgabe scheint mir in den beiden Bändchen über den Großen Kurfürsten und den großen König erfüllt zu sein, die Verfasser haben die Literatur ausgenutzt, nur möchte ich bezüglich des ersten noch auf drei Arbeiten verweisen, denen der Verfasser manche Winke und wichtige Merkmale hätte entnehmen können: Rüstoms Geschichte der Infanterie, die doch niemand, der sich mit militärischen Verhältnissen beschäftigt, übergehen sollte, Schmollers Aufsatz über das preußische Heer und den meinen über Sparr.

Der Kurfürst Friedrich Wilhelm war nicht nur der Erzieher seines Heeres, sondern in erster Linie dessen Gründer. Das kommt denn auch in dieser Arbeit insofern zum Ausdruck, als überall gezeigt wird, wie es vor 1640 und später war und fortwährend auf die Vorbedingungen eingegangen wird, ohne die ein Heer nicht geschaffen werden kann. Dabei ist die Knappheit und Klarheit, mit denen dieses geschehen ist, sehr anzuerkennen. Diese Verhältnisse behandelt ein erster Teil, während der zweite eine Schilderung der Hauptkriegstaten des Kurfürsten gibt.

Einige Ausstellungen seien gestattet. Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß der Kurfürst nicht ein nationales Offizierkorps geschaffen hat; so weit war man noch nicht, was besonders die freilich noch wenig bekannten Verhältnisse unter der folgenden Regierung beweisen. — Warum im Dreißigjährigen Kriege die Reiterei zur Hauptwaffe wurde, hätte aus Rüstom entnommen werden können; gegen Ende der Regierung des Kurfürsten überwog doch schon wieder stark die Infanterie, was die Heereslisten der achtziger Jahre zeigen (S. 101). — S. 73 in der Mitte muß es wohl „Schöning“ statt „Schomberg“ heißen (S. 63). — Johann Georg von Anhalt den brandenburgischen Scharnhorst zu nennen, möchte keine Nachfolge finden.

Im ganzen wird wohl allgemein anerkannt werden, daß Pelet hier ein sehr gutes Buch geschaffen hat für alle Kreise, die auf Spezialwerte zurückzugreifen weder Muße noch Gelegenheit haben.

Der Verfasser des Bändchens über Friedrich den Großen hatte es leichter als Pelet, denn die Grundlage war geschaffen, der König fand ein trefflich organisiertes Heer vor, dem nur die Schulung durch den Krieg fehlte. Bremen kann daher chronologisch vorgehen. Er zeigt in klarer und anziehender Weise, wie Friedrich im Laufe seiner Kriegs- und Friedensjahre erkennt, was zu erhalten, was zu verbessern ist, wie er die Kavallerie umformt, ihr den Reitergeist, wie er dem Heere überhaupt den Geist der Offensive einflößt, es immer von neuem zum Kriege erzieht, die Offiziere durch Beispiel und Lehre dahin zu bringen sucht, „aktiv und infatigable zu sein, sich loszumachen von aller Faulheit des Leibes und Verstandes“.

Die Darstellung der Kriegsbereignisse scheint mir, soweit ich es beurteilen kann, richtig zu sein; sehr genau wird das Wesen des schrägen Kriegerthums j. brand. u. preuß. Gesch. XIX. 1.

Die Geschichte der einzelnen Kreise ist bisher nicht genügend erforscht, so daß F. in dem die fränkische Kreisgeschichte behandelnden Teil seines Vortrags weniger Forschungsergebnisse mitteilen, als die Probleme aufstellen kann, welche sie aufgibt. Ist doch die Geschichte des fränkischen Kreises noch so wenig behandelt worden, daß Schrötter in seiner Übersicht über den Stand der Geschichtsschreibung in Franken (Korrespondenzblatt des Gesamtvereins deutscher Geschichts- . . . Vereine 1903) sie gar nicht erwähnt. Erst jetzt soll durch die im Mai 1905 begründete Gesellschaft für fränkische Geschichte diese Lücke ausgefüllt werden. Das Programm für diesen Zweig ihrer Tätigkeit ist Festers Vortrag. Als die Hauptgesichtspunkte nennt er die Frage nach der Entstehung des Kreises und die nach seiner Sonderentwicklung. Eine befriedigende Lösung der ersten Frage gibt F. nicht. Er weist auf die fast vollständige Identität der Territorien des alten Herzogtums Francia orientalis und des fränkischen Kreises hin, aber ein Zusammenhang läßt sich nicht konstruieren, und ebensowenig reicht das bisher bekannte Material aus, um die Konsolidierung des fränkischen Kreises aus einer Anzahl sich bestehender weltlicher und geistlicher Stände, aus Fürsten und Reichsstädten und die Stellung des Kreises zu der unmittelbaren, ihm nicht eingegliederten Ritterschaft zu erkennen. Auch aus der Geschichte des Kreises im 17. und 18. Jahrhundert ist Genaues nur über seine Stellung und seinen Anteil an den Kämpfen gegen Ludwig XIV. bekannt. Alle anderen Fragen, nach der Zeit Bernhards von Weimar, nach der gegenseitigen Beeinflussung von Kreispolitik und einzelstaatlicher Politik, überhaupt die Frage, inwiefern der Kreis sich als das einigende und zusammenhaltende Moment in dem durch politische, religiöse und ständische Gegensätze zerklüfteten Franken betätigte, harren noch der Beantwortung.

Über das Material orientiert das beigegebene summarische Inventar der Kreisakten der wichtigsten Archive, Bamberg, Würzburg, Nürnberg, München. Über den Inhalt der einzelnen Bände erfahren wir leider nur wenig, aber schon ihre Zahl läßt deutlich die Jahre von 1672—1714 als den Höhepunkt der Kreisgeschichte erkennen. Wenn aber F. sagt, man dürfe von den Kreisen keine territorialen Leistungen erwarten (S. 24), so scheint mir doch nach den Aufschriften vieler Aktenbände, als ob auch territoriale Leistungen vom Kreise zum mindesten versucht worden seien. Ich weise vor allem auf die Maßregeln gegen die Pestgefahr (S. 39, Nr. 56), auf die Akten über Straßenbau (S. 43, XIII), über die Sperre der Früchte- und Viktualienausfuhr, auf die zahlreichen Münzakten, auf einzelne Teile der ungebundenen Akten des Würzburger Archivs (S. 68, III) u. a. hin. Ob der Kreis damit Erfolge gehabt hat, wird sich erst nach der Durchforschung des Aktenmaterials sagen lassen. Aber aus der Tatsache, daß der Kreis solche Versuche unternommen hat, scheint mir hervorzugehen, daß er bemüht gewesen ist, die Hindernisse zu überwinden, welche die von F. leider gar nicht erwähnte Vermischung der Hoheitsrechte und mangelhafte Geschlossenheit der Einzelterritorien diesen bei jedem Anlauf zu einer umfassenden Wohlfahrtspolitik in den Weg legte.

Fritz Hartung.

Abteilung II des Großen Generalstabes, welche die uns Historikern besonders nahestehende ältere Heeres- und Kriegsgeschichte zu pflegen bestimmt ist, in den hier veröffentlichten beiden Serien urkundlicher Aufzeichnungen lehrreiche und wertvolle Beiträge dargeboten. Das ist einmal eine Reihe von Parolebefehlen des Berliner Gouverneurs, Feldmarschalls von Möllenborff, und von Revue-Bestimmungen für die Berliner und Potsdamer Garnison aus den Jahren 1803—1805, und zweitens das „Parole- und Tagebuch“ des Majors Georg Kaspar Megibius von Wienszowski, Kompagniechef von dem in Potsdam garnisonierenden I. Bataillon Garde (Nr. 15) aus den Jahren 1805 und 1806.

Die Parolebefehle sind in Abschriften erhalten, die der Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt für sich sammeln ließ, auf der Hofbibliothek zu Darmstadt, wo ja so manche für die preussische Armeegeschichte wichtige Papiere sich zusammengefunden haben. Sie bieten viele charakteristische Züge für das innere Dienstleben, ähnlich wie die im IX. Hefte der „Schriften des Vereins für die Geschichte Berlins“ 1873 von Ernst Friedländer veröffentlichte „Berliner Garnisons-Chronik“ aus den Jahren 1727—1739, die dem in Emden aufbewahrten „Calendarium Potzdamense perpetuum“, den Privataufzeichnungen eines Offiziers Königs Friedrich Wilhelm I., entnommen war. Hier aber überwiegt der rein dienstliche Charakter; an Mahnungen, Warnungen und Strafen, für strenge Aufrechterhaltung des königlichen Dienstes, wie er hergebracht war, läßt es der achtzigjährige Feldmarschall nicht fehlen, dessen noch scharfer Blick auch über das außerdienstliche Leben der Offiziere wachte; Urlaubsüberschreitungen, Tragen von „Civil-Montirung“, unvorschriftsmäßige Haartucht der „Titus-“ oder „Schweden-Köpfe“, reglementswidriger Anzug, Verkehr mit „Bürgerleuten“ „weil am Ende durch diesen Umgang üble Folgen auskommen“, Hazard-Spiele, werden nur zu oft geahndet mit Arrest auf einer der 33 Garnison-Wachen. Besonders auf die korrekte Ausübung des Wachdienstes, dessen tagtägliche Übung fast das ganze Dienstjahr über ja leider den Hauptdienst der bei der Fahne gehaltenen Mannschaften ausmachte, ward strenge gehalten, und einmal traf auch den Leutnant Adalbert von Chamisso, vom Infanterie-Regiment v. Göze (Nr. 19, 1806: Prinz von Oranien), das Mißgeschick, daß seine Brandenburger Lornwache dem einpassierenden Könige zu spät die Honneurs machte, worauf der Leutnant in Arrest gesetzt ward. Interessant ist, daß einmal auch das Schröpfen der zum Dienst wiedereingezogenen „Beurlaubten“ durch die Feldwebel, ja sogar durch die Kompagniechef, wenn sie nicht „übel behandelt“ sein wollten, als ein „respektwidriges und höchst unanständiges Betragen“ mit strenger Strafe bedroht werden mußte.

Lehrreicher noch ist das Studium der Dispositionen für die „Reuen“, die doch recht eigentlich als Kriegsvorbereitung dienen sollten. Aber selbst bei dem dritten der drei alljährlich im Mai für diese Reuen bestimmten Tage, der dem „Manoeuvre“, heute etwa „Gefechts-Exercieren“, gewidmet war, werden die Bewegungen, trotzdem hier ein markierter Feind aufgestellt wurde, bis ins einzelne vorher vorgezeichnet. Außerdem wurden größere Truppenverbände nur noch im September für zwei oder drei Tage zusammengezogen, zu dem „Herbstmanoeuvre“, bei dem

Gebhardt's Ausgabe der Politischen Denkschriften Wilhelm von Humboldt's, deren ersten Band ich vor zwei Jahren in diesen Forschungen anzeigen durfte, hat inzwischen mit drei weiteren Bänden ihre Vollenbung erreicht: ein notwendiges und schönes Werk, das nur leider nicht ganz in der richtigen Weise angegriffen ist.

Denn vom Standpunkt der Editionstechnik läßt sich vielerlei ausstellen. Erläuterungen und Anmerkungen sind etwas willkürlich und spärlich. Man sieht z. B. nicht, weshalb die Eingabe an den König vom 9. Februar 1819 (XII, 296 ff.) und die Antwort auf die Kabinettsordre vom 11. Januar 1819 (XII, 322) ohne die für beide Teile charakteristischen Randglossen Hardenbergs abgedruckt sind, die Gebhardt in seinem darstellenden Werk über „Wilhelm v. Humboldt als Staatsmann“ II, 338 ff. und 372 ff. doch mitgeteilt hat. Es fehlen Regesten; ebenso gibt es weder ein Sach- noch ein Personenverzeichnis, und die spärliche Inhaltsübersicht führt die Denkschriften nicht einzeln auf, sondern die Gruppen, in die sie zum Teil in ganz willkürlicher chronologischer Ordnung¹⁾ zusammengefaßt sind. Auch am Kopf der Seiten sind nur diese Gruppen vermerkt. Dadurch ist die Benutzung ganz außerordentlich erschwert.

Kommen wir zur Sache, so bieten sich natürlich keine neuen Aufschlüsse für die Forschung. Ein sehr großer Teil der Aktenstücke war längst, sogar mehrfach gedruckt bei Klüber, Angeberg, Schaumann, Berk, Dorow, Dieterici u. a. Die ungedruckten aber hatte G. bereits ihrem wichtigsten Inhalt nach in seiner Biographie Humboldt's verwertet; so die sehr interessanten Berichte aus Wien 1810—1813 mit ihrer eindringenden Würdigung Metternich's, die Denkschriften aus der Zeit des Waffenstillstandes 1813, die für die Erkenntnis der damaligen Stimmung ungemein instruktiv sind, und das Memoire „über die schwebenden politischen Fragen“ 20. August 1814 mit seinen vielerlei wichtigen Aufschlüssen über die gegenseitige Stellung der Mächte vor dem Wiener Kongreß. Ein wirkliches Novum ist nur die Denkschrift, die Humboldt im Oktober 1819 der Verfassungskommission vorlegte (XII, 389—455). G. bemerkte noch 1899, daß sie nirgends aufzufinden sei (W. v. Humboldt als Staatsmann II, 393). Inzwischen ist sie in Tegel entdeckt worden. Sie übernimmt wörtlich ganze Partien aus der älteren vielkommentierten Abhandlung über Preußens ständische Verfassung vom 4. Februar 1819, faßt aber straffer zusammen und zeigt eine erhebliche Erweiterung und Vertiefung des Raisonnements, namentlich soweit die Organisation der Gemeinden und Kreise in Frage kommt. Niemand wird sie lesen, ohne sich in seinem politischen Denken bereichert zu finden.

In diesem erziehlischen Einfluß ruht überhaupt der eigentlich große Wert der Publikation. G. hat einmal gesagt, es habe ihm bei all seinem öffentlichen Handeln immer nur an der Form des Handelns gelegen. Das hat im Augenblick nicht selten den vollen Erfolg für ihn gehindert.

1) Im Abschnitt „Der deutsche Bund“ XII, 23 ff. folgen sich die Denkschriften des Jahres 1816: 17. August, 27. August, 1. November, 8. November, 11. November, 6. Januar, 15. November, 9. Januar, 13. März, 30. September, 1. November.

In der Hauptsache werden uns hier die Briefe des jungen Leutnants seine Eltern geboten, wie sie bereits in der „Deutschen Rundschau“, ober- und Novemberheft 1905, gedruckt waren, die der Verfasser von dem hauptsächlich auf Sybel beruhenden allgemeinen Hintergrunde sich kaum abheben läßt. Am Schlusse urteilt der Verfasser über „Olmütz“, „Ausſicht, den vereinigten Feinden im Kampfe gewachsen zu sein, sei der damaligen Organisation der preußischen Armee eine zu geringe gewesen. Um so bemerkenswerter sind die Äußerungen seiner Briefe über durchaus kampfesfrohe und zuversichtliche Stimmung des Soldaten, aller politischen Ungewißheit, die dem Offizier doch mehr zu schaffen kam. Daß die durch die politische Inkonsequenz herbeigeführte Verletzung des Ehrgefühls der preußischen Armee, die gezwungen war, die kassierten bayerisch-österreichischen Exekutionstruppen über sich fortgehen zu sehen, hier nicht stärker hervortritt, liegt wohl an der Jugend des Beschreibers; es war eine harte Probe für die Disziplin der Armee, die eben so glänzend bestand, wie Anno 1848.

Der Ton der Briefe ist ein außerordentlich ansprechender: so recht frisch und unbefangen, dabei mit gutem Urteile und oft voll Humor tritt der junge Leutnant ins Leben hinein, und wie tüchtig er sich von Anfang an im Dienste gezeigt hat, beweist seine Abkommandierung noch im November 1850 zur Garde-Landwehr nach Berlin, was für den erst 18 Monate die Epauletten tragenden, erst 18 1/2 Jahr zählenden Offizier ein gutes Vertrauensvotum gewesen ist. „Nun schickt man mir die Kinder zu meinen alten Landwehrmännern“ meinte der kommandierende General des Gardekorps v. Brittmann bei Verdy's Meldung. Das „Kind“ bewährte sich auch hier und hatte so seinen Zug nach dem zugehörigen unter guten Auspizien für seine militärische Zukunft beendet.

Sehr hübsch sind die den Briefen beigelegten Landschafts- und Situationskizzen des Verfassers, die eine überraschend gute Auffassung der örtlichen Verhältnisse zeigen und schon den späteren gewandten Kartographen anheimelassen, der auch auf diesem Gebiete späterhin der Kriegsführung hervorragende Dienste geleistet hat.

Herman Granier.

Ruth: Untersuchungen zum Frieden von Nikolsburg. Proben des lgl. evangelischen Gymnasiums zu Glogau 1905.

Es ist, wie der Titel zeigt, hier keine volle Geschichte des Nikolsburger Friedens gegeben, aber doch durch Klarstellung wichtiger Punkte dazu beigetragen, eine solche, selbst vor Öffnung der Archive, zu schreiben. Die wichtigsten Publikationen, besonders auch französische und italienische, sind dazu herangezogen und trefflich verwertet. Man sieht, wieviel sich schon aus gedrucktem Material herausbringen läßt, wenn man nur genau zu lesen und gut zu kombinieren weiß. Wenn aber der Verfasser sagt, man könne Angesichts der Unklarheit, die trotz des reichen Quellenstoffes noch übrig bleibe, an dem Werte aller Geschichtsschreibung irre werden, so zeigt vielmehr, meine ich, gerade diese Schrift, die genaueste Prüfung des Vielen zu Resultaten zurückführen kann, sich schon aus Wenigem bei richtiger Auffassung der Gesamtlage und Hauptpersonen hätten gewinnen lassen.

wovon keine Rede. Ein weiteres wichtiges Resultat ist die Feststellung, daß Bismarck noch nach dem Stillstandsabschluß das im Vertrag mit Italien stipulierte „Äquivalent für Venetien“ — Annexion österreichischen Gebietes in Größe Venetiens, d. h. Böhmens — ernstlich erstrebt hat. Dazu waren neue Kämpfe nötig und so wurden diese preussischerseits vorbereitet, Italien durch Bismarck aufs heftigste zu energischen Aktionen gedrängt. Daß Bismarck dann doch plötzlich den Frieden abschloß, ist nicht als Macchiavellismus aufzufassen, erklärt sich vielmehr neben anderm aus der durch den österreichischen Seesieg bei Lissa veränderten Situation. Dadurch war ein Vorgehen in Dalmatien nebst Insurgierung Ungarns unmöglich gemacht. So blieb Österreich intakt, auch sein Lebensinteresse gewahrt.

Ich hätte gern noch Näheres über die Abweisung der französischen Landforderungen gehört, doch war es ja nicht die Absicht des Verfassers, alles zu geben. Was er gibt, ist schon so interessant und wertvoll, daß wir ihm sehr dankbar sein können.

Halle a. S.

A. v. Ruville.

I Jakob: Bismarck und die Erwerbung Elsaß-Lothringens 1870/71. Straßburg 1905; E. van Houten (VIII u. 148 S.).

Das Buch sollte eine Festgabe zum 90. Geburtstag Bismarcks sein, darum mußte seine Person in den Mittelpunkt der Darstellung gerückt werden. Das ergab Schwierigkeiten, denn ohne die offiziellen Akten ist es unmöglich, den Anteil der verschiedenen Personen an den politischen Handlungen überall festzustellen. Die vielen neuen Publikationen, die dem Verfasser als Quellen gebient haben — ein Verzeichnis ist angehängt — geben ja mannigfache Aufklärung, aber oft genug müssen Vermutungen an die Stelle des Wissens treten. — Verfasser zeigt zunächst die früheren Bemühungen, die einst an das königliche und das revolutionäre Frankreich verlorenen Gebiete ganz oder teilweise zurückzugewinnen, schildert dann das Schwinden dieser Bestrebungen zur Zeit des Deutschen Bundes und ihr allmähliches Wiedererwachen, als die Einigung Deutschlands unter preussischer Führung näher rückte, bis sie nach den ersten Siegen 1870, nicht ohne Bismarcks Anregung, kräftig hervorbrachen. In breiter Darstellung sind nun die Debatten im Hauptquartier, die Verhandlungen mit französischen Agenten und auswärtigen Mächten über die elsäß-lothringische Frage, soviel davon an die Öffentlichkeit gelangt ist, mitgeteilt, woraus hervorgeht, daß Bismarck mit eiserner Konsequenz die Hauptforderung (Elsaß und ein Stück von Lothringen) von Anfang bis zu Ende festgehalten und nur in Einzelheiten, namentlich bezüglich der Festung Metz, die Möglichkeit einer Reduktion offen gelassen hat, daß er aber auch trotz aller Siege von höheren territorialen Bedingungen nichts wissen wollte. Besonderes Interesse erweckt dabei der letzte diplomatische Kampf um Metz, daß Bismarck zu opfern bereit und befugt war, falls sonst kein Friede zu erlangen, daß er aber durch sein bestimmtes, Nachgiebigkeit scheinbar ausschließendes Auftreten doch für Deutschland gerettet hat. — Weiter beleuchtet Verfasser den Zusammenhang der elsäß-lothringischen mit der Einigungsfrage, welche letztere durch den gemeinsamen Erwerb von Territorien sehr gefördert

Bismarck's Wirken bei der Erwerbung scheint mir zu hoch angeschlagen. Man darf nicht so geradezu behaupten, er habe sie zustandegebracht, damit tritt man der Armee, dem König und seinen Feldherren zu nahe. Er hat nur durch geschickte Diplomatie fremde Einmischung und neue Verwicklungen ferngehalten, den Siegespreis rechtlich gesichert, und zwar naturgemäß unter Preisgabe von vielem, was die Armee außerdem erobert hatte. Es läßt sich auch darüber streiten, ob die Bescheidenheit im Forderung der Lage angemessen war, ob nicht weit höhere Anfangsforderungen den endlichen Abschluß sehr erleichtert und mehr Gewinn gebracht hätten. Um das zu entscheiden, bedarf es der Aktenkenntnis, die uns noch lange fehlen wird. Auch die Bedeutung der nationalen Bewegung ist überschätzt. Sie wurde von Bismarck als Treibmittel benutzt, aber ein Verdienst ist den nationalen Wortführern nicht zuzuerkennen, wenn nicht dies, daß sie nicht in dieselben Torheiten verfielen wie in den Jahren bis zu den Siegen von 1866, daß sie sich nunmehr willig leiten ließen.

Um die Einverleibung Elsaß-Lothringens ins Reich darzustellen, bedarf man vor allem guter staatsrechtlicher Vorkenntnisse, sonst gelangt man zu lauter schiefen Urteilen. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der Reichsgründung. Verfasser besitzt diese Vorkenntnisse nicht im ausreichenden Maße und so hätte er sich auf die Wiedergabe des Tatsächlichen beschränken sollen, ohne Erklärungen zu versuchen. Auch das war verdienstvoll und hätte für den Zweck des Buches genügt. Eine Erläuterung seiner Meinung würde eine staatsrechtliche Abhandlung erfordern und dazu ist hier nicht der Platz.

Von äußerlichen Mängeln erwähne ich vornehmlich die Art, wie die Anmerkungen gegeben sind. Verfasser hat sie an den Schluß gebracht, der nicht bloß jedes Kapitel, sondern jeden Abschnitt gesondert numeriert. Da nun die Abschnittszahlen nicht über die Seiten gedruckt sind, so ist es finden fast unmöglich gemacht. Ich habe erst sämtliche Seiten mit Abschnittszahlen versehen müssen, um die Anmerkungen brauchen zu können. Warum wurde nicht einfach durchnumeriert? Ein Register wäre auch nützlich gewesen.

A. von Ruville.

von Loß, General-Feldmarschall: Erinnerungen aus meinem Leben 1849—1867. II. Auflage. Stuttgart und Leipzig: Deutsche Verlagsanstalt (VIII und 140 S.).

Die Bedeutung der zuerst in der „Deutschen Revue“ 1901, 1902 und 1905 veröffentlichten, in dieser Buchform zum Teil erweiterten Aufzeichnungen, d. h. einer wohl abgewogenen Auswahl der Erinnerungen des 76jährigen Feldmarschalls, bereichert durch einige zusammenfassende, aber die hier gesetzte Zeitgrenze weit hinausgreifende Betrachtungen, ist nach zwei Richtungen hin zu erkennen: in Loß's Verhältnisse zu Kaiser Wilhelm I. und zu der Kaiserin Augusta während seiner langjährigen Adjutantenstellungen, und in seinen wiederholten Kommandierungen und Dienstleistungen in Paris unter dem zweiten Kaiserreiche.

Mit Wilhelm I. kam Loß zuerst in Berührung im Badischen Feldzuge von 1849, als junger Bietenhusar; im Januar 1858 ward er

Nach Paris kam Loë zuerst im Februar 1852, auf ein Jahr zur dortigen preussischen Gesandtschaft kommandiert. In bevorzugter Lage durch seine Familienbeziehungen zu den vornehmen französischen Gesellschaftskreisen, hat der junge Offizier offenen Auges die Verhältnisse des zweiten Kaiserreiches aufgefaßt, und als er dann im März 1863 zum Militärattaché in Paris ernannt wurde, haben seine Berichte — die, nebenbei bemerkt, Sybel benützt hat und die Loë jetzt bei seinen Aufzeichnungen zum Korrektiv dienen konnten — sehr wesentlich mitgewirkt, der preussischen Staats- und Heeresleitung zuverlässige Unterlagen für die richtige Einschätzung der französischen Streitkräfte zu verschaffen, d. h. ihre numerische und organisatorische Schwäche zu dokumentieren. Napoleons III. Charakter beurteilt Loë im wesentlichen ähnlich wie Sybel, seinen menschlichen lebenswürdigen Eigenschaften ebenso gerecht werdend, wie seine von Anfang an vorwiegende Entschlußlosigkeit betonend. Wie für Napoleon die Frage der weltlichen Herrschaft des Papstes in ihrer unheilvollen Zwiespältigkeit die eigentliche Schicksalsfrage für seine Dynastie geworden sei, das hebt Loë m. E. mit vollem Rechte hervor.

Durch den Ausbruch des Krieges von 1866 von Paris ins Hauptquartier des Königs abberufen, kehrte Loë bereits Anfang August 1866 dorthin zurück, in jenen kritischen Tagen, wo dem kaum beendeten österreichischen ein französischer Krieg Preußen sich aufzudrängen schien. In vollster Übereinstimmung mit dem von ihm sehr hochgestellten preussischen Botschafter in Paris Grafen Robert von der Goltz hat dann Loë auch weiterhin das Seinige getan, namentlich während der Luxemburger Frage, um jede Überschätzung der französischen Kriegsmittel zu verhindern, bis er im Juni 1867 das ihm im März d. J. übertragene Kommando des Bonner Königs-Fusarenregiments übernehmen mußte.

Bei seiner Rückkehr von Paris sagte ihm Bismarck, da Loë sein kriegerisches Feuer wohl nicht verbergen konnte: . . . „Sie denken, der Ministerpräsident ist 1866 nicht kriegsscheu gewesen; warum war er es denn jetzt, wo er den Sieg sicher hatte? . . . Kriegsscheu bin ich nie, wenn ich die Notwendigkeit für mein Vaterland erkenne, Krieg zu führen. . . . Niemals werde ich zum Kriege herausfordern, weil wir die Stärkeren sind, und um die Gelegenheit zu benutzen, einen späteren Krieg vielleicht zu vermeiden. Ich trage dem Könige, dem Vaterlande und Gott gegenüber die Verantwortung für die schweren Opfer, die jeder Krieg dem Lande auferlegt“ — eine sehr bemerkenswerte Äußerung, deren Wert deshalb nicht geringer geschätzt werden darf, weil ähnliche Ausführungen mehrfach überliefert worden sind, und auf deren Bedeutung für die Beurteilung der Bismarckschen Politik vor 1870 nicht oft genug hingewiesen werden kann.

Die „Erinnerungen“, ausgezeichnet durch knappe Form, klare und von jeder Phrase freie Schreibweise, bieten vielfache Anregung und Belehrung, und erwecken den lebhaften Wunsch, der jetzt 76jährige Feldmarschall möge sich entschließen, auch über das Jahr 1867 hinaus von seiner vielseitigen, nicht nur militärischen, sondern auch diplomatischen Tätigkeit der dankbaren Mitwelt Kunde zu geben. Wie seine hier gebotene Schilderung seiner Teilnahme an der Schlacht von Königgrätz

dem Reiche und seinen norddeutschen Außenposten so gut wie nirgendß gekennzeichnet. Und doch bietet es ziemliches Interesse zu sehen, wie sich die Raifergewalt Jahrhunderte hindurch bemüht, ihren Einfluß trotz ihrer unzureichenden Mittel hier zu behaupten, wie seit Barbaroffas Kämpfen mit Heinrich dem Löwen fast alle Kaiser versuchen, hier wieder Boden zu gewinnen. Diese Bestrebungen, von denen die Unternehmungen der Wittelsbacher und der Luxemburger die ausdauerndsten waren, scheiterten bekanntlich. Der Norden wurde schließlich gerade das Hauptgebiet der fürstlichen Libertät und dann in den Jahrhunderten der Reformation und des Dreißigjährigen Krieges der Träger des Widerstandes gegen die Raifermacht. Aber die Kaiser, und selbst ziemlich untätige wie Friedrich III., von dem das Kraußsche Buch vorzugsweise handelt, ließen es sich nicht nehmen, in die Verhältnisse des Nordens, so oft sich eine Gelegenheit bot, einzugreifen.

Ohne Rücksicht darauf, ob sie auch imstande sein würde, ihren Sprüchen Geltung zu verschaffen, zog die kaiserliche Regierung alle möglichen norddeutschen Streitfragen vor ihr Forum, entsandte sie Kommissarien bis in entlegene Gegenden, erließ sie Mandate über Mandate. So in den Kämpfen des Deutschen Ordens mit dem Bunde, so in der heftig umstrittenen Frage der brandenburgischen Lehnshoheit über Pommern, so in Irrungen aus Friesland oder Lübeck oder in den Händeln welfischer, sächsischer, mecklenburgischer und holsteinischer Fürsten mit ihren Städten oder anderen auffälligen Untertanen. Trotz aller Proteste lud die kaiserliche Kanzlei die norddeutschen, längst abhängigen Bischöfe zu den Reichstagen, ebenso alle irgendwie bedeutenderen Städte, oder veranschlagt sie in den Reichsmatrikeln. Dazu kamen viele Privatprozesse, wobei die Fürsten die Einmischung in die Rechtspflege besonders schmerzlich empfanden. Oft war ja all das, ebenso wie die vielen Abellungen, die Erteilung von Wappenbriefen usw., nur auf die Betriebsamkeit der kaiserlichen Beamten zurückzuführen, die ihre Klientel gern erweiterten, und denen weitläufige Prozesse, Wünsche wegen Standeserhöhung oder die geheimen Gelüste wohlhabender Kommunen nach Reichsfreiheit sehr willkommene Gelegenheiten, sich zu bereichern, boten; oft lag nur die große Unkenntnis norddeutscher Verhältnisse zugrunde, wenn z. B. die kaiserliche Kanzlei alle Hansestädte ohne weiteres den süddeutschen Reichsstädten gleichsetzte. Aber es war doch nicht zu verkennen, daß in diesen steten Eingriffen ein bestimmtes System lag, gerade so wie in Italien nach dem Verzicht auf die tatsächliche Herrschaft wenigstens den Schein der Macht zu wahren und dies durch den Anspruch auf Mitwirkung bei allen rechtlichen Entscheidungen und durch die fortgesetzte Ausübung gewisser kaiserlicher Hoheitsrechte augenfällig zu bekunden. Und wenn auch diese kaiserlichen Einmischungen, zumal sie ohne großen Nachdruck und fast immer auch ohne wirkliche Kenntnis der Sachlage unternommen wurden, die Entwicklung der Selbstständigkeit der größeren norddeutschen Territorien nicht hemmen konnten, so wurden sie doch in der brandenburgisch-pommerschen Streitfrage, wo die Haltung der Pommern durch die Ermunterungen der kaiserlichen Räte zeitweise sehr bestärkt wurden, den davon betroffenen Fürsten sehr unbequem. Eine Darstellung dieser Dinge, bei der auf einzelne Persönlich-

Evangelischen Brüder-Kirche, der Evangelisch-Lutherischen und der Griechisch-Katholischen Kirche. Um das ausführen zu können, hat er eine neue Umfrage gehalten. Die im Jahre 1899 versandten Fragebogen wiesen Mängel und Unklarheiten auf, die sich in den mangelhaften und unklaren Antworten widerspiegeln. Vorberg stellt (S. 21 ff.) für künftige Umfragen ein Musterformular auf, dessen sorgfältige Ausfüllung dem Bearbeiter die Arbeit leicht machen würde; wenn es eben sorgfältig ausgefüllt wird. Aber das Wenn! Schon die einfachen Fragebogen von 1899 sind zum Teil recht dürftig ausgefüllt. Seitenweis nichts als „nein“ auf die Fragen. Da sämtliche Fragebogen, die dem Unterzeichneten für seine Arbeit zur Verfügung standen, von den Herren Geistlichen selbst ausgefüllt waren, mußte er sich mit der erteilten Auskunft begnügen. Rückfragen auf die vielen Nein hätten als Beleidigungen empfunden werden können. Die Fragebogen aus Berlin und den Vororten aber sind fast durchweg von den Rüstern ausgefüllt worden, und da war Vorberg gezwungen, sich vielfach um Auskunft an die Herren Geistlichen zu wenden. Das Ergebnis war zum Teil überraschend. Vorberg führt als Beispiel die Auskunft an, die er vom Küster und danach auf eine Rückfrage vom Pfarramt über das Große Friedrichs-Hospital und -Waisenhaus in Berlin erhalten hat: die Auskunft des Küsters findet sich mit 2 Reihen ab, das Pfarramt liefert 26. Eine besonders wertvolle Zugabe des Vorberg'schen Buches ist das Verzeichnis der Schriften, die bis in die neueste Zeit über die Geschichte und die Verhältnisse der einzelnen Kirchen veröffentlicht worden sind. In den Fragebogen war nur um Angabe von „bemerkenswerten geschichtlichen Urkunden (Pfarrchroniken) und dergleichen“, die im Pfarrarchiv aufbewahrt wurden, ersucht. Vorberg hat seine Aufgabe erweitert und damit den Grund zu einem Quellenwerk der brandenburgischen Kirchengeschichte gelegt. — Überraschen wird manchen die Organisation der Römisch-Katholischen Kirche auf märkischem Boden (S. 49 ff.).

Paul Schwartz.

B. Eingeseudete Bücher (soweit noch nicht besprochen).

Oktober 1905 bis Juni 1906.

Hanover and Prussia 1795—1803. A study in Neutrality by Guy Stanton Ford, B. L., Ph. D., sometime Scholar in European History in Columbian University, Instructor in History in the Yale University. New York, The Columbia University Press, The Macmillan Company, agents London P. S. King & Son, 1903. [Studies in History, economics and public law edited by the faculty of political science of Columbia University vol. XVIII, Nr. 3.]

Theodor Fontanes Wanderungen durch die Mark Brandenburg. Auswahl hrsg. von Hermann Verdröw. Stuttgart u. Berlin, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger (Cotta'sche Handbibliothek Nr. 121). 1 Mk.

Jauer. Ein Wegweiser durch die Heimat und ihre Geschichte. Von Otto Reischwitz. 2. Aufl. Jauer. Ost. Hellmann.

Geschichte der Stadt Berlin von Friedrich Holze. [Tübinger Studien für schwäbische und deutsche Rechtsgeschichte, hrsg. von F. Thudichum I, 3.] Tübingen 1906, H. Laupp. 3,50 Mk.

Der Feldzug der Kaiserlichen unter Sonches nach Pommern im Jahre 1659. Von Dr. Hermann Rabe. Mit einer Kopie der Karte von Schönius. Gotha 1906, Fr. Andr. Berthes. 3,60 Mk.

Die Pläne von Berlin und die Entwicklung des Reichbildes. Von P. Clauswitz, Stadtarchivar. Festschrift zur silbernen Hochzeit Ihrer Majestäten usw. hrsg. vom Verein für Geschichte Berlins. Berlin 1906, E. S. Mittler & Sohn. 2,50 Mk.

Geschichte der deutschen Kulturgeschichtsschreibung von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Romantik im Zusammenhang mit der allgemeinen geistigen Entwicklung, von Ernst Schaumkell. [Preisschriften der Jablonowskischen Gesellschaft zu Leipzig.] Leipzig 1905, B. G. Teubner. 16 Mk.

Der Kampf des Hauses Braunschweig-Lüneburg mit Hamburg um die Elbe vom 16.—18. Jahrh., von Dr. Ernst Baasch, Bibliothekar der Kommerzbibliothek in Hamburg. [Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens Bd. XXI.] Hannover und Leipzig 1905, Hahnsche Buchhandlung. 4 Mark.

Hardenberg und die preussische Verwaltung in Ansbach-Baireuth von 1792—1806. Von Fritz Hartung. Tübingen 1906, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 5 Mk.

Paul Matter: Bismarck et son temps. L'action (1862—1870). Paris 1906, Felix Alcan. 10 fr.

Repetitorium der deutschen Geschichte. Neuzeit. Im Anhang brandenburgisch-preussische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Berlin 1906, Alexander Dunder. 3,50 (geb. 4) Mk.

Urkundliche Beiträge und Forschungen zur Geschichte des preussischen Heeres, hrsg. vom Großen Generalstabe, 9. Heft: Aus den Garnisonen von Berlin und Potsdam 1803—1806. Berlin 1906, E. S. Mittler & Sohn.

Die Schlacht bei Liegnitz, von Curt Tröger. [Sonderabdruck aus Heft 1 der Mitteilungen des Geschichts- und Altertumsvereins für die Stadt und das Fürstentum Liegnitz.] Liegnitz 1906.

Die Berichte des preussischen Gesandten Gildstedt. Ein Beitrag zur Politik der deutschen Kleinstaaten während des Siebenjährigen Krieges, von Dr. Hermann Meyer. [Wiss. Beilage zum Bericht der Realschule in Gilbed. zu Hamburg.] Hamburg 1906. Progr.-Nr. 912.

Die Kirchenpolitik der Hohenzollern. Von einem Deutschen. Neuer Frankfurter Verlag. 1906.

Staatliche Theorie des Geldes. Von Georg Friedrich Knapp. Leipzig 1906, Dunder & Humblot. 8,80 Mk.

Preisanschreiben.

Die Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften wünscht eine wissenschaftliche Bearbeitung des Themas „Geschichte des siebenjährigen Krieges in der Oberlausitz“. Der Preis beträgt 500 Mark, dazu werden noch 32 Mark für jeden Druckbogen Autorengehalt bezahlt. Die Arbeiten sind in der bekannten üblichen Weise (Namen in verschlossenem Briefumschlag, Kennwort) bis zum 1. Januar 1908 an den Gesellschaftssekretär Professor Dr. Jecht in Görlitz einzuliefern.

Urkundliche Quellen zu der Arbeit sind reichlich in den Archiven der Oberlausitzer Städte, sowie im Hauptstaatsarchiv zu Dresden, auch sonst in Schloß- und Kirchenarchiven vorhanden. Es kommt hauptsächlich darauf an, die Sonderforschungen an die gesicherte Grundlage des Generalstabswerkes anzuschließen und eine streng wissenschaftliche Arbeit bleibenden Wertes zu liefern.

STAFFORD UNIVERSITY

I.

Die inneren Geschichte Preußens während der französischen Revolution. Genß und Humboldt¹⁾.

Von

† Paul Wittichen.

Drei Wege standen der inneren Politik des Nachfolgers des großen Friedrich offen. Friedrich Wilhelm II. konnte entweder, wie sein Oheim, den seiner Individualität entsprechenden Änderungen in der Organisation der obersten Staatsbehörden vom Kabinett aus weiterregieren. Das Groß des zivilen und militärischen Beamtentums, die wichtigste Stütze der Monarchie, mußte in diesem Fall durch einige Konzessionen der Krone enger verpflichtet werden. Der Adel behielt seine ungemein bevorzugte Stellung und die leitende Rolle in Heer und Beamtentum. Das war die Politik, die Friedrich Wilhelm im wesentlichen tatsächlich verfolgt hat. Eine zweite Möglichkeit bestand darin, daß die Krone, um einen stärkeren Halt im Volke zu verschaffen, die Landstände, die, mit Ausnahme der westlichen Provinzen, nur noch der Form nach bestanden, zu neuem Leben erweckte. Da eine solche Reform politisch vornehmlich dem mächtigsten Stand im Staat, dem Adel, zugute kommen konnte, konnte mit ihr eine Milderung seiner sozialen Vorrechte verbunden werden. Die letzte Möglichkeit endlich war, daß die Monarchie, auf einer streng disziplinierten Bürokratie gestützt, den halb revolutionären Aufbruch machte, den Staat gewissermaßen umzuschaffen, den Adel seiner

1) Vorliegende Veröffentlichung stellt Kapitel II des ersten Buches und die erste Hälfte von Kapitel I des zweiten Buches der Genßbiographie dar, die der Bruder mit Unterstützung der Göttinger Wedekindstiftung begonnen und seinem Tode unvollendet hinterlassen hat. Einige Zusätze und Änderungen durch die neuesten Humboldt-Publikationen veranlaßt worden.

J. C. Wittichen.

ganzen friderizianischen Protektionssysteme die Rede gewesen, Wöllner hatte die Bauernbefreiung und die Aufhebung der Steuerexemptionen des Adels und der Stifter in einem Atem verlangt, eine allgemein progressive Klassensteuer als Ideal aufgestellt und die stärksten Eingriffe in das Eigentum, wie die allmähliche Verwandlung der großen Rittergüter in Bauernhöfe, empfohlen. Mit revolutionärer Rücksichtslosigkeit setzte er sich über die noch bestehenden ständischen Einrichtungen hinweg, indem er riet, ohne die Stände zu befragen, die kurmärkische Landschaft, den letzten Vereinigungspunkt, der den Ständen nach Aufhebung der Landtage geblieben war, kurzerhand zu beseitigen. Die „Entschädigung“ sollte darin bestehen, daß den Ständen die landesherrlichen Schulden, auf denen die 2^{1/2} Jahrhunderte alte Einrichtung beruhte, abgezahlt wurden. „Um alles Geschrei der Landstände zu vermeiden“, so hieß es in einer dieser Ausarbeitungen, möge der König das Ministerium, „wo Privatabsichten herrschen“, umgehen und sich darauf beschränken, von dem Tribunal, „wo die alten ehrlichen Leute und erfahrenen Juristen sitzen“, ein zweifellos günstiges Rechtsgutachten einzuholen. Gleichzeitig mit all diesen nur durch revolutionäre Energie zu verwirklichenden wirtschaftlichen Reformen sollte nach Wöllners Wunsch die religiöse Aufklärung durch die Machtmittel des Staats ins Herz getroffen werden. Es bedurfte nicht erst des verächtlichen Charakters des vom Landpfarrer zum Minister aufgestiegenen Mannes, um ein so dilettantisches, in seinen einzelnen Teilen unvereinbares Reformprogramm scheitern zu machen. Wöllner hat von seinen gegen die herrschende Stellung des Adels gerichteten Plänen nur einige unbedeutende Details durchzusetzen vermocht, wenn er sich überhaupt im Besitz der Macht große Mühe gegeben hat, die wesentlichen Punkte zur Durchführung zu bringen¹⁾. Er hatte einerseits den Adel, anderseits im Beamtentum alles gegen sich, was ein Gefühl für Unabhängigkeit und Würde besaß. Andere gleich radikale Vertreter einer Reformpolitik sind unter Friedrich Wilhelm nicht aufgetreten. Aber sein Nachfolger hat dann wirklich unter Verzicht auf die kirchenpolitischen Maßregeln die Richtung auf wirtschaftliche und soziale Reformen zähe verfolgt.

Weniger in die Augen fallend als die Tätigkeit Wöllners waren die Bestrebungen, die darauf abzielten, die Landstände zu neuem Leben zu erwecken. Als das bereits publizierte Allgemeine Landrecht im Frühjahr 1792 suspendiert worden war, ging der Großkanzler Carmer in

1) Hierzu s. neuerdings die von Raubé veröffentlichten Denkwürdigkeiten des Grafen von der Schulenburg (Forsch. z. brand. u. preuß. Gesch. XV. 2).

geraten. Denn „die Menge ohne Kopf“ sei für den Despoten leicht zu beherrschen. So sehen wir den preußischen Staatsmann dieselben Wahrheiten, die eben damals Burke mit überzeugender Genialität in flammenden Worten der Welt verkündete, in gedrängter Kürze und bescheidener Form im Sitzungsfaal der Berliner Akademie auseinandersetzen¹⁾. Wieder ein Jahr später nennt Herzberg, indem er einen Vergleich zwischen den bisher vorgefallenen Revolutionen zieht, die französische „die außerordentlichste von allen, die man in der Geschichte kennt“. Mit Pitt teilt er freilich den irrigen Glauben, daß die Revolution insofern für Europa günstig sei, als sie die französische Regierung zu größerer Mäßigung nach außen veranlassen werde. Aber er tadelt energisch, daß sie das Königtum so sehr herabgewürdigt, die Unterschiede der Geburt und des Ranges vernichtet und einen Despotismus der Demokratie eingeführt habe, der gefährlicher sei, als der monarchische. Doch war Herzberg weit entfernt, der Gefahr mit den Waffen in der Hand gegenüberzutreten zu wollen, da sie zunächst nur Frankreich selbst betreffe. Herzbergs Anschauungen werden, so dürfen wir annehmen, von dem größten Teil des Adels im allgemeinen geteilt worden sein. Bei einzelnen, wie bei Herzbergs Kollegen Heynik, mochte der Haß gegen die frivole Irreligiosität der meisten Revolutionäre eine besondere Rolle spielen²⁾. Der stärksten Abneigung begegnete die Revolution in ihren Anfangsstadien begreiflicherweise in der Armee; der jugendliche Boyen fand sich mit seiner Sympathie für die Menschenrechte ziemlich allein³⁾. Während so der herrschende Stand, der das hohe Beamtentum, die Armee und die Landwirtschaft und damit alle wesentlichen Elemente des damaligen Preußens vertrat, bewußt oder instinktiv die Gefahr erkannte, mit der die Revolution ihn und den Staat bedrohte, sehen wir das bürgerliche Beamtentum ihr mit Gleichgültigkeit oder mehr oder minder großer Sympathie begegnen. Als den reinsten Typus seiner Anschauungen können wir die Vorträge betrachten, die der Verfasser des Allgemeinen Landrechts 1791 und 1792 dem Kronprinzen über das gesamte Gebiet

1) Burkes Reflexions erschienen Nov. 1790; Herzbergs Rede 30. September 1790. Burke hatte aber schon im Februar im Unterhaus den Kampf eröffnet.

2) Siehe die Auszüge aus Heyniks' Tagebüchern bei Steinicke, Heynik (Forsch. z. brand. u. preuß. Gesch. XV. 2. S. 143 ff).

3) Siehe Meinecke, Boyen I, 32. — Ob Gneisenau, wie Perz, Leben Gneisenaus I, 41 f. behauptet, schon 1790 der Revolution feindlich gegenüberstand, ist jedoch mindestens fraglich. Der von Perz angeführte Brief aus d. J. 1830 (gedr. von Delbrück V, 597) beweist gar nichts.

iß der Fürst weniger Rechte habe, als das Volk, ist einleuchtend“. Es die wichtigste „Lektion“, die die Könige aus der Revolution zu ziehen hätten, bezeichnet er, „daß die stehenden Armeen nichts gegen eine neue aufgebrachte Nation vermögen und daß die Macht der Obrigkeit sich zuletzt auf der Überzeugung von der höheren Weisheit und dem stärkeren Wirken derer beruht, welchen die Vorsehung die Zügel der Regierung anvertraut hat“. An einer anderen Stelle macht er freilich einen Unterschied zwischen dem „Pöbel“, womit er leider gegenwärtig den größten Teil des Volks bezeichnen müsse, nämlich „den ungebildeten“, und zwischen den höheren Ständen. Der „Pöbel“ brauche Autorität, nicht Überzeugung¹⁾. Faßbarer als solche allgemeine Sätze ist das Ziel, das er einer weisen Regierung stellt, eben dasselbe, das Herzberg 1784 in einer viel gelesenen Abhandlung²⁾ empfohlen hatte: eine ordnungsmäßige Begründung von beratenden provincialständischen Versammlungen aus Gutsbesitzern, städtischen und Bauern-Vertretern zusammenge setzt. Herzberg hatte sich allerdings wohl gehütet, nach Ausbruch der Revolution die vor fünf Jahren ausgesprochene Idee zu wiederholen; wenn Klein sie jetzt wieder hervorbrachte, so geschah das offenbar unter dem Einfluß der französischen Ereignisse. Es finden sich keine Widersprüche in der Schrift; so steht z. B. die Bemerkung, günstig es für den Staat sei, wenn in ihm noch andere Elemente, der Reichtum, und vor allem das erblich gewordene Gefühl der Ehre und höheren Erziehung zur Geltung kommen, wie es beim Adel der Fall³⁾, in auffallendem Gegensatz zu der durchgängigen Bewunderung der „ehrwürdigen“ Nationalversammlung, die diese Wahrheit so sehr vertritt. Man sieht, wie sich der Verstand gegen die instinktive Symphonie des Bürgerlichen mit dem Emporkommen des „Tiers“ zu sträuben sucht. Auch die Gefahren einer plötzlichen Aufhebung der Erbunterthanen werden hervorgehoben. Solche Anschauungen sind aber das erste an Mäßigung, das in der Schrift hervortritt. Der Radikalismus, wie ihn Klein in der Person des Kleon darstellt, äußerte sich in der Mittwochsgesellschaft u. a. auch in einem Vorschlag eines der Mitglieder, die Universitäten abzuschaffen, über den ernsthaft debattiert wurde. Der Antragsteller meinte echt rousseauisch, der Jüngling könne nach der Schule allein weiterbilden. Ein anderes bedeutendes Mit-

1) a. a. O. 17 f.

2) Sur la forme des gouvernements et quelle en est la meilleure, gedr. des Huit dissertations.

3) S. 30 a. a. O.

ße für das Schicksal der schwachen Charaktere und der aufwachsenden Generationen hegte¹⁾.

Ein solcher sittlicher Zustand pflegt im allgemeinen der Aufnahme und Entwicklung radikaler Anschauungen besonders günstig zu sein. In der Hauptstadt war der Boden noch in anderer Weise vorbereitet. Das steter Volksvermehrung begriffene Berlin, der Mittelpunkt einer jungen Großmacht, deren ehrgeiziges Selbstbewußtsein es voll mitempfand, erangelte doch des praktischen politischen Interesses, das an die Gegenwart knüpft. Geistige Traditionen, die über die letzten Jahrzehnte hinausgereicht hätten, waren nicht vorhanden. Zudem begann, seit der Tod in den letzten Zeiten Friedrichs II. gewissermaßen aufgehört hatte zu existieren, ein Element in den Vordergrund der Gesellschaft zu treten,

Überall, wo es in Masse auftritt, zur Desorganisation des Vorhandenen dient: die Juden. Es ist ein merkwürdiges Schauspiel, wie diese rechtlich noch völlig abgesonderte „Nation“ — so hießen sie damals —, auf den Reichtum einer Anzahl ihrer Glieder gestützt, gesellschaftlich zu einer gewissen Bedeutung gelangte. Ihr Bestreben war es natürlich, sich aus ihrer Sonderstellung zu befreien, und alles, was dazu beitragen schien, mußte von ihr mit Freuden begrüßt werden. So wurde ein einflußreiches Element des Mittelstands der nivellierenden französischen Bewegung von Natur günstig gesinnt, und die übrigen waren so der Meinung, daß der dritte Stand in Frankreich auch ihre Interessen verfechte. Nun fehlte freilich dem Bürgertum im Gegensatz zum Adel mit seinen Offizierkorps und den Resten seiner ständischen Verfassung jeder öffentliche politische Mittelpunkt. Die Literatur allein, die fast völlig beherrschte, bot keinen oder doch nur einen täuschenden Ersatz dafür. Aber der bürgerliche consensus omnium bildete doch einen festen Wall, den zu zersprengen ein schwieriges Unternehmen war,

wir werden später sehen, wie irrig die von einem der späteren Reformer ausgesprochene Ansicht war, daß die Krone durch eine große Entfremdung von 100 angesehenen Gelehrten und Bürgern der öffentlichen Meinung eine andere Richtung hätte geben können²⁾.

1) Spaldings Selbstbiographie S. 105 ff.

2) S. Erinnerungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls G. von Scharnhorst I, 184 ff. — Die geheimen Gesellschaften, über deren Tendenzen und ihren Umfang in Preußen wir für diese Zeit gänzlich ununterrichtet sind, lasse ich hier außer acht. Von Bedeutung scheinen sie, von den Rosenkreuzern abgesehen, mit denen der Hof zusammenhing, erst in den ersten Jahren Friedrich Wilhelms III. geworden zu sein. Die Mittwochs-Gesellschaft, deren Tendenzen wir geschildert haben und die sich bei Erlass des Ediktes über die geheimen Ge-

gelegen sein, die etwas stürmische und von Sentimentalität nicht freie Verehrung des jungen Mannes zu zügeln und auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Genz berichtet ihm von seinen literarischen Studien, die trotz wachsender amtlicher Arbeiten sehr umfangreich waren. Schon seit Jahren war der Glaube des Kantsehülers an den „kategorischen Imperativ“ erschüttert worden; die inhaltlose und rein formelle Natur des berühmten Gesetzes hatte ihm mit Recht Bedenken erregt. Im übrigen aber war er nach wie vor getreuer Anhänger der Kantischen Philosophie, die sich seit einigen Jahren, seit dem Erscheinen der Kritik der praktischen Vernunft, über alle norddeutschen Universitäten und Bildungsstätten auszubreiten begann und der auch Garve, soweit es sich um die Erkenntnistheorie handelte, in den meisten Punkten huldigte. Er hörte die Vorlesungen Riese wetters, der Kants Ansichten vor einem größeren Publikum interpretierte; mit Kant selbst war er noch in Verbindung, wie ihm denn der Philosoph das Manuskript der Kritik der Urteilskraft zur Korrektur überließ. Mit dem Philologen Petiscus zusammen erneuerte er seine Lektüre Platos, den er später den größten und unerreichten Theoretiker der Politik zu nennen pflegte¹⁾. Der Mode der Zeit gemäß besuchte er auch chemische Vorlesungen; man begann damals von dem neu anbrechenden „chemischen Jahrhundert“ zu reden. Dazu kam eine wiederholte Lektüre von Montesquieu und Adam Smith. Namentlich dem letzteren zollte er ein uneingeschränktes Lob; auch später noch machte sich der Einfluß des großen Schotten auf seine national-ökonomischen Ansichten bemerkbar, obwohl er sich des zwischen Preußen und England waltenden Unterschiedes wohl bewußt blieb. Mit dem größten Eifer verfolgte er die Ereignisse in Frankreich; durch Ancillon, der von Paris zurückkehrte, erhielt er die wichtigsten Broschüren und Bücher, die seit Ausbruch der Revolution erschienen waren. Eine Polemik Kleins gegen Garves Werk „Über die Verbindung der Moral und Politik“ dient ihm zum Anlaß, dem Breslauer Gelehrten seine eigenen Ansichten über das Verhältnis von Volk und Regent darzulegen. Wir sehen, wie er, ganz wie seine Zeitgenossen, wie Kant und Garve selbst, der Lehre von der Volkssouveränität ergeben ist, die in so auffallendem Gegensatz zu den Tatsachen der bestehenden Verhältnisse stand und doch oder vielmehr gerade deswegen die Köpfe beherrschte. Die Stimme des Volks, meint er, ist der Richter der Handlungen des Regenten; das Volk kann recht oder unrecht handeln, während der Regent nur der treue oder ungetreue Ausführer seines Willens sein kann. Und es ist ihm Ernst mit den Konsequenzen dieser

1) S. Briefw. mit Pilat II, 203.

se grundlegende Änderung vorzunehmen, zweifelte er nicht; unter Voraussetzung, daß die Versammlung nach den Aufträgen ihrer Mitglieder gehandelt habe, erkannte er sie als gerechtfertigt an. Genß war doch von dem immer noch gemäßigten und friedliebenden Ton, der die Abhandlung trotz der gefährlichen theoretischen Sätze beherrschte, nicht erbaut. Seine Begeisterung für die Revolution, sein „revolutionsstüchtiger Geistesdrang“, wie er sich selbst ausdrückt, war eher im Wachsen als in der Abnahme begriffen. Noch im Dezember 1790 nennt er sie den ersten praktischen Triumph der Philosophie, das erste Beispiel einer Regierungsform, die auf Prinzipien und auf ein zusammenhängendes, consequentes System gegründet wird, einen Versuch der Menschenverbesserung im Großen.“ Mallet Dupan's scharfer Kritik der Nationalversammlung in dem *Mercure de France*, dessen tatsächliche Mitteilungen für ihn wie für die meisten Deutschen die Hauptquelle der Bekanntschaft mit den französischen Ereignissen bildeten¹⁾, war er weit entfernt Glauben zu schenken. Vor den scheußlichen Pöbelerzessen verschloß er zwar nicht die Augen, wie es andere überzeugte Anhänger der Revolution zu tun pflegten, auch wagte er sie nicht mit sophistischen Gründen zu entzweigen; aber er hielt die Nachrichten darüber für stark übertrieben, er meinte, daß „das wahrhaft Große und Schöne“, das sich in Frankreich ereigne, aus Furcht vor den Regierungen von den deutschen Regierungen unterdrückt werde. Nicht gering war denn auch seine Empörung über einen Aufsatz Justus Möser's in derselben Berliner Monatschrift, die Garves Abhandlung brachte. Möser stand gerade auf dem Höhepunkt seines Ansehens in Deutschland, seine Meinungsäußerung über die brennende Frage der Zeit war vom größten Gewicht. Als einer der ersten Kenner des deutschen Rechts und als maßgebender Rathsmann in einem Kleinstaat, der die merkwürdigsten Gegensätze politischer und ökonomischer Art in sich vereinigte, war er nun aber der natürliche Feind der idées simples et uniques der französischen Revolution, und griff sie in diesem Aufsatze in einer ihrer Grundfesten, der Declaration der Rechte, an²⁾. Er führt aus, er kenne keinen Staat, auf das imaginäre Prinzip der Gleichheit der Menschen begründet

ammlung in Frankreich über die Güter der Geistlichkeit“ (Berliner Monatschrift Nov. 1790 und Mai 1791; auch gedr. in den „Versuchen“ Bd. 2).

1) Der *Mercure de France* und das *Journal de Paris* waren die einzigen der Revolution bereits bestehenden und autorisierten Pariser Zeitungen.

2) „Über das Recht der Menschheit als den Grund der französischen Revolution“ (Berliner Monatschrift Juni 1790; auch in: J. Möser's Vermischte Schriften I, 307 ff.).

dem unverständlichen Gemisch errichteter und gestürzter Throne, älter und gekrönter Übeltäter, einmal gelungener und hundertmal eiterter Pläne zur Verbesserung der Menschheit, aus dem großen wüstenplan der Ordnung und der Zerrüttung flüchten jene kostbaren Ideen, die aus nichts als Regelmäßigkeit entsprangen und nichts als Regelmäßigkeit zum Zweck haben, in ihre Heimat und in ihr Vaterland — in den Kopf des Denkers., Damit ist jede historische Untersuchung „über den Ursprung des Rechts“ von vornherein abgelehnt. Erklärt es es als aus dem Wesen des Menschen entspringend folgendermaßen: „Recht ist das moralische Vermögen eines Individuums, die Freiheit des anderen soweit einzuschränken, als es zur Aufrechterhaltung seiner eigenen Freiheit nötig ist“, und deduziert aus dieser Begriffsumfassung drei oberste und vor der gesellschaftlichen Verbindung bereits bestehende Rechte: das Recht eines jeden über seine eigene Person, das Recht des Eigentums und das Recht auf Aufrechterhaltung geschlossener Verträge. Aus diesen obersten und unveräußerlichen Rechten leitet er dann die Vertrags- oder „abgeleiteten“ Rechte ab. Daß der Vertrag unauflöslich sei, beweist er auch aus dem consensus omnium in der Verurteilung der Greuel, die Engländer und Spanier bei der Eroberung Indiens und Amerikas begangen haben; denn Vertragsrechte wurden in dem Fall gar nicht gebrochen, wohl aber die unveräußerlichen obersten Rechte. Das waren nun freilich etwas sehr abstrakte Betrachtungen, die sich im Grunde mit jeder Staatsform, mit allen politischen Verfassungen vereinigen ließen. Wenn der Gesellschaftsvertrag, der ohne die Annahme eines vorhergehenden Rechts auf Aufrechterhaltung geschlossener Verträge vollständig in der Luft schwebte¹⁾, durch die Konstituierung des Rechts eine neue Stütze erhielt, so fragte es sich nur, welches sein Inhalt sein sollte. Genß äußert sich nicht sehr ausführlich hierüber. Er wohnt seine Sympathien gingen, verheimlicht er nicht; er spricht sich mit den „philosophischen Köpfen, die an der Spitze der französischen Revolution standen“, denen es nicht zu verdenken sei, wenn sie „die ursprünglichen Rechte der Menschheit aufzusuchen, mit so unermüdlicher Anhänglichkeit verfolgten“. Doch gibt er zu, daß es vielleicht nicht praktisch gewesen sei, diese mit der Verfassung zusammen als Gesetz zu verkündigen. Gegen Möser macht er den Einwand, daß sein Bild der Aktiengesellschaft allzu sehr an die Feudalverfassung erinnere, welche unser über dieses barbarische System hinausgereiftes Jahrhundert

¹⁾ Siehe darüber die Bemerkungen von Jellinek, Allgemeine Staatslehre 191.

ndesherrn eine Bearbeitung der wirkungsvollsten Gegenschrift, die die Revolution gefunden hat. Aber hüten wir uns, Anschauungen unserer Zeit auf die Vergangenheit zu übertragen. Politische Parteiüberzeugungen, Systeme von Meinungen über die gesamten Funktionen des Staats waren außerhalb des Kreises der leitenden Staatsmänner überhaupt nicht vorhanden, auch bei diesen waren sie selten, und noch seltener wurden sie in die Öffentlichkeit gebracht. „Der Einfluß, welchen Empfindungen, Gemütsstimmung und äußere Lage der Menschen auf ihre Meinungen und Räsonnements haben,“ so äußert sich Genz selbst¹⁾, ist nirgends so auffallend, als in den Urteilen über politische Verhältnisse. Hier sind die Prinzipien fast ganz eine Folge der Gefühle.“ Nicht anders waren auch Genz' eigene politische Ansichten bisher beschaffen gewesen. Sie entstammten im Grunde zwei gleich unpolitischen Quellen: einer instinktartigen Sympathie des Bürgerlichen mit der Erhebung des letzten französischen Standes zu politischer Macht, und der herrschenden naturrechtlichen Theorie, deren augenblickliche auf Rousseau beruhende Auffassung dieser Sympathie gewaltig entgegenkam. Interesse und Schülerliebe standen der Erkenntnis der Realitäten entgegen, und es fehlten auf der Gegenseite große politische Muster, staatsmännische und doch selbst nicht in den Bürgerkrieg verwickelte Beurteiler der Revolution; die trefflichen akademischen Abhandlungen des alten Herzberg waren nüchtern und diplomatisch gehalten, um zur Revision des Urteils anzuregen. Diesen Mangel fand Genz gerade zu der Zeit behoben, als sein Aufsatz über die Menschenrechte erschien. Im April 1791 begann er das Werk zu studieren, das, schon vor einem halben Jahre erschienen, der Sympathie für die Revolution einen furchtbaren Schlag versetzt, den Gegnern einen Mittelpunkt gegeben hatte und noch eine der folgenschwersten Parteiverschiebungen der englischen Geschichte herbeiführen sollte: hartes Betrachter über die französische Revolution. Hier war staatsmännisches Urteil, tiefer Blick in die Wirklichkeit der Dinge mit einer bedeutenden philosophischen Begabung, die schon durch ein unpolitisches Jugendwerk großen Einfluß auf die deutsche Ästhetik ausgeübt hatte, und einem unvergleichlichen, aus konkreter Anschauung schöpfenden Redner-Talent verbunden. Hier sprach nicht der spekulative Philosoph, der es bloß ablehnte, in seinen despotischen Konstruktionen die geringste Konfession an die Wirklichkeit der Dinge zu machen, mochte sie auch mit Donnerstimme in die Ohren schallen. Hier sprach nicht der treffliche, aber etwas pedantische „Weltweise“, dem Vorsicht zur zweiten Natur

1) S. Einleitung zu den „Betrachtungen“ S. XIV.

Stand, sondern der Straßenpöbel und seine Strategen das Fest in Händen hielten.

Zu Burles mächtigem Einfluß und zu dem Eindruck der politischen Ereignisse kam nun noch ein drittes Moment hinzu, Genz über seine Umgebung emporzuheben und von der Herrschaft der Phrase zu befreien: die Freundschaft mit einem der selbständigsten und scharfsinnigsten Köpfe der Zeit. Während seines Aufenthaltes in Berlin im Sommer 1790 hatte Garbe seinen jungen Freund auf einen nahezu gleichaltrigen Aristokraten aufmerksam gemacht, der seit einigen Monaten als Reiserendat am Kammergericht beschäftigt war. Wilhelm von Humboldt, dies war der von Garbe Empfohlene, war in der Berliner Gesellschaft gerade so zuhause wie Genz¹⁾; Engel, eines der Häupter und einer der besten Vertreter der Aufklärung, hatte sich mit anderen Männern derselben literarischen Färbung in seine Erziehung geteilt. Aber er hatte dann doch auch schon andere Geistesrichtungen kennen gelernt. Auf Reisen durch Westdeutschland hatte er Freundschaft mit zwei so grundverschiedenen Männern wie Jacobi und Forster geschlossen und die Bekanntschaft von Johannes von Müller, Rehberg und Brandes gemacht. Mit Forster zusammen hatte er sich schon einmal offen gegen die Intoleranz der Berliner Aufklärung aufgelehnt. Am Schluß des vorigen Jahres war er mit einem Mann von größerem Gehalt, als alle diese, mit Friedrich Schiller, in näheren Verkehr gekommen. Obwohl seine Interessen im Grunde noch ganz unpolitische waren, so hatte er doch die Gelegenheit gehabt, enthusiastische Vorurteile über die französische Bewegung mit den Vorgängen selbst in Vergleich zu bringen: im August 1789 hatte er den Debatten der Nationalversammlung beigewohnt²⁾. Schon dieses Erlebnis mußte ihn in Genz' Augen interessant machen, der alles begierig in sich aufnahm, was ihn über die Revolution unterrichten konnte. Es dauerte nicht lange und die beiden jungen Männer traten in ein näheres Verhältnis zueinander. Humboldt, der seinen intimen Verkehr in Berlin auf die schöngeistigen Frauen Henriette Herz und Dorothea Veit und allenfalls auf den jungen Schweden Brinkmann beschränkte, war erst den Annäherungsversuchen Genz' ausgewichen. Ein längeres Gespräch, das der gemeinsame Verkehr mit Brinkmann vermittelte, hatte dann mit einer Niederlage Genz' geendet, die ihm die sophistisch feingeschliffene

1) Für das Folgende s. H. Haym, W. v. Humboldt S. 14 ff.

2) Wenn Humboldt später selbst die Erinnerung verloren hatte, ob es 1789 oder 1790 gewesen war (s. Briefe an eine Freundin, 11. Aufl. S. 124 ff.), was uns später Lebenden bei der Größe des Ereignisses unglaublich erscheint, so zeugt das eben von dem unpolitischen Grundcharakter des Mannes. Vgl. auch den

„Ideen“ spricht sich Humboldt über die Freundschaft aus: „bildende Nutzen solcher Verbindungen beruht immer auf dem, in welchem sich die Selbstständigkeit der Verbundenen zugleich mit Innigkeit der Verbindung erhält. Denn wenn ohne diese Innigkeit eine den andern nicht genug aufzufassen vermag, so ist die Selbstständigkeit notwendig, um das Aufgefaßte gleichsam in das eigene zu verwandeln. Beides aber erfordert Kraft der Individuen und Verschiedenheit, die nicht zu groß, damit einer den andern aufzufassen vermöge, auch nicht zu klein ist, um einige Bewunderung dessen, der andere besitzt, und den Wunsch in sich rege zu machen, es auch sich überzutragen“¹⁾. So war in Wirklichkeit das Verhältniß der Freunde beschaffen. Zwar durchaus verschieden war ihre äußere

Der eine ein Bürgerlicher, bestimmt, von unten auf zu dienen, wenn es hoch kam, das erste Werkzeug eines Ministers zu werden; andere Angehöriger des Standes, der alle leitenden Posten des Staates inne hatte, jederzeit in voller Freiheit, den Staatsdienst zu verlassen und seinen geistigen Interessen zu leben. Aber Geist und Charakter beider waren nur verschiedene Sprößlinge aus gemeinsamen Wurzeln. Beide waren mit durchdringendem Scharfsinn begabt. In der Politik äußerte er sich einseitiger als bei Humboldt; der Politiker in allen Beziehungen war er ganz ergeben, obwohl keineswegs unfähig zum Verständnis der Poesie — für die bildende Kunst hat er freilich nie den tiefsten Sinn besessen. Humboldt dagegen vielseitig, in der Politik im Reiche der Poesie und Wissenschaft Grandseigneur und allzu-

Weitere Zeugnisse über den Charakter der Freundschaft zwischen beiden Humboldts Briefwechsel mit Schiller (3. Ausg. hersgb. von Leitzmann) und Humboldts Briefw. mit den Gebrüdern Humboldt (hersgb. von Bratranec), wo Humboldt 1801 aus Anlaß einer Reise Genès' nach Weimar an Goethe schreibt (73): „Er gehört zu der Klasse der wenigen, die bei der innigsten Bekanntschaft auch am meisten gewinnen, und der Menge anders erscheinen, als dem Bekannten, die sie lange und anhaltend sahen. Ich lebe seit 12 Jahren in sehr vertraulicher Mittheilung mit ihm, und immer sind mein Interesse und meine Liebe an ihm gewachsen.“ Vgl. mit diesen Worten, die kurz nach Humboldts Rückkehr von einem jahrelangen Reisen geschrieben sind, die voreingenommene Schilderung des (W. v. Humboldt S. 202 u. 123 ff. Die letztere Stelle steht mit ihrer eigenen Einschätzung von Genès' Intellekt zudem in Gegensatz zu Hayms eigener Biographie).

1) „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen.“ (Wilhelm v. Humboldts Ges. Schriften. Ausgabe d. kgl. preuß. Akademie d. W. [Leitzmann] I, 107.) Das bekanntlich erst Jahrzehnte nach Humboldts Tod veröffentlichte Werk hatte ursprünglich die Gestalt eines Sendschreibens an Genès (s. Leitzmann a. a. O. S. 352).

der Höhe des Lebens stand, die Genz allein mittels seiner Fähigkeiten erklimmen sollte. Während Genz sich die Zeit stehlen mußte, um neben den ihm vom „Schicksal“ zugewiesenen Verwaltungsgeschäften an seiner geistigen Fortbildung zu arbeiten, konnte der begüterte und unabhängige Freund dem Kammergericht und dem Auswärtigen Amt nach der Tätigkeit eines knappen Jahres als 24-jähriger Legationsrat Lebenswohl sagen, sich „ohne Haß vor der Welt verschließen“ und im Verkehr mit den größten Geistern Deutschlands dem Ideal seiner Selbstbildung näher kommen. Als er Berlin verließ, konnte er als seine Lebensansicht äußern: „Ins Große und Ganze wirken, heißt bei mir auf den Charakter der Menschheit wirken, und darauf wirkt jeder, sobald er auf sich und bloß auf sich wirkt.“ Dies Ziel war für Genz unerreichbar. Aber die innige Freundschaft mit einem so hohen individuellen Idealen nachstrebenden Manne mußte auch auf ihn eine große Wirkung üben. War er bisher stark durch den üblichen Ton seiner Berliner Umgebung gebunden gewesen, hatten sich wenigstens seine Berliner Freundschaften nicht viel über das Niveau der Mittelmäßigkeit erhoben — mit Brinkmann, dem hochbegabten jungen Schweden, später einem seiner besten Freunde, scheint er damals nur oberflächlich verkehrt zu haben —, so daß er nun durch den Umgang mit Humboldt seinen Horizont mächtig weitert, sein ganzes Wesen gekräftigt und erhöht. In einem Brief aus der Zeit nach Humboldts Weggang von Berlin verließ er dieser Stimmung beredte Worte. In seinem Hochgefühl gedachte er nämlich plötzlich wieder der Freundin seiner Studienjahre in Königsberg, Elisabeth Graun, mit der er seit zwei Jahren außer Verbindung gekommen war: ihre unglückliche Ehe, obwohl faktisch längst getrennt, war noch nicht gelöst. Genz scheint nun Moment den Gedanken gefaßt zu haben, die Freundschaft, die sie innig verband und die doch nicht weitab von Liebe geblieben war, inmehr durch die Ehe zu krönen, nachdem Elisabeth Graun ihre Scheidung mit seiner Hilfe bewirkt haben würde. Er hat den Gedanken wieder fallen lassen; aber der Entwurf des Briefes, den er ihr zwei Jahre später, nach seiner eignen Verheirathung, zuschickte, ist erhalten. Er heißt darin von der Metamorphose, die er seit ihrer Trennung durchgemacht habe: „In den 5 Jahren, die seit unserer Trennung verflossen, ist der Maßstab, mit dem ich die Menschen messe, gewaltige Alterationen durchgitten, er ist zuletzt, ich leugne es nicht, durch die immer wachsende Entwicklung meines inneren Menschen, zum Teil auch durch einige Modelle hoher, vollendeter Menschlichkeit, die ich auf meinem Wege fand, groß geworden, daß ich jetzt das Meiste von dem, was mich sonst niedrigte, verachte, und so stolz und hart es auch klingen mag, fast

ausbilden, aber seine Persönlichkeit gehe verloren. Der Adlige wirke schon allein, „durch die Darstellung seiner Person“; der Bürgerliche alle einzelne Fähigkeiten ausbilden, um brauchbar zu werden, und es werde schon vorausgesetzt, daß in seinem Wesen keine Harmonie sei¹⁾. Wenn diese Harmonie ist es, nach der wir Genz streben sehen. Nichts machte ihm größeren Eindruck bei Humboldt, als die Einheit von Denken und Wollen, die sein Wesen durchdrang. Die bürokratische Routine, die er selbst im Jünglingsalter eingeführt worden war, stand dagegen weit in den geringsten Beziehungen mehr zu seiner geistigen Tätigkeit.

Zu dieser Zeit beginnt er über seinen Beruf zu klagen, „über die Notwendigkeit, auf eine mir verhaßte, mit meinem ganzen Wesen nicht harmonisierende Art zu arbeiten“. Er wendet sich an Garve um seine Unterstützung bei dem Minister Graf Hohn wegen einer Anstellung bei einem Breslauer Magistrat. Die „sklavische und mechanische“ und dabei wenig einbringende Arbeit — er hatte noch nicht einmal fixes Gehalt —,

der er bei dem Generaldirektorium verdammt sei, „der ewige intellektuelle Selbstmord“, in dem er in Berlin fortvegetiere, zwingt ihn unter der Billigung des Vaters, an einen anderen Weg des Fortkommens zu denken, bei dem ihm mehr Freiheit zur Pflege seiner geistigen Kultur lassen sei. Das Gesuch des Vaters wurde von Hohn abschlägig beantwortet, und Genz blieb bei dem Generaldirektorium; bald darauf rückte er in ein fixes Gehalt ein, aber seine Abneigung gegen die papierne Tätigkeit wuchs.

Der Verkehr mit Humboldt blieb aber auch nicht ohne Einfluß auf seine politischen Anschauungen. Nicht als ob ihm der Freund mit seiner fest formulierten, den gangbaren Ansichten entgegengesetzten politischen Überzeugung gegenübergetreten wäre. Wenigstens können wir in Genz' Schilderung von ihren Gesprächen keine Spur davon entdecken, daß wir sehen ihn sich noch, als Humboldt Berlin verlassen hatte, als Anhänger der Revolution gebärden. Sein Interesse an der Politik war

1) Goethe im Wilhelm Meister (Lehrjahre 5. Buch 3. Kap.). Mit Bezugnahme auf Goethe schließt sich auch Garve dieser Ansicht an („Über Gesellschaft und Einsamkeit“ in den „Versuchen“ IV, 51). Desgleichen Rehberg, „Über den adelichen Adel“ (Sämtl. Schr. II, 238). Der Widerspruch, den R. M. Meyer in seiner Biographie Goethes gegen diese Ansicht erhebt (S. 326), ist somit unstatthaft. — Natürlich entgingen alle die Angehörigen des Bürgerstandes, die die Überlegenheit des zeitgenössischen Adels auf gesellschaftlichem Gebiete anerkannten, der Verleumdung, weder Goethe noch Garve (s. eine ausführliche Verteidigung des letzteren gegen solche Vorwürfe in Woltmanns Zeitschrift für Geistes- und Politik Bd. I (1800), 287 ff.).

Offensivkraft der zentralistisch wirkenden abstrakten Ideen; ebenso er darin, daß er glaubte, auch beim Scheitern der Konstitution ihre vorübergehende Existenz „doch die Ideen auf neue aufzufrischen, jede tätige Tugend anzufachen und so ihren Segen weit über reichs Grenzen verbreiten“. Aber der Angriff auf die „Menschen-
 Ummannung im großen“ war völlig geglückt. Ohne Zweifel haben
 eiden Freunde über den Gegenstand eifrig korrespondiert; auch be-
 : Genz den bewunderten Genossen auf seinem thüringischen Gute,
 Humboldt setzte, ganz gegen seine Gewohnheit, seine politischen
 ien fort. Im Mai 1792, als eben der Krieg der deutschen Mächte
 : die Revolution ausgebrochen war, vollendete er eine Abhandlung,
 r ursprünglich als ein Sendschreiben an Genz gedacht¹⁾, dann im
 hr mit Dalberg zu einer umfassenden theoretischen Untersuchung
 tert hatte: „Die Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirk-
 it des Staats zu bestimmen“, seine erste und zugleich seine letzte
 re politische Abhandlung. Genz wird gewiß zu den ersten gehört
 t, denen das Manuskript zu Gesicht kam. Soweit es politische
 nstände betraf — denn es enthielt ebensoviele Lebensphilosophie als
 il — wird er wenig davon befriedigt gewesen sein. In diesem
 ren Produkt des geistvollen Freundes trat denn doch die Dilettanten-
 eit seiner Anschauungen stark hervor. Hatte er vor Jahresfrist
 lationalversammlung das Unvermittelte ihres Vorgehens, die Sucht,
 Mängel des Staats mit einem Male zu beseitigen, vorgeworfen, so
 er nun literarisch eine eben so radikale Kritik des ganzen bestehenden
 indes, ohne doch, wie er selbst bemerkte, imstande zu sein, die Wir-
 n seiner eignen Vorschläge auf so grundlegende Faktoren wie
 ngen und Volkswirtschaft berechnen zu können. Zwei Grund-
 ngen beherrschen die Schrift. Vor allem seine eigene aristokratische
 sphilosophie: „Der wahre Zweck des Menschen ist die höchste und
 rtionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser
 ung ist Freiheit die erste und unerläßlichste Bedingung.“ Auf das
 tleben würde er diese Maxime, die man als die eines aufgeklärten
 mus bezeichnen kann, wohl kaum angewendet haben, wenn nicht
 eite Tendenz, seine große Abneigung gegen den Bureaucratismus
 reußischen Monarchie, hinzugekommen wäre. Dieser Widerwille,
 ich wohl während seiner doch sehr kurzen Tätigkeit im Staats-
 e gebildet haben mochte und ihm zu den heftigsten Diatriben gegen
 Beamtentum Anlaß gibt, war offenbar durch die Lektüre Adam

1) Siehe S. 25 Anm. 2.

hte er sich als Bewohner des Staats, der seine Wirksamkeit ein-
 üben sollte? Sie mußten wohl alle die geistige Höhe des Kreises,
 dem er selbst lebte, besitzen. Er ruft an einer Stelle aus: „Gewiß
 noch kein Mensch tief genug gesunken, um für sich selbst Wohlstand
 Glück der Größe vorzuziehen¹⁾.“ Neben solchen Grundirrtümern des
 Enthusiasmus enthält die Schrift freilich manche herrliche, dem Umgang
 Plato entsprossene Gedanken über Gegenstände, die mit dem eigent-
 lichen Vorwurf nur in loser Verbindung stehen; aber in der Hauptsache
 sie ein unreifer Versuch, das Prinzip hoher individueller Geistes-
 ur auf die komplizierte und anders geartete Materie des Staats zu
 tragen, und wenn er schließlich selbst zugibt, eine Utopie geschaffen
 haben und sehr vernünftige Grundsätze für die praktische Ausführung
 Reformen aufstellt, so kann das an dem Grundcharakter des
 Werkes nichts ändern. Wäre es zum Druck gekommen, wie Humboldt
 ursprünglich beabsichtigte, so würde es den verbreiteten Sympathien für die
 Revolution nicht unbedeutende Beihilfe gewährt und die ohnedies
 ziellose Führung des Krieges der deutschen Mächte zu lähmen geholfen
 haben. Bedenken ähnlicher Natur mögen es auch gewesen sein, die Hum-
 boldt bestimmten, auf die Veröffentlichung zu verzichten, die auch ohne
 Genehmigung der preussischen Zensur sehr wohl möglich gewesen wäre²⁾,
 sich wieder ganz den ihm so viel näher liegenden literarischen Stu-
 dien hinzugeben. Vielleicht hat auch noch ein anderes Motiv zu diesem
 Beschluß beigetragen: sein Freund Geng war inzwischen zu politischen
 Verhältnissen gekommen, die den seinen aufs schroffste widersprachen und
 von Bedeutung er sich doch nicht verschließen konnte. Im Dezember
 1792 erschienen Burlesques Betrachtungen über die französische Revolution
 verfaßt von Geng und begleitet von fünf selbständigen Abhandlungen;
 bedeutendste Wert, daß die französischen Ereignisse auf deutschem Boden
 zur Sprache gebracht hatte. Es war Friedrich Wilhelm II. gewidmet,
 der sich zur Rettung des bedrängten Königtums im Felde befand und dessen
 persönliche Erbitterung gegen die Republikaner weit und breit bekannt war³⁾.
 Mit ihm beginnt die große publizistische Laufbahn des jungen preussischen
 Mannes.

1) Siehe S. 113 a. a. O.

2) Diese Annahme erklärt am besten den Umstand, daß Humboldt nach
 tritt der Schwierigkeiten mit der Zensurbehörde in Berlin den Druck um ein
 Jahr verschob. Binnen dieser Zeit glaubte er wohl den Krieg
 nicht.

3) Die Widmung nur in der ersten Auflage mit der Jahreszahl 1793 (die
 zweite erschien im Herbst 1793 mit der Jahreszahl 1794; sie hat einige Zusätze).

STANDARD HANDBOOK

II.

Mediatifizierung der Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Rossla¹⁾.

Von

Conrad Bornhaf.

Die Grafschaft Stolberg besteht aus der uralten Grafschaft Stolberg, später einem kurmainzer Lehen, und dem allodialen Amte Hahn, Grafschaft Stolberg-Rossla aus den von den Landgrafen von Thüringen, später von Kursachsen lehnbaren Ämtern Rossla, Eberburg und Stenberg, dem halberstädtischen Lehnsamte Wolfsberg und den allodialen Dörfern Dietersdorf, Dietrichenrode und Utrungen. Zu beiden Grafschaften gemeinsam gehörte die Hälfte der wiederkäuflich verpfändeten Lehnämter Kelbra und Heringen. Die beiden erst 1706 endgültig getheilten Grafschaften bildeten ein einheitliches Gebiet mit gemeinsamen Landtagen.

Die regierenden Grafen nahmen an den Grafentagen in der Wetterau, für ihre Harzgebiete teil und übten das Gesetzgebungs- und Verwaltungsgewalt in ihren Grafschaften. Die Reichs- und Kreisverordnungen, die ihnen seit 1471 unmittelbar zugingen, wurden von ihnen verordnet. In der Reformationszeit setzten sie zuerst in Deutschland ein evangelisches Konsistorium zu Stolberg ein und übten seitdem das landesherrliche Kirchenregiment aus. Die den Grafen in vollem Umfange zu-

1) Vgl. Botho, Graf zu Stolberg-Wernigerode, Geschichte des Hauses Stolberg vom Jahre 1210 bis zum Jahre 1511, Magdeburg 1883; C. F. Römer, Staatsrecht und Statistik des Churfürstentums Sachsen und der dabei befindlichen Lande, Halle 1787 ff., Bd. 2, S. 70 ff.; Weiße, Lehrbuch des Königlich sächsischen Staatsrechts, Leipzig 1824 ff., Bd. 1, S. 37 ff.; H. A. Zachariae, Gutachten, die staatsrechtlichen Verhältnisse des Gräflichen Hauses und der Grafschaft Stolberg-Wernigerode zur Preussischen Krone betreffend, Göttingen 1862.

4. die Grafen die Untertanen in ihren sächsischen Lehnämtern nicht in anderen Anlagen beschweren sollten.

Erst nach der endgültigen Teilung der beiden Grafschaften im Jahre 1706 erfolgte eine weitere Ausdehnung der sächsischen Machtbefugnisse und zwar zunächst in der Grafschaft Stolberg-Stolberg.

Im Jahre 1720 wurde dem Grafen Christoph Friedrich zu Stolberg-Stolberg von dem Kurfürsten angeschlossen, mehrere sächsische Mandate und Verordnungen auch in dem ältesten Teile der Grafschaft Stolberg, welche damals schon kurmainzer Lehen war, zu verhängen. Obgleich der Reichshofrat durch mehrere Concluse jede weitere Turbierung der Grafen untersagte, ließ Kurfürst August der Starke Truppen in Stolberg einmarschieren. Nachdem die Bevollmächtigten aus dem Archive zu Stolberg die wichtigsten Urkunden gewaltsam an sich genommen und den Grafen unterdrückt hatten, zwang der Kurfürst den regierenden Grafen Christoph Friedrich, unter dem 11. August 1730 und 5. April 1738, ihm vorzulegen Reversen als freiwillig abgegeben zu unterzeichnen. Darauf erhielt der Graf unter dem 16. Mai 1738 von dem Kurfürsten eine ausführliche Deklaration seiner Rechte.

Nach diesen Reversen und der Deklaration wurde für die Grafschaft Stolberg-Stolberg folgendes festgestellt:

1. Der Kurfürst, Landgraf von Thüringen, hat als alleiniger Landesherren die landesherrliche Hoheit über die sowohl aus sächsischen als aus fremden Lehen und Allodien bestehende Grafschaft. Der Graf ist deshalb zur Erbhuldigung verpflichtet und hat vor der sächsischen Landesregierung, dem Appellationsgerichte und dem Oberhofgerichte zu erscheinen sowohl in personalibus wie realibus Recht zu nehmen und zu thun. Der Graf aber behält das Recht der Reichs- und Kreisstandschaft mit den davon abhängenden Privilegien, Immunitäten und Gefürstungen.

2. Der Kurfürst hat das summum jus circa sacra. Vermögen gelten die kurfürstliche Kirchenordnung und andere kirchliche Verordnungen auch für die Grafschaft, der Graf muß sich Generalvisitationen unterwerfen lassen, und das Kirchengesamte findet in erster Linie für den Kurfürsten und sein Haus statt. Der Graf bestellt dagegen ein geistliches Gericht oder Unterkonsistorium mit den unter Nr. 3 der Deklarationsurkunde angegebenen Befugnissen. Der betreffende Satz der Deklarationsurkunde lautet:

„Gestatten Wir dem Grafen noch ferner das Geistliche Gericht oder Unterkonsistorium zu Stolberg, ingleichen Superintendenten und Geistliche Inspectores zu berufen, sowie gewöhnlicher Maßen zu verpflichten,

indieren, Lokalstatuten und Innungen confirmieren, jene jedoch nur Approbation der Landesregierung.

5. Der Kurfürst hat das jus armorum oder belli et foederum. Graf übt die Gerichtsfolge in Ämtern and Städten, das Aufgebot Untertanen zu Ehren- und Notzügen, die Subrepartition bei Durchschén, Standquartieren, Auflösung der Mannschaft und sonst.

6. Das Besteuerungsrecht ist ein landesherrliches; der Graf genießt s Stempelfreiheit in eigenen Sachen, ist für seine Person und Güter persönlichen und Reallaften frei, kann auch bei Ausstattung gräflicher Töchter von den Untertanen eine Beisteuer einfordern, aber nicht dem Namen Fräuleinsteuer belegen. Die Einführung eines neuen tributionsmodus soll nur mit des Grafen Einwilligung geschehen. Allen schon damals oder künftig bewilligten Steuern genießt der Graf die Hälfte. Überdies wird ihm die Hälfte der Reichs- und Kreissteuern aus der Steuerklasse entrichtet.

7. Der Kurfürst hat das hohe Bergregal einschließlich der Goldwerke der Grafschaft und den halben Bergzehnt von allen Metallen, Graf die andere Hälfte, ferner die alleinige Nutzung der Steinkohlen anderer geringen Metalle, den Verkauf von Silber, Kupfer usw., Herstellung eines Bergamts mit einem Berghauptmann, endlich die Pessionerteilung in eigenem Namen unter Konfirmation des Finanzregiums zu Dresden.

8. Der Graf hat das Münzrecht unter genau bestimmten Bestimmungen.

In ähnlicher Weise wie der regierende Graf zu Stolberg mußte sich dessen Bruder, der regierende Graf Jost-Christian zu Rossla, der Herr der Rosslaer Linie, der sächsischen Obergewalt unterwerfen und einen Submissionsrevers vom 12. Dezember 1731 vollziehen. Nach seinem Tode waren seine Söhne am 21. Januar 1740 zur Unterzeichnung eines letzten Reverses genötigt, der den des Grafen zu Stolberg-Stolberg vom 5. April 1738 wörtlich übernimmt und letzteren auch als für Stolberg-Rossla verbindlich erklärt. Beide Reverse, von 1731 wie von 1740, wurden, wie sich aus der ganzen Fassung ergibt, einfach von Sachsen diktiert und seitens der Grafen nur infolge des äußersten Zwanges vollzogen. Demnächst erhielten auch die Grafen zu Rossla am 17. Mai 1755 eine königliche Deklaration, die jedoch nur allgemein auf die Submissionsreverse Bezug nimmt und die denselben hiernach verbleibenden Rechte bestätigt.

Nach diesen Urkunden wird für die Grafschaft Stolberg-Rossla im folgenden festgesetzt:

4. Stolberg-Stolberg $\frac{8}{48}$;

5. Stolberg-Roßla $\frac{4}{48}$.

Ungefähr um dieselbe Zeit wie die Grafen von Stolberg unterwarf das sächsische Kurhaus auch die Fürsten von Schwarzburg bezüglich der ihnen gehörigen Hälfte der Ämter Melbra und Heringen und die Grafen zu Schönburg seiner Landeshoheit.

Trotz dieser erzwungenen Unterwerfung unter einzelne Rechte der Landeshoheit betrachtete man die Grafen auch für ihre Harzbesitzungen weiterhin als unmittelbare Reichsstände. So führt namentlich Häberlein in seinem Handbuche des Deutschen Staatsrechts, Berlin 1797, Bd. 3, S. 285, aus, daß die zumal erzwungene Unterwerfung unter einzelne Teile der Landeshoheit eines mächtigeren Nachbars für die Rechtsstellung des betreffenden Reichsstandes nicht präjudizierlich sei, und bemerkt wörtlich: „So sind auch die Fürsten von Schwarzburg und die Grafen von Stolberg den Sächsischen und respektive Brandenburgischen und Braunschweigischen Häusern in Ansehung der Appellationen und der höheren gesetzgebenden Gewalt unterworfen, wenn sie gleich unmittelbar und Reichsstände sind.“

Zusolge des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803 nahm Sachsen die bisher kurmainzer Lehnsherrlichkeit über die alte Grafschaft Stolberg in Anspruch. Mit der Auflösung des Reiches im Jahre 1806 fielen auch die bisherigen Beziehungen der Grafen zu Kaiser und Reich fort. Im übrigen blieb das durch die Reverse und Deklarationen festgestellte Rechtsverhältnis der Grafen zu Sachsen unverändert.

So hatte es Sachsen verstanden, schon lange vor dem Untergange des alten Reiches, gestützt auf seine Lehnsherrlichkeit über einzelne Gebiete, im wesentlichen eine Landeshoheit über beide Grafschaften zu erwerben und den Grafen nur einzelne untergeordnete Regierungsrechte zu belassen. Es war das bewirkt, was man später bei anderen Reichsständen als Mediatifizierung bezeichnete. Da hier aber die Unterwerfung bereits erfolgt war, fanden die Bestimmungen der Rheinbundsakte über die Stellung der Standesherrn auf die beiden Grafschaften selbst dann nicht Anwendung, als Sachsen dem Rheinbunde beigetreten war.

Allerdings machten sich Bestrebungen geltend, die neu erworbene Souveränität des sächsischen Staates, die nach der Rheinbundsakte als Rechte in sich schloß „ceux de législation, de juridiction suprême, de haute police, de conscription militaire ou recrutement et d'impôt“ gegenüber den standesherrlichen Gebieten mit größerer Entschiedenheit zur Geltung zu bringen und die standesherrlichen Rechte auf das durch

ete am 30. Dezember 1813, daß wegen der Kriegssteuern und wegen Abgaben zu allgemeinen Polizeianstalten keine Steuerbevorzugung Grafen mehr statfinde. Die Grafen erklärten sich hiermit am Februar 1814 unter Verwahrung ihrer Rechte aus patriotischen rden einverstanden. Darauf ordnete der Generalgouverneur am März 1814 an, daß Nachzahlungen bis zum Schlusse des ver- jenen Jahres von den Grafen nicht zu verlangen seien.

Abgesehen von diesem vorübergehenden Eingriffe des General- ernerments blieben also bis zur Abtretung der Grafschaften an ißen trotz aller Bestrebungen nach einer Abänderung die Reverse Deklarationen des 18. Jahrhunderts die Grundlage für die Ver- ng der Grafschaften.

Die Grafen hatten daher eine wirkliche Regierungsgewalt. Ihre rden, Kanzlei und Konsistorium, hatten ihnen alle Angelegenheiten, nicht der streitigen Gerichtsbarkeit angehörten, zur persönlichen Ent- dung vorzutragen. In Rosla übte Graf Wilhelm um diese Zeit rein persönliches Regiment, wie es den meisten tüchtigen Fürsten 18. Jahrhunderts eigentümlich ist, und daß er als die höchste Pflicht n seine Grafschaft betrachtete. Insbesondere auf dem Gebiete Schulwesens erließ er kraft der ihm zustehenden Regierungsrechte Schulordnung, die allerdings verloren gegangen ist. Die Lehrer f er nicht nur, sondern übte auch über sie die volle Disziplinargewalt

Durch Kabinettssordre vom 14. April 1791 wurden besondere jährliche Besoldungszulagen von 10 Thlrn. eingeführt, deren Aus- ung von dem Nachweise des Wohlverhaltens durch Zeugnisse der egeistlichen abhängig war. Gegen einzelne Schullehrer spricht entlich der Erlaß vom 22. September 1809 auf Grund der statt- ndenen Reisen Rügen aus unter Androhung der Entziehung der altszulagen. Über die erforderlichen Schulneubauten und Reparaturen hied er persönlich. Den Grafen blieb also trotz der Unterwerfung r die höchste Staatsgewalt noch ein weites Gebiet eigener Betätigung.

Die 1807 drohende Gefahr, als Austausch gegen den Rottbusen is an das Königreich Westfalen abgetreten zu werden, war an den hschaften vorüber gegangen. Dagegen wurden auf Grund der Be- mungen des Wiener Kongresses mit der größeren Hälfte des König- is Sachsen auch die Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg- sla an Preußen abgetreten. Der Art. 13 des Friedens- und Freund- stsvertrages zwischen Preußen und Sachsen vom 18. Mai 1815, durch

die Abtretung auch von sächsischer Seite vollzogen wurde, bestimmte t wörtlich: „Seine Majestät der König von Preußen versprechen Alles,

an-Wernigerode unter dem 13. August 1822 ein Rezeß abgeschlossen am 17. September 1822 vom Könige genehmigt worden, wodurch rasen eine wirkliche Regierungsgewalt, so die Ausführung aller den Gesetze und Verordnungen mit Ausnahme der Steuergesetze wurde, er insbesondere in Kirchen- und Schulsachen das Recht selbständig Verordnungen und Verfügungen zu erlassen. Im 1821 war jedoch der Regierungsrat Just gestorben, und die Verhandlungen mit den beiden anderen Stolberger Häusern ins Stocken. Am 14. Januar 1824 baten daher die beiden um Fortsetzung der Verhandlungen, erhielten jedoch erst auf eine Anfrage am 23. September 1828 Antwort.

Während diese Unterhandlungen noch schwebten, waren infolge der den Steuergesetzgebung der Jahre 1818 bis 1822 die bisherigen der Grafen auf dem Gebiete der Besteuerung, so namentlich ihre Steuerverwaltung, ihr Recht auf die Hälfte des Steuerertrages und Zustimmungrecht bei einer Änderung des Steuerfußes, ohne ihnen auch nur zu befragen, durch einseitige Akte der preussischen Regierung aufgehoben worden.

Im Jahre 1831 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, auf preussischer Seite der im Finanzministerium beschäftigte Regierungsrat Giesecke als Kommissar tätig war. Dieser hob schon Anfang an hervor, daß eine Reihe der rezeßmäßigen gräflichen bereits durch die allgemeine Gesetzgebung aufgehoben sei und nicht mehr in Frage käme, man auch höheren Orts einer ausser Anerkennung der standesherrlichen Rechte durchaus abgeneigt auch bei diesen Verhandlungen legten die Grafen den größten Wert auf materiellen Einfluß bei der Verwaltung ihres Gebietes. Ein solches Abkommen wurde jedoch nicht abgeschlossen, da die preussische Regierung die Regelung des Verhältnisses durch einseitigen Akt der Regierungsgewalt beabsichtigte. Die Grafen erklärten sich schließlich, um wenigstens den Rest ihrer Rechte zu sichern, mit dem Inhalte der Konzessionsurkunde einverstanden, zumal der preussische Kommissar über den materiellen Einfluß der Grafen auf die Verwaltung eine beruhigende Erklärung abgegeben hatte, die allerdings mit dem klaren Wortlaute der Konzessionsurkunde im Widerspruche stand. Die Konzessionsurkunde wurde am 1. März 1836 vom Könige vollzogen. Bei ihrer Aushändigung mußten die Grafen die preussischen Kommissare ausdrücklich die Anerkennung der Grafen und ihren Dank an den König entgegennehmen. Der Inhalt der Konzessionsurkunde ist im wesentlichen folgender: Die Grafen zu Stolberg-Stolberg und Stolberg-Rossla haben die

Polizeirates und den Befugnissen eines Landrates ausüben lassen. Bei der Verwaltung der Medizinal- und Gesundheitspolizei haben die gräflichen Physici und Chirurgen die Funktionen der staatlichen Kreis-Medizinalbeamten. Von den gräflichen Behörden festgesetzte Polizeitrafen, die, soweit sie Geldstrafen sind, auch von den gräflichen Behörden erhoben werden, können die Grafen mildern oder ganz erlassen. Die Forstpolizei wird im ganzen Umfange der Grafschaften durch gräfliche Ober- und Revierförster geübt, über nicht gräfliche Forsten jedoch nach Maßgabe der allgemeinen Schranken. Dem Landrate sind die gräflichen Polizeibehörden über alle Gegenstände ihres Ressorts zur Auskunft verpflichtet. Für Bergsachen bleibt dem Grafen die Errichtung eines Bergamtes vorbehalten, dessen Mitglieder jedoch vorher dem kgl. Oberbergamte präsentiert und auf das königliche Interesse mit verpflichtet werden müssen. Der Finanzminister kann jedoch ein besonderes Verwaltungsregulativ abfassen lassen, und der König dem gräflichen Bergamte einen besonderen Beamten beordnen. Das kgl. Oberbergamt bildet die vorgesetzte Behörde des gräflichen Bergamtes, letzteres darf ohne dessen Genehmigung für die Zukunft keine Konzessionen und Verleihungen erteilen. Das mit dem gräflichen Bergamte zu verbindende Berggericht übt die Bergpolizei und die Bergjustizpflege unter Aufsicht des Oberbergamtes.

Ihre Rechte in bezug auf Kirchen, Schulen, Erziehungsanstalten und milde Stiftungen üben die Grafen durch ihre Konsistorien zu Stolberg und Rossla, deren jedes aus zwei bis drei Mitgliedern der Justizkanzlei und zwei geistlichen Besitzern bestehen muß. Diese gräflichen Konsistorien haben die Befugnisse der Regierungsabteilungen für Kirchen- und Schulwesen wie diejenigen der königlichen Konsistorien, desgleichen die Befähigung, Ordination und Einführung der Geistlichen, vor deren Anstellung die Grafen eine besondere Prüfung durch ihr Konsistorium veranlassen können. Die Superintenden ten werden von den Grafen ernannt und durch das gräfliche Konsistorium eingeführt. Die gräflichen Konsistorien stehen unmittelbar unter dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen.

Die gräflichen Beamten haben den Charakter mittelbarer Staatsbeamten und bedürfen der gleichen Qualifikation, sowie mit Ausnahme der Subaltern- und Unterbeamten der Bestätigung, werden auch in ihrem Diensteide dem Könige und dem Grafen verpflichtet. Die Disziplin und Pensionierung regelt sich nach denselben Grundsätzen wie für die Staatsbeamten.

Eine unmittelbare Einwirkung auf die materielle Geschäftsführung ihrer Beamten steht dem Grafen nicht zu, wohl aber können sie von

III.

Albrecht der Bär.

Von

Hermann Rabbo.

Schon die Zeitgenossen gaben Albrecht, dem ersten Markgrafen von Brandenburg, den Beinamen des Bären¹⁾, und stellten ihn so bewußt ihrem großen Widersacher Heinrich, den sie den Löwen nannten, gegenüber²⁾. Ein alter Volkspruch setzt beide Fürsten, den Welfen und den Staufer, in eine Linie mit Friedrich Barbarossa und sagt, die drei hätten die Welt verkehren können³⁾. Über den Kaiser Rotbart und über Herzog Heinrich von Sachsen und Bayern steht uns eine Fülle von historischem Material zur Verfügung, so daß wir in der Lage sind, uns

1) Als erster tat dies Helmold in seiner *Chronica Slavorum* I, 35 und 88, G. SS. XXI, 38 und 81.

2) Über die wahrscheinliche Entstehung dieses Beinamens vgl. D. v. Heineken, *Albrecht der Bär* 316 ff. Anm. 5.

3) Es ist mir leider nicht gelungen, die Herkunft der bekannten und oft zitierten Strophe über die drei Fürsten zu ermitteln. F. G. von Raumer in den *Regesta historiae Brandenburgensis* (1836) S. 230 nennt als Quelle, woher er die Verse anführt, Franke 3, 228. Ich weiß mit diesem ungenügenden Material nichts anzufangen. Mittelalterlich wird die Strophe sicher sein; aber ich wage kaum zu betonen, wie viel höher ihr geschichtlicher Wert wäre, wenn sie als einigermaßen zeitgenössische Überlieferung in Anspruch nehmen ließe. Man würde man aus ihr schließen dürfen, daß es persönliche Eigenschaften waren, in denen der Staufer dem Kaiser und dem Welfen gleichgesetzt werden konnte, denn an Macht stand er ihnen weit nach. Übrigens ist auch zu beachten, daß Albrecht in den Augen seiner Zeitgenossen vor den beiden anderen als der bessere Mann vielleicht etwas voraus hatte; er gehört einer älteren Generation. Kaiser Friedrich (geb. 1123) war der Vetter Heinrichs des Löwen (geb. 1129), Albrecht aber (geb. spätestens 1100) der Vetter von Heinrichs Vater.

as will sagen, daß Albrecht sie zu seinem vom Reiche anerkannten Ausdehnungsgebiet rechnete. Einen Angriff der Slaven, die Havelberg besaßen hatten, wies er in zwei Feldzügen der Jahre 1136 und 1137 zurück und eröffnete sich wohl so den Weg zur Eroberung der Mark ¹⁾. Abermals schien es, als ob sein Ehrgeiz im Slavenlande dauernd ein fruchtbares Feld der Betätigung finden würde; aber wieder wurde er nach rückwärts abgelenkt.

1137 starb Kaiser Lothar; sterbend hatte er Herzog Heinrich dem Stolzen von Bayern auch das Herzogtum Sachsen übergeben. Heinrich stand, abgesehen davon, daß er Lothars Schwiegersohn war, ein gewisses Recht zur Seite, da er durch seine Mutter Wulfhild ein Enkel des sächsischen Herzogs Magnus war. Derselben Verwandtschaft konnte sich auch seine Mutter Hilka auch Albrecht rühmen, zudem hatte sein Vater Otto wenigstens für einen Augenblick den Titel eines Herzogs von Sachsen geführt. Als sich nun der neue König Konrad III. sofort mit Heinrich dem Stolzen überwarf und ihm Sachsen absprach, übertrug er das Herzogtum auf den nächsten Anwärter, Albrecht: es ist genau dieselbe Politik, die 1112 Kaiser Heinrich V. eingeschlagen hatte; der suchte den Sachsenherzog Lothar dadurch zu bekämpfen, daß er ihm einen Gegner suchte in der Person des sächsischen Grafen Otto von Ballenstedt; dieser aber hatte sich um die Herzogswürde, die er sich erst erkämpfen sollte, nicht bemüht. Anders sein Sohn Albrecht, der den Streit mit seinem welfischen Vetter sofort aufnahm. Während Hilka von den Stammlanden ihres Sohnes aus den Kampf eröffnete, drang Albrecht in raschem Siegeszuge über Lüneburg und Bardowiek nach Bremen vor ²⁾. Doch die Erfolge waren errungen, als Heinrich der Stolze noch in Bayern kämpfte; sowie er im nächsten Jahre in Sachsen erschien, wandte sich das Glück; Albrecht verlor nicht nur das Herzogtum wieder, sondern seine Stammlande und die Nordmark dazu. Als im gleichen Jahre Heinrich starb, machte er einen erneuten Versuch, sich in Bremen festzusetzen; das Unternehmen schlug fehl und hätte ihm beinahe das Leben gekostet ³⁾. Die Sachsen traten für Heinrichs des Stolzen zehnjährigen Sohn, den späteren Heinrich den Löwen ein. Jahrelang zog Albrecht als ein Herzog ohne Land im Gefolge des Königs in Deutschland um-

1) Die Annahme Heinemanns a. a. O. 110 ff., Albrecht habe auch den ersten Romzug Lothars 1136—37 mitgemacht, ist durch Bernhardi, Lothar 608, Anm. 41, sehr unwahrscheinlich gemacht.

2) Helmoldi chron. Slavorum I, 54, MG. SS. XXI, 53.

3) Bernhardi, Konrad III. Bd. I (1883), 119, Anm. 38.

missionieren. Ganz offen betrachtete man auch in den Kreisen der Krieger die Heerfahrt als einen Rachekrieg gegen den Nationalfeind. Führer, unter denen in vorderster Linie Albrecht der Bär stand, verfolgten ihre eigenen Zwecke bei der Unternehmung. Sie wollten die Gebiete, die sich auf den Kreuzesruf unter ihren Fahnen geschart hatten, erobern, um durch sie die eigene Herrschaft nach Osten hin zu erweitern. Es lag nicht so sehr daran, daß gegen die Slaven ein Vernichtungskrieg geführt würde; ihnen war es ebenso lieb, wenn die Bevölkerung der eroberten Gebiete, die sie erwerben wollten, blieb und ihnen untertan und tributpflichtig wurde. Auch hielten sie es für zweckmäßig, ihren Leuten zu verschweigen, daß in Pommern, wohin der Zug ging, schon das Christentum bestand; sonst hätte doch vielleicht ein Teil der Kreuzfahrer berechtigten Bedenken den Fürsten die Heeresfolge verweigert. Der Slavenkreuzzug war schließlich nichts anderes als eine mit großen Mitteln unternommene, mit Feuer und Schwert durchgeführte Heerfahrt ins Binnenland bis nach Pommern hinein, wie in kleinerem Stil derartige Züge an der Grenze häufig genug von hiesigen und drüben stattfanden. Beurteilt man die Unternehmung nach dem, was zu sein sie sollte, als eine Tat zur Ausbreitung des Christentums, so endigte sie mit einem völligen Mißerfolg; denn die Slaven mußten natürlich in ihrer Abneigung gegen die Religion der Deutschen, die ihre Volksgenossen töteten und ihre Siedelungen verbrannten, noch bestärkt werden.

Anders stellt sich vielleicht der Slavenkreuzzug dar, wenn man ihn in den Zusammenhang der ostdeutschen Siedelungsgeschichte. Schon der Aufruf von 1108 zeigte, daß damals aus Westdeutschland Ansiedler nach der Slavengrenze sich niederließen. Seither wird der Strom der Kolonisation, durch die das Gebiet der deutschen Zunge langsam immer weiter nach Osten vorgeschoben wurde, nie ganz versiegt sein. Wichtig ist nun, daß die östlichen Fürsten in der Erkenntnis, daß diese Bewegung ihnen den größten Nutzen brachte, die Leitung derselben planmäßig in die Hand nahmen. In Holstein und längs der Ostseeküste leitete Heinrich der Löwe und sein Vasall Adolf von Schaumburg die Fortsetzung der Kolonisation; weiter südlich fiel die gleiche Aufgabe Albrecht dem Bären zu, neben ihm auch den Magdeburger Erzbischöfen. Es ist eine umstrittene Frage, ob die Deutschen neben und zwischen den Slaven, die man vorfand, angesiedelt wurden oder ob man sich an die Vertreibung des alten Aufrufs von 1108 hielt, die Heiden totzuschlagen oder zu zwingen und sich an ihre Stelle setzte. Mit einem Worte ist die Frage überhaupt nicht zu beantworten; das Problem der slavischen und germanischen Bevölkerung wurde in verschiedenen Gegenden verschieden

äußersten deutschen Westen, aus dem der Mark die besten Kräfte zur Kolonisation zuströmten, pflegten die askanischen Markgrafen weiter: Otto II. hat sich aus Holland die Gattin geholt.

Albrechts jüngster Sohn Bernhard erhielt 1180 nach Heinrichs des Löwen Sturze das Herzogtum Sachsen; so verwirklichte sich zehn Jahre nach des Vaters Tod, was dieser so oft vergeblich angestrebt hatte. Bernhard wird, wenigstens als junger Mann, bezeichnet als der tüchtigste unter Albrechts Söhnen¹⁾. Ihn zeichnet des Vaters rührige Kraft und

Henneberg. — 11. Albrecht III., Gem. Mechtild von Schweden. — 12. Otto VI., Gem. Hedwig von Habsburg. — 13. Woldemar, Gem. Agnes von Brandenburg. — 14. Hermann, Gem. Anna von Habsburg. — 15. Johann VI. (Henning), Braut Euphemia von Liegnitz. — 16. Otto VIII., Gem. Hedwig von Breslau. — 17. Johann VII., Braut oder Gem. Katharina von Glogau und Sagan. Also 6 von 17 Markgrafen haben in die großen slavischen Fürstenfamilien hineingeheiratet, einer sich mit einer Slavin verlobt.

Markgrafentöchter gingen im gleichen Zeitraum folgende Ehen ein. Von den Töchtern Albrechts des Bären heiratete 1. Hedwig den Markgrafen Otto von Meissen, 2. eine andere den Herzog Theobald von Böhmen, 3. eine andere den Herzog Wladislaw von Polen, 4. eine andere den Grafen Otto von Rieneck. — Von den Töchtern Albrechts II. heiratete 5. Mechtild den Herzog Otto (das Kind) von Braunschweig, 6. eine andere war mit einem Landgrafen von Thüringen verlobt. — Von den Töchtern Johanns I. heiratete 7. Helene den Markgrafen Dietrich von Landsberg, 8. Mechtild den Herzog Bogislaw von Pommern, 9. Agnes a) den König Erich von Dänemark, dann b) den Grafen Gerhard von Holstein. — Von den Töchtern Ottos III. heiratete 10. Kunigunde a) den Prinzen Bela von Ungarn, dann b) den Grafen Walram von Limburg, 11. Mechtild den Herzog Barnim von Pommern. — Die Tochter des Markgrafen Konrad 12. Elisabeth heiratete den Grafen Albert von Anhalt. — Von den Töchtern des Markgrafen Heinrich heiratete 13. Jutta den Herzog Heinrich (de Graecia) von Braunschweig-Grubenhagen, 14. Sophie, a) verlobt mit Graf Ludwig von Hohenlohe, heiratete b) den Herzog Magnus von Braunschweig. — Von den Töchtern Ottos V. heiratete 15. Beatrix den Herzog Wolk von Schlesien-Fürstenberg, 16. Mechtild den Herzog Heinrich von Breslau, 17. Jutta den Herzog Rudolf von Sachsen. — Von den Töchtern Albrechts III. heiratete 18. Beatrix den Fürsten Heinrich von Mecklenburg, 19. Margarethe, a) verlobt mit dem Herrn Nikolaus von Rostock, heiratete b) den Herzog Przemislaw von Löwenberg und Kalisch, dann c) den Herzog Albert von Sachsen-Lauenburg. — Von den Töchtern des Markgrafen Hermann heiratete 20. Agnes a) den Markgrafen Woldemar, b) den Herzog Otto von Braunschweig, 21. Mechtild den Herzog Heinrich von Glogau, 22. Jutta den Grafen Heinrich von Henneberg. — Also von 22 Markgrafentöchtern heiraten 9 in die großen slavischen Familien hinein. Diese Zahlen zeigen deutlich, wie stark seit Albrecht die politischen Interessen der Markgrafen ihren slavischen Nachbarn gegenüber waren; denn von einer ganzen Reihe dieser Ehen ist uns ausdrücklich bezeugt, daß die Politik allein sie zustande gebracht habe.

1) Arnoldi chron. Slavorum III, 1; MG. SS. XXI, 142.

IV.

Kurfürst Friedrich II. und das Wunderblut zu Wilsnack.

Von

Bruno Hennig.

Im Februar des Jahres 1447 leisteten Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg und seine Brüder gemeinsam mit König Friedrich III., Erzbischof von Mainz und einigen anderen Reichsständen dem Papste Obediens, nachdem sie neun Jahre hindurch, der Kirchenpolitik des Kurienkollegiums folgend, im Widerstreit zwischen Papst und Basler Konzil Neutralität gewahrt hatten. Dieser Übertritt des Reichsoberhauptes der beiden Kurfürsten bezeichnet das Scheitern der auf Gründung einer Reichskirche hinauslaufenden Pläne und den Beginn bzw. die Übernahme einer rein territorialen Kirchenpolitik in Deutschland.

Konkordaten, die das Reich — provisorisch im Februar 1447, gültig im März 1448 — mit der Kurie schloß, und die ein völliges Ende der Reichskirchenpolitik darstellen, stehen als positive Ergänzung der Sonderkonkordate zur Seite, welche die zur Obediens kommenden Territorialfürsten mit der Kurie schlossen. — Eine Untersuchung des brandenburger Konkordates von 1447, d. h. eine Untersuchung des Inhaltes und der Wirkung der Privilegien, welche Kurfürst Friedrich II. im Februar und September des Jahres 1447 von den Päpsten Eugen IV.

Nikolaus V. erhielt, bildete die Aufgabe, die ich mir in meiner der philosophischen Fakultät eingereichten Promotionsarbeit gestellt hatte. Ursprünglich als ein Kapitel dieser Arbeit ist der vorliegende Aufsatz entstanden; denn die längst (wenn auch teilweise unter dem Datum) bekannten päpstlichen Verfügungen, die das Weiterleben der Wilsnacker Wunderstätte für ein Jahrhundert gesichert haben, sind ein Teil der Bewilligungen, deren Gesamtheit das Ergebnis des

Es ist bekannt, welcher außerordentlichen Erfolg als Wallfahrtsort Wilsnack während des ganzen 15. Jahrhunderts zu verzeichnen hatte. Die krankhafte Wundergier des Zeitalters bilden die zahllosen Pilger nach der märkischen Wunderstätte aus der Nähe wie aus den fernsten Ländern eins der bezeichnendsten Beispiele¹⁾. Dem Havelberger Stift war durch die geschickten Maßregeln Bischof Johanns die Fülle von Abgaben gesichert, welche die Pilger dem heiligen Blute schenkten. Die relativ selbständige Stellung, die während des 15. Jahrhunderts die Havelberger Bischöfe behaupteten, verdankten sie wesentlich dem Umstande, daß sie infolge der reichen Einnahmen aus Wilsnack ihre Tafelgüter zusammenhalten konnten²⁾. Nach einer schon 1406 erlassenen Verordnung des Bischofs sollten die Einnahmen allein dem Verlauf der Bleinachbildungen der Hostien, die als Andenken und Amulett von den Pilgern erstanden wurden, in drei Teile geteilt werden: der Ausbau der Wilsnacker Kirche, des bischöflichen Schlosses und des Havelberger Kapitelshauses verwandt werden³⁾.

Gegen die Leichtfertigkeit, mit der in Wilsnack allerlei Wunderbichten in Umlauf gesetzt wurden, um neue Pilger anzulocken, erhoben sich frühzeitig die benachbarten Bischöfe Einspruch. Das Abfließen der Gelder nach der Havelberger Diözese wird dabei als die gemeinsame Ursache des, soweit bekannt, von drei verschiedenen Stellen, unabhängig voneinander, erfolgenden Vorgehens gegen die ungewöhnlich ausgedehnte Wallfahrt angesehen sein. Vom Verdener Bischof Konrad von Soltau (1399) 1402—1407] wird berichtet, daß er den von Wilsnack heimkehrenden Pilgern in seiner Diözese die Bleiabzeichen von den Hüften nehmen ließ⁴⁾. In der Prager Diözese wurde im Jahre 1405 auf Grund des Gutachtens einer vom Erzbischof eingesetzten Kommission ein

1) Über den Umfang der Wallfahrten vgl. die Angaben in der Vorrede des *ecus* (bei Breeft S. 143 f. zitiert), den Bericht Dorstens, den Wattenbach in D. S. 605 ff. mitteilt, und die Schilderung der Wallfahrts-„Epidemie“ des Jahres 1475 bei Gothein, „Politische und religiöse Volksbewegungen vor der Reformation“ (Breslau 1878), S. 8 f. S. a. Riedel D I, 248.

2) Priebatsch, Zeitschr. f. Kirchengesch. XX, S. 176 (auch XXI, S. 63). — Es ist das noch aus den ersten Jahren des Bestehens der Wunderstätte stammende Zeugnis in den Sitz.-Ber. der Berl. Akad. 1882 S. 598: „Cum tamen redditus copiales divino munere jam adeo pullularunt, precipue ex oblationibus, que a XVI annis hactenus in villa Wilsnak provenire et presentiarum proveniunt,“ (Aus einer Klageschrift des Kapitels an den Bischof.)

3) A II, 143. Vgl. Breeft S. 156.

4) Breeft S. 163, Anm. 3; Bl. f. Handel u. Gew. S. 178.

der Erneuerung nicht bedürfende Ablasserteilung für die Besucher des Heiligen Blutes und Wohltäter der Wilsnacker Kirche, sowie die Erlaubnis für den Rektor dieser Kirche und zwei von ihm abzuordnende Weltgeistliche, Beichte zu hören und, außer in den reservierten Fällen, Absolution zu erteilen.

Es ist einer von den Ablass- und Beichtbriefen, wie sie von der päpstlichen Kanzlei zu vielen Hunderten ausgegeben wurden. Nur ist der Ablass wohl besonders reichlich bemessen.

Die zweite an die Bischöfe von Havelberg und Lebus gerichtete Bulle¹⁾ vom 5. Februar 1447 schreibt vor, daß zu den transformierten Hostien eine nach Belieben zu erneuernde konsekrierte Hostie gelegt werden soll, weil zu befürchten wäre, daß durch das häufige Vorgeigen der transformierten diese in ihren Bestandteilen sich verändern oder aber, wenn sie nicht gezeigt würden, die Gläubigen in ihrem Eifer nachlassen würden.

In dieser Urkunde kommt zum Ausdruck, was schon durch Todes Bericht unzweifelhaft festgestellt ist, daß die seit mehr als 60 Jahren aufbewahrten Hostien völlig zerfallen waren. Der Grund, weshalb man neue Hostien dazu legen wollte, ist klar. Man gewann dadurch erstens ein deutlich erkennbares Objekt, das man den Pilgern vorgeigen konnte²⁾,

Fronleichnamsfest zusammen mit den übrigen „festivitates cancellarie“ mit einem vierjährigen Ablass bedacht wurde. — Lubecus berichtet, daß am Bartholomäustage der Andrang stets besonders stark gewesen sei (S. B 4v — Riebel A II, 127). Sollte vielleicht die in der ersten Supplik genannte festiv. corp. Christi nicht das Fronleichnamsfest, sondern einen lokalen Feiertag des Wilsnacker Wunderbluts, der mit dem Bartholomäustage identisch wäre, bezeichnen? Vgl. den Ablassbrief Nikolaus' V. vom 10. September (unten S. 99 Anm. 2).

1) A II, 150 nach Lubecus Nr. XV; Raynald 1447, Nr. 10 (Theiners Ausg. Bd. 28, S. 479); Arnold, Quellen u. Forsch. aus it. Arch. I, S. 813, Nr. 21. Vgl. Breeft S. 210. Sowohl Lubecus, der seinem Druck das Original zugrunde legte, als auch Raynald, der die Register benutzte, schreiben in der Adresse „Lubecensi“ episcopo. Danach wäre der Brief an den Bischof von Lübeck gerichtet, der doch zur Gegenpartei gehörte. Die naheliegende Konjektur, daß „Lubucensi“ dafür einzusetzen sei, daß der Brief also an den Bischof von Lebus gerichtet sei, wird durch Arnolds Angaben über die Registerkopie bestätigt. Ein gleichzeitiges Zeugnis bezeichnet übrigens ganz deutlich den Bischof Johann von Lebus als Vollstrecker des päpstlichen Befehls: Cod. dipl. Saxoniae Regiae II, 11 (Universität Leipzig I), S. 117 — (der derzeitige Bischof von Lübeck hieß Nikolaus). S. auch D I, 64.

2) quod unam aliam hostiam consecratam apud ipsas hostias transformatas ponere et fidelibus singulis anni diebus ostendere libere licite posset (aus der Bulle vom 5. Februar).

me autoritative Entscheidung erbat: Die im entscheidenden Augenblick vollzogene Verbindung des Kurfürsten von Brandenburg mit dem legrichen Papsttum machte es ihm auch in dieser Sache möglich, seine territoriale Kirchenpolitik restlos durchzuführen. — Ich gehe hier nicht näher ein auf die fortgesetzte literarische Polemik Dörings für das Wunderblut¹⁾. Auch der wohl aus Anlaß des Erfurter Gutachtens in Magdeburg erhobene förmliche Protest des Markgrafen gegen die Angriffe, die Lode gegen „sein Fürstentum und seine Kirche“ richtete, und die dadurch veranlaßte Rechenschaftsablegung Lodes vor dem Magdeburger Erzbischof kann hier übergangen werden, da diese Episode von Breeß bereits sachgemäß und erschöpfend behandelt worden ist²⁾. Nur ein interessantes Seitenstück zu diesem diplomatischen Notenwechsel über die literarische Betätigung eines auswärtigen Gelehrten hat Breeß übersehen. Ungefähr zur selben Zeit, in der Markgraf Friedrich gegen die Tätigkeit Lodes beim Erzbischof von Magdeburg Protest einlegte, wandte er sich auch mit einer Beschwerde über die Polemik, die ein Leipziger Theologieprofessor, der Dominikaner Johannes Rone, gegen das Wilnsdorfer Wunderblut richtete, an den Herzog von Sachsen, und dieser erließ daraufhin sofort die Ausweisung des Professors aus Leipzig³⁾. — Diese nachdrücklichen Maßregeln des Markgrafen zeigen, mit welcher Energie er den Kampf für Wilnsdorf führte, und andererseits welchen Umfang und welche Bedeutung damals bereits die literarische Opposition gegen das Treiben in Wilnsdorf erreicht hatte. Auch diese wachsende literarische Literatur scheint wesentlich durch die päpstlichen Bullen von 1447 zum Schweigen gebracht worden zu sein⁴⁾.

Durch die geänderte chronologische Einordnung der Bullen Eugens von 1447 wird auch die Zusammenkunft des Erzbischofs mit dem Markgrafen, die am 25. Mai 1447 in dem märkischen Dorfe Fischbeck stattfand, in eine neue Beleuchtung gerückt. — Der Erzbischof scheint hoffen zu haben, auf diesem Tage sein Ziel erreichen zu können. Die rastlosen Vorbereitungen, die er traf, zeugen dafür. Er suchte sich

1) S. darüber Breeß S. 216 f.

2) a. a. O. S. 225—227 (das Rechtfertigungsschreiben Lodes A II, 147). — Die überflüssige Motivierung des Verhaltens Erzbischof Friedrichs (S. 226 unten) kann nicht als sachgemäß bezeichnet werden.

3) Cod. dipl. Sax. Regiae II, 11 („Universität Leipzig“ I), Seite 106. — Dieser Band der sächsischen Urkundensammlung ist bereits 1879 erschienen, doch hat Breeß die auf die Wilnsdorfer Angelegenheit bezüglichen Stellen daraus entnommen. Zuerst hat Kawerau darauf aufmerksam gemacht (a. a. O. S. 186).

4) S. unten S. 100 Anm. 2.

lehrt, und die Bullen mußten mithin — aller Wahrscheinlichkeit nach — bereits in den Händen des Fürsten sein. Wünschte er etwa die seinen Namen ausgestellten Bullen dem Erzbischof nicht vorzulegen, und lieber das Ergebnis einer voraussichtlich bald abzusendenden erneuten Handtschaft an den neugewählten Papst Nikolaus V. abzuwarten? — Die Magdeburger werden ihm ihre zufällige Entdeckung der in seinem Namen eingereichten Suppliken Rannemanns nicht verheimlicht haben, und bei dieser Gelegenheit muß sein Wort gefallen sein, nicht er, sondern der Bischof von Havelberg habe zur Kurie geschickt¹⁾.

Die Zusammenkunft in Fischbeck verlief ergebnislos wie alle früheren, die märkische Partei von ihrer seit Anfang an festgehaltenen Politik nicht abließ. Im September ließen sie sich die für Wilnsdorf ausgebenen Bullen Eugens von Nikolaus V. erneuern, und zwar jetzt einer Bulle, die den Namen des Kurfürsten nicht mehr enthielt²⁾. Daß gleichwohl er es war, dem die Havelberger Kirche das Privileg zu danken hatte, kann nicht zweifelhaft sein. Die Bulle trägt dasselbe Datum (10. September 1447) wie zahlreiche andere Bullen, die als päpstliche Gnadenweisungen für den Kurfürsten ausgestellt waren³⁾, und sein Verhalten in den Verhandlungen mit Magdeburg erklärt vollständig sein Interesse sowohl an der Ausstellung der Bulle wie am

1) S. o. S. 93 Anm. 2. Gudermann schreibt die glossierten Suppliken mittelbar hinter seinen Bericht über den Tag von Fischbeck. Da die Glossen ihm stammen, ist anzunehmen, daß er die Äußerung des Kurfürsten selbst hört hat, was nur in Fischbeck möglich war.

2) A II, 151 nach Ludewig XVI. Die von Eugen auf zwei Bullen erteilten Konzessionen sind hier in einer zusammengezogen. Nicht wiederholt ist: Befugnis zum Beichtören und zur Absolutionerteilung für Rektor und Köpfe der Wilnsdorfer Kirche. Hier genügte das Konfessionale Eugens, denn es diente dieses Privileg wirksam zu machen, brauchte man es nicht anderen vorzuzeigen. Die päpstliche Anerkennung des Wunderblutes aber, die in der Ablasserteilung lag, und die Erlaubnis, eine gewöhnliche konsekrierte Hostie an Stelle der blutigen vorzuzeigen, mußte in einer Bulle niedergelegt sein, die man den Gegnern jederzeit vorlegen konnte. Es ist daher wohl kein Zufall, daß die Gesta aepiscop. Magdeburg. nur das Indult Nikolaus' V., nicht auch das entsprechende seines Vorgängers kennen. (In der oben S. 96 Anm. wiedergegebenen Stelle spricht der Verfasser der Gesta von einem Indult Nikolaus' V.) Wie wenig sich Eugens durch das Verschweigen des Namens die Tatsache verbergen ließ, daß die päpstliche Bulle ein dem Kurfürsten erteilter Gnadenbeweis sei, geht daraus hervor, daß die Gesta den Einfluß des Fürsten auch bei dieser Bulle ausdrücklich hervorheben. — Die Ablasserteilung (von 7 Jahren und ebensoviel Quadranten) ist hier auf das Fest „sacratissimi corporis predicti“, d. h. doch wohl auf einen herausgehenden Festtag der Wunderhostien beschränkt. (Vgl. oben S. 94 Anm.)

3) S. „Kirchenpolitik“ S. 25 ff.

V.

„Vie privée“ und die ältere Literatur über den Prinzen Heinrich von Preußen.

Von

Gustav Berthold Holz.

Zu den unerläßlichen Vorarbeiten für eine Biographie des Prinzen rich, des Bruders Friedrichs des Großen, gehört die Aufgabe, einen festen Standpunkt der älteren Literatur gegenüber zu gewinnen. Die erste Stelle unter dieser nimmt die 1809 anonym in Paris erschienene „Vie privée, politique et militaire du prince Henri de Prusse“ ein, da sie den ersten größeren und umfassenderen Überblick über das Leben und Taten des Prinzen gibt.

Über den Wert, den man diesem Buche beimessen soll, herrscht noch eine gewisse Unklarheit, ja sogar über seinen Verfasser sind die Meinungen geteilt, indem die einen den Marquis Bouillé, den Sohn des bekannten Marschalls, andere den Adjutanten des Prinzen, de la Roche-Aymon, für den Verfasser halten. Würde die letztere Ansicht zutreffen, so spräche von vornherein die Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Verfasser, der während der ersten acht Lebensjahre Heinrichs in dessen nächster Umgebung weilte, in dessen Hände der Prinz die Ausführung seiner Bestimmungen im Falle seines Todes legte, den er ferner bei seinen militärischen Unternehmungen mit seinem Rat unterstützte¹⁾, wesentliche Mitteilungen auch zu seiner Biographie von ihm erhalten hat. In den kritischen Bemerkungen zur älteren Quellenliteratur, die R. Schmitt seinem Buche „Prinzipien der Biographie des Prinzen Heinrich von Preußen als Feldherr im siebenjährigen Kriege“²⁾

1) Vgl. v. Bülow, „Prinz Heinrich von Preußen. Kritische Geschichte seiner Jugend“, S. 340 (Berlin 1805).

2) Teil I u. II (Greifswald 1885 und 1897).

gefaßten Beschreibung der drei schlesischen Kriege“ von dem russischen Ingenieurkapitän Ludwig Müller¹⁾ fußt und darüber hinaus, es im „Vorwort des Herausgebers“ heißt, „alle bisher gedruckten“ über die Regierung Friedrichs und „eine große Zahl ungedruckter“ berücksichtigt. Die dritte, nirgends von Bouillé zitierte ist die 1803 veröffentlichte französische Übersetzung von Retzows *rafferistik* der wichtigsten Ereignisse des siebenjährigen Krieges²⁾, der auch das Motto der „Vie privée“: „*sum cuique*“ übernommen. Von 1759 an wird endlich auch das bekannte, 1788 erschienene von Warnerz „*Campagnes de Frédéric II*“ ausgiebig verwertet. Dem biographischen Charakter des Buches entsprechend sind nur Taten und Ereignisse des siebenjährigen Krieges, in denen Prinz Heinrich hervorgetreten ist, eingehender behandelt, während im übrigen es sich begnügt, in einem allgemeinen Überblick für die detaillierten Ausführungen den Rahmen zu geben. So kommen nur zwei Ereignisse aus dem Jahre 1757 für uns in Frage, die Schlachten bei Mollath und Roßbach. Für die erstere stellt Bouillé (S. 29), sich wörtlich an Retzow (S. 66) anschließend, die irrige Behauptung auf, der Sieg sei dem Prinzen Heinrich zu danken gewesen, und die Niederlage der Franzosen hätte noch entscheidendere Folgen gehabt, wenn er sich nicht der Meinung eines älteren, aber weniger befähigten Generals bescheiden geordnet hätte. Für die Schilderung der Schlacht bei Roßbach (S. 35) folgt Bouillé zum Teil mit wörtlicher Anlehnung der Darstellung Retzows³⁾, die er jedoch in *maior* gloriam Heinrichs übertrug; denn sagt Retzow nur, daß der Prinz, General Seydlitz und der Oberst Moller die von dem König entworfenen Dispositionen „treu“ ausführten und durch ihre „besondere Geschicklichkeit, Eifer und Entschlossenheit nicht wenig zu dem Gewinn der Schlacht beitrugen“, so läßt Bouillé den Prinzen Heinrich durch seinen von Seydlitz geführten Artillerie unterstützten Angriff den Sieg schlechtthin „entdecken“.

1) Berlin 1785; die gleichzeitige Übersetzung von de La Veaux erschien unter dem Titel: „*Tableau des guerres de Frédéric le Grand*“.

2) „*Nouveaux mémoires historiques sur la guerre de sept ans, par le Baron de Retzow, ancien capitaine au service de Prusse*.“ Die französische Ausgabe ist mir nicht zugänglich; ich zitiere nach der deutschen zweibändigen Ausgabe von 1802.

3) Vgl. Bd. I, 206. 208. Für das Verhalten Heinrichs nach der Schlacht gegenüber den Franzosen („Vie privée“, S. 36 f.) vgl. Thiébault, „*Mes souvenirs de vingt ans de séjour à Berlin*“, Bd. II, 162 (Paris 1804).

rich die österreichische Armee unter dem Grafen Serbelloni zum Zug aus ihrer Stellung zwang¹⁾).

Rekom (II, 425 f.):

Die Ausdehnung, die Serbelloni hier [in seinen Quartieren] erlaubte, viel zu groß, als daß seine Vorn gehörig hätten unterstützt werden en, vielmehr zeugt sie entweder von Beringschätzung der Prinz Heinrich-Armee, deren inneren Zustand ihm sehr fehlerhaft geschildert, oder von der natürlichen Indolenz des Feldherrn. Diese Schwachheiten offen sich bald selbst; denn sobald Heinrich durch das aus Pommern langte Billerbeck'sche Korps verstärkt worden war, beschloß er, über die Mulden, den feindlichen Cordon zu zerlegen und sich Meister von Freiberg machen.“

uvres posthumes (IV, 315 f.):
Son Altesse Royale résolut de per son cordon par le centre, tant pour gagner du terrain que pour lui échapper de la jalousie sur la Bohême.“

Warner (S. 513):

„Il commença à resserrer ses quartiers; il reconnut les bords de la Mulda (sic) et la position des ennemis ainsi que les endroits propres à élever des batteries, pour passer la rivière sous leur protection, et des fossés pour y placer ses troupes avant qu'elles fussent découvertes, jusqu'au moment du passage qui devait s'exécuter à 7 heures du matin, lorsque l'ennemi dans la plus grande tranquillité.“

Rekom (II, 426):

„Mit 21 Bataillonen und 52 Schwadronen nähete er sich dem Fluß in

Vie privée (S. 110 ff.):

„Soit par mépris pour les forces du prince Henri, dont il avait conçu une fausse idée, soit par suite de l'indolence naturelle qu'on lui reproche, ce général [Serbelloni] avait beaucoup trop étendu ses quartiers Cette faute ne resta pas longtemps impunie devant le prince Henri. Dès qu'il eut été renforcé par trois mille hommes que le général Billerbeck lui ramena de Poméranie, il résolut de profiter de la sécurité et de l'éparpillement des ennemis, pour passer la Mulda, percer leur cordon, s'emparer de Freiberg, et en tournant ainsi la gauche des Autrichiens, la séparer de l'armée de l'Empire, tandis qu'il pourrait pousser des partis sur ses derrières, jusqu'en Bohême.

Il commença donc à resserrer ses quartiers; il reconnut les bords de la Mulda et la position des ennemis ainsi que les endroits propres à élever les batteries, pour passer la rivière sous leur protection, et des fossés pour y placer ses troupes, sans qu'elles fussent découvertes jusqu'au moment du passage.

Il réunit pour cet effet, le 12 mai, vingt-un bataillons et cinquante-deux

1) Vgl. Schmitt, II, S. 211 ff.

tens gehen auf Morveau die von Bouillé und anderen seitdem erhaltenen Nachrichten über die Beweggründe Heinrichs zurück, sich von seiner Gemahlin zu trennen. Er sieht sie in einer „Intrigue“ des Adjutanten Ralcreuth, den er indessen nur als „premier favori“, „premier courtisan“ andeutungsweise bezeichnet¹⁾.

Morveau (S. 10 ff.):

„L'intrigue de ce premier courtisan, les trompant tous deux, vint former entre eux le nuage²⁾ qui les a séparés. Rheinsberg ne devint plus alors que l'asyle du philosophe: mari en écarta tout ce qui pouvait retracer l'image de ce que sa trop grande sensibilité lui avait fait perdre: recé dans son cœur à désavouer des soupçons injurieux à une princesse. Il n'a jamais cessé d'estimer, il mit malheureusement de commun avec tous les princes de sa maison, revenir rarement d'un parti qu'il avait pris, et ce n'est que par une suite de ce caractère invariable dans le sort, que ce couple, fait pour être heureux, n'a jamais pu se rapprocher. Il fut donc après les premières douleurs de cette cruelle séparation que le Prince appella véritablement la philosophie à son secours.“

Vie privée (S. 146 f.):

„Son premier favori . . . vint encore mettre, par ses intrigues, le trouble dans l'intérieur de sa cour; et en trompant à la fois le Prince et la Princesse, il forma entre eux le nuage qui troubla pour jamais leur union. Cédant aux premières impressions fortifiées par des apparences artificieusement préparées, le prince Henri éloigna de lui une épouse qui méritait au moins son indulgence; et quoiqu'il se vit forcé de désavouer dans son cœur des soupçons qui ont été démentis par toute la suite de la conduite de cette Princesse, à qui depuis il ne refusa pas son estime, cette séparation fut éternelle, par un effet de cette opiniâtreté qui lui était commune avec tous les princes de sa maison . . . Dans les premiers moments, il avait écarté tout ce qui pouvait lui retracer ce que sa trop grande confiance et sa sensibilité lui avaient coûté; et il appella d'abord la philosophie à son secours.“

Die zweite Episode behandelt das Angebot der polnischen Krone, das nach dem Tode König Augusts III. der General Mołtanowski dem jungen Heinrich überbracht haben soll. Auch dieser Bericht Morveaus, wie ich an anderer Stelle nachgewiesen habe³⁾, mit Irrthümern und falschen

1) S. 10 f. Den Namen Ralcreuths hat öffentlich zuerst Mirabeau in: „Histoire secrète de la cour de Berlin“ (Berlin 1789, 2 Bände), II, 282 genannt (Kalckreuth „qui s'est brouillé avec lui à outrance pour la princesse“). In der Einleitung zu dem von Berner gedruckten „Tagebuch der Prinzessin Heinrich“ werde ich Gelegenheit haben, auf die Frage nach den Ursachen der Trennung zurückzukommen.

2) Vgl. auch Thiébault, II, 145.

3) Vgl. Forschungen, Bd. 18, S. 191 ff.

eren Übernahme bereit, die Österreicher allerdings mit der Einsetzung, daß auch die Russen sie darum angehen müßten. Prinzich, der im Auftrag des Königs nach Stockholm gereist war und jetzt auf Einladung der Kaiserin Katharina II. nach Petersburg sich ¹⁾, erhielt die Weisung, die Russen zur Annahme der österreichisch-russischen Vermittlung zu bestimmen. Aber die Kaiserin lehnte sie ab erklärte, nur die „guten Dienste“ der beiden Mächte zulassen zu m. Und erst nach weiterem ernstem Drängen setzte Prinz Heinrich Mitteilung der russischen Friedensbedingungen durch. Mit einem

1) Für die Reise des Prinzen nach Stockholm sind die verschiedensten persönliche und sachlicher Art angegeben worden; erschien doch ihre Aussetzung nach Petersburg ebenso auffällig wie der Umstand, daß sie in dieselbe fiel, wo Friedrich dem Kaiser in Mährisch-Neustadt seinen Gegenbesuch gele. Nach Dohm (a. a. O., Bd. II, Vorrede S. XLI), der sich auf eine Mitteilung von Görz beruft, blieb Heinrich von Neustadt fern, da er sich das Jahr zuvor dem Besuche Josephs II. in Reise von diesem vernachlässigt gefühlt hatte. Ferrand erzählt („Histoire des trois démembrements de la Pologne“, I, 135 f., Paris 1820), schickte Friedrich seinen Bruder nach Schweden, da er bemerkte, daß Joseph und Heinrich in Reise über die Ansprüche dessen auf die Nachfolge in den fränkischen Fürstentümern gesprochen hatten. L. darüber Josephs Aufzeichnung bei v. Arneth, „Maria Theresia und Joseph II. Ihre Korrespondenz“, Bd. I, S. 305; Wien 1867). Bouillé (S. 170) setzt, der König wünschte, um einen allgemeinen Krieg zu vermeiden, mit dem russischen Hof durch Heinrich in direkte Verhandlung über die Wiederaufstellung des Friedens mit der Pforte zu treten; die Sendung nach Stockholm aber nur eine „Maske“ gewesen und erfolgt, um den Russen die Einladung des Prinzen nach Petersburg nahe zu legen. Smitt (a. a. O., S. 136, und im „Supplément“ daselbst, S. 33. 39. 68) schließt sich dieser Auffassung an, jedoch mit dem Unterschied, daß Friedrich nach ihm beabsichtigt, sich durch Heinrich die Rußlands Stellung zur Teilung Polens aufzuklären; er spricht daher auch von „instructions secrètes“, die Heinrich erhalten habe. Nach Ausweis der Akten kam aber die Einladung Katharinas dem König selbst überraschend, sich aus dem Brief ergibt, den er sogleich daraufhin an den Prinzen richtete in welchem er ihm die Interessen Preußens und seiner Schwester, der Königin Ulrike von Schweden, ans Herz legte. In diesem Briefe findet sich dann die nach Smitt für Friedrichs vermeintliche Absichten auf Polen „bezeichnende“ Äußerung: Der Prinz werde „alle sich darbietenden Gelegenheiten wahrnehmen wissen“. Vgl. Friedrichs Schreiben vom 12. August 1770 in der „russischen Korrespondenz Friedrich des Großen“ (künftig zitiert F. R.), Bd. 30, S. 3 f. Für die Sendung des Prinzen nach Stockholm und seinen Auftrag, dem schwedischen Hof zur Rücksichtnahme auf Rußland zu bestimmen und damit die Gefahr eines Krieges vorzubeugen, an dem Preußen teilzunehmen vertragsgemäß verpflichtet war, sowie für die Einladung Heinrichs nach Petersburg vgl. Forschungen, Bd. 18, S. 154 ff.

ese zu ermäßigen, mißfällt ihr, aber sie versteht sich zu einigen kleinen Konzessionen. Aus Grimoards „Souvenirs“ (S. 106) übernimmt nun Guille die Angabe, daß Friedrich darauf den Österreichern die russischen Forderungen mitteilte, mit der Verheißung, der russische Hof werde die ersten Artikel fallen lassen. „Anstatt jeder Antwort“, so fährt er kritisch fort, marschierte ein österreichisches Korps in Polen ein, besetzte die Zipß, und dann folgt, nach den „Euvres posthumes“, die bekannte Erklärung Katharinas an Heinrich.

Dazu ist zu bemerken:

1. Die Mitteilung der russischen Bedingungen an Österreich geschah nicht durch König Friedrich, sondern durch die Russen, und zwar im Sommer 1771, nachdem diese sich entschlossen hatten, in unmittelbarer Verhandlung mit Österreich zu treten¹⁾, und nachdem schon die russisch-russischen Verhandlungen über den Vertrag betreffend die Teilung Polens eingeleitet waren.

2. Die Besetzung des polnischen Gebietes durch Österreich hatte schon vor Mitteilung der Friedensbedingungen Rußlands an König Friedrich stattgefunden.

3. Die Vorschläge Katharinas und Tschernyschewskis an Heinrich zur Okkupierung Ermlands erfolgten nicht auf die Nachricht von der Besetzung der Zipß, die ja schon im Frühjahr 1769 vor sich gegangen war, oder auf die von der Besetzung der andern Grenzstarosteien im Herbst 1770, sondern auf die Kunde, daß Österreich sie einverleibt hatte und in ihnen die Hoheitsrechte ausübte.²⁾

Die Auffassung, daß die Besetzung der Zipß durch Österreich den Stoß und das Signal zur Teilung Polens gegeben habe, ist in der ältesten älteren Literatur die herrschende gewesen; sie gründet sich auf „Euvres posthumes“, welche die Vorlage, das Manuskript des Originals, an dieser Stelle nur gekürzt wiedergeben³⁾.

Zur Erläuterung unserer Ausführung folgen die drei Versionen:

1) den Bericht von Solms vom 10., sowie die Antwort des Königs vom März 1772: P. R. Bd. 32 (in Vorbereitung befindlich).

1) Vgl. P. R. 30, 536; 31, 875 f.

2) Vgl. Forschungen, Bd. 18, S. 182 f.

3) Im Einklang mit dieser gekürzten Fassung spricht denn auch Herzberg in der Akademierede (a. a. O., S. 295) nur von der Besetzung der Zipß, die er verlegte in das Jahr 1772.

on den „Einzelheiten dieser Mission“ unterrichtet worden sein; Heinrich begegnete ihm in Paris, wie er sagt, „seinen eigenen Sinnen gemäß“, „mit rückhaltlosem Vertrauen“. Aber diese Mit-Bouillés über die angebliche „Mission“ des Prinzen werden oben angeführten Berichte d'Esterno's bündig widerlegt. Auch ja, daß die Krise in Holland überhaupt erst im Laufe des Jahres eintrat.

Wußte sich der Prinz politisch in Paris, so geschah es also auf Kosten. Nach Bouillé war Heinrich sogar die Seele der Aktion in der Hohe. Wie er sofort nach seiner Ankunft aus Heinrich's Befehl ernommen haben will, hatte dieser sich von Vergennes und das Versprechen geben lassen, sie würden Ludwig XVI. befehlen an den Kaiser ein drohendes Abmahnungsschreiben zu richten, in wenigen Tagen abgehen, vorher aber dem Prinzen vorgelegt werden sollte. Dieses letztere geschah. Dann aber, so fährt Bouillé fort, habe der österreichische Gesandte, Graf Mercy, die Absendung des Schreibens „während mehr als 15 Tagen“ zu verzögern, ja sogar Schwächung in der Fassung durchzusetzen, so daß man dem Kaiser zu Verhandlungen öffnete und ihm aus der Klemme half“. In dieser Wendung hat angeblich Heinrich nichts erfahren, er soll in dem guten Glauben, daß das abgekartete Schreiben bereits abgegangen sei, Anfang November sich zur Heimkehr entschließen haben.

Die Darstellung Bouillés entspricht keineswegs dem wirklichen Sachverhalt der Dinge. Zunächst wirft er das Schreiben Ludwigs XVI. auf den 20. Oktober und die „Note“ vom 20. November willkürlich zu. Für das Schreiben vom 26. Oktober hatte allerdings Veronique eine Art Entwurf“ aufgesetzt, der jedoch, wie Marie Antoinette Joseph II. am 5. November berichtet²⁾, auf ihre Vorstellung hin verändert wurde. Aber bereits in diesem Schreiben vom Oktober, und auch in der „Note“, bot König Ludwig seine Vermittlung an.

Deutlich ergibt sich dieser Sachverhalt aus der „Vie privée“ (S. 228), wo die Sendung Calonne's nach St. Assise ausdrücklich erwähnt: „La lettre de France n'était point encore partie, mais elle était convenue. M. de Calonne était même venu à Sainte-Assise chez M. le duc d'Orléans, où se trouvait le prince Henri, pour lui en montrer le projet qu'il avait approuvé, et annoncer l'envoi.“

Vgl. v. Arneth, „Marie Antoinette, Joseph II. usw. Ihr Briefwechsel“,

einer Allianz mit Preußen in nähere Erwägung zog, macht das uns Calonne wahrscheinlich, daß der Prinz für die Mitteilung der „Note“ vom 20. November an Preußen den Anstoß gegeben hat, so wie wir doch keinesfalls, wie Bouillé es will, in Heinrich ihren Urheber sehen und ihm die Initiative für deren Abfassung zubilligen; denn Vergennes gibt ausdrücklich am Anfange seiner Denkschrift vom 5. die „letzten Nachrichten aus Wien“ als Beweggrund für seinen neuen Vorschläge an.

Unzutreffend wie die ganze Darstellung, die Bouillé von der politischen Tätigkeit Heinrichs in Paris und von der Entstehung der „Note“ macht, ist endlich auch die Angabe der „Vie privée“ (S. 226), der Prinz habe nicht nur während dieses Aufenthalts „auf geheimem Wege“ mit Ludwig XVI. korrespondiert, sondern auch nach seiner Rückkehr nach Paris diesen Briefwechsel fortgesetzt. Weder in dem Nachlaß Heinrichs noch in dem Archiv des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten in Paris finden sich, wie ich durch persönliche Nachforschungen feststellen können, die geringsten Spuren eines solchen schriftlichen Verkehrs.

Zum Schluß dieses Abschnitts haben wir noch eine Episode zu erwähnen, für die, wie schon angedeutet, der Verfasser der „Vie privée“ keine andere Quelle als die Aufzeichnungen des Marschalls Bouillé behauptet. Es handelt sich um die Erzählung der Bemühungen des Prinzen, eine Anleihe in Frankreich zu erhalten (S. 238 ff.). Alle Arbeiten, von der Anknüpfung der Verhandlungen mit dem ehemaligen französischen Botschafter Laborde in Paris, die dank der Intrigue Mercy dann zur Bewilligung der Summe durch König Ludwig und dessen Übermittlung durch den Baron Des Cars, den Schwiegersohn des Prinzen, bis zu ihrer späteren Rückzahlung entsprechen so völlig dem Inhalt der Berichte in den „Mémoires“¹⁾ eben dieses Barons Des Cars, ohne Zweifel Ludwig Bouillé für die „Vie privée“ aus ihnen oder aus einer gleichzeitigen Aufzeichnung des Barons, welche die Grundlage für die spätere Niederschrift der Memoiren bildete²⁾, geschöpft hat.

1) Vgl. „Mémoires du duc Des Cars“ (Paris 1890), Bd. II, S. 36—40. 48. 50 f.

2) Nach einer Bemerkung im Eingang der „Mémoires“ (I, S. 6) hat Des Cars mit ihrer Niederschrift erst 1813 begonnen; wenn er aber ebendort (I, S. 3) behauptet, daß alle seine Aufzeichnungen und Korrespondenzen entweder während der Revolution verloren gegangen oder sonst von ihm vernichtet seien, so wird durch die Memoiren selbst mit ihrer Fülle von Einzelheiten, Daten und wörtlichen Mitteilungen aus Briefen und Gesprächen widerlegt.

von Ségur für die Darstellung der nächsten Jahre herangezogen. Aber auch hier begegnen uns zahlreiche Ungenauigkeiten. So soll Heinrich erst zwei Tage nach dem Hinscheiden Friedrichs, und zwar auf Einladung des nunmehrigen Königs, seines Neffen, nach Berlin gekommen sein, während er bereits am 18. August dort eintraf und um eine Unterredung nachsuchte, die noch an demselben Tage stattfand¹⁾.

Wir benutzen den Anlaß, um eine für die Charakteristik des Prinzen interessante Ergänzung zur Geschichte dieser Tage zu geben. Heinrich gedachte, bei seinem Neffen die Rolle eines politischen Mentors zu übernehmen. So richtete er am 21. August an ihn einen Brief²⁾, in welchem er ihm empfahl, zur Herstellung eines engen Einvernehmens zwischen Preußen und Frankreich ein eigenhändiges Schreiben an Ludwig XVI. zu richten. Ein von ihm verfaßter Entwurf dafür lag seinem Briefe bei. Aus einem bisher noch nicht veröffentlichten Bericht des französischen Gesandten Grafen d'Esterno ergibt sich, daß es ein arrangiertes Spiel war; denn schon im Februar des Jahres hatte Heinrich dem Gesandten vertraulich ein Schreiben seines Neffen angekündigt, mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß es in dessen Auftrag geschehe³⁾. Da aber Friedrich Wilhelm nach seiner Thronbesteigung den Rat seines Oheims zur Anknüpfung einer Korrespondenz mit Ludwig XVI. nicht befolgte, stellt jener Schritt des Prinzen sich als ein mißglückter Versuch dar, auf eigene Faust Politik zu treiben.

Für die zweite Reise Heinrichs nach Paris im Winter 1788/89 scheint Bouillé aus eigenen Erinnerungen geschöpft zu haben, da er, wie der Prinz bezeugt, ihn damals „viel gesehen“ hat. Aber auch für eine Angabe läßt sich eine fremde Quelle nachweisen; denn aus Thiébaults „Souvenirs“ (II, 200 f.) ist die Notiz entnommen, daß der Prinz eine Reihe von Exemplaren der „Histoire secrète“ Mirabeaus, die gerade während seines Besuches in Paris erschien, gekauft habe, um sie unter seine Freunde zu verteilen (S. 267). Da aber Heinrich damals seinem Bruder, dem Prinzen Ferdinand, schrieb, er besitze nur zwei Exemplare und werde sie niemand leihen⁴⁾, ist auch diese Anekdote gefälscht.

Im weiteren Verlaufe der Darstellung bringt Bouillé Bruchstücke

1) Vgl. „Vie privée“, S. 243, und Krauel, „Prinz Heinrich von Preußen in Paris“, S. 46 f.

2) Abgedruckt bei Krauel, „Prinz Heinrich von Preußen als Politiker“. S. 185 ff. (Berlin 1902; Quellen und Untersuchungen zur Geschichte des Hauses Hohenzollern, Bd. 4).

3) Vgl. Anhang, S. 462.

4) Vgl. Krauel, „Prinz Heinrich von Preußen in Paris“, S. 65.

visage, elle était au premier abord tout-à-fait rassurante. Cependant ses deux gros yeux, et l'un à droite et l'autre à gauche, son regard n'en avait pas moins je ne sais quelle douceur, qu'on remarquait aussi dans le son de sa voix, et lorsqu'on écoutait, ses paroles avaient toujours d'une obliquité, extrême, on s'accoutumait à le voir.

talents n'ont été, si l'on peut se servir de cette expression, plus mal logés. De grands yeux bleus, très animés, mais durs et de travers, contribuaient à lui donner un air effrayant. Mais, dès qu'on l'avait entendu, cette impression s'effaçait: on oubliait les défauts de sa personne, et le feu, l'on peut dire l'esprit, et presque la grâce, de sa physionomie, pénétrait jusqu'à l'âme.

Gleichwie am Schluß des siebenjährigen Krieges Bouillé König Friedrich und den Prinzen nach ihren militärischen Fähigkeiten und Leistungen miteinander verglichen hat, so läßt er sie auch am Schluß des Buches (S. 348 ff.) sich noch einmal gegenüber treten, und wiederholt, indem er Thiebault das Wort erteilt, ihre Charakteristika aus den „souvenirs“ (II, 205 ff.).

Fassen wir das Gesamturteil zusammen, so müssen wir der „Vie privée“ originalen Wert so gut wie ganz absprechen. Prinz Heinrich ist ihr völlig fern. Habe ich auch nicht, sozusagen Zeile für Zeile, die Vorlagen Bouillés feststellen können, so ist doch der schlagende Nachweisbracht, daß er, mit und ohne Quellenangabe, aus der Fülle fremder Darstellungen geschöpft hat, indem er bald nur einzelne Wendungen sich eignet, bald ganze Sätze und Partien wörtlich oder doch mit starker Umkehrung ausschreibt und sich dabei auch hin und wieder willkürliche Umstellungen erlaubt. Er übernimmt skrupellos, was für seinen Zweck geeignet erscheint, und eben so kritiklos ist die Wahl, die er unter den Vorlagen trifft. Aber auch dort, wo eine bestimmte Quelle sich nachweisen läßt, finden sich wieder Irrtümer.

Nur wenige Partien heben sich gleich Lichtblicken aus dem Wust der Biographie heraus. Hier sind die Fragmente aus der Korrespondenz mit dem Prinzen Heinrich zu nennen, denen sich noch ein in der Vorrede wiedergegebenes Schreiben an den Grafen Grimoard vom 1. Dezember 1792 (S. 300 ff.) anreicht. Auch verdanken wir Bouillé die erste Mitteilung des Heinrichschen Testaments vom 26. Februar 1802¹⁾.

1) Vgl. „Vie privée“, S. 341 ff. Wiederabgedruckt im „Hohenzollern-

Zeit der Petersburger Reise Heinrichs, während, wie wir sahen¹⁾, der König die Aufforderung zur Besetzung Ermlands, die Katharina und Tschernyschew am 8. Januar 1771 an Heinrich richteten, kurz zurückwies und erst nach der Rückkehr des Prinzen und auf dessen Vorstellungen hin sich entschloß, über Erwerbungen in Polen mit Rußland in Verbindung zu treten. Hingegen trifft die Heinrichsche Erklärung völlig zu; denn König Friedrich hatte ihm den Auftrag erteilt, für die Annahme der Friedensvermittlung, die von der Pforte dem Wiener und Berliner Hofe übertragen war, in Petersburg zu wirken, mit der Verheißung, er werde das „Hauptwerkzeug der Pazifizierung Europas“ werden²⁾.

Außerdem nahm der Prinz das Verdienst für sich in Anspruch, die Teilung Polens „auf das Tapet gebracht zu haben“³⁾. Bedeutsam ist der Umstand, daß er in seinem Briefe, der doch zur Kenntnis Katharinas gebracht werden sollte, sich dafür nicht auf sie beruft, sondern auf das Zeugnis seines königlichen Bruders. Darin liegt ein neuer Beweis, daß die entscheidende Unterredung eben nicht mit der Kaiserin stattfand, wie spätere Darstellungen irrtümlich behauptet haben⁴⁾, sondern mit König Friedrich, und zwar in jenen Tagen des Februar 1771, als der Prinz von seiner Reise zurückkehrte.

Dabei bleibt die Tatsache völlig zu Recht bestehen, daß er bereits vor seinem Besuch in Rußland bei seinem königlichen Bruder auf Erwerbungen in Polen drang⁵⁾, wie daß er in Petersburg in Gesprächen mit den russischen Staatsmännern die Idee eines Dreibundes zwischen Preußen, Rußland und Österreich aufwarf und den Gedanken von „gegenseitigen Vorteilen“, die man sich ausbedingen würde, erörterte⁶⁾, daß er endlich mit Solms an der Hand einer Karte bereits den Plan der Teilung Polens aufstellte⁷⁾.

1) Vgl. oben S. 437.

2) Vgl. Forschungen, Bd. 18, S. 160.

3) Auch Solms gestand dem Prinzen in seinem Schreiben vom 18. Februar 1772 mit genau denselben Worten, die Heinrich oben gebraucht, dieses Verdienst zu.

4) Vgl. oben S. 437 f.

5) Vgl. Heinrichs Schreiben vom 12. Februar 1770: Forschungen, Bd. 18, S. 166 Anm. 5.

6) Vgl. P. R. 30, 526 und Forschungen, Bd. 18, S. 164 f. 168 f.

7) So schreibt Prinz Heinrich am 30. Mai 1771 an Solms: „Puisse le projet que je formais souvent avec vous, en tenant en main la carte de certaine république, réussir!“

i les Prussiens craignent l'influence que le prince Henri pourrait dans l'administration intérieure, il paraît qu'on doit craindre ent celle qu'il aurait dans les affaires politiques, et je suis très à croire que nous n'aurions pas en particulier à regretter que nce Royal ne suivît pas ses conseils . . . Si le prince Henri, itraire, était écouté, il ne paraît que trop vraisemblable qu'il erait à éloigner son neveu de toute liaison avec la France, et 'attacherait, autant qu'il le pourrait, à la Russie, à laquelle il t dévoué¹⁾. La façon de penser du prince Henri n'est pas un ne, il ne la dissimule que fort médiocrement, et quand bien elle ne nous serait pas aussi contraire, on aurait toujours à re l'influence de son caractère trop porté à suivre les mêmes es que Sa Majesté Prussienne; on verrait le même esprit diriger ociations, on aurait également à se défendre de toutes les sub- dont le roi de Prusse s'est fait une ressource politique, et je iserais pas qu'on dût avoir beaucoup plus de confiance dans la é des engagements contractés.“

bons berichtet, Berlin, 1. März 1777, an Bergennes, anlässlich chweren Erkrankung des Prinzen Heinrich: „La mort du prince serait certainement un grand événement pour ce pays-ci. Ce est le seul qui ait quelque considération sous le règne actuel, pût avoir quelque crédit sous le règne futur. Mais on craint ractère, en rendant justice à son esprit et à ses connaissances, ne paraît que l'intérêt qu'inspire le danger de sa maladie, s a excepte quelques personnes qui lui sont dévouées, est plutôt ouvement de curiosité sur l'événement qu'il n'est une preuve hement et d'intérêt véritable²⁾.“

D'Esterno berichtet, Berlin, 7. Februar 1786, an Bergennes über ussichten für die Regierung des Prinzen von Preußen Friedrich lm: „Je n'hésite pas, Monsieur le comte, de vous assurer qu'au ncement de ce règne, et au moins pendant les deux ou trois res années, le prince Henri aura la plus grande influence; après si son neveu apprend à marcher seul, cela pourra devenir diffé- mais, quant au commencement, beaucoup de choses et spéciale- celles qui regardent la politique, seront absolument gouvernées r prince Henri . . .

son Altesse Royale [Heinrich] vint à moi hier au soir et me dit: rince Royal a écrit à sa sœur³⁾ pour lui indiquer de demander

) Seit dem Besuch in Rußland im Winter 1770/71.

) Bons berichtet am 4. September 1779: „Le prince Henri quand il ntre, aime la représentation. Il aime à jouer un rôle.“ Sein Nach- b'Esterno schreibt am 27. April 1784: „Il faut considérer le prince comme devant régner dans quelques années sous le nom de son “

) Wilhelmine, die Gemahlin des Erbstatthalters von Holland und Prinzen

VI.

Die schlesischen Urbarien unter der Regierung Friedrich Wilhelms II.

Von

Colmar Grünhagen.

Friedrich der Große hat allzeit die Gebundenheit der ländlichen ertanen mit sehr ungünstigen Augen angesehen. Bereits 1748 beklagt ie „an vielen Orten gebräuchlichen enormen und recht egyptischen Frohn- ste“, die ihm „schlimmer als die Sklaverei selber“ erscheinen¹⁾, und nt dann 1777 in einer seiner Schriften dies Verhältniß „das un- klischste, gegen das sich das menschliche Gefühl am meisten empört“, doch kein Mensch dazu geboren sei, der Sklave von seinesgleichen sein²⁾. Aber er läßt sich überzeugen, daß der Betrieb der Landwirt- ft in seinem Staate ohne die Dienste der Untertanen nicht wohl chzuführen und jene „abscheuliche Einrichtung“ nicht abzuschaffen sei, e begründete Ansprüche und Rechte zu verletzen. Infolgedessen be- gt er sich fortan, jenen von den Gutsherrn geforderten Diensten dgtens insoweit Schranken zu setzen, daß bei ihrer Ausführung den ertanen noch Zeit genug bleibe, um durch Bebauung ihrer Scholle den eignen Unterhalt sorgen zu können. An eine gesetzliche Regelung er Frage ist der König erst 1784 herangegangen und zwar dadurch, er überall die Anfertigung von Urbarien anordnete, in denen die tungen der ländlichen Untertanen dem Herkommen entsprechend unter timmung beider Teile verzeichnet werden sollten. Die so gewonnene re Grundlage würde dann allen Streitigkeiten den Boden entziehen.

1) Acta Borussica, Behördenorganisation, edd. Schmoller und Hinzp , 672.

2) Œuvres de Fr. IX, 105.

riht: „Der Versuch, die Urbarien in Schlessen einzuführen, war ebenso
 lglos wie die Erblüchmachung. — — Diese Tatsache ist wohl dadurch
 erklären, daß die Verordnung Friedrichs d. Gr. in die Zeit unmittel-
 nach dem siebenjährigen Kriege fiel (sic! in Wahrheit liegen zwischen
 1763 und 1784 nicht weniger als 21 Jahre). — — Unter diesen Um-
 inden ist es kaum ein Wunder, daß sie (die Urbarienkommisionen)
 ie besondern Erfolg gewirkt haben und nach dem Tode Friedrichs
 gelöst wurden (wie wir sahen, wurden sie das nicht).

In der Allgem. Deutschen Biographie XIII, S. 221, in einer
 enskizze des schlesischen Ministers Grafen Hohn aus der Feder des
 die Wirtschaftsgeschichte der friderizianischen Zeit wohlverdienten Bres-
 er Professors Fehner ist zu lesen: „Unter Friedrich Wilhelm II.
 1787 die Urbarienkommision aufgehoben, die Bauernprozesse wurden
 bergeschlagen und ganze Gemeinden, die sich auflehnten, zum Spieß-
 enlaufen verurteilt.“ Die drei Angaben dieses Satzes erscheinen sämtlich
 näherer Prüfung einfach unhaltbar. Wie oben angeführt ward, spricht
 sig Friedrich Wilhelm in einer Kabinettssordre vom 20. Februar 1787
 e Intention“ aus, die Urbarienkommisionen ihre Tätigkeit einstellen
 lassen, verzichtet jedoch bereits einen Monat später unter dem 21. März
 eine Ausführung dieser Intention; für ein Niederschlagen der Bauern-
 esse dürfte es schwer werden, ein Zeugnis beizubringen, dagegen ward
 eine namens des Königs von den beiden schlesischen Ministern an
 Urbarienkommisionen unter dem 16. April 1788 erlassene Verfügung
 eführt, in der die letzteren angewiesen werden, falls bei Streitigkeiten
 r gutsherrliche Dienste die Beschreitung des Rechtsweges unvermeidlich
 de, sich wenigstens um möglichste Ersparung von Zeit und Geld und
 halb für gleich anfängliche Beibringung der erforderlichen Beweismittel
 bemühen; was den dritten Punkt anlangt, so wird man unter der
 aussetzung, daß es nicht in der Absicht gelegen hat, „die Auflehnung“
 Zusammenhang mit der Urbarienangelegenheit zu setzen, sich hier be-
 lgen können, festzustellen, daß das Spießrutenlaufen ganzer Gemeinden
 zig und allein auf einer Angabe des Pastors Gallus beruht in seiner
 ichte der Mark Brandenburg (II, S. 280), und daß, ganz
 sehen von allen sonstigen kritischen Bedenken, das Herübernehmen
 rischer Vorkommnisse nach Schlessen zur Belastung des Ministers
 Hohn (beiläufig gesagt eines prinzipiellen Gegners jener militärischen
 ase in ihrer Anwendung auf Zivilpersonen) für durchaus ungerecht-
 igt angesehen werden muß.

VII.

1806.

Von

Generalleutnant J. D. v. Gaemmerer.

Zur hundertjährigen Wiederkehr der Tage, in welchen das alte gekrönte Preußen schmachlich zusammenbrach, hat unser Großer Generalstab (Kriegsgeschichtliche Abteilung II) ein sehr merkwürdiges inhaltreiches Buch veröffentlicht. Es führt den Titel: „1806. Das Kaiserliche Offizierkorps und die Untersuchung der Kriegssereignisse.“ In demselben wird durch eine kurze historische Darstellung in Verbindung mit zahlreichen Urkunden der Läuterungsprozeß vorgeführt, der nach der Katastrophe von 1806 innerhalb des preussischen Offizierverbandes notwendig war und der demnächst zur Grundlage von dessen hervorragenden Leistungen in den Befreiungskriegen geworden ist.

Denn die preussischen Regimenter der Befreiungskriege enthielten immer mehr als die Hälfte des Offizierkorps von 1806. Von den 3898 Offizieren der Rangliste dieses Jahres waren bis 1813 246 vor Feinde geblieben, 636 infolge von Alter und Krankheiten verstorben, 54 nach Abtretung ihres Geburtslandes aus dem Untertanenstande entlassen, so daß sich die Zahl auf 6160 herabmindert. Hierwar ein beträchtlicher Teil körperlich nicht mehr in der Lage, zu einem neuen Kriege auszurücken, da das Durchschnittsalter aller Chargen im alten Heere bekanntlich ein ungewöhnlich hohes gewesen war. Wenn also 3898 der Offiziere von 1806 auch 1813 wieder ins Feld zogen, stellt das sicherlich eine bedeutende Zahl.

Durch diese Fülle wirklich dienstfahrener Offiziere wurde es möglich, das kleine Heer, das von dem verstümmelten Staate vertragsmäßig nur gehalten werden durfte, für den Kriegszweck in höchst wirk-

und fachwissenschaftliche Bildung der Offiziere stetig zu vermehren und zu heben, denn gediegenes Wissen ist eine bedeutsame Quelle der Kraft.

Vor allem aber muß es geradezu die Lieblingsaufgabe aller höheren Vorgesetzten werden, ihre Offiziere zu freudiger Betätigung ihres Willens zu erziehen, ihre Persönlichkeiten zu entwickeln, ihre Verantwortungsfreudigkeit zu steigern.

Steht es nach diesen Richtungen hin gut und sind die Volksvertreter sich zugleich der großen Verantwortlichkeit bewußt, welche sie selbst für die Erhaltung der Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit des Heeres haben, dann findet sich alles weitere leicht und wir dürfen ruhig in die Zukunft blicken.

Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung: Diese Zeilen wollen, wie das Buch des Generalstabs, an das sie angeknüpft sind, nur die Masse des preußischen Offizierkorps in Schutz nehmen gegen den Vorwurf eines sittlichen Tiefstandes, der das Unglück des Staates verschuldet haben könnte. Die Einzelercheinungen der meisten Kapitulationen sind selbstverständlich in keiner Weise zu entschuldigen. So betäubend auch der Eindruck der unerwarteten Niederlagen vom 14. Oktober gewesen ist und so sehr auch die Mängel des Zeitgeistes, der autokratischen Monarchie und der preußischen Politik mitgesprochen haben, sie können Feigheit und Ehrlosigkeit nicht rechtfertigen, und die damals für schuldig erkannten Personen haben die Strafen verdient, die über sie verhängt wurden.

und fachwissenschaftliche Bildung der Offiziere stetig zu vermehren und zu heben, denn gediegenes Wissen ist eine bedeutsame Quelle der Kraft.

Vor allem aber muß es geradezu die Lieblingsaufgabe aller höheren Vorgesetzten werden, ihre Offiziere zu freudiger Betätigung ihres Willens zu erziehen, ihre Persönlichkeiten zu entwickeln, ihre Verantwortungsfreudigkeit zu steigern.

Steht es nach diesen Richtungen hin gut und sind die Volksvertreter sich zugleich der großen Verantwortlichkeit bewußt, welche sie selbst für die Erhaltung der Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit des Heeres haben, dann findet sich alles weitere leicht und wir dürfen ruhig in die Zukunft blicken.

Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung: Diese Zeilen wollen, wie das Buch des Generalstabs, an das sie angeknüpft sind, nur die Masse des preussischen Offizierkorps in Schutz nehmen gegen den Vorwurf eines sittlichen Tiefstandes, der das Unglück des Staates verschuldet haben könnte. Die Einzelercheinungen der meisten Kapitulationen sind selbstverständlich in keiner Weise zu entschuldigen. So betäubend auch der Eindruck der unerwarteten Niederlagen vom 14. Oktober gewesen ist und so sehr auch die Mängel des Zeitgeistes, der autokratischen Monarchie und der preussischen Politik mitgesprochen haben, sie können Feigheit und Ehrlosigkeit nicht rechtfertigen, und die damals für schuldig erkannten Personen haben die Strafen verdient, die über sie verhängt wurden.

Ich bitte Euer Durchlaucht mir gnädigst zu erlauben, stets ganz wahrhaft schreiben zu dürfen. Die Zeit ist ernst und bedarf großer Mittel. Diese können Euer Durchlaucht nur wählen, wenn Sie die wirkliche Lage der Dinge kennen.

Mit tiefster Verehrung und Ergebenheit

Euer Durchlaucht treu-unterthänigster

Justus Gruner.

Des Herrn Staats Ministers Freiherrn von Steins Excellenz kennt Herrn P. Hoffmann anhier und wird Euer Durchlaucht Zeugnis über ihn geben können.

Düsseldorf 13./25. März 1815.

II.

Düsseldorf 13./25. März 1815.

Geheime Verbindung für Preußen.

Die große Bewegung, welche in ganz Deutschland herrscht und zum Theil die glorreichen Resultate des verfloffenen rühmvollen Kampfes erzeugt hat, ist durch den Pariser Frieden und die demselben gefolgten Bestimmungen nicht gestillt worden.

Die Liebe zum Deutschen Vaterlande, der hohe Werth desselben, das Gefühl seiner vereinten Kraft, der Wunsch seiner festen äußeren Sicherung, die Abscheu gegen fremde Herrschaft, die wiederkehrenden Einflüsse derselben auf diplomatischem Wege und die erneute Hohnsprache der Franzosen und Halbdeutschen — Alles das macht das Bedürfnis der Einheit täglich mehr rege. Das Volk ahndet, die Gebildeten kennen Es. Alle werden mit tiefer Sehnsucht danach erfüllt. Viele stehen bereit ihr Liebsteß und sich selbst dafür zu opfern.

Es ist eine neue Zeit aufgegangen und ein anderer Sinn entstanden in Deutschland. Zwang und Gewalt vermögen nicht mehr sein inneres Leben zurückzuhalten. Zweideutigkeit und Heuchelei können sich nicht mehr verstellen. Die Herrschsucht findet kein Gebiet, die Tyrannei keine Opfer mehr. Dem langen blutigen Joche entronnen, will die fromme tapfere treue deutsche Nation eine gesetzliche Verfassung und gerechte Verwaltung. Nur wer ihr diese giebt, wird des Vaterlandes Vater werden.

Zwei Theile sind, Welche die Meinung ausmachen. Das Volk durch Gefühl, Ahndung, Erinnerung und Hoffnung, selbst Vorurtheile, meistens individuell oder Haufenweise bestimmt. Die Gebildeten, Welche die öffentlichen Angelegenheiten aus dem höheren Standpunkte der Geschichte betrachten und einen edleren allgemeinen Antheil daran nehmen. Diese leiten indeß Jenes zuletzt wie immer die intellektuelle Kraft die physische regiert.

Beiden gemein ist die Überzeugung, es müsse Deutschland, Eins in sich selbst auch unter einem Herrscher, zu einem Volke vereint, äußerlich da stehen.

Wie die Geschichte von selbst die Wahl geschieden, so liegt sie. Die Menge ist im südlichen Deutschland Preußen abgeneigt und wendet sich Oesterreich zu.

Dagegen sind durch ganz Deutschland alle Denkende, das Bessere wollende Männer Preußen wahrhaft und ganz ergeben. Am Rhein und Main, vorzüglich in dem ganzen mittlern Deutschland, ist die Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten sehr lebhaft und allgemein. Fürsten (Mediatisirte), Grafen, Adel und Bürger wollen Einheit Deutschlands und konstitutionelle

gleich ihrem Verrath und ihrer Verfolgung preisgegeben. Es darf diese nicht scheitern, wenn die gesamte deutsche Nation mit und neben ihm steht

Dahin muß, und wird es kommen.

Wenn Preußen sich selbst begreift und die Höhe, welche ihm die Vorsehung öffnet, so kann ihm deren Erreichung nicht fehlen.

Was ich darüber noch anzudeuten wagen mochte, behalte ich mir anderweitigen näheren Äußerungen ehrerbietigst bevor. Für jetzt wage ich nur um hochgeneigte schleunige Entscheidung über den gegenwärtigen Vorschlag ehrfurchtsvoll zu bitten.

Geruhen Euer Durchlaucht denselben nur zu Hochbero persönlicher Erkenntniß allein kommen zu lassen. ich habe mich für seine Geheimhaltung verbürgt.

Euer Durchlaucht und die Regierung können nie dabei compromittirt werden. Ich selbst habe nicht direkt, sondern mit Hoffmann u. s. w. durch einen Mittlen, den bei mir befindlichen Polizei Inspektor Martin, verhandeln lassen, er still und treu, als solcher auch den Freunden der guten Sache längst bekannt ist.

Unabhängig von ihm liegen eine Menge anderer Fäden zum Anknüpfen vor mir bereit. Auch in den jenseits rheinischen Provinzen, wo die Denkenden und Effern auch mit Vertrauen und Liebe an mir hängen, kann ich die Verbindung schnell bewirken.

Ich bitte nur dringend und ehrerbietigst um Euer Durchlaucht Entschluß und Befehle.

Justus Gruner.

III.

Durchlauchtigster Fürst,
Hochverehrter Herr Staatskanzler,
Gnädiger Herr!

Euer Durchlaucht hochverehrliches Schreiben vom 5. d. M.¹⁾ habe ich leider erst am 16^{ten} früh zu empfangen die Ehre gehabt. Eine kostbare Zeit sehe ich durch verloren und eile deshalb jetzt einen besondern Courier zu senden, mit ich durch diesen Euer Durchlaucht Befehle erhalte, welche so dringender sind, da auch über die hiesige Verwaltung Hochbero weitere Bestimmung nothwendig ist.

Wegen des geheimen Planes habe ich sofort Alles eingeleitet und werde Euer Durchlaucht die Resultate vorzulegen oder einzusenden die Ehre haben, sobald ich weiß, wohin ich solche adressiren darf. In Betreff der deutschen Freimaurer ist Graf Gneisenau einverstanden und hat versprochen, daß Weitere zu sorgen. Beide Gegenstände, besonders aber der Erste, müssen und werden für Preußen höchst wichtig werden, dessen Lage, nach meiner Ansicht, täglich kritischer wird, da der ganze Haß der Franzosen darauf ruhet und so vielen andern Regierungen nicht zu trauen ist.

ich beschwöre Euer Durchlaucht bei der ganzen Ihnen eigenthümlichen Kluggröße, stellen Sie Preußen auf den rechten Standpunkt. Halten Sie es dem deutschen Volke gegen dessen Regierungen; es ist keine Gefahr dabei,

1) Der Brief Hardenbergs vom 5. April 1815 ist nicht vorhanden.

, welche der Zeitenbrang herbeiführen kann, so werde ich Solche dennoch mit Muth übernehmen und mit allen meinen Kräften das Ziel zu erreichen streben, als mir die erforderlichen Mittel dazu gewährt werden. Über diese habe ich, wie über die Ausführbarkeit der Sache mit dem Grafen von Gneisenau mich abgesehen, weil Euer Durchlaucht die Gnade hatten mir zu sagen, ihm deshalb anzuvertrauen zu haben. Er sieht sie an, wie ich. Höchst wichtig, groß und einflußreich, wenn sie ausführbar ist. Dies kann sie nur seyn wenn sie ganz groß gefaßt wird. Graf Gneisenau selbst zweifelt deshalb sehr am Erfolge. Wörtlich antwortet er mir: „Daß Sie uns in unserm Hauptquartier willkommen sind, können Sie denken, aber nicht als Chef der Polizei — denn eine solche in einem kriegsgeführten Kriege erscheint mir als unausführbar — aber als Chef einer Provinz oder wenn uns unser Stern abermals nach Paris führen sollte als Chef der Polizei daselbst.“ Über die einzelnen Grundsätze, wie die Sache auszuführen sey, hat er sich bestimmt einverstanden mit mir erklärt. Als Resultat davon habe ich die Ehre Euer Durchlaucht meinen beschriebenen Entwurf anliegend zu überreichen¹⁾. Ich bekenne dabei, daß ich vorhersehe, Euer Durchlaucht werden in Ansehung der Macht und Mittel zu viel gefordert finden. Aber ich gestehe eben so offen, daß ich ohne diese das Geschäft nie übernehmen würde. Graf Gneisenau hat mir selbst gerathen, nicht ohne Gewährleistung dorthin in die Stellung einzugehen. Es ist die ungeheuerste Verantwortlichkeit bei und ein Verbrechen würde es daher seyn, wollte ich sie anders übernehmen, als ich auszuführen vermag. Halbes darf in dieser großen Zeit nicht fehlen. Bloßen Schein suche ich nicht. Mir ist es nur um die Sache. Diese kann nach meiner festen Überzeugung nur auf dem projektirten Wege erreicht werden. Etwas davon genommen, wird das Ziel verschoben und verfehlt.

Euer Durchlaucht wissen, daß ich immer der Wahrheit nach meine Ansicht gesagt habe. Erlauben Sie, daß ich es auch dieses Mal mit alter Offenheit und persönlichem Interesse könnte mich zum Gegentheil führen, aber dieses soll ich nicht leiten.

Halten Euer Durchlaucht für ausführbar und wollen denselben adoptiren, so finde ich zur Verhütung jeder Mißdeutung für nothwendig erehrbietigst zu klären: daß, wenn Euer Durchlaucht Bedenken tragen, mich im preussischen Dienst so hoch zu stellen, ich auch bereit bin, mit Genehmigung des Kaisers einen russischen Charakter und Rang beizubehalten, welcher mich sichert. — Ebenso bereit bin ich auch die Ausführung meines Entwurfes jedem Andern zu überlassen, den Euer Durchlaucht dazu geeignet finden. Ich selbst aber kann sie lediglich in der Form und unter den Bedingungen ausführen, welche der Entwurf enthält.

Finden diese Euer Durchlaucht hohen Beifall nicht, so zwingen mich Lage und Umstände jetzt erehrbietigst um Hochdero Entscheidung über meine Wiederaufnahme in den königlich preussischen Dienst zu bitten.

Man hat mir aus Berlin geschrieben, in Wien sey die Rede davon gewesen, mich zum Gesandten in Stuttgart und Karlsruhe zu ernennen. Da eine solche Bestimmung ebenfalls mit dem geheimen Plane in Verbindung gesetzt und als doppelt nützlich darin werden könnte, so würde ich es für Pflicht halten,

1) Der Entwurf liegt dem Schreiben nicht bei.

ist, welche der Zeitenbrang herbeiführen kann, so werde ich Solche dennoch mit Freude übernehmen und mit allen meinen Kräften das Ziel zu erreichen streben, sobald mir die erforderlichen Mittel dazu gewährt werden. Über diese habe ich, sowie über die Ausführbarkeit der Sache mit dem Grafen von Gneisenau mich berathen, weil Euer Durchlaucht die Gnade hatten mir zu sagen, ihm deshalb geschrieben zu haben. Er sieht sie an, wie ich. Höchst wichtig, groß und einflußreich, wenn sie ausführbar ist. Dies kann sie nur seyn wenn sie ganz groß gegriffen wird. Graf Gneisenau selbst zweifelt deshalb sehr am Erfolge. Wörtlich antwortet er mir: „Daß Sie uns in unserm Hauptquartier willkommen sind, können Sie denken, aber nicht als Chef der Polizei — denn eine solche in einem heftig geführten Kriege erscheint mir als unausführbar — aber als Chef einer eroberten Provinz oder wenn uns unser Stern abermals nach Paris führen sollte als Chef der Polizei daselbst.“ Über die einzelnen Grundsätze, wie die Sache auszuführen sey, hat er sich bestimmt einverstanden mit mir erklärt. Als Resultat davon habe ich die Ehre Euer Durchlaucht meinen desfallsigen Entwurf anliegend ganz gehorsamst zu überreichen¹⁾. Ich bekenne dabei, daß ich vorhersehe, Euer Durchlaucht werden in Ansehung der Macht und Mittel zu viel gefordert finden. Aber ich gestehe eben so offen, daß ich ohne diese das Geschäft nie übernehmen kann. Graf Gneisenau hat mir selbst gerathen, nicht ohne Gewährleistung derselben in die Stellung einzugehen. Es ist die ungeheuerste Verantwortlichkeit dabei und ein Verbrechen würde es daher seyn, wollte ich sie anders übernehmen, als ich auszuführen vermag. Halbes darf in dieser großen Zeit nicht geschehen. Bloßen Schein suche ich nicht. Mir ist es nur um die Sache. Diese kann nach meiner festen Überzeugung nur auf dem projektirten Wege erreicht werden. Etwas davon genommen, wird das Ziel verschoben und verfehlt.

Euer Durchlaucht wissen, daß ich immer der Wahrheit nach meine Ansicht gesagt habe. Erlauben Sie, daß ich es auch dieses Mal mit alter Offenheit thue. Persönliches Interesse könnte mich zum Gegentheil führen, aber dieses soll mich nicht leiten.

Halten Euer Durchlaucht für ausführbar und wollen denselben adoptiren, so finde ich zur Verhütung jeder Mißdeutung für nothwendig erehrbietigst zu erklären: daß, wenn Euer Durchlaucht Bedenken tragen, mich im preußischen Dienst so hoch zu stellen, ich auch bereit bin, mit Genehmigung des Kaisers meinen russischen Charakter und Rang beizubehalten, welcher mich sichert. — Ebenso bereit bin ich auch die Ausführung meines Entwurfes jedem Andern zu überlassen, den Euer Durchlaucht dazu geeignet finden. Ich selbst aber kann sie lediglich in der Form und unter den Bedingungen ausführen, welche der Entwurf enthält.

Finden diese Euer Durchlaucht hohen Beifall nicht, so zwingen mich Lage und Umstände jetzt ehrerbietigst um Hochdero Entscheidung über meine Wiederaufnahme in den Königlich preußischen Dienst zu bitten.

Man hat mir aus Berlin geschrieben, in Wien sey die Rede davon gewesen, mich zum Gesandten in Stuttgart und Karlsruhe zu ernennen. Da eine solche Bestimmung ebenfalls mit dem geheimen Plane in Verbindung gesetzt und ich als doppelt nützlich darin werden könnte, so würde ich es für Pflicht halten,

1) Der Entwurf liegt dem Schreiben nicht bei.

zu einer oder der anderen Bestimmung abzugehen. Welche sie auch seyn, ob sie mich wieder so glücklich machen möge, Euer Durchlaucht anzugehören oder mich zu Fremden zurückdrängt, nie wird die aufrichtige Verehrung und innige Ergebenheit endigen, womit ich stets die Ehre habe zu verharren

Euer Durchlaucht allerunterthänigst treuester

Düsseldorf, 7./19. April 1815.

Justus Gruner.

IV.¹⁾

An Gruner. Wien, den 5. Juny 1815,
abg. eod. durch den Hp. Sirt von Armin.

Ich finde das, was Sie mir über die beabsichtigte geheime Verbindung geschrieben haben, so gut und auf so richtigen Grundsätzen und Thatfachen aufgebaut, daß ich gar kein Bedenken trage, es völlig zu genehmigen und Sie bitte, an die Ausführung des Planes ernstlich zu denken und mir die näheren Details, so bald es möglich seyn wird, vorzulegen. Schriftlich läßt sich über eine solche Sache nicht so gut verhandeln. Da wir uns aber bald näher seyn werden, so können Sie alsdann zu mir kommen und mündlich alles mit mir verabreden. Ich habe keiner Seele etwas von der Sache gesagt. Um einen Theil derselben vorzuarbeiten, habe ich aber eine Cabinets Ordre bewirkt, wodurch ich autorisirt werde, eine Freyschaar von rheinischen Freiwilligen zu Pferde und zu Fuß — darunter überhaupt Deutsche werden Dienste nehmen können, nach der Idee des Herrn Hoffmann dort errichten zu lassen. Was ich darüber officiell an den Grafen Gneisenau schreibe, ersehen Euer Hochwohlgeboren aus der abschriftlichen Anlage²⁾. Gneisenau müssen wir nothwendig in unsern Plan mit oben anstellen. Mit ihm möchte ich, müßten Sie, alles weitläufig concertiren. Wir können an die Spitze der Freyschaar den Obersten von Bumsow setzen, der, so viel ich weiß, jetzt noch in russischen Dienst ist und sich jetzt in Berlin aufhält. Daß dieses der König genehmige, wollte ich wohl einleiten. Dem General Grafen Gneisenau habe ich weiter nichts geschrieben, als was Sie aus der Anlage ersehen. Ihnen überlasse ich, ihn von dem ganzen Plan mündlich zu unterrichten. Klugheit und Geheimniß sind bey der obersten Leitung unnachlässig. Nur sehr wenig Personen dürfen die Sache ganz kennen.

Ganz der Ihrige

Gardenberg.

V.³⁾

Paris, den 9ten August 1815.

Geheime Verbindung für Preußen
in Deutschland betr.

Euer Durchlaucht habe ich bei meinem Abgange aus Düsseldorf bereits anzuzeigen die Ehre gehabt, daß ich den Kreis-Direktor Grafen von Seyffel d'Alz und den Justiz Rath Hoffmann im südlichen Deutschland reisen lasse, um die für eine unter Preußen sich bildende Einheit Deutschlands entstandene geheime Verbindung, möglichst auszubreiten.

1) Konzept ganz von Gardenbergs Hand.

2) Die Anlage fehlt bei dem Konzepte.

3) Nr. V und VI Geheimess Staatsarchiv Rep. 92, Gardenberg G 10a, Band I.

Wir fangen auch schon an, nach Böhmen, Mähren u. s. w. zu wirken.

Doch habe ich bis jetzt Vorsicht der Eile vorgezogen und werde es ferner m. Sie ist doppelt erforderlich, weil die Gegner zum Theil Etwas zu ahnden einen.

Es ist gewiß; daß

1. Montgelaß aus den Resten des Illuminaten-Ordens eine geheime Verbindung gestiftet hat deren Zweck dem Unsrigen gerade entgegen steht. Er ist t der Maurerei verschmolzen und sein Hauptsitz in Regensburg und Augsburg. ich hoffe bald Details über ihn zu erhalten.

2. Der Kronprinz von Württemberg hat einen geheimen deutschen Orden ten wollen oder gestiftet, wozu er vorzüglich Reichsadel anzuwerben gesucht. in Hauptwerkzeug dabei soll Baron v. Otterstädt gewesen seyn und selbst die vbfürstin Catharina hat es nicht verschmäht, den Reichsrittern Verheißungen machen.

3. Oesterreich ist im südlichen Deutschlande sehr gesunken, da es keine Reinigung und Kraft dafür gezeigt, besonders aber Fürst Metternich sich höchst verhaßt macht hat.

4. Das Vertrauen in Euer Durchlaucht ist rein und unbegrenzt, aber man ut dem Minister von Humboldt nicht, dessen Benehmen in Wien man neln will.

Ich halte es der Lage der Sache für dringend Angemessen,

1. Daß Graf Seißel, Hoffmann u. A. wie bisher eifrig aber vorsichtig für : Ausbreitung der Verbindung fortwirken

2. daß mir Authorisation, Mittel und Stellung bleiben, die ganze Sache ner im Geheimen zu leiten und für die Zwecke des Staates, denen sie so ist wichtig werden kann, zu bearbeiten.

Justus Gruner.

VI.

Euer Durchlaucht

be ich die Ehre die Resultate meiner Maßregeln wegen der geheimen Verbindung ganz gehorsamst vorzulegen.

Die Konstitution derselben behalte ich mir vor nächstens persönlich zu erreichen.

Der sogenannte deutsche Bund, welchen Herr p. Borbstaedt projektirte, m ich nur als untergeordneten Zweig mit jener Verbindung verknüpft, da ne Tendenz einseitig und ohne wahrhaft großen Zweck ist.

Ich bitte um die Erlaubniß Euer Durchlaucht den Grafen von Seißel vor- len zu dürfen.

Wenn Euer Durchlaucht die Verbindung eben so wichtig erkennen, als ich halte, so hoffe ich auf HochIhre Authorisation zur Fortsetzung meiner bes- sigen Wirksamkeit bauen zu dürfen.

Ist dieses, so würde der Gesandtschafts Posten in Stuttgart mir alle er- berlichen Mittel darbieten und eine unvergleichlich vortheilhafte Stellung seyn.

betrachte daher die bittere Lage in welcher ich mich befinde als eine höhere gung der Vorsehung zu diesem wichtigen Zweck und bitte Euer Durchlaucht ändigst, Solchen bald zu realisiren.

Es ist die einzige Gnade die ich von Ihnen erbitte, weil ich fühle, daß sie

Umtriebe des Gruner, und in welche Gefahr der Staat hierdurch hätte kommen können, beweist, wie ich glaube, das Gutachten des Herrn von Rapph.“ Dieser vom 17. Dezember 1821 datierte, sehr eingehende Bericht endet mit den folgenden Worten: „Ich bin daher der Meinung, daß der Geheime Staatsrath von Gruner, wenn er nicht inmittelst gestorben wäre, wegen obgedachter seiner Handlungen unbedenklich zur Criminal-Untersuchung zu ziehen sein und mindestens der außerordentlichen Strafe des Hochverraths und Landesverrätherei nicht entgehen würde.“

In seinem oben mitgetheilten Bericht vom 9. August 1815 erwähnt Gruner, daß er den Kreisdirektor Grafen Seyffel und den Justizrat Hoffmann auf Reisen geschickt hatte, um die geheime Verbindung in verschiedenen deutschen Ländern auszubreiten. Dabei waren selbstverständlich Kosten entstanden, welche natürlich den beiden Männern nach ihrer Rückkehr zurückerstattet werden mußten. Da nun aber diese ganze Angelegenheit völlig geheim betrieben worden war, so konnten diese Kosten auch nicht gut aus einer Staatskasse gezahlt werden. Infolgedessen hat denn auch Gruner, wie sich aus seinem an den Fürsten Hardenberg gerichteten und in meinem Besitz befindlichen Bericht vom 28. Oktober 1815 aus Paris ergibt, diese Reisekosten aus dem von ihm aus der Spielpacht verschafften geheimen Polizeifond¹⁾ in Paris getilgt, über dessen Verwendung er nur dem Staatskanzler Rechnung legte.

1) Über diesen Fondß siehe meinen Aufsatz: „Müffling und Gruner bei der Beschaffung eines Fondß während der Okkupation von Paris im Jahre 1815“ im 2. Heft des XI. Bandes der Deutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft S. 364—368.

generäle erklären müssen, vielleicht auch die etwas schönsärbende Äußerung Blücher's. Eine Aussage im entgegengesetzten Sinne enthielt eine Art Vorwurf gegen die Heeresleitung.

Tatsache ist: der Anmarsch des Blücher'schen Heeres wurde $1\frac{1}{2}$ Stunden durch den Brand verzögert, und dieser Zeitverlust bewirkte, daß die Preußen mit zu geringen Kräften bei Belle-Alliance auftraten, und im weiteren Sinne, daß Wellington und nicht Blücher den eigentlichen Sieg erröchten hat.

Napoleons Anfangsmaßnahmen gegen Bülow bei Belle-Alliance.

Napoleon erzählt in den Mémoires¹⁾: Marschall Ney sandte einen Adjutanten, um anzuzeigen daß alles bereit sei, und er nur den Befehl zum Angriff erwarte. Bevor der Kaiser diesen gab, warf er einen ersten Blick über das Schlachtfeld. Da bemerkte er in der Richtung von St. Lambert eine Wolke, die ihm Truppen zu sein schienen. Er fragte seinen Generalstabschef: „Marschall, was sehen Sie bei St. Lambert?“ „Ich glaube dort 5—6000 Mann zu erkennen; es ist wahrscheinlich eine Abteilung Grouchy's.“ Verschiedene Meinungen wurden laut. Um der Unsicherheit ein Ende zu machen, ließ Napoleon den General Domont kommen und befahl ihm, mit seiner Kavalleriedivision und der des Generals Subervie sich nach rechts zu begeben, um dort aufzuklären, sich mit den Truppen, die über St. Lambert zögen, in Beziehung zu setzen, sich mit ihnen zu vereinigen, wenn sie Grouchy angehörten, sich ihnen zu widersetzen, falls es feindliche seien. Die beiden Divisionen zogen schnell 3000 Toises weit und stellten sich dort in Schlachtlinie auf, so daß sie die ganze rechte Seite der Armee deckten.

Eine Viertelstunde später wurde ein preußischer Husar vorgeführt, der durch eine fliegende Kolonne von 300 Chasseurs zwischen Wavre und Plancenoit gefangen genommen war. Er hatte einen Brief bei sich und sagte aus, daß die Kolonne, welche man bei St. Lambert sähe, die Vorhut des IV. Korps vom General Bülow sei, der mit 30 000 Mann nahe. Der Brief enthielt die Mitteilung der Ankunft jenes Korps; Bülow ersuchte Wellington um endgültige Anweisungen. Der Husar berichtete noch, daß die drei anderen preußischen Korps bei Wavre agierten, daß sie keine Franzosen vor sich hätten, und daß er vermute, Grouchy sei auf Plancenoit abmarschiert. Soult sandte sofort den aufgefundenen Brief und die Angaben des Husaren an Grouchy, dem er den Befehl wiederholte, sofort auf St. Lambert zu marschieren und Bülow in den Rücken zu fallen. Der Offizier, der diese Anweisung überbringen sollte, hatte nur 4 oder 5 Reues zurückzulegen. Er versprach in einer Stunde am Orte seiner Bestimmung zu sein. Nach den

1) Mémoires pour servir à l'histoire de France de 1815 p. 137.

und dem aufgefangenen Briefe besaß Napoleon die Grundlage, welche er für seinen Befehl brauchte.

Die Mémoires geben an, der überbringende Offizier habe versprochen, in einer Stunde bei Grouchy zu sein. In Wirklichkeit hat der Marschall den Brief gegen 5 Uhr bei Wabre erhalten¹⁾. Es bleiben also 2¹/₂ Stunden, die bei gutem Pferde und äußerster Dringlichkeit völlig genügen, selbst wenn man einen Umweg hinzurechnet. Der Kanonendonner von Wabre wies dem Reiter den rechten Weg. Die Zeitangabe jenes Befehls läßt sich also mit den übrigen Ereignissen in Einklang bringen.

Wenn Napoleon die Preußen aber nicht um 12 oder 1 Uhr, sondern erst um 2¹/₄ sah, so verschiebt sich das ganze Bild der Schlacht. Es ergibt sich für die Absendung der Reiter Domonts und Subervies und mehr noch für das Korps Lobau ein viel späterer Zeitpunkt, als bisher angenommen wurde.

1) Souffraye 401.

Man hat eine Gewerbesteuer, die auch nicht das landwirthschaftliche verschonet, aufgelegt. Eine Gewerbesteuer, die die Industrie belegt, ist überhaupt das Mittel, sie zu erdrücken, wenn sie da ist, und nur bei gänzlichem Mangel anderer Steuern zu entschuldigen. Wenn das Gewerbe jeder Art (aber)¹⁾ danieder liegt und sie ermuntert werden sollten, so muß eine solche Steuer für Industrie und Gewerbe stehend werden. Keine ist so einleuchtend unpolitisch wie die Branntweinsteuer, und diese kann zum Beispiele dienen. Die Nachbarn, als Mecklenburger, Polen, haben noch wohlfeilere Kornpreise als wir, der Branntwein ist als Spiritus leicht transportabel, die lange Grenze von Großen bis Ratibor, von da hinauf bis Memel, dann die Seeküste bis Peenemünde, die Schwedisch-Pommersche, die Mecklenburgische, Westphälische und endlich Anhaltische und Sächsische Grenze bis wieder nach Großen zurück, läßt sich nicht bewachen, die Contrebande ist also unvermeidlich und muß ins Weite gehen. Daher denn die Brennereien auf dem Lande und in kleinen Städten eingehen und als Folge die Viehzucht, das große Prinzip der Landwirtschaft, (wird) sinken müssen.

Man nimmt überhaupt ein System sogenannter indirekter Abgaben an und erweitert es, da man es lieber hätte einschränken sollen. Ein solches erfordert eine Anzahl von Offizianten, eine noch größere von Aufpassern im Lande und an den Grenzen, die doch unzulänglich sind, weil eine Million Menschen doch nicht durch Tausend übersehen werden kann, und diese Tausend bestechlich sind. Die Folge ist, daß von der Einkunft der Steuer wenigstens $\frac{1}{8}$ hierauf und auf die Contrebande gerechnet werden muß und das Land also $\frac{1}{8}$ mehr bezahlt, der Untertan um $\frac{1}{8}$ mehr belästigt wird, als notwendig wäre, — nicht zu gedenken, daß diese Überlast von Abgaben, die vielen von dem System unzertrennlichen möglichen Chikanen, und der Fall der Gewerbe den Untertan zum Auswandern reizen und der Reiz zur Contrebande die Moralität des Volkes immer mehr verderben muß.

Ganz entgegengesetzte und einfache Steuern werden gerade entgegengesetzte Wirkungen haben. Eine Personen- oder Kopfsteuer, die nicht das Vermögen, nicht das Gewerbe besteuert, bedarf weniger Einnahmer, geringer Controлле, und auch der ärmste Tagelöhner, der überall ein Brot findet und an nichts hängt, würde um eine Summe von 1 Thaler jährlich, die er durch höheren Lohn bald wieder verdienen kann, nicht aus dem Lande laufen²⁾.

Eine solche und ähnliche Besteuerung würde, mit den Ständen beschloffen, das Gefühl der Gerechtigkeit und der Nothwendigkeit zugleich für sich haben, und bei einem Volke, dessen allgemeine Stimme sich nur wider die Art der Besteuerung erklärt, notwendig populär werden.

Man kann noch hinzusetzen, daß bei der allgemeinen Unpopularität des Systems und bei der sogar laut ausgesprochenen Verachtung aller älteren Gerechtsame (siehe das Consumtions-Steuer-Edikt) das Vertrauen

1) Zusatz von Marmix' Hand in seiner Kopie.

2) Tatsächlich wurde durch das Edikt vom 7. Sept. 1811 das Landvolk mit einer Kopfsteuer belegt. Treitschke I, 375.

zudecken, ja was von der halben noch zu zahlenden Contribution gesagt wird, scheint etwas Unerwartetes zu sein.

Nach allem diesem kann die Versammlung Unserer Ständischen Existenz, wie es scheint, nicht geradezu gefährlich werden, oder ist es doch bis jetzt noch nicht, ja man gestehet noch diese Existenz zu, indem man vom einem Aufsatze der Deputirten dieser Stände spricht, welcher zur Berathschlagung gezogen werden soll.

Von der indirecten Besteuerung wird mit entschiedener Vorliebe geredet. Ich will hier nicht eigentlich rügen daß dieser Ausdruck falsch angewandt wird, und daß z. B. die Stempel-Abgabe eine direkte Steuer ist, und die Gewerbesteuer nur in so fern sie von dem Käufer oder Consumenten des Fabrikats mitgetragen wird, eine indirecte, in so fern sie aber wegen des verminderten Absatzes und also Gewerbes dem Fabrikanten zur Last bleibt, eine direkte Steuer zu nennen ist; Ich will die Benennung passieren lassen, aber es wird immer wahr bleiben, daß dieses so genannte indirecte Steuersystem alle und jede Thätigkeit lähmet. Das Hauptgewerbe des Landes, der Ackerbau, wird kostspieliger und muß sinken, statt daß er sich erheben sollte; viele anderen Gewerbe werden abnehmen, und von manchen, z. B. den Brennereien, wird man nicht daß sie Allen frey werden, sondern sagen müssen, daß Wir von ihnen frey werden, indem die Ausländer Uns die Mühe abnehmen; ja sogar die abgedrängendste gerichtliche Lage wird so schwierig durch den Stempel-Vorschuß gemacht, daß jeder sich wohl zu besinnen hat, ehe er es wagt, einen Gerichtshof anzutreten. Ein solches System wird nothwendig allmähliche Entvölkerung nach sich ziehen, welche von einem einfachern und eben darum weniger lästigen nicht zu besorgen stände. Mir muß nothwendig dabei der gestern gelesene Aufsatz über eine Kopfsteuer¹⁾ einfallen, denn es ist zu sichtlich, daß ein Tagelöhner um 8 Gr. willen, die er jährlich nur zu Steuern hätte, nicht aus dem Lande laufen würde²⁾.

Die schönen Worte, welche über die Nothwendigkeit einer allgemeinen Repräsentation aller sogenannten(!) Provinzen des Preussischen Staates verschwendet werden³⁾, kann ich nur als ein höchst leeres und

1) Wahrscheinlich ist ein an Thier gerichteter Aufsatz des Kriegsrats Krug gemeint, in dem neben der Grundsteuer eine (nach 5 Klassen abgestufte) Kopfsteuer als einzige Steuer im Staate vertreten wird. Friedersdorfer Archiv, Landesangelegenh. VI, 6, Vol. III.

2) Vgl. o. S. 209.

3) Der Schluppassus des Finanzedikts vom 27. Okt. 1810 lautete: „Wir werden übrigens Unsere stete und größte Sorgfalt darauf richten, durch jede nothwendige und heilsame Einrichtung in polizeilicher und finanzieller Hinsicht Unsern uns so sehr am Herzen liegenden Hauptzweck, das Wohl Unserer getreuen Unterthanen herzustellen, möglichst zu befördern. Zu dem Ende soll auch die nächste Möglichkeit ergriffen werden, das Münzwesen auf einen festen Fuß zu setzen, so Wir Uns vorbehalten, der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation sowohl in den Provinzen als für das Ganze zu geben, deren Rath wir gern benutzen und in der Wir nach Unseren landesväterlichen Gesinnungen gern Unseren getreuen Unterthanen die Überzeugung fortwährend geben werden, daß der Zustand des Staats und der Finanzen sich bessere und daß die Opfer, welche zu dem Ende gebracht werden, nicht vergeblich sind. So wird sich das Band der Liebe und des Vertrauens

Die Äußerlichkeiten der Überlieferung der Petersburger Bruchstücke von Friedrichs des Großen Histoire de mon temps.

Von Hans Drogfen.

Als ich die Petersburger Bruchstücke der ersten Redaktion von Friedrichs des Großen Histoire de mon temps nach einer mir gütigst mitgeteilten Abschrift zum Abdruck brachte, glaubte ich, bei dem Interesse, das ihr Inhalt beanspruchen durfte, von einer Mitteilung der Äußerlichkeiten ihrer Überlieferung absehen zu dürfen. In der Diskussion, zu der diese Veröffentlichung den Anlaß gegeben hat, spielen diese Äußerlichkeiten eine gewisse Rolle: es mag mir daher, nachdem ich das Original habe einsehen dürfen, gestattet sein, den Tatbestand kurz anzugeben.

Die in Frage kommenden Stücke stehen im 11. Bande von Voltaire's handschriftlichem Nachlasse S. 490 ff. und zwar:

Die vom Könige an Voltaire geschickte Abschrift des Avantpropos; 4 Bogen mit durchlaufender Seitenzählung, die beiden letzten Seiten leer: von einer Hand aus der Umgebung des Königs, die mir unbekannt ist; die Jordans oder Reiserlings scheint es nicht zu sein. S. 498 beginnen auf anderem Papier die Fragmente der Memoires. Auf 3 Bogen das Stück: Lorsque l'on considère — cette loix domestique, und zwar so, daß nach der dritten Seite — avaient donné lieu, eine leere Seite, dann auf S. 502 das Stück: A la mort — loix domestique folgt. S. 503 ist leer. Es folgen 4 Bogen, von denen die beiden letzten S. 512—515 leer sind; die übrigen enthalten von Voltaire's Hand: S. 504—506 La minorité — n'étoit épargné, nach einer leeren Seite (507) auf S. 508: le maréchal — de roi Auguste. Hinter der leeren Seite 509 ist eingefügt ein Blatt anderen Papiers, auf beiden Seiten bis unten beschrieben: Le maréchal — un langage flatteur, von derselben Hand, die S. 498—502 abgeschrieben hat, von der das im 12. Band des Nachlasses stehende Argument du Poëme du Palladion her stammt und die in Voltaire's Umgebung zu suchen ist. Mit Ausnahme des Wortes Avantpropos stammen die Überschriften von Voltaire; die Notiz: Petits fragments des mémoires du roi de Prusse écrits de sa main findet sich nicht in der Petersburger Abschrift, ebensowenig wie der von Arnheim aus der Upsalaer Abschrift mitgeteilte Satz: Toutes ces considérations me déterminèrent à faire ma paix.

ber veröffentlichtem Stück: die nach Wien an Graf Otto Podewils, n Neffen des Kabinettministers, abgesandte Ausfertigung ist dort n den Österreichern geöffnet und kopiert worden, d. h. es handelt h um einen der zahlreichen, im Ministerium konzipierten Erlasse, e in die Sammlung der „Politischen Korrespondenz Friedrichs des roßen“ programmgemäß nicht aufgenommen werden.

In dem gleichen Verhältnis befindet sich das zweite der beiden iterzepte von 1749, der Erlaß an den Gesandten Otto Podewils in ien vom 17. Juni, gleichfalls ein seitens des Ministeriums ver- laßtes, von Voderodt konzipiertes Stück.

Neue Erscheinungen.

I. Zeitschriftenbau.

1. April bis 1. Oktober 1906.

Brandenburgia. Monatsblatt usw. XIV. Jahrgang. Berlin 1906.

S. 530—547: Zimmermann, Noch einige Nachträge zur Chronik von Niedergörsdorf (vgl. Monatsblatt, Jahrgang IX und X).

- XV. Jahrgang. Berlin 1906.

S. 49—54: A. Lhur, Nachrichten über Tamsel bei Rüstzin.

S. 57—63: Staemmler, Schloß Badgingen. [Im Ländchen Löwenberg. Geschichte des Schlosses.]

S. 64—73: Alexander Gierk, zu Brandenburgia, Monatsblatt Mai 1905. Flurnamen aus der Umgegend von Treuenbriezen.

S. 73—84: A. Petri, Über Quellenmaterial zur Erforschung der kirchlichen Ortsgeschichte. Aus der Praxis für die Praxis.

S. 85—97, Porth, Notizen zu Niederschönhausens Geschichte.

Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins. Berlin 1906.

S. 57—61: Meßel, Die Zwanglose 1806—1906. [Ausführlichere Mitteilungen aus der Festschrift der 1806 gegründeten „geschlossenen Gesellschaft“ von Ernst Soehle.]

S. 76—77: J. Lazarus, Zwei Briefe Friedrichs des Großen. [8. Dezember 1770 und 29. Januar 1780 an den Offizier v. Bentivegni in betreff eines italienischen Bruders, der mit Hilfe Friedrichs auf einen Bischofstuhl zu gelangen hoffte.]

S. 77—78: Eine öffentliche Hinrichtung in Berlin im Jahre 1800. [Wiederabdruck aus der Zeitschrift „Berlin“.]

S. 91—92: Louis Drucker, Der vergnügte Weinhändler. [Aus der Einleitung zu Gotthilf Weißsteins Berliner Curiosa. 1906.]

S. 102—104: F. Weinik, Aus der älteren Geschichte Charlottenburgs. [Vortrag nach Gundlachs Werk.]

S. 104—105: Das historische Buffett aus der Zeit König Friedrich Wilhelms III. in Pfuhls Hotel zu Königsmusterhausen.

S. 105—107: Berlins Besetzung durch die Franzosen im Jahre 1806. [Aus Gustav Parthey's Jugenderinnerungen.]

Schriftwechsel des Brandenburger Domkapitels mit dem Bischofe 1521—1524.

- S. 91—128. Aus der Vereinschronik zu notieren. S. 92—94: Jort, Brandenburg in der Franzosenzeit. S. 99: Tschirch, Hat der öffentliche Übertritt Joachims II. zur Reformation in Spandau oder in Berlin stattgefunden? [in Berlin]. S. 101—106: Schierer, Geschichte der Burg Eisenhardt bei Belzig. S. 110—113: Gumpert, Kloster, Amt und Rittergut Lehnin [mit einer Tabelle der Amtshauptleute von 1542—1709]. S. 118—121: Biele, Altenmäßige Darstellung der Versuche, den Dom einzugemeinden. S. 125—128: v. Stieber, Die deutschen Rolandbilder.

Mitteilungen des Udermärkischen Museums- und Geschichtsvereins zu Prenzlau. III. Band. Prenzlau 1905—1906.

- S. 24—47: Ohle, Die Reher und Märtyrer der Udermark. [Vortrag. I. Die Bettelorden. II. Die Bettelorden und die Waldenser. III. Gründe der waldensischen Erfolge. IV. Die Stellung der Waldenser zur katholischen Kirche. V. Ende der Waldenserbewegung in der Mark.]
- S. 50—51: Ernst Dobbert, Das Schloß Prenzlau. [Hat trotz der Einwände von Herrn v. Arnim-Densin existiert.]
- S. 57—73: Siegfried Passow, Die Prenzlauer Heiligen. [Vortrag.]
- S. 74—78: J. D. v. d. Hagen, Das Wappen der Stadt Greiffenberg in der Udermark.
- S. 79—84: Ernst Dobbert, Ein Fürstenbesuch in Prenzlau. [Der der Königin Ulrike von Schweden 1. Dezember 1771 und 5. August 1772.]

Ostpreussische Monatschrift. N. F. Der Neuen Preussischen Provinzialblätter 5. Folge. Begründet von Rudolf Reiche und Ernst Wichert. Unter Mitwirkung von Erich Joachim, Gottlieb Krause, Max Perlbach, Franz Rühl u. a. hrsg. von Aug. Seraphim. 43. Band. Königsberg in Pr. 1906.

- S. 1—2: A. Seraphim, Zur Einführung. [Übernahme der Redaktion nach dem Tode Rudolf Reiches.]
- S. 3—28: Lemed, Von, General-Landschaftsdirektor in Ostpreußen (1887—1905). Seinem Gedächtnis zu Ehren.
- S. 29—84: Sophie Meyer, Der Streit des Hochmeisters Heinrich von Richtenberg mit Dietrich von Cuba, Bischof von Samland. [Ergänzungen zu Voigt durch eingehende Darstellung der Beziehungen des wider den Willen des Kapitels in Rom ernannten Bischofs (1470—1474) zu dem Hochmeister, der ihn schließlich gefangen setzen ließ.]
- S. 85—99: Johannes Sembrißli, Trescho und der Philosoph von Sanssouci, nebst Nachträgen zu Treschos Leben und Schriften. [Der Diakonus zu Mohrunen, Sebastian Friedrich Trescho, der mit vielen die religiösen Anschauungen und Urteile Friedrichs nicht teilte, veröffentlichte anonym einen „Brief aus den Elysäischen Gefilden von

Gottlieb Möller mit sechs Kommilitonen, über die der eine ein Tagebuch führte. Abdruck desselben.]

S. 519—610: Hermann Voges, Beiträge zur Geschichte des Feldzuges von 1715. [Schluß.]

Monatsblätter. Herausgeg. von der Gesellschaft für Pommerische Geschichte und Altertumskunde. 1906.

S. 4—8, 17—23: G. F. A. Stedter, Geschichte einer pommerischen Rüter- und Kantorenfamilie nach dem Pfarrarchiv zu Frikow. [Seit 1594 bis 1889.]

S. 33—46: M. Wehrmann, Die Kinder des Königs Friedrich Wilhelm III. auf der Flucht durch Pommern im Oktober 1806. [Wiederabdruck einer Stelle aus dem 9. Bande des Hohenzollernjahrbuchs mit Hinzufügung einiger Anmerkungen.]

S. 49—56, 66—74, 82—87: W. Ranngießer, Bürger-Bataillon und Bürgerwehr in Kolberg. [Geschichte derselben, eingehender vom 17. Jahrhundert ab bis zu seiner Auflösung 1889.]

S. 98—112: G. F. A. Stedter, Hochzeitsgebräuche in der Pfarodie Frikow, Synode Cammin, um das Jahr 1750. [Schluß folgt.]

Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen. 21. Jahrgang. Posen 1906.

S. 1—20: Friedrich Koch, Der Bromberger Staatsvertrag zwischen dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg und dem Könige Johann Kasimir von Polen im Jahre 1657. [Vorgeschichte, Geschichte und Bedeutung desselben, nach den gedruckten Quellen.]

S. 145—158: Manfred Laubert, Die letzten städtischen Privilegien der non tolerandis judaeis in der Provinz Posen. [Diese blieben in Bromberg und Punitz bis in die Zeit Flottwells erhalten, obwohl schon 1802 in Südpreußen alle derartigen Privilegien abgeschafft worden waren. Der Bromberger Magistrat versuchte auch nach dem Judenreglement vom 1. Juni 1833 die Niederlassung der Juden zu inhibieren. Noch bis in die Zeit nach dem Gesetz vom 23. Juli 1847 in betreff der Stellung der Juden in der gesamten Monarchie dauerte sein Widerstand.]

Historische Monatsblätter für die Provinz Posen. VII. Jahrgang. 1906.

S. 33—37: M. Laubert, Eine Episode aus dem Schmugglerwesen unserer Provinz. [Aus dem Jahre 1829, in Kempen, wo zum Schutze der Defraudanten und ihres Gutes gegen die Behörden Gewalttaten verübt wurden. Erst Flottwell sorgte durch Belegung Kempens mit einer Garnison, daß diese aufhörten.]

S. 52—58: P. Pietzsch, Aus dem Leben eines südpreussischen Landdragoners. [Joh. Gottlieb Alfärttys, des sogenannten „letzten Dragoners“ Friedrichs des Großen, während des polnischen Aufstands von 1794.]

Schrift des Historischen Vereins für Niedersachsen. Jahrgang 1906. Hannover 1906.

S. 139—150: Joh. Kresschmar, Napoleons Kanalprojekte zur Verbindung des Rheines mit der Elbe und Ostsee. [Schon Jerome plante den Bau von Wasserstraßen, seit 1808. In viel größerem Stil nahm Napoleon das schon in den Zeiten des Rastatter Kongresses aufgetauchte Projekt auf, einmal Paris zum Zentralstapelplatz des Kontinents zu erheben und dann Unabhängigkeit des Wasserverkehrs von England zu gewinnen. Seit 1810 arbeitete eine Kommission an dem Projekt der Verbindung zwischen der Seine und der Ostsee. Dieses wird genau beschrieben und der Unterschied zu den heutigen Kanalprojekten hervorgehoben.]

Beiträge des Instituts für österreichische Geschichtsforschung. XVII. Band. Innsbruck 1906.

S. 91—146: Friedrich M. Kircheisen, Die Schriften von und über Friedrich von Genz. Eine bibliographische Übersicht.

Historische Zeitschrift. 3. Folge. Band 1. Der ganzen Reihe 97. Band. München und Berlin 1906.

S. 67—118: Otto Hünig, Die Epochen des evangelischen Kirchenregiments in Preußen. [I. Die lutherische Landeskirche in Brandenburg (Episkopalismus). II. Der Absolutismus im Kirchenregiment und die Entstehung einer preussischen Landeskirche (Territorialismus). III. Die Vollenbung der Landeskirche und die Einführung einer freieren Verfassung (Presbyterial- und Synodalverfassung).]

S. 119—136: Friedrich Meinecke, Preußen und Deutschland im 19. Jahrhundert. Vortrag, gehalten auf der Stuttgarter Versammlung deutscher Historiker. [M. behandelt nur die Frage, die die nationaldenkenden Kreise Deutschlands und Preußens im 19. Jahrhundert am tiefsten bewegte, ob ein Bundesstaat auch nur mit einer Großmacht im Bunde möglich und wie er möglich sei, ohne der berechtigten Individualität der Großmacht zu nahe zu treten, und ohne die Existenz der kleineren Mächte zu gefährden. Wie die Frage in Preußen und außerhalb Preußens beantwortet wurde, stellt M. dar.]

S. 152: R. Roser, Die Reichstagsgeschichte des Brandenburgischen Gesandten Henniges. Zusatz zur Hist. Zeitschrift 96, 205 Anm. 2. [Ein kurzer Hinweis über die druckfertig im Geh. Staatsarchiv aufbewahrten Comitologia von Henniges aus der Zeit von 1662—1711 und deren wertvolle Beilagen, sowie auf einzelne Materien („historische Berichte“), die Henniges besonders behandelte.]

Historische Vierteljahrschrift. Hrsg. von G. Seeliger. IX. Jahrgang 1906. Leipzig 1906.

S. 174—204: Friedrich Carl Wittichen, Die Politik des Grafen Herzberg 1785—1790. [Im Gegensatz zu Baillet und Ludwaldt und im Anschluß an die Arbeit seines Bruders und seine eigene versucht

spielte dabei eine Rolle. Preußens Kraft sollte nicht mehr halbgebrochen erscheinen. — Die Oltropierung der Verfassung wie diese überhaupt widerstrebte dem Ideal einer Ausgestaltung Deutschlands, wie es vielfach gehegt wurde. Deshalb Sendung von Mitgliedern der Frankfurter Versammlung nach Berlin. — Als den geistigen Urheber der Verfassung hat man entweder Ladenberg oder Rintelen anzusehen. Manteuffel war bis zuletzt ihr entschiedener Gegner, Brandenburg wenigstens zuerst passiv.]

ellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken, hrsg. vom Königl. Preussischen Historischen Institut in Rom. Band IX. Rom 1906.

S. 88—139: Paul Ralkoff, Die Beziehungen der Hohenzollern zur Kurie unter dem Einfluß der Lutherischen Frage. [I. Albrecht von Mainz Bestreben, die Legation in Deutschland zu erhalten. II. Die Politik der Kurie Joachim I. gegenüber in der Frage des kurfürstlichen Nominationsrechtes auf seine drei Landesbistümer, namentlich auf Havelberg 1521 (Georg von Blumenthal — Kanzler Hieronymus Schulz): Die Kurie sah sich durch die antilutherische Haltung Joachims auf dem Wormser Reichstage genötigt, das kurfürstliche Nominationsrecht anzuerkennen, obwohl sie Georg von Blumenthals Wahl schon als kanonisch vollzogen bestätigt hatte. III. Um Sachsens Einfluß im Norden nicht größer und damit das Luthertum dort nicht stärker werden zu lassen, erhielt Johann Albrecht die Koadjutorstelle in Magdeburg und Halberstadt. Beilagen betreffend 1. den Freundschaftsvertrag zwischen den Kardinälen Albrecht von Brandenburg und Medici; 2. Albrechts erste Bewerbung um die Legatenwürde; 3. den Wechsel in Albrechts Kardinalstitel; 4. die zweite Bewerbung Albrechts; 5. die Havelberger Bischofswahl; 6. die Pfünden der jüngeren fränkischen Markgrafen.]

tschrift für Kirchengeschichte. Hrsg. von Lh. Brieger und Bernh. Best. XXVII. Band. Gotha 1906.

S. 209—219: Ph. Losch, Zur Geschichte der hessischen Renitenz. [Nach dem Werke von E. R. Grebe, Geschichte der hessischen Renitenz, Kassel 1905, das als Stoffsammlung gelobt, sonst abgelehnt wird. Hessische Renitenz ist die kirchenpolitische Bewegung in Kurhessen nach 1866 gegen die Maßnahmen der preussischen Regierung, streng konfessionell und ablehnend gegenüber der Union.]

ntsch-evangelische Blätter. Hrsg. von Haupt, Rahl und Hadenberg. XXXI. Jahrgang. Der N. F. VI. Jahrgang. Halle 1906.

S. 256—278: Schian, Die evangelische Kirche in Preußen vor 100 Jahren. [Besprechung des Försterschen Buches über die Entstehung der preussischen Landeskirche. I. Der kirchenlose Protestantismus. Eine prinzipielle Kirchenlosigkeit, wie sie Förster behauptete, existierte nicht. II. Der Verlauf der Reformbewegung. Nicht erst unter Friedrich Wilhelm III. (so Förster) begannen „die Betätigungen eines Kirchen-

mit den drei Korrekturen druckt Baldamus ab und erläutert sodann, was wir aus den Korrekturen über Bismarcks Ansichten, Arbeitsweise usw. entnehmen können.]

Mitteilungen der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte. XVI. Jahrgang Berlin 1906.

S. 113—130: Wilhelm Meiners, Das Volksschulwesen in Mark und Cleve unter Steins Verwaltung (1787—1804).

Monatshefte der Comeniusgesellschaft. 15. Jahrgang 1906. Berlin 1906.

S. 208—228: E. Keller, Louise von Coligny und die Häuser Dranien und Hohenzollern. [Erweiterter Abdruck eines November 1904 in der Deutschen Monatschrift erschienenen Aufsatzes.]

Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst. Jahrgang 65. Leipzig 1906.

Bd. 2. S. 5—12, 64—72: G. v. Bismarck (Dessau), Die Ursachen des Zusammenbruchs Preußens im Jahre 1806.

S. 377—383, 422—430, 482—488: E. Joachim, Aus dem Unglücksjahre 1807. Erlebnisse und Wahrnehmungen eines hohen französischen Offiziers in Ost- und Westpreußen. [Franz Percy, Chefchirurg der französischen Armee unter Napoleon I. Tagebuchblätter vom 1. Februar bis 4. August 1807, mit Richtigstellung vieler in der Ausgabe (Journal des campagnes du Baron Percy. Publié par E. Longin. Paris 1904) verderbter Namen.]

Bd. 3. S. 497—503: H. von Poschinger, Geheime Verhandlungen mit Rom unter dem Ministerium Ranteuffel. [Durch den Geheimagenten Staatsrat Rindworth; vgl. Deutsche Revue 31. Jahrgang Bd. 2.]

S. 593—599, 654—663: Großherzog Friedrich von Baden in Versailles.

Montagsblatt. Wissenschaftliche Wochenbeilage der Magdeburgischen Zeitung. Organ für Heimatskunde. 1906.

Nr. 14—16: Dr. A., Aus Eugens Richters Magdeburger Zeit. Eine Magdeburger Spulgeschichte aus dem Jahre 1862. [Nämlich Schilderung eines Besuches im Konservativen Verein. Tätigkeit bei einer Magdeburger Versicherungsgesellschaft, lebhaftes Auftreten in der Stadterweiterungsfrage.]

Nr. 14: H. Rötke, Aliso bei Oberaden. [Tritt für die Richtigkeit der von Prein aufgestellten Theorie ein.]

Nr. 20: H. Rötke, Bismarcks Anteil an einer wichtigen Darstellung des Ursprungs des deutsch-französischen Krieges. [Über die von H. Kobl mit Bismarcks Änderungen veröffentlichte Vorgeschichte des Krieges.]

Nr. 22: Ein Besuch bei Otto v. Gerde. [Des Balthasar v. Moncony am 22. Oktober 1663.]

Nr. 23: Guniltha Barchmann, Primkenau zur Zeit der Herzöge Christian August und Friedrich. [Primkenau im Sprottauer Kreise in Niederschlesien, seit 1853 im Besitze der Herzöge von Augustenburg.]

- Nr. 30/31: Walter Friedensburg, Zum Jubelfest der Greifswalder Hochschule (1456—1906).
- Nr. 31/32: Heinrich Hub. Houben, Literaturbriefe Barnhagen von Enßes. [An Eduard Boas, auch politischen Inhalts.]
- Nr. 34—36: Vor dem Sturm. Berliner Stimmungen im Sommer und Herbst 1806.
- Nr. 34: Ernst Hoffmann, Über neue Leibniz-Funde. [In Wiesentheid, wichtig für die Zeit 1666—1676, Verhältnis zu Boineburg und 2.3 politische Schriften.]
- Nr. 38/39: Karl Witte, Gontaut Biron als Botschafter in Berlin (1872—1877).

Unterhaltungsbeilage der Täglichen Rundschau. Berlin 1906.

- Nr. 83: Kreuzberg und Viktoriapark. Erinnerungen einer alten Berlinerin.
- Nr. 92: G. A., Über den Totentanz von S. Marien in Berlin.
- Nr. 138: Emil Beschlau, Von Zeit zu Zeit seh ich den Alten gern. Eine Erinnerung an Kaiser Friedrich III. [Heimliche Anwesenheit als Pressevertreter auf einem Diner des Kronprinzen in Stuttgart am 27. August 1880.]
- Nr. 180: Vor und nach 1870. 1. Österreich und das Jahr 1870. [Nach einer Veröffentlichung in der Neuen Freien Presse.]
- Nr. 182: Die Zensurverhältnisse vor hundert Jahren.
Vom letzten Kurfürsten von Hessen.
- Nr. 183: D. Richter, Eine beachtenswerte Marine-Erinnerung. [An den Kampf des Prinzen Adalbert mit den Risspiraten beim Kap Tres Forcas am 7. August 1856.]
- Nr. 184: Noch einiges vom letzten Kurfürsten. [Von Hessen.]
- Nr. 187, 188, 191, 200, 201: H. von Strauch, Aus alten Familienpapieren. 1. Für den Norddeutschen Bund 1806. 2. Wie es 1806 unserm Familienilber erging. 3. Einquartierungs- und andere Sorgen vor hundert Jahren.
- Nr. 201: F. Wiegandt, Auch eine Kriegserinnerung. [Hinweist auf einen Guide du soldat français en Allemagne, der 1870 unter die französischen Soldaten verteilt wurde.]
- Nr. 204/205: Seban. Aus den Kriegsbriefen A. von Boguslawskys.
- Nr. 207: H. von Poschinger, Aus dem Briefwechsel Lothar Buchers mit dem Geheimrat von Rufferow. [1873 und 1876, unter anderem über die Stellung Bismarcks zu einem Erwerb Samoas 1876.]
- Nr. 208/209: Richard Sandler, Vergessene preußische Waffentaten. Ein Beitrag zur Armcegeschichte. [Preuß. Feldzug in Holland 1787.]

Beilage zur Allgemeinen Zeitung. München 1906.

- Nr. 80: L. G., Aus der Demagogenzeit. [Im Anschluß an Claire von Glümer, Aus einem Flüchtlingsleben (1833—1839).]
- Nr. 82: Herman v. Petersdorff, Die Tat Yorks in neuem Lichte. [Zustimmung zu den Thimmischen Abhandlungen.]
- Nr. 85: Karl Theodor Biegeler, Literatur über die Zollern-Hohenzollern.

S. 201—208, 333—340: Ernst Anemüller, Wilhelm von Humboldt und Karoline Luise, Fürstin zu Schwarzburg-Rudolstadt. Mit bisher ungedruckten Briefen Humboldts. [Die Erhaltung der Souveränität der Herzogtümer 1813—15 betreffend, wofür sich Humboldt gegen Stein energisch einsetzte. Briefe von 1813 Oktober 27. und 31., Dezember 9., 1814 März 6., Mai 25., August 2., 1815 Juni 11.]

S. 341—350: von Balois, Aus den Erlebnissen eines alten Seeoffiziers. 1864. In der Ostsee. [Seegefecht vom 17. März 1864.]

Konservative Monatschrift für Politik, Literatur und Kunst. 63. Jahrgang. Berlin 1905/1906.

S. 1080—1087, 1203—1206, 1241—1249: Vor vierzig Jahren im Felde. (Von einem, der dabei war.) Von Rudersdorf-Alt Rognitz bis Königgrätz. [Aus einem Kriegstagebuche, Tatsächliches mit Auslassung kritischer Bemerkungen.]

København und Alafings Monatshefte. XXI. Jahrgang. 1906/1907.

S. 102—109: Lindenbergh, Briefe Kaiser Napoleons III. an die Gräfin Luise de Mercy-Argenteau. [Einige Briefe von 1868—1870, dann elf vom 19. November 1870 bis 30. Dezember 1871 über mehrere Versuche der Gräfin, für Napoleon bei Kaiser Wilhelm und Bismarck etwas zu erreichen, z. T. in persönlichen Verhandlungen (Februar 1871), mit einem Briefe Kaiser Wilhelms, einem Brief und einer Depesche Bismarcks; weiterhin nichts politisch Wichtiges. Die Briefe Napoleons nach den Originalen in deutscher Übersetzung; die Provenienz wird nicht mitgeteilt.]

revue des deux mondes. Paris 1906.

Bd. 35, S. 278—316: René Pinon, L'évolution de la question d'Orient depuis le congrès de Berlin (1875—1906).

Militär-Wochenblatt. 91. Jahrgang. 1906.

Nr. 57, 58, 59: Roser, Versehen im Befehls- und Nachrichtenwesen während des Feldzuges von 1870/71.

Nr. 72, 73: Zur Geschichte der Geh. Kriegskanzlei. [Auszug aus dem Manuskript des altentworfene fundierten Werkes von Spangenberg.]

Nr. 76: v. Janson, Das preuß. Offizierkorps von 1806 und das große Ehrengericht. [Besprechung des vom Großen Generalstabe herausgegebenen Werkes.]

Nr. 81: Immanuel, Königgrätz. [Zum vierzigjährigen Gedenktage des 3. Juli 1866.]

Nr. 84: Von Roßbach bis Jena und Auerstedt. [Besprechung der zweiten, neu bearbeiteten Auflage des bekannten Buches von E. Freiherr v. d. Golz.]

Nr. 87: v. Janson, Generalmajor z. D. Medel. [Nachruf.]

Nr. 89: v. Leszczynski, Zum Gedächtnis des Generalleutnants Adalbert v. Tapsen.

Nr. 92, 93: Über den Entschluß zur Schlacht bei Königgrätz. [Veranlaßt durch die Herausgabe der Briefe des Generals von Voigts-Rheß. Möglicherweise ist es gewesen, der das Eingreifen der ganzen kaiserlichen Armee beim König erwirkt hat.]

Strenge österreichische militärische Zeitschrift. 47. (der ganzen Folge 88.) Jahrgang. Wien 1906.

7. Heft: Ohz., Der Streifzug der Habsburg-Husaren im Juni 1866. [Nach österreich. und preuß. Kriegsbibliotheken.]

Revue d'histoire, rédigée à l'État-Major de l'Armée. VIII^e Année. 22. vol. Paris 1906.

S. 1—55: Fortsetzung von La campagne de 1794 à l'armée du Nord.

S. 123—205, 334—442, 588—667: Fortsetzung von La guerre de 1870/71. [Rouart. Beaumont.]

S. 225—288, 449—532: Les opérations militaires sur la Sambre en 1794. — 23. vol. 1906.

S. 1—73: Fortf. von Les opérations sur la Sambre.

S. 74—105, 309—346: Fortf. von La campagne de 1800 en Allemagne.

S. 106—222, 347—544: Fortf. von La guerre de 1870/71. [Sedan.]

S. 241—308: Les préliminaires de la guerre de la Succession d'Autriche.

Le spectateur militaire. Recueil des sciences, d'art et d'histoire militaires. Tome 63. Paris 1906.

Fortsetzung der Übersetzung der Verdyschen Erinnerungen [„Im großen Hauptquartier“] unter dem Titel: „Souvenirs personnels de Verdy du Vernois“.

Journal des sciences militaires. 82^e Année. Onzième Série. Tome 1. Paris 1906.

S. 341—376: P. Lehautcourt, Études de tactique appliquée. La cavalerie dans la bataille [15. u. 16. August 1870].

S. 377—408: Fortf. von Grouard, Critique stratégique de la guerre franco-allemande (les déploiements stratégiques; bis zum 1. August).

— Tome 2. 1906.

S. 128—136: Arnault de la Ménardière, Quatre journées de guerre. Opérations du XIII^e corps allemand les 12—15 janvier 1871. Combat d'Alençon.

S. 175—200, 370—386: Fortf. von Grouard [s. oben; les premières hostilités].

S. 321—355: Fortf. von Lehautcourt [s. oben].

— Tome 3. 1906.

S. 65—99, 202—221: Fortf. von Lehautcourt [s. o.].

S. 257—276: Fortf. von A. de la Ménardière [s. oben].

S. 291—304: Fortf. v. B., La guerre de la succession d'Autriche, campagne de 1743.

II. Schulprogramme und Universitätschriften.

1905/1906.

E. Braasch, Der Kampf zwischen Slaventum und Germanentum im Osten. Jahresbericht des kgl. Stifts-Gymnasiums in Zeitz 1906 (16 S. 4^o).

unter dem Titel: Der Brandenburgische Landvogt bis zum XV. Jahrhundert. Halle, W. Niemeyer 1906 (III, 179 S. 8°.)

- D. Meyer, Die Berichte des preussischen Gesandten Eidstedt. Ein Beitrag zur Politik der deutschen Kleinstaaten während des siebenjährigen Krieges. Wissenschaftliche Beilage zum Bericht der Realschule in Eilbed zu Hamburg 1906 (1 Bl. u. 34 S. u. 1 Taf. 8°). (S. Bücherbesprechungen.)
- F. Ruth, Untersuchungen zum Frieden von Nikolsburg. Wissenschaftliche Beilage zu dem Jahresbericht des kgl. Evang. Gymnasiums zu Glogau 1905 (37 S. 4°). (Vgl. Bd. XIX, 1, S. 297 f.)
- G. Neuhaus, Die Fredericianische Kolonisation im Neke- und Warthebruch. (Abschnitt I und II.) Berliner Diff. Landsberg a. W. (1905) (1 Bl. u. XI, 42 S. 8°). [Vollständig im Buchhandel in: Schriften des Vereins für Geschichte der Neumark. H. 18. Landsberg a. W., F. Schaeffer & Co. in Komm. 1906 (X, 364 S. 8°).]
- H. Pawellski, König Friedrich Wilhelm III. und seine Bedrohung durch die Franzosen am 17. Januar 1813. Greifswalder Diff. 1906 (59, 1 S. 8°).
- J. Pechel, Die Umgestaltung der Verfassung von Soest im Zeitalter Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. 1715—1752. Göttinger Diff. 1905 (2 Bl. u. 109, 1 S. u. 1 Bl. 8°).
- B. Pehler, Das alt-sächsische Bauernhaus in seiner geographischen Verbreitung. Mit 171 Illustrat. im Text, 6 Tafeln, 1 Original u. 2 Karten. Königsberger Diff. Braunschweig 1906 [und im Buchhandel: Braunschweig, F. Vieweg & Sohn 1906 (XVI, 260 S. u. 7 Taf. u. 4 Karten 8°).
- E. Polthier, Über die persönlichen Beziehungen der Hohenzollern zur Priegnitz und insbesondere zur Stadt Wittstock. Festrede. Programm des kgl. Gymnasiums zu Wittstock 1906 (13 S. 4°).
- H. Schneider, Die Schweizer Kolonie in der Mark, ein ländliches Kulturbild aus dem Ende des 17. Jahrhunderts. Beilage zum Programm des kgl. Wilhelm-Gymnasiums zu Berlin 1906 (18 S. 4°).
- G. Schnippel, Urkundliche Beiträge zur Geschichte des Jahres 1806. Teil I. Zum hundertjährigen Gedächtnis an den Aufenthalt des Königs Friedrich Wilhelm III. in Osterode. Beilage zum Programm des städt. Gymnasiums zu Osterode in Ostpreußen 1906 (16 S. 4°).
- J. Schwabe, Die Schlacht bei Gravelotte-St. Privat. Programm des Friedrichs-Gymnasiums zu Altenburg 1906 (21 S. 4°).
- B. G. Schwarz, Die Haltung Danzigs im nordischen Kriege 1563—1570, mit besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu Schweden. Königsberger Diff. Danzig 1906 (36 S. 8°).
- H. Stalweit, Die ostpreussische Domänenverwaltung unter Friedrich Wilhelm I. und das Reetablisement Litauens. (Erstes Buch, erster Teil, 5. und 6. Kapitel.) Berliner Diff. 1906 (42 S. u. 1 Bl. 8°). [Vollständig im Buchhandel in: Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, hrsg. von

Der Verfasser des bekannten Buches über die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland sucht in der oben genannten Schrift mit Hilfe namentlich von Hildesheimer Urkunden nachzuweisen, daß die bisherige Meinung vom hörigen Ursprung der meisten urkundlich bekannten Ministerialenfamilien Niedersachsens unhaltbar, die große Mehrzahl der sächsischen Dienstmannengeschlechter vielmehr altfreier Herkunft sei. Den ältesten Grundstock des Standes hätten allerdings unfreie Personen gebildet, deren Zahl aber gering gewesen sei, schon weil sie, nach Ausweis der Rechtsquellen, lediglich aus den Verwesern der 4—5 Hofämter hervorgegangen waren. Die Masse der späteren Ministerialen stamme nicht von diesen Hörigen ab, sondern von freien Grundherren, deren Nachkommen seit der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts zuerst im westlichen, dann auch im östlichen Sachsen durch Ergebung zu Hofrecht oder auch im Wege von Familienverbindungen Dienstmännern geworden seien; ihre altfreie Abstammung bekunden sie durch Teilnahme am Echten Ding und durch altererbten Besitz von Grundeigen.

Dies der Hauptinhalt der Schrift, dem wir wenige kurze Bemerkungen entgegenstellen möchten. Mag die ältere Ministerialität aus den Hofämtern hervorgegangen sein oder nicht: unleugbar bezeugen die sächsischen Geschichtsquellen das Vorhandensein größerer Dienstmannschaften bereits vor dem Übertritt zahlreicher Freien in jenen Stand. Es genüge hier, auf einige mir gerade vorliegende Urkunden zu verweisen: Urkunden-Buch des Hochstifts Hildesheim I Nr. 132, 169 (ca. 1073, 1110, von W. zitiert), Urk.-Buch des Hochstifts Halberstadt I Nr. 123, 151, 159, 167 (ca. 1106, 1121, 1123—24, 1133). Die bloße Anwesenheit von Dienstmännern bei Gerichtsverhandlungen über Grundeigen läßt auf ihre Abstammung sichere Schlüsse nicht zu, selbst ihre Teilnahme an der Urteilsfindung kann sich aus der Veränderung der alten Gerichtsverfassung — cf. in dieser Beziehung z. B. das Hofgerichtsurteil von 1190, MG. SS. XXI, S. 572 — oder aus dem Umstande erklären, daß sie selbst oder einer ihrer Vorfahren Grundbesitz zu Eigentum erworben hatten, wofür urkundliche Beispiele aus dem 11.—13. Jahrhundert nicht fehlen. Die Beweise, mit denen W. die weite Verbreitung altererbten Grundbesitzes zu Eigentum bei Ministerialen darzutun sucht, bewähren sich bei näherer Prüfung nicht immer als stichhaltig. Entdeckereifer und andre Ursachen haben ihn aus den Quellen bisweilen Dinge herauslesen lassen, die nicht deutlich oder auch wohl gar nicht darin standen, wie dies z. B. für einen Teil der auf S. 115 n. 98 zitierten, von ihm als besonders beweiskräftig bezeichneten Urkunden zutrifft.

Am Schluß seiner Untersuchung belehrt uns W., durch dieselbe sei „der Ursprung des niederen Urabels (sächsischer Abkunft) in ein völliges neues Licht gerückt. — Der heutige niedere Urabel ist in der Hauptsache nicht hörigen, sondern freien Ursprungs, seine Ahnen sind nicht Hofknechte, Röche und Kammerdiener, sondern freie Grundherren“ (S. 73 f.). Ich fürchte, diese hocherfreuliche Entdeckung wird sich dem tatsächlichen Quellenbefunde gegenüber eine gewisse Einschränkung gefallen lassen müssen. Wenn auch nicht gerade Kammerdiener, so doch Leute dienenden

Benutzung der bekannten Quellenwerke von Riedel, Raumer und Müllius hat nun dazu geführt, daß der Vf. relativ am meisten über das Mittelalter, wenig über das 18. Jahrhundert, am wenigsten über die dazwischen liegende Zeit zu sagen weiß. Dazu kommt, daß die Behandlung der einzelnen Verwaltungszweige sehr ungleichmäßig ist: Den Bau- und Post-Bebienten werden mehrere Seiten gewidmet, auf die Rüsttriner Regierung aber, dieser konstantesten unter allen neumärkischen Behörden, die unter mannigfachen Umbildungen bis zum Jahre 1879 Bestand gehabt hat kommt der Vf. auch nicht mit einem Satz zu sprechen, und aus der für die Verwaltungsgeschichte besonders interessanten Zeit des Markgrafen Hans wird uns nur mitgeteilt, welche Beamten dem Leichenbegängnis des Markgrafen beigewohnt haben!

Bei diesem Sachverhalt fehlt es natürlich auch nicht an Mißverständnissen und Irrtümern; nur einige besonders auffallende seien hier berichtet. Aus den Erörterungen über die Vogteien wird niemand ein klares Bild gewinnen können; man vermißt da namentlich einen Hinweis auf die wichtige Tatsache der Wiederherstellung der drei alten Vogteien beim Eintritt der Hohenzollern in die Mark. Die Bedeutung der gerichtlichen Befugnisse des Vogtes ist stark unterschätzt; es läßt sich genau erkennen, wie diese erst allmählich durch die Schaffung selbständiger Hof- und Mannengerichte (vgl. Treu, Gesch. d. Stadt Friedeberg S. 171 ff.) und die Exemption der Städte eingeschränkt worden sind (vgl. P. van Rießen in Bd. 6 dieser Ztschr., S. 268). Stellenweise geradezu irreführend sind die Ausführungen über die Haupt- und Amtleute: S. 27 spricht F. von einem Landsberger „Stadthauptmann“; in der Urkunde von 1399, die als Beleg zitiert wird (Riedel, A. 18, 415), handelt es sich aber gar nicht um einen brandenburgischen Beamten, sondern um einen Hauptmann der schlesischen Herzöge, bei dem die Landsberger, im Falle sie einen der herzoglichen Untertanen belangen wollen, Anzeige erstatten sollen. Im weiteren Verlauf der Darstellung macht der Vf. aus dem Amt des Amtshauptmanns zwei verschiedene Chargen, was denn zur Folge hat, daß die Rottbuser Amtshauptmannschaft zuerst S. 28 und dann noch einmal S. 31 zur Erörterung kommt. In Croßen soll außerdem die Domänenverwaltung bis 1611 „dem von den Ständen präsentierten Hauptmann“ übertragen gewesen sein (S. 70). Wie gründlich das Wesen der territorialstaatlichen Verwaltung mißverstanden ist, dafür mögen die folgenden beiden Äußerungen als Beweis dienen: Die Hofbeamten, heißt es auf S. 43, zählten „zu keiner Zeit zu den eigentlichen Landesverwaltungsbeamten“, und S. 45 bemerkt F. nach einer Aufzählung der Hofbeamten, Räte, Sekretäre usw. des Markgrafen Hans: „Doch vermochten wir nicht mehr zu ermitteln, daß in jener Zeit noch immer Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung von diesen Hofbeamten vollzogen wurden“. — Den Titel „Commissarien“ hat der Vf. für die Zeit vor dem Dreißigjährigen Kriege nur in einem Rezeß von 1602 finden können (S. 48); das, meint er, wäre wohl der einzige Fall, in dem sie vor 1640 begegneten. In Wirklichkeit ist bekanntlich die Ernennung von Commissarien seit etwa der Mitte des 16. Jahrhunderts ganz allgemein üblich und eine der gewöhnlichsten Maßnahmen der fürstlichen Verwaltung.

von dem Manne mit dem leichten Gasfögnerblut lernen — soll doch jeder rechte Historiker ein Stüd Poet sein.

Mag auch heute die soziale Kluft zwischen märkischem Adel- und Bürgertum noch schmaler geworden sein, als vor vier Jahrzehnten, da Fontane schrieb und mag das Wort „in der Fremde bedrückend, aber zu Haus entzündend“ nur in den seltensten Fällen auf den märkischen Adligen noch anwendbar sein — nicht wenige sind auch in der Fremde entzündend: es trifft doch noch zu, was Fontane einst dem bürgerlich-liberalen Riedel entgegenhielt; „daß der märkische Bürgerliche seiner märkischen Adelsantipathie durchaus Herr werden muß, wenn er vorhat, märkische Geschichte zu schreiben.“ Selbst wenn unser Dichter-Historiker mit seinen „Wanderungen“ nichts weiter erreicht haben sollte, als daß er einen Teil dieses Vorurteils zerstörte und immer wieder in den Jüngern der Klio zerstört — selbst dann hätte auch die ernste Geschichtswissenschaft als der immer wiederholte Versuch vorurteilsfreier Wiederbelebung und Rekonstruktion jeder des Lebens werten Vergangenheit ihm viel zu danken.

Friedrich Meusel.

Geschichte der Stadt Berlin. Bearbeitet von Dr. Friedrich Holze. (Tübinger Studien für Schwäbische und Deutsche Rechtsgeschichte, hrsg. von F. Thudichum, I, 3.) Tübingen 1906; G. Laupp (3 Mk.).

Der verdienstvolle Verfasser der Geschichte des Kammergerichts ist unsern Lesern wohlbekannt. Es ist erfreulich, daß er bei der Last seiner amtlichen Tätigkeit noch die Muße findet, die reichen Kenntnisse, die er auf dem Gebiete der märkischen und insbesondere der Berliner Geschichte besitzt, in so energischer Zusammenfassung wie hier dem lesenden Publikum mitzuteilen. Wir besaßen bisher nur populäre, dilettantische Darstellungen der Berliner Geschichte, die vor dem Urteil der wissenschaftlichen Kritik nicht standhalten konnten. Man kann wohl sagen, daß dies kleine Büchlein der erste, allerdings skizzenhafte Versuch einer wirklich wissenschaftlichen Geschichte der deutschen Reichshauptstadt ist. Die Forschungen und Arbeiten von Generationen, wie sie namentlich in dem Verein für Geschichte Berlins und in dem für die Geschichte der Mark Brandenburg gepflegt worden sind, unter lebhafter Beteiligung des Verfassers selbst, sind hier zu einer wohl etwas rasch geschriebenen, in der Form nicht ganz tadellosen, aber aus gründlicher Kenntnis des Quellenmaterials geschöpften Darstellung verwoben. Es entspricht dem Studien- und Interessenkreise des Verfassers wie dem Charakter der Tübinger Sammlung, daß das rechtsgeschichtliche Element in dem Buche einen verhältnismäßig breiten Raum einnimmt; aber es ist nicht bloß eine Rechtsgeschichte Berlins, was uns hier geboten wird, sondern zugleich eine, wenn auch knappe und nicht ganz gleichmäßig ausgeführte Kulturgeschichte, im Rahmen der großen politischen Wandlungen, die Berlin aus der märkischen Hansestadt und kurfürstlichen Residenz zur Hauptstadt des preußischen Staates und zur Metropole des Reiches, gleichzeitig auch zu einer Weltstadt, zu einer industriellen, kommerziellen und geistigen Zentrale ersten Ranges gemacht haben. Bei aller Sachlichkeit spricht aus der Darstellung eine warme Heimatliebe und ein nicht parteimäßig gefärbter Patriotismus.

in der konstitutionellen Ära, unter der Städteordnung von 1853, zu wirklich kommunalem Eigenleben gekommen ist.

Mit der Märzrevolution, die vielleicht etwas zu harmlos aufgefaßt wird, beginnt das letzte Kapitel („die Weltstadt“), das in schnellen Schritten der Gegenwart zueilt, um mit einer summarischen Beschreibung der heutigen Verfassungs- und Lebensverhältnisse zu schließen. O. H.

Klauswitz, P.: Die Pläne von Berlin und die Entwicklung des Weichbildes. Festschrift zur Feier der Silbernen Hochzeit des Kaisers Wilhelms II. und der Kaiserin Auguste Viktoria, herausgegeben vom Verein für die Geschichte Berlins. Berlin 1906; G. E. Mittler & Sohn (135 S. 8°).

Für die Forschung auf dem Gebiete der Stadtgeschichte und deren Darstellung bilden die Stadtpläne ein unentbehrliches Hilfsmittel, nicht selten auch für die Feststellung von Rechtsverhältnissen und für Fragen der städtischen Verwaltung. Dieses Material für Berlin nachzuweisen haben A. J. Büsching (1775), Borgstede (1788), Engelmanns Bibliotheca historica (1858) und H. Vorrnann (1893) versucht. Indes war von diesen teils eine absolute Vollständigkeit weder erstrebt noch erreicht und vollends der Versuch einer kritischen Sichtung des Materials überhaupt nicht gemacht worden. Nach beiden Richtungen dürfte in der vorliegenden Arbeit das höchste Erreichbare geleistet sein. Besonders verdienstlich erscheint der Nachweis, daß der vielbenutzte und einst hochgeschätzte historische Atlas von J. M. J. Schmidt (1855) sechs Grundrisse von Berlin für die Jahre von 1415–1800 enthält, die mehr oder weniger frei erfunden sind; gegenüber der vortrefflichen technischen Ausführung der Schmidtschen Pläne erscheint des Verfassers Hinweis vollauf berechtigt, daß sie als Grundlage für geschichtliche Forschung nicht zu verwerten sind, im Gegenteil wegen ihrer scheinbaren äußeren Vorzüge geeignet sind, Benutzer mit geringerer Sachkenntnis irre zu führen. Ähnlich sind die Pläne von Klöden (1839), Fidicin (1837) und der Grundriß in „Berlin und seine Bauten (1877)“ zu bewerten.

Lange nachdem bereits von anderen Orten wie Nürnberg, Paris, Amsterdam, Frankfurt n. O., selbst von Schwiebus zuverlässige Stadtpläne und Situationsbilder zur Verfügung standen, finden wir den ersten sachkundig hergestellten Berliner Stadtplan von Remhardt, der 1652 in Zeillers Topographie von Brandenburg veröffentlicht wurde. An die Besprechung des Remhardtschen Planes schließt der Verfasser einen Abschnitt über die Festungspläne aus der Zeit des Großen Kurfürsten und über das älteste Kartenwesen der Mark Brandenburg. Es folgt eine genaue Würdigung der Pläne von La Vigne (1685), Schmettau, dessen von Friedrich dem Großen veranlaßtes Werk (1748) allen früheren ähnlichen Versuchen gegenüber einen bedeutenden Fortschritt darstellte, Selter (1804) bis zur Neuvermessung der Stadt (1823), den Bebauungsplänen und endlich der Neuvermessung 1876–1898.

Auch die Weichbildsfrage in der Berliner Stadtgeschichte hat bei dem Mangel an kartographischer Grundlage zuerst wenig Berücksichtigung

gebildet hat. Indessen auch in dieser Zeit ist seine innere Geschichte nicht arm an bemerkenswerten Erscheinungen, die bei W. zum Teil eine zu reichende Würdigung noch nicht gefunden haben. Der Grund liegt darin, daß für die neuere Periode brauchbare Vorarbeiten nur in geringem Maße vorlagen; sie durch eigne Quellenforschung zu ergänzen, konnte die Absicht des Verfassers nicht sein, wenn er im einzelnen auch, falls ich recht sehe, manches Neue bringt. Jedenfalls hat er im Rahmen seiner Aufgabe auch hier eine gut lesbare und — mit kleinen Ausnahmen — zuverlässige Darstellung geboten. Im übrigen scheinen mir diejenigen Partien, die sich mit der kirchlichen und intellektuellen Entwicklung Pommerns, sowie mit der Geschichte seiner Städte beschäftigen, am besten gelungen zu sein, was im Zustande des Quellenmaterials, zum Teil vielleicht auch in Momenten persönlicher Art begründet sein wird.

W. v. Sommerfeld.

Dem Andenken der Universität Frankfurt 26. April 1506 bis 10. August 1811. Festschrift zur 400sten Wiederkehr ihres Gründungstages. Frankfurt a. O.; Fromisch & Sohn (114 S.).

Pietätvoller Sinn hat des Gründungstages der vergangenen märkischen Hochschule gedenken und nach der schönen Sitte des Volkes der Gelehrten und der Buchdrucker ihm ein Denkmal setzen wollen. Trotz einzelner anregender Mitteilungen wird man aber an dem Erfolg zweifeln müssen. Ist die alte Biadrina auch niemals durch eigne Leistungen hervorgetreten, so hätte sich ihre Bedeutung innerhalb des deutschen Hochschulwesens doch mehr herausarbeiten lassen. Von den Beiträgen sind zwei baugeschichtliche, den wechselnden Schicksalen des Kollegienhauses und der Beschreibung erhaltener Barockbauten gewidmet, zwei behandeln Bildungsinteressen der Stadt, die Gründung des Museums im Lienauhause und die naturwissenschaftlichen Studien. Die Bilder aus dem akademischen Leben nach Ratsprotokollen des 16. bis 18. Jahrhunderts geben die bekannten drastischen Einzelzüge, und auch die von großer Wärme beseelte Festrede von Bachmann über die bleibende Bedeutung der Universität beschränkt sich auf die Träger berühmter Namen, die insgesamt der bescheidenen Bildungsstätte keinen bleibenden Einfluß verdanken. Was von eigentlicher Universitätsgeschichte aufgenommen ist, wie die Frequenzziffern im Verhältnis zu andern Hochschulen oder die Anfänge anatomischer Studien, entstammt schon vorliegenden Arbeiten, dagegen ist das archivalische Material, das an die Nachfolgerin Breslau übergegangen ist, nicht benutzt worden, nicht einmal das in der Matrikel gedruckt vorliegende. Selten deutet einmal eine Bemerkung wie die über den Besuch der 35 Kleiste auf deren Kenntnis. Als statistisches Material hätte sie lehrreiche Aufschlüsse bieten können, so über die Beteiligung der einzelnen Landschaften und den allerdings erst spät erkennbaren Stand der Väter. Als Beispiel nenne ich den lehrreichen Aufsatz von Petersdorffs über Frankfurt als Sammelpunkt der kalvinistischen Anhalter (Mitteilungen d. Anhalt. Geschichtsvereins 1893). Daß den Herausgebern der Matrikel seiner Zeit nicht sämtliche Originalbände vorlagen, ist bedauerlich, doch kann sie selber keine Verantwortung treffen, das beweist

wort hierauf läßt sich nun aus den Mittheilungen, die das vorliegende Buch über die Erlebnisse Linars während seiner Thätigkeit am kursächsischen Hofe vor seinem Eintritt in brandenburgische Dienste macht, wenn auch nur mittelbar, so doch mit einiger Sicherheit erschließen. Zahlreichere und lohnendere Aufgaben als in dem reichen Kursachsen konnte Linar kaum sonstwo finden, und in der That hat er damals nicht nur alle wichtigeren Bauten des Kurfürsten geleitet, auch in die industriellen Unternehmungen greift er beständig umgestaltend und fördernd ein: das wichtigste waren die Festungsbauten in Dresden und Königstein; dazu kamen Ausbesserungs- und Erweiterungsbauten an den Schlössern zu Freiberg, Augustsburg, Pirna, Lochau und Sizenroda, die Anlage von Wasserkünsten und Eishämmern, die Erbauung von Wasser- und Pulvermühlen sowie Zeughäusern, und auch das gesamte Munitions- und Geschützwesen lag in seiner Hand. Wenn man bedenkt, daß der Vielbeschäftigte außerdem zwischendurch immer noch für seine andern Auftraggeber, Hessen, Pfalz und Anhalt, tätig war, bald hier, bald dort in einen Schloß- und Festungsbau eingreifen mußte, so wird man seiner Selbstcharakteristik: „als ich von meiner Natur wegen nicht kan müßig gehen“, gerne zustimmen. Trotzdem er nun aber für diesen Thätigkeitstrieb Befriedigung genug im Dienste des Kurfürsten August fand, wurde ihm sein Aufenthalt in Sachsen doch bald durch allerhand ärgerliche Streitigkeiten, namentlich mit seinen Untergebenen, und manche häßliche Angebereien seiner „Reider“ verleidet. Der Verf. betont mit Recht, daß bei der Art, wie damals Bauten ausgeführt wurden — es gehörte eine ungewöhnliche Energie dazu, auch nur die Bauleute, die meist fronende Bauern waren, in Ordnung zu halten — und bei der Schwierigkeit der Materialbeschaffung Mißheiligkeiten fast unvermeidlich waren. Indessen ist doch andererseits nicht zu verkennen, daß Linar, dem man als Fremdem schon ohnehin mit Mißtrauen entgegentrat, überall mit großer Strenge und Rücksichtslosigkeit auftrat, auch dort, wo er mit Milde und Klugheit mehr ausgerichtet hätte; besonders verhaßt machte sich aber der „einäugige Hock“ dadurch, daß er sich mit großem Eifer angelegen sein ließ, Unterschleife und Durchstechereien aufzudecken. Von allen Seiten bemühte man sich darum, den so ungemüthlichen Aufpaffer bei seinem Herrn anzuschwärzen, und, als nun auch die religiöse Differenz, von der wir schon sprachen, sich geltend machte, wurde Linars Stellung beim Kurfürsten nach und nach immer mehr erschüttert; er scheint diesem überhaupt sehr wenig sympathisch gewesen zu sein: trotz seiner inständigen Bitten ist ihm zuletzt eine Audienz unter allerlei nichtigen Vorwänden verweigert worden. Es liegt also mit seinem Fortgange aus Sachsen etwas anders, als Treitschke es in einer gelegentlichen Äußerung in seinem Pufendorf-Essay darstellt, wo er, in der Meinung, die Anfeindungen seiner abligen Standesgenossen, die den Beruf eines Architekten nicht für standesgemäß hielten, hätten ihn vertrieben, auch Linar als eine Art Emigranten hinzustellen sucht, wie Pufendorf und — können wir hinzufügen — er selbst es war.

In der Mark ist es dem „welschen Baumeister“ dann weit besser ergangen; denn, wenn er hier auch nicht so mannigfache Aufgaben vor-

Sprache kommt und so kaum irgendwo ein klares Ergebnis in der genannten Frage erreicht wird. Man kann sich denken, daß eine derartige Darstellung keine anziehende Lektüre bildet; indessen wird der Leser noch empfindlicher malträtirt durch die vielen, zum größten Teil belanglosen Aktenauszüge, die die Erzählung in den meisten Fällen mehr stören als beleben, zumal sie nicht selten durch sinnstörende Lesefehler entstellt sind. (So muß es heißen S. 14, Z. 20 v. u.: „geburlicher“ statt „geburlich“, S. 16, Z. 16 v. u.: „ne“ statt „me“, Z. 21: „votre“ statt „aure“, S. 35, Z. 6 v. u.: „gehindert“ statt „gehindt“, S. 40, Z. 10 v. u.: „verschonet“ statt „verhonet“, S. 52, Z. 6 v. u.: „Deshalben“ statt „Desfelben“, S. 81, Z. 15 v. u.: „geheim“ statt „gehenn“, S. 87, Z. 4: „geldtsbildung“ statt „geldt soldung“, Z. 1 v. u.: „Hoff-Rentei“ statt „Hoff Pantey“(!). Der Text der S. 86 abgedruckten, übrigens schon bei König, Biogr. Lexikon allerelden usw. II, S. 452 f. stehenden Bestallung ist überhaupt sehr verderbt; er hätte mit der im Berliner Archiv (Rep. 9, A. 1) befindlichen Ausfertigung kollationiert werden müssen.) — Die Leistungen Linars in der Architektur glaubt Korn sehr gering anschlagen zu müssen; im allgemeinen wird er damit wohl nicht Unrecht haben; die betreffenden Gebäude — ich denke da vor allem an den Mittelbau des Berliner Schlosses — machen aber doch nicht nur einen äußerst einfachen und nüchternen, sondern auch einen soliden und praktischen Eindruck, und um zu einem begründeten Urteil zu gelangen, bedarf es gewiß noch genauerer Untersuchungen. Unter den Plänen und Zeichnungen (darunter solchen von Linars Hand), mit deren Reproduktionen das Buch geschmückt ist, vermißt man nur einen Grundriß der Spandauer Festung. — Mit besonderem Vergnügen sieht man wieder das (schon früher von Wallé publizierte) m. W. einzige authentische Bildnis des Grafen, das ihn in voller Figur und in militärischer Rüstung darstellt. Die Eindringlichkeit, die hier keineswegs vertuscht ist, und der hohe, breitkrämpige Spitzhut geben der Physiognomie etwas Verschmitztes und Abenteuerliches; man hat jedenfalls den Eindruck, daß es sich um ein wirklich getreues Porträt handelt; nur schade, daß es dem männlich-schönen Kopf, wie ihn das Denkmal in der Siegesallee zeigt, so wenig ähnlich sieht!

Martin Hass.

L. v. Bardeleben: Stammtafeln der beiden uradeligen märkischen Geschlechter von Bardeleben. Görlitz 1906; Druck und auftragweiser Verlag von C. A. Starke.

Als Vorläufer zu einer Familiengeschichte werden uns hier die Stammtafeln der beiden uradligen brandenburgischen (so würde es m. E. richtiger als das übliche „märkischen“ lauten) Geschlechter v. Bardeleben dargeboten. Von den neun Tafeln, aus denen die Schrift besteht, enthalten die ersten acht die Stammlinie im Magdeburgischen (Taf. I) und die Linien zu Selbelang, Sakorn, Brandenburg und Selchow (Taf. II—VIII); das zu Biesar, Groß- und Klein-Bietzen usw. angeheime Geschlecht hat auf einer, am Schluß folgenden Tafel Platz gefunden. Im ganzen sind 576 + 94 Angehörige der beiden Geschlechter verzeichnet.

im allgemeinen nicht übliche, in diesem Falle aber wohl durch die Dürftigkeit des Quellenmaterials gebotene Form gewählt: die Angaben über jede Persönlichkeit sind unter Verzicht auf eine zusammenhängende Darstellung nach einem Schema bestimmter Rubriken (Vater, Gemahlin, Kinder, Lebenslauf, Feldzüge, Grundbesitz) angeordnet, so daß die einzelnen Stappen des Lebenslaufs in der Gestalt einer chronologischen Tabelle erscheinen; das ist ein Verfahren, mit dem man große Übersichtlichkeit erreicht, das man also, wo es sich um bloßes Nachschlagen handelt, nur billigen kann. Eine eigentliche Darstellung bieten nur zwei Abschnitte: der eine enthält eine Biographie des ersten Familienmitgliedes, von dem Näheres bekannt ist, des litauischen Generalpostmeisters und Bizeßschatzmeisters Johann v. Schrötter (1646—1726), dem die Familie auch den Freiherrntitel verdankt; das Leben dieses zweifellos hervorragenden Mannes, der, obwohl als preußischer Vasall brandenburgischer Untertan, in polnische Dienste geht und in Litauen unter der Protection der mächtigen Sapieha zu den höchsten staatlichen Ämtern aufsteigt, ist in der That interessant genug; es weist vor allem Momente auf, die die bodenlose Verfahrenheit der staatlichen Finanzverwaltung Polens in greller Beleuchtung zeigen; das Charakterbild Johanns ist allerdings in der Darstellung des Verfassers wohl etwas idealisiert; denn wenn er dem polnischen Staatsfädel hohe Summen verausgabten Geldes hochherzig geschenkt hat, trotzdem aber schließlich als sehr vermögender Mann nach Preußen zurückgekehrt ist, so muß er doch wohl unter recht günstigen materiellen Bedingungen in Polen gelebt haben. — Für die preußische Geschichte von größerem Belang ist der folgende Abschnitt, der unter umsichtiger Benützung auch der einschlägigen neueren Literatur die Schicksale der Familie um die Wende des 18. Jahrhunderts und namentlich unter dem Einfluß der Kriege von 1806—15 behandelt. Wie in den Jahren nach 1815 binnen kurzer Zeit infolge des rapiden Rückganges der Kornpreise und der anhaltenden Bodenentwertung fast der gesamte Grundbesitz verloren ging, das ist ein interessanter Einzelbeitrag zur Kenntnis der Notlage, in der sich — wie man weiß (vgl. Treitschke, Deutsche Gesch. im 19. Jahrhundert III, 458) — damals die ost- und westpreußische Landwirtschaft befand. Daneben sind es hauptsächlich die Gestalten der um die Neuschöpfung des preußischen Staatswesens während der Reformzeit so hochverdienten Brüder Friedrich Leopold und Carl Wilhelm v. Schrötter, die diesen Parteen des Buches einen allgemeinen Wert verleihen. Der Verfasser hat allerdings, in erster Linie wohl mit Rücksicht auf die Arbeiten von Gottlieb Krause (vgl. außer der S. 88 Anm. 1 gen. Schrift noch: Allg. Deutsche Biogr. Bd. 32, S. 479 ff., wo auch die übrige Literatur verzeichnet ist) darauf verzichtet, das Wirken dieser Männer eingehend zu schildern; wohl aber erhalten wir einige erwünschte Mitteilungen, die für die Beurteilung der Persönlichkeit und des Charakters der beiden von Bedeutung sind: Friedrich Leopold, der Gehilfe Steins und Provinzialminister von Preußen, erscheint danach als eine zugleich tief und zart empfindende Natur voll wohlwollenden Mitgefühls: ergreifend sind die Worte, die ihm der Schmerz um den plötzlichen Tod seines jugendlichen Sohnes in die Feder gab, und der Brief

dann hat Silbermann und kürzlich noch Hedemann einzelne seiner Selten zum Gegenstande monographischer Behandlung gemacht. Die hier vorliegende fleißig gearbeitete Erstlingschrift bietet nun eine isolierte Erörterung des ganzen Stoffgebietes, die sich geographisch freilich auf die Rurmark im älteren Wortsinne, ohne die Neumark, beschränkt. Von den beiden Hauptabschnitten, in die sie zerfällt, bringt namentlich der erste, der unter Benutzung archivalischen Quellenmaterials die Geschichte der Gesindegesetzgebung in der Rurmark verfolgt, manches Neue. Diese Gesetzgebung beginnt bald nach dem Anfang des 16. Jahrhunderts, zu der Zeit also, da mit dem Aufkommen der Großgutswirtschaft die Landarbeiterfrage brennend wurde, mit einigen in Landtagsabschieden enthaltenen Einzelverordnungen, die den Gutsherren auskömmliche Arbeitskräfte zu leidlichen Preisen sichern sollten. Noch im Laufe desselben Jahrhunderts erwachsen sie zu selbständigen Edikten und etwas später zu umfassenden Gesindeordnungen, die mitunter für die gesamte Mark, meist aber für Teile derselben erlassen werden. L. stellt fest, daß sie im 17. Jahrhundert aus ständischer Initiative hervorgehen und größtenteils „zum Gesetze erhobene Wünsche der Stände“ sind. Später, seit Friedrich Wilhelm I., seien die Anträge der letzteren nicht mehr in gleichem Maße berücksichtigt worden. Indessen Tatsache ist doch, daß noch die Ordnungen von 1722 und 1735 dem Gesinde keineswegs günstig sind; erst die von 1769 bringt ihm einzelne Erleichterungen. Diese letzte Ordnung ist dann in Geltung geblieben, bis im Jahre 1810 ein auf dem bekannten Edikt vom 9. Juni 1807 fußendes Gesetz für den Gesamtstaat die Gesindeverhältnisse im modernen Sinne regelte.

Der zweite Hauptabschnitt bespricht die Rechtsverhältnisse des Landgesindes. Daß L. (der nicht Jurist ist) den Rechtsbegriff dabei nicht allzu eng faßt, bedauert Ref. keineswegs; noch lieber hätte er gesehen, wenn statt des rechtlichen das volkswirtschaftliche Moment in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt worden wäre. Denn über jenes sind wir bereits ziemlich genau orientiert, auch fügt der Verfasser dem schon bekannten Bilde wesentlich neue Züge nicht hinzu; auf wirtschaftlichem Gebiete dagegen sind gerade die Hauptfragen noch recht wenig geklärt, zum Teil kaum erst angeschnitten. Welche Bedeutung kommt, um einige Beispiele zu geben, dem Gesinde im Wirtschaftsleben der Mark nach numerischer Stärke und Arbeitsleistung zu; wie weit beruhte auf ihm vor 1810 die Möglichkeit des gutswirtschaftlichen Großbetriebes? Welche Abwandlungen lokaler und zeitlicher Art ergeben sich dabei? Wie hat sich unter den einander kreuzenden rechtlichen und wirtschaftlichen Impulsen — indem die stets erneuerten gesetzlichen Lohntagen und Zwangsbestimmungen vom Gesinde und aus Leutemangel auch von den Arbeitgebern selbst beständig umgangen und übertreten wurden — die wirtschaftliche Lage des Gesindes tatsächlich gestaltet? Die hierüber bisher vorliegenden Nachrichten sind weder so einhellig, noch durchweg so zuverlässig, daß sie einen sicheren Schluß auf die Gesamtentwicklung zuließen.

Wenn diese und ähnliche Fragen in der vorliegenden Arbeit noch keine Beantwortung finden, so soll deswegen dem Verfasser kein Vorwurf gemacht werden; es wäre hierzu selbst im günstigsten Falle die Be-

dreißigjährigen Kriege, besonders seit 1659. Die Machtverhältnisse hatten sich inzwischen zu Ungunsten Hamburgs verschoben: die Herstellung des Friedens hatte den Fürsten wieder freiere Hand gegeben, durch Erlöschen der Harburger Linie 1642 war Celle und durch den Frieden die Großmacht Schweden zu Nachbarn Hamburgs geworden. Politische Einsicht ist jetzt auch auf fürstlicher Seite zu finden, die Mittel des Kampfes sind feiner und doch wirksamer. Hatte man vordem mit allen den erbitternden Zänkereien und gegenseitigen Schädigungen, mit grobem Dreinschlagen und unfruchtbarem Prozessieren fast ein Jahrhundert hindurch nichts an den bestehenden Tatsachen zu ändern vermocht, so schlug man jetzt auf Lüneburgischer Seite den friedlicheren und würdigeren Weg des wirtschaftlichen Wettbewerbs ein, indem man im Gegensatz zum Hamburger Stapelrecht Harburg — denn das alte Lüneburg hatte seit Eröffnung des Elbhandels doch wesentlich an Bedeutung verloren — zu einem Handels- und Niederlagsplatz zu machen suchte. Die Lüneburger Herzöge gingen also von mühseliger Abwehr der Hamburger Übergriffe zum Angriff gegen das wichtigste Bollwerk der Stadt vor, und der Angriff erwies sich auch hier als die beste Art der Deckung. Die Kampfform war allerdings nicht neu, denn Dänemark hatte schon mit Glückstadt diesen Weg gewiesen. Zudem kam die Anregung zum Vorgehen Lüneburgs vornehmlich von anderer Seite, von der brandenburgischen Regierung: da die märkischen Schiffer in Hamburg mit allerlei Zoll- und anderen Pladereien beschwert wurden, so bearbeitete sie die Cellesche Regierung 1661 sehr geschickt dahin, in Harburg einen brauchbaren Hafen- und Stapelplatz hauptsächlich für die märkischen Ausfuhr Güter, Holz und Getreide, anzulegen. Durch beiderseitige Abgesandte wurde auch tatsächlich unterm 26. Nov. 1661 zu Köln ein Rezekß (abgedruckt S. 168 ff.) abgeschlossen, in dem der Kurfürst versprach, seine Untertanen möglichst, doch ohne Zwang, nach Harburg zu weisen; diese sollten dort nur die Hälfte des Hamburger Zolls und Hafengeldes entrichten und für Holz eine fünfjährige Zollfreiheit genießen¹⁾. Um dieselbe Zeit erzwang der Herzog die so lange umstrittene Freiheit der Schifffahrt auf der Süderelbe, indem er durch eine an der Elbteilung bei Bullenhausen angelegte Schanze der Gewaltherrschaft der Hamburger Auslieger schnell und ohne viel Geräusch ein Ende machte. In der Folgezeit wurden nun allerlei Mittel ergriffen, um Harburg auch wirklich zu einem Umschlagsplatz für den Handelsverkehr zwischen den Oberlanden und den Holländern zu machen, unter anderem auch schroffe Maßnahmen angewendet, wie das Verbot für die Harburger, Korn nach Hamburg zu bringen. Die Hamburger ließen es natürlich ihrerseits nicht an Maßregeln fehlen, dem Harburger Verkehr durch schärfere Anwendung ihrer Stapel- und Zollbestimmungen gegen die dort Handeltreibenden Steine in den Weg zu legen. Andererseits hatten sie schon vor dem Rezekß ihre Zölle auf Getreide herabgesetzt und so den Brandenburgern den

1) Rplius IV, I Nr. 14 enthält das Mandat des Kurfürsten v. 4. Dez. 1661, daß die Vorteile des neuen Hafens darstellt, die Untertanen auffordert, sich dessen zu bedienen und ihnen seinen und des Herzogs Schutz bei Gebrauch der Süderelbe verspricht.

Die Besuche und seine von seinem Bruder in die polnischen Verhältnisse. Der Nuntius war es nicht ohne das Vertrauen des Königs und seiner Umgebung, die ihn in die polnischen Verhältnisse einführte. Seine Besuche werden nicht nur in der polnischen Geschichte, sondern auch in der deutschen Geschichte erwähnt. Seine Besuche werden nicht nur in der polnischen Geschichte, sondern auch in der deutschen Geschichte erwähnt.

Die Besuche und seine von seinem Bruder in die polnischen Verhältnisse. Der Nuntius war es nicht ohne das Vertrauen des Königs und seiner Umgebung, die ihn in die polnischen Verhältnisse einführte. Seine Besuche werden nicht nur in der polnischen Geschichte, sondern auch in der deutschen Geschichte erwähnt. Seine Besuche werden nicht nur in der polnischen Geschichte, sondern auch in der deutschen Geschichte erwähnt.

Die Besuche und seine von seinem Bruder in die polnischen Verhältnisse. Der Nuntius war es nicht ohne das Vertrauen des Königs und seiner Umgebung, die ihn in die polnischen Verhältnisse einführte. Seine Besuche werden nicht nur in der polnischen Geschichte, sondern auch in der deutschen Geschichte erwähnt. Seine Besuche werden nicht nur in der polnischen Geschichte, sondern auch in der deutschen Geschichte erwähnt.

Die Besuche und seine von seinem Bruder in die polnischen Verhältnisse. Der Nuntius war es nicht ohne das Vertrauen des Königs und seiner Umgebung, die ihn in die polnischen Verhältnisse einführte. Seine Besuche werden nicht nur in der polnischen Geschichte, sondern auch in der deutschen Geschichte erwähnt. Seine Besuche werden nicht nur in der polnischen Geschichte, sondern auch in der deutschen Geschichte erwähnt.

Die Besuche und seine von seinem Bruder in die polnischen Verhältnisse. Der Nuntius war es nicht ohne das Vertrauen des Königs und seiner Umgebung, die ihn in die polnischen Verhältnisse einführte. Seine Besuche werden nicht nur in der polnischen Geschichte, sondern auch in der deutschen Geschichte erwähnt. Seine Besuche werden nicht nur in der polnischen Geschichte, sondern auch in der deutschen Geschichte erwähnt.

Die Besuche und seine von seinem Bruder in die polnischen Verhältnisse. Der Nuntius war es nicht ohne das Vertrauen des Königs und seiner Umgebung, die ihn in die polnischen Verhältnisse einführte. Seine Besuche werden nicht nur in der polnischen Geschichte, sondern auch in der deutschen Geschichte erwähnt. Seine Besuche werden nicht nur in der polnischen Geschichte, sondern auch in der deutschen Geschichte erwähnt.

1) Ich möchte das gegenüber den Ausführungen S. 6 in der Einleitung S. 7, 8, 9 betonen (Der Nuntius „gelangte als einer der ersten zu der Einsicht, daß der polnische König . . . des abtrünnigen Lehnsmanns als Bundesgenosse dringend bedürfte und hat zur Erlangung dieses gemeinsamen Zieles seinen Mitarbeiter Bisola aufs kräftigste unterstützt“).

bach. Programm des R. Wilhelmsgymnasiums. Berlin 1887 und 1888). Dieselbe reicht indessen nur bis zum Beginn des Krieges.

Gewissermaßen eine Fortsetzung zu dieser Arbeit bildet die vorliegende Publikation des Grafen Albert von Schlippenbach, der schon Schmieles die Archivalien des Schlippenbach'schen Familienarchivs zu Arendsee zur Verfügung gestellt hatte.

Das Buch ist keine wissenschaftliche Altenpublikation und will es nicht sein. Es war vielmehr der Zweck des Herausgebers, die im Familienarchiv zu Arendsee von ihm vorgefundenen und vermehrten Originalkorrespondenzen und Abschriften von Korrespondenzen seines Vorfahren aus anderen Archiven der Öffentlichkeit zu übergeben. Es erschien ihm geboten, „eine Einführung in die Zeit vorauszuschicken“ und die Berichte mit einem erläuternden Begleittext nebst Anmerkungen zu versehen — alles berechnet für einen größeren, nicht nur fachgelehrten Leserkreis. Demgemäß sind jegliche nähere Angaben über Herkunft und Art der einzelnen Aktenstücke unterblieben. Auch Verweise auf die Litteratur fehlen leider — nur ganz summarisch sind am Schluß die benutzten Quellen verzeichnet. Dagegen ist dem Buche erfreulicher Weise ein sorgfältiges Sach- und Namenregister beigegeben.

Die Schreibweise der Originale ist beibehalten, nur eine sinngemäße Interpunktion zugefügt worden. Die Ausstattung ist sehr gut. Zwei Faksimiles — aber ohne Transkription — sind beigegeben. Druck- und Lesefehler sind leider ziemlich zahlreich. Es wäre sehr dankenswert gewesen, wenn der Verfasser des Vorworts das Manuskript des Herausgebers, der kein Fachgelehrter ist, einer Durchsicht unterzogen hätte. Einiges sei hier berichtet: S. 123 Z. 4 v. o. ließ zusehen für zu sehen; ebenda Z. 7 v. o. versehen für ursachen; S. 137 Z. 14 v. o. ist vor Daß statt eines Punktes ein Komma zu setzen; S. 139 Z. 1 v. o. ließ ex temporum dijudicatione statt et temporum dirudicatione; S. 169 Z. 3 v. u. ist wohl „Seehäfen“ zu ergänzen (vgl. Urkunden und Aktenstücke VIII, 129). S. 189 Z. 1 v. o. ließ der statt da; S. 195 Z. 2 v. o. Wasß statt Schloßß? S. 201 Z. 3 v. o. nimmer statt immer; S. 223 Z. 14 v. u. pertinaciam statt pertinariam; S. 247 Z. 3 v. u. critici statt crebici (vgl. Urk. VIII, 221). S. 260 Z. 4 v. u. Rothlieb ist wohl kaum identisch mit dem dänischen Gesandten Rosenwing (Anm. 3), eher mit dem S. 228 Z. 3 v. o. erwähnten Gotlieb, vermutlich einem schwedischen Beamten. S. 265 Z. 8 v. u. ließ viele zusagen statt Lieben zu sagen (Urk. VIII, 227); S. 267 Z. 10 v. o. sol statt so; S. 270 Z. 6 v. o. wenden statt werden; S. 276 Z. 2 und 3 v. u. ist sinnlos — für feinde ist wohl friede zu lesen; S. 284 Z. 2 v. u. ließ status et temporis für status ex temporis; S. 285 Z. 9 v. o. accidentia statt acredentia; S. 289 Z. 1 v. u. innerhalb kurhem gahr woll statt innerhalb kurz, ein gahr woll. S. 291 Z. 8 v. u. auß beste Er kan statt auß beste. Er kan; S. 320 Z. 5 v. o. Erwehnung statt Erwehrung; S. 323 Z. 6 v. o. scheint nach praetention etwas zu fehlen (etwa „entschädigt werde“ oder dergl.) S. 335 Z. 13 v. o. litem statt litern. S. 336 Z. 14 v. u. ist wohl ihr statt ich zu lesen.

Einfluß beim König dafür eingesetzt, daß dieser nicht bei seiner Weigerung beharrte, Schwerin als Gesandten des Kurfürsten zu empfangen (Dez. 1656). Sehr wenig einverstanden war Schlippenbach dann mit der dänischen Unternehmung Carl Gustavs, in dem richtigen Gefühl, daß dann die Schwentung des Kurfürsten von der schwedischen auf die polnische Seite nicht mehr zu verhindern sein werde. Er hätte vielmehr gewünscht, daß sich Carl Gustav gemeinsam mit dem Kurfürsten gegen Österreich wendete (Schreiben vom 21. Juni 1657). — Groß war Schlippenbachs stetige Geldnot — er hatte Carl Gustav mehrfach Geld vorgestreckt und geriet dadurch selbst in Verlegenheit. So mußte er in Königsberg einmal ein silbernes Gießbecken verkaufen und außerdem noch Geld borgen, und im Juli 1657 versichert er dem König, er könne sich nicht dauernd am Hoflager zu Königsberg aufhalten „wegen der depens, die er dorten tun müßte“.

Im ganzen macht jedenfalls die vorliegende Publikation, die nur einen Teil der schwedischen Materialien zur Geschichte des nordischen Krieges wiedergibt — neben der Berichterstattung Schlippenbachs läuft stets die des Residenten Wolfsberg her — den lebhaften Wunsch rege, die für die Urkunden und Altensstücke schon vorbereitete Ausgabe der schwedischen Materialien in wissenschaftlicher Form bald erscheinen zu sehen.

Salzer.

Albert Waddington: *Le Grand Électeur Frédéric Guillaume de Brandebourg. Sa politique extérieure. Tome premier 1640—1660.* Paris 1905; Librairie Plon; XIV, 496 S., mit einem Porträt in Heliogravüre und einer Karte.

Die Studien, die Albert Waddington seit etwa 20 Jahren der preußischen Geschichte gewidmet hat, sind diesseits der Bogen mit Dank und Anerkennung aufgenommen worden. Sie zeichnen sich durch sorgfältige Forschung, gutes Urteil und geschmackvolle Form aus und sind frei von jeder nationalen Voreingenommenheit. W. hat sich sogar in der märkischen „sablière“ so gut akklimatisiert, daß er ihren mageren landschaftlichen Reizen einen „charme pénétrant“ nachrühmt. Er trägt sich mit dem Gedanken, eine preußische Geschichte zu schreiben, eine Absicht, die nur mit Freuden begrüßt werden kann und hoffentlich bald zur Tat wird.

Als Vorarbeit für diese „redoutable syntèse“, deren Schwierigkeit er in liebenswürdiger Bescheidenheit wohl überschätzt, hat er uns das vorliegende Werk beschenkt. Es führt uns den Begründer der preußischen Großmacht vor und behandelt diese Gründung unter dem Gesichtspunkt der auswärtigen Politik. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die großzügige Art, die Friedrich Wilhelm zuerst der auswärtigen Politik Brandenburg-Preußens aufprägte, der Welt am frühesten und schlagendsten die wachsende Bedeutung dieses Staates zum Bewußtsein brachte. Sie wird also, wie sie einst Pusendorf ausschließlich gefesselt hat, so auch jeden neueren Biographen des Großen Kurfürsten in hohem Maße anziehen. Aber das reizvollste Problem, das sich gerade durch die preußische Geschichte hindurchzieht, besteht in dem Nachweis des engen Zusammenhangs

plastischer wirken, wenn sie stellenweise etwas weniger mosaikartig aus einzelnen Quellenzeugnissen über seine Charaktereigenschaften zusammengelekt worden wäre. Im ganzen trifft sie jedoch den richtigen Ton. Die Schwächen werden nicht verheimlicht, die Lichtseiten gebührend hervorgehoben, aber ohne idealisierende Tünche, von der Erdmannsdörffer und seine Nachfolger das Bild des Begründers des preußischen Staates hoffentlich für immer befreit haben. Ich weiß nicht, wie weit diese Anschauung den Franzosen schon geläufig geworden ist. Jedenfalls wird das Waddington'sche Buch dazu beitragen, sie zum Gemeingut weiterer, wissenschaftlicher Kreise bei seinen Landsleuten zu machen, und auch der deutsche Forscher wird gerne Belehrung aus ihm schöpfen.

K. Spannagel.

Sebner, H., Archibdirektor in Hannover: Briefe der Königin Sophie Charlotte von Preußen und der Kurfürstin Sophie von Hannover an hannoversche Diplomaten. (Publicationen aus den tgl. preußischen Staatsarchiven. LXXIX. Band.) Leipzig 1905; S. Hirzel (XXII und 393 S. 8°; 12 Mk.).

Die hier vorliegenden Brieffsammlungen bieten für die preußische politische Geschichte nicht allzuviel, wenn auch die eine Brieffschreiberin die erste preußische Königin, die andere die Schwiegermutter des ersten preußischen Königs war. Sophie Charlotte verhehlt den ihr befreundeten heimischen Diplomaten gegenüber wohl im allgemeinen nicht ihre Unzufriedenheit mit den Zuständen am Hofe Königs Friedrichs I.; realeren Wert aber haben ihre Äußerungen über ihre eigentlichen Interessen, die doch auf litterarisch-künstlerischem Gebiete lagen.

Noch mehr treten begreiflicherweise wirklich politische Dinge, die Preußen berühren, in diesen Briefen der Kurfürstin Sophie zurück. Der Name Eberhard Dandelman wird überhaupt nur zweimal, und nur gleichsam als Zitat, erwähnt! Dennoch aber wird auch der preußische Historiker diese Publikation gern willkommen heißen, da sie zur Charakteristik der beiden, dem preußischen Königshause so nahe verbundenen fürstlichen Damen Wesentliches herbeibringt, ja hierfür unentbehrlich erscheint. Die Vielseitigkeit des Geistes und der Interessen beider Fürstinnen treten hier in volles Licht und besonders charakteristisch erscheinen ihre Beziehungen zu italienischen katholischen Geistlichen, von wo aus man fast versucht wäre, eine Brücke zu ihrem Enkel und Urenkel, dem großen Preußenkönige Friedrich II., zu konstruieren.

Der wichtigste der drei Korrespondenten der Königin Sophie Charlotte ist der hannoversche Gesandte Hans Kaspar Frhr. v. Bothmer, der vordem am kurbrandenburgischen Hofe, dann im Haag akkreditiert war; an ihn richtete die Königin in den Jahren 1702—1705 58 Briefe. An den Florentiner Abbé Alysius Salati, der u. a. als hannoverscher Envoyé in Paris und in Madrid fungierte, liegen hier drei Briefe der Königin vor, unwesentlichen Inhaltes, aus dem Jahre 1684, kurz vor ihrer Vermählung. Die Musil bildet den Hauptinhalt der 17 Briefe der Königin aus den Jahren 1698—1704 an einen zweiten Italiener, Agostino Steffani, der, einst ein einfacher Chorsänger in

verstümmelten Formen nicht immer nachgewiesen, z. B. Raine, Rehen — Rhenen; Gheur = Göhrde; Diffholz = Diepholz. Herman Granier.

Rosenlehner: Kurfürst Karl Philipp von der Pfalz und die jülichische Frage 1725—1729. München 1906; C. F. Beck (488 S.).

Der Streit um die Erbschaftsmasse des Jahres 1609 war 1666 durch den Erbvergleich zwischen dem großen Kurfürsten und Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg zwar erledigt. Aber daß in diesem Rezeß die Fiktion der Einheit der fünf Erbschaftsteile aufrecht erhalten wurde, deutete gleichwohl symbolisch darauf hin, daß der alte Streit wohl nochmals aufkommen konnte. Dies trat ein, als die Linie der Pfalz-Neuburger ausstarb. Dann galt entweder weibliche Erbfolge — in diesem Falle folgte Pfalz-Sulzbach — oder männliche — dann erbten die Hohenzollern; jedoch erhob auch der Kaiser Erbansprüche. Das allgemein Wichtige dieser Erbschaftsfrage ist die Rolle, die sie in der auswärtigen Politik Friedrich Wilhelms I. von Preußen spielt, und die Entwicklung, in der durch ihre Behandlung der Kurfürst von der Pfalz aus einem Anhänger des Kaisers, der er seit 1672 war, zum Bundesgenossen Frankreichs wird, im Vertrag von Marly (15. Februar 1729). Vornehmlich die letztere ist das Thema der vorliegenden fleißigen und geschickt gruppierten Arbeit. In detaillierter, größtenteils aus archivalischem Material geschöpfter Darstellung ziehen die einzelnen Phasen vorüber; mehr als der Pfälzer Kurfürst ist eigentlich der Kaiser der Mittelpunkt des Buches, der Preußen mit allen Mitteln zu gewinnen und zu halten suchen mußte (Herrenhausener, Wusterhausener, Berliner Vertrag) und doch die Pfalz nicht zur Nachgiebigkeit gegen die Ansprüche Friedrich Wilhelms auf Jülich-Berg zwingen konnte und wollte. Die Sympathie des Kaisers war auf pfälzischer Seite, aber Preußen stellte die größere Macht dar. So wurde die Pfalz in die Arme Frankreichs getrieben, daß mit dem Vertrag von Wusterhausen den Moment sah, diese an sich zu ziehen. R. hat mit großer Sorgfalt eine eingehende Aktenrelation, die sich gut liest, gegeben und damit zur Aufhellung der 5 Jahre dankenswert beigetragen. Sein Buch kennzeichnet so die beinahe völlige Machtlosigkeit des Kurpfälzers, der sich damals nicht mehr über das Niveau des Kleinstaatlichen, nur vom dynastischen Interesse bestimmten Fürsten erhob, und die tatsächliche Bedeutungslosigkeit der Wittelsbachschen Hausunion, die einen Versuch zu einer Wittelsbachschen Gesamtstaatspolitik darstellt (S. darüber v. Heigel in: Quellen und Abhandlungen z. n. Gesch. Bayerns, 1884). Bei aller Anerkennung der R.schen Arbeit möchte ich freilich nicht verhehlen, daß die allgemeingeschichtliche Bedeutung der von ihm dargestellten Schwenkung der pfälzischen Politik und der in ihr maßgebenden Figuren nicht der Ausführlichkeit entspricht, mit der sie von ihm behandelt ist, und daß wir allzuviel Neues aus seinen Darlegungen nicht lernen. Für die spezielle Geschichte der rheinischen Pfalz hat aber sein Buch einen nicht zu unterschätzenden Wert.

Otto Höttsch.

Ignaz Eislweit: Die ostpreussische Domänenverwaltung unter Friedrich Wilhelm I. und das Metablisement Litauens. Leipzig 1906;

werden diese Kapitel nicht allzuviel Neues bringen, der wird nur mit Dank feststellen, daß er jetzt, statt sich das Material in den halb vollständig vorliegenden sechs oder sieben Bänden der Behördenorganisation unter Friedrich Wilhelm I. zusammensuchen zu müssen, sich auf diese zusammenfassende Darstellung stützen kann. Sehr viel mehr Neues bieten die folgenden Abschnitte über die Amts- und Lokalverwaltung und über die Gegenstände der Verwaltung, die domaniale Großgutswirtschaft, die Amtsuntertanen und das Metablisement. Der letzte Abschnitt, über den ostpreussischen Kammerhaushalt in den Jahren 1712—1740, welcher zeigt, wie wenig sich für Friedrich Wilhelm I. selbst die große Arbeit rentierte, die er auf Ostpreußen verwandt hatte (die Angaben Schmollers lassen sich nicht aufrecht erhalten), dieser letzte Abschnitt leitet über zu einer Schlußbetrachtung, in der Skälweit die Ergebnisse seiner Forschungen zusammenfaßt¹⁾.

Pariset hatte in seinem vielteiligen Werke über Friedrich Wilhelm I. und die Kirchen in seinem Staate dem Könige die Qualitäten eines guten Administrateur abgesprochen unter Hinweis namentlich auf sein Temperament. Es ist interessant zu ersehen, wie sich Skälweit dazu stellt. Auch er (S. 305) hat seine Augen den Schattenseiten und den Mißerfolgen des Königs nicht verschlossen. „Seine Wirksamkeit krankte vor allem an dem radikalen Reformeifer und der atemlosen Eile, mit der er alles, was er beschlossen hatte, ausgeführt wissen wollte. Daraus erklären sich die argen Mißgriffe, die bei den Kolonisationen vorkamen, und die ungeheuren Opfer, mit denen die Wiederbevölkerung Litauens erkauft wurde. Auch die Bauernpolitik war zu gewaltsam und nahm auf die bestehenden Verhältnisse und die niedrige Kulturstufe der Eingeborenen zu wenig Rücksicht. Es war verkehrt, wenn Friedrich Wilhelm in seinem Eifer, die ostpreussische Agrikultur zu verbessern, leidenschaftlich gegen alles vorging, was ostpreussisch war, und unter Anwendung eines unerträglichen Zwanges, und die klimatischen und wirtschaftlichen Bedingungen außer acht lassend, magdeburgische Wirtschaft nach Ostpreußen verpflanzen wollte“. Aber dennoch will Skälweit in das Urteil Parisets nicht einstimmen. Wenn man auf das Ganze sehe, so habe der König doch in Ostpreußen Großes vollbracht. Wenn auch vielleicht noch mehr zu erreichen gewesen wäre, nur der rastlosen Arbeit dieses Königs sei zu danken, daß das heruntergekommene Land einen Vergleich mit seinen übrigen Provinzen 1740 aushalten konnte. Er hinterließ seinem Sohne die trefflich eingerichtete und funktionierende Verwaltung, mit deren Hilfe dann der Reichtum des Landes weiter entwickelt werden konnte. Ich halte diese Formulierung des Urteils über Friedrich Wilhelm I. für die den Tatsachen am besten entsprechende. Wer sich durch die Verwaltungsgeschichte unter diesem König durchgearbeitet hat, der kann wohl verstehen, wie ein ausländischer Historiker zu seinem Urteil kam; doch wird er die Absage an das Temperament nicht unterschreiben können, daß diesem König vielmehr auch seinen begründeten Ruf in der Verwaltungsgeschichte eintrug. Ohne dasselbe

1) Im Anhang sind dann noch 24 Aktenstücke abgedruckt, über die das Inhaltsverzeichnis IX und X Auskunft gibt.

trauensvotums des Königs erfolgte, und zwar deshalb, weil der König ihn vor den temperamentvollen Anfeindungen eines Waldburg und eines Osten nicht genügend schützen konnte. Dohna sah ein, daß der König in den Händen dieser beiden Pluismacher vorläufig rettungslos war. Wie auch aus Skälweits Darstellung hervorgeht (vergl. S. 71 und 73), hatte der König, solange noch Kriegszeit war, nicht die Muße, sich eine ganz klare Einsicht in das Detail der preussischen Angelegenheiten zu verschaffen. Wer ihm am schnellsten Einnahmen versprach, mußte also darum sein Freund sein. Für weitausschauende Pläne hatte er damals keinen Sinn. Daß alles bemerkte Dohna, und aus alledem folgerte er sehr richtig, daß sein Bleiben nur die ihm persönlich widerwärtigen Konflikte in Permanenz erklärt hätte. Es scheint mir sehr charakteristisch, daß, sobald der König sich eingehender mit Ostpreußen beschäftigte, er auf alle die Vorschläge zurückkam, die Dohna bereits 1712 gemacht hatte, wenn er sich dessen vielleicht auch nicht bewußt war. Das Reetablisement Litauens, so wie es von 1721 ab erst recht in Angriff genommen wurde, hatte ebenso zum Programm Dohnas gehört wie die Abtrennung der litauischen von der deutschen Verwaltung, die Waldburg wieder beseitigt hatte. Doch ich will und kann auf all das hier nicht näher eingehen, auch nicht darauf, warum ich Waldburg, der bei seinen großzügigen Plänen nur zu wenig an die Möglichkeit ihrer Ausführung dachte, weder nach seiner Person noch nach seiner Bedeutung für die ostpreussische Verwaltung so hoch einschätzen kann, wie auch Skälweit tut.

Zum Schluß seien nur noch einige kleinere Einzelheiten richtig gestellt. Die Ordre vom 13. Mai 1724 (S. 85), wonach Görne erst damals in die ostpreussischen Reetablisementsachen eingeweiht sein soll, besagte nur, daß die Akten darüber ihm nach Blaue nachgeschickt werden sollten, wo er damals weilte. Zu dem Verfahren gegen Hesse, der hingerichtet wurde (S. 124), sei notiert, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens unter Friedrich II. zu dem Nachweis von Hesses Schuld führte. Schließlich sei hervorgehoben, daß bei den Streitigkeiten Görnes mit der preussischen Kammer 1724 sowohl wie 1727 neben den sachlichen Differenzen ganz gewiß auch persönliche zwischen Görne und Grumbkow mitsprachen, dessen Gegner Leopold von Anhalt für Görne immer eine Stütze war.

Wilhelm Stolze.

Friedrich Wilhelm I. und die Bestellung der städtischen Beamten. Ein Beitrag zur Geschichte der preussischen Verwaltung von Wilhelm Gundlach. [Bausteine zur preussischen Geschichte, hrsg. von Prof. Dr. phil. et jur. Wilhelm Gundlach. Neue Folge 1.] Jena 1906; Hermann Costenoble (2,50 Mk.).

Der Vf. charakterisiert selbst die kleine Schrift als einen Exkurs zu seiner „Geschichte der Stadt Charlottenburg“, der für eine besondere Frage, die des städtischen Ämterlaufs unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II., auf die Provinz, die Kurmark, erweitert worden ist. Mit einer das Aktenmaterial, aber auch die Geduld des Lesers erschöpfenden Vollständigkeit geht der Vf. die Städte der Kurmark durch; nur für Berlin bleibt die Forschung lückenhaft, weil der Vf. die Kammerakten

dessen Verzicht leisten müssen, weil fast jedes Kapitel ein sehr zusammengefügtes Gebilde darstellt, das sich nicht unter einen einheitlichen Titel bringen läßt. Die Trennung zwischen der „südlichen“ und „nördlichen“ Staatengruppe (wir würden sagen: südwestlichen und nordöstlichen), die bei Heeren eine große Rolle spielt, hat der Verfasser aufgegeben, obwohl sie für die Darstellung seiner ersten und zweiten Epoche doch noch von einiger Bedeutung ist. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß das europäische Staatensystem nicht als eine von vornherein fertige Bildung im 15. oder 16. Jahrhundert in die Erscheinung tritt, sondern daß es erst im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts mit dem allmählichen Zunehmen des Völkerverkehrs in Krieg und Frieden schrittweise zu seiner Ausgestaltung gelangt ist. Noch um die Zeit des Friedens von Utrecht verstand man unter „Europa“ eigentlich nur die drei großen Westmächte und den Kaiser; die Türkei wurde prinzipiell nicht zum europäischen Staatensystem gerechnet, und der Nordosten erschien in der Hauptsache noch als eine Welt für sich, die man zwar zu benutzen und zu beherrschen suchte, die aber noch nicht bestimmend in den Gang der großen Politik auf dem Theatrum Europaeum eingriff — abgesehen von der Episode unter Gustav Adolf. Erst mit der Erhebung Rußlands und Preußens und ihrer Verflechtung in die großen allgemeinen politischen Gegensätze, hauptsächlich erst mit dem Siebenjährigen Kriege, schließt sich „Europa“, als das System der fünf großen Mächte, zusammen. Von diesen Erwägungen aus würde man vielleicht zu einer übersichtlicheren Gruppierung gelangen können, indem man auf der einen Seite die Ausbildung und Zurückdrängung des Übergewichtes Frankreichs (1660—1713), auf der anderen Seite die Verflechtung der nordöstlichen Staatengruppe, namentlich Rußlands und Preußens, in die europäische Politik (Nordischer Krieg, West-östliche Gegensätze, Polnischer Thronfolgekrieg, 1740 usw.) zur Darstellung brächte. Ob sich freilich diese Einteilung gerade für ein Lehrbuch eignen würde, ist mir selbst zweifelhaft.

Ein besonderer Vorzug des Immichschen Buches ist die Zusammenstellung der Literatur, die nahezu erschöpfend sein dürfte. Aus der Vorrede erfahren wir, daß Prof. Dr. Ferd. Hirsch in Berlin und Privatdozent Dr. Preuß in München, die das Manuskript des Verstorbenen einer letzten Durchsicht unterzogen haben, in dieser Hinsicht noch erhebliche Arbeit zu leisten hatten. Daß das Buch ein brauchbares Register erhalten hat, mag noch besonders hervorgehoben werden; was sich auf Preußen bezieht, ist, wie es auch bei den anderen Staaten geschieht, unter diesem Stichwort zusammengestellt. Der Druck ist im allgemeinen korrekt. Ein paar kleine Inkorrektheiten, die mir aufgefallen sind, sind wohl kaum als Druckfehler zu bezeichnen, da sie sich auch im Register wiederholen: der pfälzische Staatsmann, der in der Geschichte des Fürstenbundes eine Rolle spielt, heißt v. Hosenfels (nicht Hohenfels S. 436); die Seeschlacht von 1778 fand bei Quessant (nicht Dueffant S. 416) statt. Ungern sieht man auf dem Namen des spanischen Ministers Ripperda den fremdländischen Akzent auf der letzten Silbe (S. 259); trotz des spanischen Klangs ist es bekanntlich ein Name von gut deutscher, ostfriesischer Herkunft.

Gegebenheiten, die wie feste, unveränderliche Tatsachen vor ihm stehen. Er erklärt die einzelnen Rechtsätze oder Verfassungsbestimmungen aus einzelnen Ursachen. Er denkt nicht genetisch.

sachen auf, welche die Ereignisse bewirkt oder die Rechtsätze oder Verfassungsbestimmungen bedingt haben Die Einzelheiten des geschichtlichen Prozesses stehen vor ihm wie feste unveränderliche Tatsachen.

In diesem Falle fährt Sch. fort: „Treffend sagt daher von ihm A. Sorel“ usw. Für die nächsten Abschnitte Voltaire und Hume fehlte bei Dilthey das Material, Sch. fand aber einen Ersatz, wenigstens für Hume, in Goldsteins kleinem aber gutem Büchlein: Die empiristische Geschichtsauffassung David Humes, Leipzig 1903. Woher er die Gedanken zum Voltaire nahm, kann ich im Augenblick nicht sagen, doch sei wenigstens das Entleihen für einen Satz nachgewiesen. Goldstein schreibt S. 48 Anmerkung: „Die anfangs selbständige Einleitung zu dem Essay sur les mœurs et l'esprit des nations nannte Voltaire philosophie de l'histoire“, und oben im Text: „Voltaire prägte für seine Art Geschichte zu schreiben zum erstenmal den Ausdruck philosophie etc.“; woraus denn Sch. macht: „Die ursprünglich selbständige Einleitung zu dem Essay sur les mœurs et l'esprit (des nations läßt er fort!) nannte Voltaire philosophie de l'histoire, ein Ausdruck den er zuerst geprägt hat.“ Der Hume ist abgesehen vom Anfang ganz mit Goldsteins Arbeit gemacht. Ich stelle nebeneinander:

G. S. 12.

Dieselben Motive bringen immer wieder dieselben Handlungen hervor, dieselben Ereignisse folgen aus denselben Ursachen (folgt ein Zitat aus Hume).

G. S. 12.

Die Gleichheit der Motive bedeutet für die Geschichte ein Gleichsetzen des Charakters . . . und das Recht der Beurteilung der Motive der Vergangenheit von denen der Gegenwart aus und umgekehrt (folgt ein Zitat Humes).

G. S. 13.

Diese scheinbar aus der Erfahrung genommene psychologische Gleichheit der Menschen aller Zeiten macht Hume zum Kriterium der Beurteilung des historisch Wahren (folgen zwei Zitate).

Sch. S. 16.

Dieselben Motive bringen immer dieselben Handlungen hervor, dieselben Ereignisse folgen aus denselben Ursachen (folgt dasselbe Zitat).

Sch. S. 16.

Mit dieser Gleichsetzung der Motive bei den Menschen aller Zeiten war für Hume das Recht der Beurteilung der Vergangenheit von der Gegenwart aus gegeben (folgt das gleiche Zitat).

Sch. S. 16.

Diese von Hume angenommene psychologische Gleichheit der Menschen aller Zeiten wird denn folgerichtig auch für ihn zum Beurteilungsprinzip für die Wahrheit geschichtlicher Ereignisse (folgen dieselben Zitate, die Sch. allerdings jedesmal sorgfältig nachschlägt und sprachlich anders faßt).

Diese Stelle gibt ein gutes Bild, wie Sch. mit dem fremden Gut wirtschaftet; noch stärker wirkt in dieser Hinsicht die folgende:

D. S. 362.

Die Zeit der Urkunden- und Altsammlungen und der publizistischen Geschichtsschreibung wurde nun bei uns durch eine andere abgelöst, welche die Masse des aufgehäuften Stoffes durch die neuen Ideen zu vergeistigen strebte. Montesquieu wirkte auf alle historischen und politischen Köpfe. Aus der Tiefe des deutschen Geistes ist doch die Richtung hervorgegangen, in welcher jetzt die aufgenommenen Ideen von uns fortgebildet wurden.

Sch. S. 22.

Diese Zeit der Quellsammlungen und der rein referierenden Geschichte wurde nun abgelöst durch die andere, welche den massenhaft angehäuften Stoff zu verarbeiten und zu vergeistigen strebte. Die Einwirkungen der englischen und französischen Historiker, besonders Voltaire und Montesquieu, beginnen sich geltend zu machen. Und die Richtung des deutschen Geistes kam ihnen entgegen.

Hier ist schwer zu sagen, ob man sich mehr über die Dreistigkeit des Nehmens oder über die Respektlosigkeit vor der fremden Gedankenkraft wundern soll, die an einer tiefen historischen Einsicht wie an einem Schüleraufsatz herum korrigiert. Für das Kapitel über Friedrich II. ließ sich bei D. wenig finden, Sch. hat aber auch das nicht ungenutzt gelassen; umsomehr bot sich ihm für das Kapitel über Möser, wo er sich denn auch weiter nicht geniert hat, zuzugreifen. So ist gleich S. 30 die Einleitung, es sind 24 Zeilen, vollständig und fast wörtlich wiederzufinden bei D. S. 364. Und so geht das weiter:

D. S. 365.

Montesquieu hatte zuerst wieder der politischen Theorie das Bewußtsein des besonderen Charakters jedes Volks und der Abhängigkeit desselben von seiner geographischen Lage, dem Klima und der Bodenbeschaffenheit zurückgewonnen. Das Jahrhundert stand unter dem Einfluß seines Werks. Möser hat seine Verwandtschaft mit dem großen Franzosen gefühlt.

Sch. S. 32.

Die Geistesverwandtschaft mit Montesquieu, den er stets hochgeschätzt hat, unter dessen Einfluß das ganze Jahrhundert stand, tritt hier deutlich hervor. Das Bewußtsein der Abhängigkeit eines Volks von seiner geographischen Lage, dem Klima und der Bodenbeschaffenheit beherrscht auch ihn.

Ebenso vergleiche man D. S. 370 „Ihr Mittelpunkt sollte der gemeine Landeigentümer sein — das alles sollte zur Darstellung kommen“, mit Sch. S. 33, wo die vier Zeilen wörtlich wiederkehren; D. S. 366 „Er hat zu den ökonomischen Problemen — von der Wissenschaft und Bildung“, mit Sch. S. 33 „Alle seine wirtschaftlichen Vorschläge — von der Wissenschaft und Bildung drohen“: D. S. 366 „Und niemand hat so tief empfunden und so schön geschildert, wieviel trauliche Poesie — unbeachtet und unberührt von der großen Welt“, mit Sch. S. 34 „Niemand hat so tief die trauliche Poesie — unberührten, unbeachteten Leben liegt“.

andeutenden Satz D.'s, den er aber, weil er später mit Haym arbeiten muß, denn D.'s Aufsatz bricht hier ab, nicht durchführen kann, und der drum wie ein erratischer Block dasteht:

D. S. 380.

Seine wissenschaftliche Grundlage in der Erkenntnis von der Evolution des physischen Universums, der Bildung der Erde, dem Einfluß der geographischen Bedingungen auf das Leben der Nationen; hierin ist er der Vorläufer des 18. Jahrhunderts und der Schüler von Buffon und Kant. Aber seine Auffassung vom Selbstwert führte ihn hinaus über die Schranken dieses Jahrhunderts.

Sch. S. 124.

Die Grundlage seiner wissenschaftlichen Erkenntnis lag in dem Gedanken der Evolution des physischen Universums, dem Einfluß auf die geographischen Bedingungen auf das Leben der Völker. Darin war er ein Sohn seiner Zeit und ein Schüler von Buffon und Kant. Was ihn aber hinaus hob über die Schranken des 18. Jahrhunderts . . .

Abgesehen von diesem einen Satz spricht D. nur noch einmal über Herder, S. 374, wo er unter seiner Nachwirkung Schleiermacher nennt; auch diese Kombination hat Sch. nicht vergessen (S. 247). Im übrigen ist das, was er über Herder sagt, nur ein Resümee der betreffenden Kapitel Hayms, allerdings mit Angabe seines Namens.

Der zweite Teil des Buches, der sich mit den Nachfolgern Herders, mit Kant und seiner Schule beschäftigt und an der entscheidenden Stelle dann plötzlich abbricht, ist von dem ersten Teil so wesentlich unterschieden durch den Mangel allgemeinerer Gesichtspunkte und Ideen, daß es möglich wäre, daß Sch. ihn ohne fremde Hilfe geschrieben hat, doch finden sich auch da Abschnitte, über deren Herkunft der mißtrauisch gewordene Leser sich genauer orientieren müßte, wenn es an dem Gesagten nicht schon übergenug wäre.

Ob der Gesellschaft, als sie die Schaumkellische Arbeit preiskrönte, das Buch schon in der hier erörterten Gestalt vorgelegen hat, oder ob Sch. sie ihm erst in den drei Jahren, die bis zur Drucklegung vergingen, gegeben hat, wird die Gesellschaft zu entscheiden haben; durch das ganze Buch geht die Tendenz, fast mechanisch durchgeführt, bei den einzelnen Schriftstellern die Stellen zusammenzubringen, in denen sie sich gegen die politische Geschichte wenden, und in seiner zweiten Hälfte taucht der Gegensatz von kollektivistischer und individualistischer Geschichtsschreibung auf; es wäre möglich, daß die ganz anderen Tendenzen, die mit den Aufsätzen Dilthey's und Goldsteins in das Buch geraten sind — eine Gegensätzlichkeit, die feinfühlige Leser, wie die Rezension von Troeltsch in der Historischen Zeitschrift beweist, unbestimmt gefühlt haben — erst nachträglich hineingearbeitet wurden. Das gilt sicher für das Kapitel über Hume, denn das Büchlein Goldsteins ist 1903 erschienen.

Herman Nohl.

James Carlyle: Friedrich der Große. Gekürzte Ausgabe in einem Bande, besorgt und eingeleitet von Karl Linnebach, Leutnant im badischen Pionierbataillon Nr. 14. Berlin 1905; B. Behrs Verlag.

bei einzelnen, wie bei Blücher, über den noch gar keine auch nur einigermaßen hinreichende Biographie vorliegt — es ist das eine erstaunliche Tatsache — würde eine solche Bibliographie künftigen Forschern gute Dienste leisten können.

H. v. Petersdorff.

Ernst Müsebeck: Ernst Moritz Arndt und das kirchlich-religiöse Leben seiner Zeit. Tübingen 1905; Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) (VIII u. 100 S. 8°).

Müsebeck gibt nicht eigentlich eine historische Arbeit mit seiner Schrift über Arndt und das kirchlich-religiöse Leben seiner Zeit, sondern eine Art theologisch-politischen Traktat, der der Versöhnung der christlichen Konfessionen dienen soll. Seine Ausführungen verraten gründliche Belesenheit in Arndts Schriften und eine feinsinnige, innerliche Auffassung dieser tapferen und gemütvollen Persönlichkeit. Nur will es uns scheinen, daß die Darlegungen etwas nebelhaft und zerflossen sind. Das liegt teils an dem Thema, das eine präzise Darstellung schwer möglich machte, teils an dem Schriftsteller Müsebeck selbst. Öfter hat man den Eindruck, daß es sich um aneinandergereihte Lese Früchte handelt. Vielleicht macht sich der Vf. einmal daran, eine in die Tiefe gehende, zugleich aber knappe und markige Arndtbiographie zu schreiben, die uns noch fehlt.

H. v. Petersdorff.

Erzieher des preussischen Heeres. Hrsgb. von Generalleutnant J. D. von Pelet-Marbonne. 4. Band: Nord, von W. von Bock, Generalmajor J. D. (III u. 97 S.). — 9. Band: Prinz Friedrich Karl, von W. Bald, Major (VIII u. 100 S.). — Berlin 1906; Behrs Verlag.

Diese Bändchen der Sammlung (S. Forsch. Bd. 19, S. 288) gehören insofern zusammen, als die darin geschilderten Männer sich besonders um die taktische Ausbildung große Verdienste erworben haben. Beide Generale haben zwar um alle Waffengattungen sich bemüht, jeder aber doch besonders als Lehrer und Führer einer sich ausgezeichnet, Nord als Begründer der leichten, also modernen Infanterie, der Prinz als Reorganisator der Reiterei. Gen. v. Bock verwendet mit Recht viel Raum darauf zu zeigen, wie Nord die neue Infanterietaktik einführte, und es war daher ganz gerechtfertigt, dessen Instruktionen für die leichten Brigaden von 1810 und 1811 wörtlich abzu drucken (S. 27—46), zumal da sie sich auf Grundsätzen aufbauen, die für das zerstreute Gefecht noch heute gelten können. Der Verfasser schildert dann in fesselnder Weise, wie es Nord durch eiserne Disziplin und väterliche Sorge für seine Truppen gelang, die größten Hemmnisse unvollkommenen Erfolgs und mangelnder Verpflegung zu besiegen, wie er auf der andern Seite aber durch sein Mißtrauen gegen Blücher und die gelehrten Offiziere zum schwierigsten Untergebenen wurde. In dem Streit um die Konvention von Taugoggen stellt sich B. nicht auf Thiemes Seite. Kenntnis von Vorgängen vorauszusetzen, wie es mehrfach geschieht, halte ich nicht für entsprechend dem Zweck des Werkes. Und ohne Beschreibung des Ge-

etwas allzu ausgeprägtem Selbstbewußtsein des Freundes mit ebenso feinem Takte wie zarter Rücksicht entgegenkommt, er beurteilt auch die Tatsachen und die sich aus ihnen ergebenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Handelns viel kühler und viel mehr vom realpolitischen Standpunkt aus als Freytag, der sich von einmal gefaßten Vorurteilen nicht freizuringen weiß. Das gilt ebenso für die deutsche Frage, wie hinsichtlich des Verhältnisses zu Bismarcks überragender Persönlichkeit. Freytag bleibt in allen Stadien der deutschen Frage der prononcierte Preuße und Protestant, dem jedes wirkliche Verständnis für Österreich ebenso wie für den Katholizismus abgeht; in jenem sieht er nur faulen Marasmus, in diesem nur Jesuitismus. Wie treffend urteilt demgegenüber Herzog Ernst, daß „mit nachsichtiger Antipathie gegen das Haus Habsburg Deutschland weder einiger noch stärker gemacht wird“. Ebenso steht Freytag, während der Herzog, sobald er erst einmal Bismarcks nationale Politik erkannt hat, es an Bewunderung und Verständnis für jenen nie fehlen läßt, selbst wenn jenes Wege nicht die seinen sind, dem großen Staatsmann dauernd fremd und mißtrauisch, ja ausgesprochen antipathisch gegenüber. Die Folge ist, daß er auch im neuen Reich kaum wirkliche innere Befriedigung empfindet; der Doktrinär in ihm kann nicht darüber hinwegkommen, daß nicht alles so geworden, wie er es träumte; das neue Kaisertum bleibt ihm unwillkommen und unheimlich. Rein Wunder, daß bei solchen Differenzen der Anschauungen, die in letzter Wurzel doch auf den inneren Gegensatz zwischen Literat und praktischem Politiker zurückgehen, es auch zwischen den beiden an gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten nicht fehlt: um so ehrenvoller für beide aber, daß darunter das Freundschaftsverhältnis nicht leidet, daß, so offen man die eigene Meinung ausspricht, man doch in der Übereinstimmung der beiderseitigen Grundanschauungen eine genügend starke Basis hat, um in Nebenpunkten das Auseinandergehen der Anschauungen vertragen zu können. Aber wenn auch in diesem Briefwechsel die Schwächen Freytags, die schließlich in einer, gerade ja bei Schriftstellern nicht so selten sich findenden Selbstüberschätzung wurzeln, dem aufmerksamen Leser nicht verborgen bleiben können, so darf das in keiner Weise ins Gewicht fallen gegenüber der Tatsache, daß wir hier eingeführt werden in die innerste hüllenlose Psyche zweier von Grund aus ehrlichen und bis ins Mark hinein national gesinnten Persönlichkeiten, und gerade dadurch bildet dieser Briefwechsel eine äußerst wertvolle Gabe zur besseren und befriedigenden Erkenntnis der psychischen Atmosphäre jener Kreise, die die einmal unentbehrliche Basis darstellen, auf der der geniale Baumeister das neue deutsche Reich errichtet. Dem Herausgeber Tempelton, der auch in sorgsamster Weise alle wünschenswerten Erläuterungen den Briefen beigelegt hat (zu denen man nur gern auch noch ein Personenregister hinzutreten sähe), sei deshalb nochmals für diese schöne Spende warmer Dank gesagt.

Walther Schultze.

inghoff, Karl: Im Kampfe für Preußens Ehre. Aus dem Nachlaß des Grafen Albrecht von Bernstorff, Staatsministers und . . . Botschafters in London, und seiner Gemahlin Anna geborenen Freiin von Roenneritz. Mit zwei Bildnissen in Lichtdruck und der Nachbildung

Mitteln durchgeführt. So bemerkt er bei dem Waffenhandel nach Frankreich während des Krieges 1870/71, nach ganz kurzer Anführung des ersten Notenwechsels zwischen Bernstorff und Lord Granville: „der weitere Verlauf der ganzen Angelegenheit ist bekannt. Die Erinnerung an das Verfahren der Engländer zittert noch heute im Herzen des deutschen Volkes nach“. Es ist doch wohl nicht ganz gewiß, ob diese optimistische Annahme selbst für Historiker von Fach so allgemein zutrifft, sicherlich aber ist diese Wendung ganz unzulänglich für ein „Volksbuch“, das der Herausgeber, nach dem Wunsche der Bernstorffschen Familie, hier „im besten Sinne des Wortes“ hat schaffen wollen. Schon die kursorische Anführung des Inhaltes der in der Materialiensammlung von G. Hirth und J. v. Gosen, „Tagebuch des Deutsch - Französischen Krieges 1870—1871“, Leipzig 1871—1874, bereits abgedruckten Altentstücke hätte eine sicherere Basis für die Kenntniß dieser Dinge geboten. Nebenbei wäre auch dem Historiker eine solche Zusammenstellung hier ganz erwünscht gewesen, da das Register jenes Sammelwerkes hierfür unzureichend ist.

Trotz dieser Defiderien, die sich in dem Begriffe „Unbehilflichkeit“ zusammenfassen lassen möchten, hat das Buch das unbestreitbare Verdienst, dem Grafen Albrecht Bernstorff ein wohlverdientes, durchaus würdiges litterarisches Denkmal gesetzt zu haben. Er war wirklich das Prototyp eines Edelmannes, wie ihn sein großer Nachfolger an der Spitze des Auswärtigen Amtes — das Bernstorff ein Jahr lang, vom 31. Juli 1861 bis 8. Oktober 1862 den Verhältnissen nach angemessen geleitet hatte — Fürst Bismarck einmal bezeichnet haben soll. So hat er sich in München und in Wien, in Neapel und in London, wo er recht eigentlich „in den Sielen“ starb, 26. März 1873, voll bewährt. Und dies nicht etwa nur in und kraft der äußeren Sphäre, in die er hinein geboren war, sondern auch in seiner Geschäftsverwaltung und in seinem Auftreten nach oben und nach unten. Wohl wird man dem Herausgeber zustimmen dürfen, wenn er in Albrecht Bernstorff einen von den starken Stämmen erblickt, die um die Bismarcksche Rieseneiche gestanden haben. Wie sehr sind doch solche politische Helfer dem leitenden Staatsmanne zu wünschen, die aufrechten Hauptes ihre Pflicht tun, in deren Erfüllung sie ihre höchste Ehre setzen.

Das Buch ist mit den ansprechenden Bildnissen des Bernstorffschen Ehepaares geschmückt, die als Charakterbilder anmuten und deren Ausführung angenehm berührt. Auch das Facsimile eines Briefes Kaiser Wilhelms ist nicht übel; nur daß der Abdruck dieses Briefes im Text auf fünf Druckzeilen sieben Varianten, wenn auch nicht gerade erhebliche, aufweist.

Herman Granier.

Etta Hügig: D. Ernst Constantin Hanke, Professor der Theologie zu Marburg. Ein Lebensbild gezeichnet von seiner Tochter. Mit einem Bildnis vom Jahre 1886. Leipzig 1906; Dunder u. Humblot (VI u. 363 S. 8°; 6 Ml.).

Es ist wohl mehr als Familienpietät, die zu diesem Lebensbilde den Ansporn gegeben hat. Freilich ist der Marburger Theologe Ernst

historischen Studien auf unseren Universitäten und der vielfach besseren Verwendbarkeit des Mittelalters für methodische Zwecke nicht als Fehler zu bezeichnen; auch ist anzuerkennen, daß B. sich bemüht, die alte und neuere Geschichte nicht ganz zu vernachlässigen. Wenn ich bezüglich der neueren Geschichte ein kleines Desiderium äußern darf, so könnte vielleicht neben den genauen Hinweisen auf die Urkundenlehre auch die Aktenkunde etwas mehr Berücksichtigung finden, so namentlich durch Vorführung der Haupttypen von Akten, von denen die eine Hauptart, der amtliche Schriftwechsel in Verwaltungssachen, bei B. kaum erwähnt wird, ferner die Ausbildung und Einrichtung der modernen Kanzleien und Registraturen und die Behandlung der Schriftstücke in denselben: Konzepte, Ausfertigungen, Zeichnung, Datierung (alter und neuer Stil), Adressierung; Präsentatum; Aktenzeichen; Vorgang, formelhafte Wendungen usw.

Daß im übrigen die neue Auflage überall Verbesserungen und Ergänzungen aufweist, bedarf bei einem so sorgsam und umsichtigen Gelehrten wie B. kaum besonderer Hervorhebung. Mehrfach finden sich bessere Formulierungen im einzelnen: so ist beispielsweise eine etwas schiefe Darstellung, die ich mir in der zweiten Auflage S. 300 angemerkt hatte, jetzt in der neuen Auflage S. 364 f. richtig gestellt¹⁾. Von bemerkenswerten größeren Zusätzen erwähne ich namentlich die längeren Ausführungen über den neueren Geschichtsstreit und eine sehr scharfe,

1) Es sei mir erlaubt, auf einige kleinere Anstöße hinzuweisen, die sich auch noch in der neuen Auflage finden. So ist im Vorwort S. VI wieder von „der hiesigen Universitätsbibliothek“ die Rede, obwohl sich dann am Schluß keine Orts- und Datumangabe findet. Gleich zu Anfang des Textes heißt es dann wieder: „es bedarf nach dem, was im Vorwort erörtert worden ist“ usw., was doch auch nicht wohl angeht. Ferner S. 40 wieder „das Schicksal — präjudizieren“; S. 41 wohl besser „im letzten Jahrhundert“ statt „in diesem Jahrhundert“; S. 272 besser „zu bieten vermöchte“ statt „beherrschte“ und in Anm. 1 „diesen“ statt „denselben“. S. 310 ist der Ausdruck schief: statt „für das Privilegium ‚majus‘“ müßte es zum mindesten heißen „für Echtheit des Privilegium majus“. Ebenso ist S. 397 (= 2. Aufl. 350) eine Diskrepanz zwischen der Darstellung und dem Textabdruck bezüglich der Worte „novis et“ stehen geblieben. S. 414 paßt „folgenden“ mit Bezug auf eine untenstehende Anmerkung nicht. S. 503 besser „verwerfen“ statt „beseitigen“; S. 592 besser „vertieft“ statt des seltsamen „tiefhin“. Ein neuer störender Druckfehler hat sich S. 230 eingeschlichen, wo „mittelbar“ für „unmittelbar“ wiederherzustellen ist. — Ich bemerke noch zu S. 262, daß man Du Cange doch nicht wohl ein Glossar für „technische Ausdrücke“ nennen kann; zu S. 274, daß die Definition der Urkunde als „ein zu historischem Zeugnis dienendes Schriftstück“ Erfolg und Absicht verwechselt; zu S. 378, daß die Überschrift „Quellenanalyse“ zu weit ist, da es sich in dem Abschnitt nur um das Abhängigkeitsverhältnis der Quellen unter einander handelt; zu S. 518, daß die Urkunden-Regesten ihren Ausgang von den alten Verzeichnissen in den Archiven nehmen; endlich zu S. 610, daß die angeführten Beispiele nicht eigentlich zu den sozial-psychischen Faktoren gehören, sondern vielmehr die wechselnden psychologischen Bedingungen im Wandel der Zeiten illustrieren.

guten Buche würde ich mich auch gescheut haben, eine so eingehende Besprechung zu widmen. So können wir dem Lehrbuch dann auch ferner nur besten Erfolg und reichste Wirkung wünschen. L. Erhardt.

B. Eingelieferte Bücher (soweit noch nicht besprochen).

Juli bis November 1906.

Rauter, Dr. Erh. Waldemar: Die Ermordung König Ladislaus 1457. München u. Berlin 1906, R. Oldenbourg. 1 M.

Ströelsen, Friedr. M.: Die Königin Luise in der Geschichte und Literatur. Eine systematische Zusammenstellung der über sie erschienenen Einzelschriften und Zeitschriftenbeiträge. Jena 1906, G. W. Schmidt.

Meyer, Dr. Christian, Staatsarchivar a. D.: Friedrich d. Gr. und der Regedistrikt. 2., vermehrte u. verbesserte Aufl. München 1906, Max Neinebach. 2 M.

Mitteilungen des Geschichts- und Altertumsvereins für die Stadt und das Fürstentum Siegnitz. I. Heft (für 1904 u. 1905).

Beckel, Dr. Johannes: Die Umgestaltung der Verfassung von Soest im Zeitalter Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. 1715—1752. Göttingen 1905, Vandenhoeck & Ruprecht. 2,40 M.

Adermann, Dr. A., Rabbiner: Geschichte der Juden in Brandenburg a. S. Nach gedruckten und ungedruckten Quellen dargestellt, mit urkundlichen Beilagen. Berlin 1906, Louis Lamm.

Acten und Urkunden der Universität Frankfurt a. D., hrsg. von Georg Kaufmann u. Gustav Bauch. 6. Heft: Aus dem ersten Jahrzehnt der Universität und die ältesten Dekanatsbücher der Juristen und Mediziner. Festschrift zur 400j. Jubelfeier der alma mater Viadrina, 26. April 1906. Hrsg. von G. Bauch. Breslau 1906, M. u. S. Marcus. 3,60 M.

Weider, Gotthold: Die Haltung Kursachsens im Streite um die unmittelbare Reichsritterschaft in den Jahren 1803—1806. [Bibliothek der sächs. Gesch. u. Landesl., hrsg. von Dr. Gustav Buchholz, I, 2.] Leipzig 1906, S. Hirzel. 4 M.

Hansen, Joseph: Gustav von Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild 1815—1899. 2 Bde. Berlin 1906, Georg Reimer. 20 M. (geb. 25 M.).

Haxfeldts Briefe (Briefe des Grafen Paul Haxfeldt an seine Frau, geschrieben vom Hauptquartier König Wilhelms 1870—71. Mit Vorwort der Gräfin Helene Haxfeldt. Autorisierte Ausgabe mit Illustrationen. Leipzig 1907, Heinrich Schmidt u. Karl Günther. 7,50 M. (geb. 10 M.).

Rirchhoff, Vize-Admiral a. D.: Seemacht in der Ostsee. Ihre Einwirkung auf die Geschichte der Ostseeländer im 17. u. 18. Jahrh. Kiel 1907, R. Corbes

Sitzungsberichte

des

Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg.

11. Oktober 1905 bis 13. Juni 1906.

1. The first part of the document is a list of names and addresses of the members of the committee.

Sitzung vom 11. Oktober 1905.

Herr Geheimrat Dr. Roser erörterte in zusammenfassendem Überblick die Haltung Kurbrandenburgs in dem Kampf zwischen Imperialismus und ständischer Libertät, vornehmlich seit 1640. Nach einleitenden Bemerkungen über die auf das Wesen der Reichsverfassung gerichtete staatsrechtliche Diskussion zwischen Reinling, Chemnitz (Hippolithus a Lapide) und Pufendorf kennzeichnete der Vortragende zunächst die Mittelstellung des Großen Kurfürsten zwischen dem Kaiser und den Kronen Frankreichs und Schwedens, den beiden Garanten des Westfälischen Friedens, und bemerkte, daß man von brandenburgischer Seite zu grundsätzlicher Auseinandersetzung über die Grenzen zwischen kaiserlicher Prärogative und reichsständischer Libertät unter dieser Regierung noch nicht Veranlassung nahm. Unter dem ersten Könige trat die brandenburgische Komitialgesandtschaft zu Regensburg zeitweilig in scharfe Opposition gegen den kaiserlichen Hof, und die schriftstellerische Tätigkeit des brandenburgischen Komitialgesandten Heinrich v. Henniges, des Verfassers der weitsechtigen *Meditationes ad instrumentum pacis Caesareo-Suecicum*, zeigte eine entschieden antiimperialistische Tendenz. Die historische Substruktion versuchten den politischen Ansprüchen der kaiserlichen Libertät die preußischen Universitätslehrer Heinrich v. Cocceji zu Frankfurt und Johann Peter v. Ludewig zu Halle zu geben; ihrem Versuch, die Landeshoheit mit allen ihren Attributen als das fertige Produkt des 10. Jahrhunderts hinzustellen, wies alsbald Ludewigs hallischer Kollege Gundling mit schlagenden Gründen als Vergewaltigung der Tatsachen und der Quellen zurück. In die Zeit Friedrich Wilhelms I. fallen die Vorstöße des Reichshofrats gegen den preußischen Hof in einer Reihe von Rechtshändeln, zumal auch zugunsten der magdeburgischen Vasallen des Königs in dem Streit wegen der Ablösung des Rossdienstes. Friedrich der Große schloß sich in seiner

Sein Name Wolf und seine Abkunft von den Harlungen kennzeichnen ihn als Germanen, obwohl er Slavus nobilis genannt wird. L. Giesebrecht (Wend. Gesch. II, 7) hat nun den deutschen Namen Wolf zu Will slavifiziert, da wlk slavisch Wolf heißt. Das ist aber selbst durch die unzutreffende Deutung ungerechtfertigt, da die Pegauer Annalen den Namen Posduwluk oder Pasewalk mit urbs Wolfi geben, und doch tritt dieser deutsche Edelmann Wolf auch neuerdings noch in Geschichtswerken als der Slave Will auf. Slavus steht vielfach für paganus und wird oft auf Slaven und Germanen gemeinsam bezogen.

Sitzung vom 8. November 1905.

Im Eingang der Sitzung widmete Herr Geh. Archivrat Dr. Baillet dem kürzlich verstorbenen Geh. Archivrat und Königl. Hausarchivar Prof. Dr. Berner, der dem Verein seit 25 Jahren als Mitglied angehörte, einige Worte ehrender Erinnerung. Berner war ein Berliner Kind, 1853 geboren; er absolvierte seine Schuljahre unter Bonitz, studierte in Heidelberg Rechtswissenschaft, dann Geschichte in Berlin unter Breßlau, Nitsch und besonders unter Droysen, als dessen letzten Schüler man ihn vielleicht bezeichnen könnte. Er promovierte in Göttingen mit einer Arbeit über die Verfassungsgeschichte der Stadt Augsburg. 1879 trat er als Aspirant in das Geh. Staatsarchiv, nach einigen Monaten in das Hausarchiv, wo er bald Archivassistent und Archivsekretär, 1890 zweiter Hausarchivar wurde, bis er nach dem Abgang Großmanns zum alleinigen Hausarchivar und vor einigen Monaten zum Geh. Archivrat ernannt wurde. Sein Amt führte ihn weiter in der Richtung der Studien, die er schon bei Droysen eingeschlagen hatte, in der Richtung auf die Erforschung der Geschichte Preußens und des preußischen Königshauses, deren Kenntnis er sich in der umfassendsten und gründlichsten Weise zu eigen machte. Mag anfangs seine amtliche Stellung am Hausarchiv wissenschaftlichen Hervorbringungen nicht günstig gewesen sein — eine um so größere Produktivität entwickelte Berner seit Beginn der neunziger Jahre, eine Produktivität, die er zu einem immer höheren Maße — man muß vielleicht sagen: zu einem für seine nie sehr feste Gesundheit verderblichen Übermaß — gesteigert hat. Außer einzelnen Abhandlungen meist polemischer Natur gegen Onno Klopp, gegen die angebliche Dankeschuld des preußischen Staates an die Jesuiten, gegen allerhand Fabeleien über

Sodann gab Herr Prof. Droysen einige Nachträge und Ergänzungen zu dem Aufsatz von Lemoine und Lichtenberger (*Revue de Paris* 1901) über die Entstehungsgeschichte des Lyoner und Pariser Nachdruckes der *Œuvres du philosophe de Sanssouci*. Er wies zunächst darauf hin, daß für die Frage, wer die beiden Bände der Originalausgabe der *Œuvres* von 1750, nach denen der Pariser Nachdruck gemacht ist, geliefert habe, der Herzog von Nivernais kaum in Betracht kommen könne, da dieser bei seiner Anwesenheit in Berlin Januar 1756 vom Könige ein Exemplar der *Œuvres* von 1752, nicht eins der Schriften von 1750 erhalten haben wird. Aus den Briefen Formey's an Algarotti (*Algarotti Opere* 1794 XVI und XVII) vom 12. Februar, 20. März, 5. April und 1. September 1760 ergibt sich, was man in Berlin über die Entstehungsgeschichte beider Ausgaben wußte, und daß Formey seine Kenntniß an de Catta mittheilte. Wenn de Catta in seinen *Memoiren* erzählt, Ende Januar sei ihm durch einen anonymen Brief das Erscheinen des Nachdruckes, vier Tage später der Nachdruck selbst mitgeteilt, am 19. Februar habe der König ein corrigiertes Exemplar an den Marquis d'Argens geschickt, so ist das zweite Datum falsch und entstanden daraus, daß de Catta das (XIX S. 140) unvollständige Datum: ce 20. auf des Königs Brief an d'Argens, das in seinem Besitz war, in: ce 20 février ergänzte. Wenn Formey am 10. Februar eine Notiz aus Genf erhielt, die dortigen Buchhändler hätten den Lyoner Nachdruck erhalten, so fällt es nicht auf, daß der König von der Tatsache des Nachdruckes am 24. Februar an Voltaire schrieb; das Buch selbst hat er erst im März bekommen. Denn weniger zartfühlend als ein gewisser Jarry, der am 6. März aus Berlin bei Eichel anfragt, ob die Verbreitung dieses Nachdruckes, den ihm ein auswärtiger Buchhändler zuzuschicken beabsichtige, dem König genehm sein werde, war der Amsterdamer Buchhändler Schneider, der am 11. März einen von ihm gefertigten Nachdruck der Lyoner Ausgabe dem König zuschickte, der diese Sendung am 17. März erhielt. Der Vortragende wies noch auf die beiden im *GaULOIS* 1896 veröffentlichten Briefe des Königs an Voltaire hin, die für diese Frage von Interesse sind, und bemerkte, die endgültige Entscheidung über die Entstehung des Pariser Nachdruckes werde sich erst geben lassen, wenn die Korrespondenz zwischen Voltaire und dem Herzog von Choiseul aus dem Jahre 1759 vollständiger, als sie Calmettes veröffentlicht hat, vorliegt.

Herr Dr. F. Meusel sah sich veranlaßt, infolge der Einwände, die in der vorausgehenden Sitzung gegen einige seiner Bemerkungen über

Französisch von Réugiés gelernt, die selbst schon seit längerer Zeit aus Frankreich vertrieben waren; er hat es offenbar in seiner Jugend vor allem durch Sprechenhören, nicht durch einen streng grammatischen Unterricht in unserem Sinne gelernt.

Sodann wurden einige Einzelfragen erörtert, die durch die Auffindung des ersten Avant-Propos und der neuen Fragmente von Friedrichs H. d. m. t. entstanden sind. Zunächst ergibt ein Vergleich der drei Redaktionen, daß auch die Umarbeitung der ersten 1746/47 wesentlich formeller Natur war, wenn auch die sachlichen Eingriffe hier tiefer zu gehen scheinen als 1775. Dagegen scheint die Kapiteleinteilung schon in der ersten Redaktion die gleiche gewesen zu sein wie später, wie sich aus dem „dans le chapitre précédent“ (Drohsen S. 31) schließen läßt. Deshalb müssen die heute durcheinandergewürfelten Petersburger Fragmente umgestellt werden; daß sie ursprünglich anders angeordnet waren, ergibt auch ein Vergleich mit den aus ihnen stammenden Upsalaer Fragmenten (Forsch. IX, S. 519 ff.); man wird kaum irre gehen, wenn man sie genau ebenso anordnet wie die entsprechenden Stücke der zweiten und dritten Redaktion. So gehört das Stück: „À la mort . . .“ an den Anfang des ersten Kapitels; es bildete den Anfang des ganzen Werkes, das also auch ein erstes Kapitel mit großem Überblick über die europäische Lage um 1740 besaß, was man früher bezweifelt hat; der Grundstock von dem politischen Teil dieses ersten Kapitels in den späteren Redaktionen reicht also wohl schon bis ins Jahr 1742 zurück. Dagegen fehlte diesem ersten Kapitel der ersten Redaktion noch der große kulturhistorische Exkurs (vom Frühjahr 1747), wie die Untersuchungen von Posner ergeben haben. Im ganzen ist dieses erste Kapitel, besonders in der zweiten Redaktion, historiographisch das Bedeutendste, was Friedrich überhaupt geleistet hat.

Endlich warf der Referent die Frage auf, ob die Petersburger Fragmente ursprünglich reichhaltiger gewesen seien, oder ob Voltaires Sekretär Wagnière das eine Fragment, welches die Upsalaer mehr enthalten (Forsch. IX, S. 524, XVII), willkürlich interpoliert habe. Er kam zu dem Resultat, daß eine Interpolation nicht anzunehmen sei, da die Upsalaer Fragmente zwar unvollständig und nicht ganz wortgetreu, aber frei von wirklichen Interpolationen sind und der betreffende Satz in veränderter Gestalt auch in den späteren Redaktionen zu finden ist; man nahm es im 18. Jahrhundert mit dem Zitieren nicht so genau. So werden die Petersburger Fragmente ursprünglich mehr enthalten haben, wenn auch die betreffenden Stücke

Gegenwart vor einer größeren Gesellschaft laut getan hatte. v. d. Heydt, dessen makellose Rechtlichkeit durch das Verfahren gegen Dieft und die eingehende Prüfung der von ihm vorgebrachten Beschuldigungen nach jeder Richtung hin zweifelstfrei festgestellt wurde, wandte sich durch Vermittlung des Ministerpräsidenten an den Prinzregenten mit der Bitte, seine Ehre gegenüber dem ihm durch König Georg angetanen Schimpf zu schützen. Der Prinzregent entsprach dieser Bitte durch ein offizielles Schreiben an den König von Hannover, der aufgefordert wurde, entweder zu erklären, daß Dieft ihn mißverstanden habe, oder die Quelle, aus der er seine Nachrichten über den Minister geschöpft habe, namhaft zu machen. Der König tat aber weder das eine noch das andere, sondern erklärte, er sei als Souverän niemandem über das, was er gesagt oder nicht gesagt habe, Rechenschaft schuldig. Damit gab sich der Prinzregent indessen nicht zufrieden. In einem zweiten, sehr bestimmt gehaltenen Schreiben ersuchte er den König, ihm jetzt von Better zu Better die erforderliche Mitteilung zu machen. Darauf antwortete der König in einem Privatschreiben, daß er die gewünschte Auskunft nicht geben könne, da er sich des Hergangs nicht mehr erinnere. Der Prinzregent übersandte nun die ganze hierüber geführte Korrespondenz dem Minister zu beliebiger Verwendung und ließ ihm durch den Ministerpräsidenten mitteilen, er dürfe sich damit zufrieden geben, da der König durch die von ihm beliebte Form der Erklärung offenbar den Rückzug habe antreten wollen.

Herr Prof. H in g e trat der neuerdings wieder von Bornhak vertretenen Auffassung entgegen, als ob im 16. Jahrhundert die brandenburgischen Kurfürsten in der Hauptsache nur mit ihren geborenen Räten, den Ständen, die Regierung geführt hätten, und als ob erst die Errichtung des Geheimen Rats im Jahre 1604 den Beginn einer Regierung durch Beamte und damit einen prinzipiellen Gegensatz gegen das ständische System bedeute. Der Einfluß der Stände wird dabei überschätzt, die Bedeutung der Räte nicht genügend gewürdigt. Zur Ergänzung der schon von Stölzel, Holze, Schmoller vorgebrachten Argumente dagegen wies der Vortragende namentlich auf die Hofordnung von 1537 mit ihren Bestimmungen über die Ratsversammlung und die Kanzlei hin und zeigte, daß die Rats- und Kanzleiordnungen von 1562 z. T. wörtlich damit übereinstimmen. Er vertrat die Ansicht, daß man die Ratstube, wie sie in dieser Hofordnung und in den späteren Dokumenten des 16. Jahrhunderts erscheint, wohl schon als ein consilium formatum bezeichnen könne, wenn auch die Technik des Dienstbetriebs damals noch nicht so stark entwickelt war, wie sie seit 1604 im

in Jülich-Cleve, die später aus dem Stadium des territorialen Staatslebens in das des gesamt- und großstaatlichen hinübergeführt haben; in diesem Stadium aber wurde der Geheime Rat zur gesamtstaatlichen Zentralbehörde, während die brandenburgischen Stände zu Provinzialständen herabsanken. Es ergibt sich damit für die politische Struktur des brandenburgischen Territorialstaats im 16. Jahrhundert ein wesentlich anderes Bild als das, welches Bornhaß im Anschluß an Droysen gezeichnet hat: das Beamtenelement tritt kräftiger hervor, das ständische Element büßt viel von seiner übertriebenen Bedeutung ein. Von einer eigentlichen Mitregierung der Stände, wie sie in der Klausel von 1540 ausgemacht wird, ist später doch kaum die Rede gewesen. Es fehlte auch ein geeignetes Organ dazu: ein Landratskollegium wie in anderen Ländern hat sich in Brandenburg nicht ausgebildet; die Mitregierungsklausel aber findet sich noch in dem Rezeß von 1653, bedeutet also an sich nicht allzuviel. Der Gegensatz der fremden Räte zu den Ständen tritt übrigens auch schon um die Mitte des 16. Jahrhunderts sehr stark hervor, nicht erst seit 1604. Es ist also nicht sowohl ein ständischer Staat, den wir da vor uns haben, sondern ein Doppelorganismus mit ausgesprochenem Dualismus von Fürst und Land, von Hofräten und Ständen.

Sitzung vom 10. Januar 1906.

Zunächst erstattete der Schriftführer des Vereins, Prof. Dr. Hinke, den üblichen Jahresbericht.

Das abgelaufene Jahr 1905 ist ebenso wie das vorangegangene für den Verein eine Zeit ruhigen und stetigen Fortschritts gewesen, ohne besondere äußere Vorfälle. Die Sitzungen sind regelmäßig gehalten worden und gut besucht gewesen; über ihren wissenschaftlichen Ertrag geben die gedruckt vorliegenden Berichte Auskunft. In der Sitzung vom 10. Mai erfolgte die statutenmäßige Neuwahl des Vorstandes. Das Organ des Vereins, die „Forschungen zur brandenburgischen und preussischen Geschichte“, ist wie sonst in zwei Halbbänden erschienen. Durch den Tod verlor der Verein zwei von seinen ältesten Mitgliedern: den Geh. Archivrat und Königl. Hausarchivar Prof. Dr. Ernst Berner und den Oberlehrer Prof. Dr. Eduard Meyer. Eine Anzahl von neuen Mitgliedern sind eingetreten, so daß die Mitgliederzahl im ganzen sich gegen das Vorjahr wieder erhöht hat.

kritisiert, mit großer Wahrscheinlichkeit Joseph Görres zuschreiben dürfte, der damals schon aus dem Jakobiner sich in einen deutschen Patrioten verwandelt hatte und im Herbst 1806 aus Koblenz nach Heidelberg übersiedelte. Der Aufsatz ist für die Lebensgeschichte Görres' nicht unwichtig, da man bisher eine politische Schrift aus seiner Feder zwischen 1800 und 1814 kaum kennt, und hat auch eine gewisse allgemeine Bedeutung, da er die redegewaltigste und eindringlichste Beurteilung des deutschen Heerwesens aus dem Jahre 1806 vor dem Zusammenbruche bietet.

Herr Dr. Manfred Laubert sprach über die Entwicklung der Provinz Posen von 1815—47, bei der sich drei Perioden unterscheiden lassen: von 1815—30 die stillen Jahre des Übergangs in neue Verhältnisse und der inneren Konsolidierung, während welcher jedoch eine schwungvolle, mit den anarchischen Zuständen der Vergangenheit aufräumende Tätigkeit des Gesetzgebers fehlt und nur wenig Neues geschaffen wird, wie die vornehmlich dem polnischen Adel zugute kommende Gründung eines landschaftlichen Kreditinstitutes, der Erlass des Gesetzes vom 8. April 1823 über die Regulierung der gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse und die Einführung der Provinziallandtage, auf deren ersten (1827) die nationale Opposition zum erstenmal mit ihren Wünschen und Beschwerden vor dem Publikum zu Worte kam. Die Jahre nach dem Warschauer Aufstand vom 29. November 1830, die Verwaltungsepoche Flottwells, bilden eine Periode raschen geistigen und wirtschaftlichen Aufschwungs (Gründung von Schulen, Gesetze von 1833 über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden, die Aufhebung der Zwangs- und Bannrechte, beschleunigte Regulierung der bäuerlichen Einsassen, auch aus politischen Motiven, und dadurch vermehrter Wohlstand der ländlichen Bevölkerung, Schaffung besserer Kommunikationswege) und energischer Politik in germanisatorischem Sinne (Bestrafung der Revolutionsteilnehmer, Aufhebung der gutherrlichen Polizeigewalt, Versuche zur Verdeutschung des katholischen Klerus und zur staatlichen Ausläufung der polnischen Grundherren usw.).

Unter Friedrich Wilhelm IV. und nach der Veretzung Flottwells (1841) erfolgte wieder ein Hinneigen zu konzilianteren Bahnen (Begnädigung des Erzbischofs Dunin, Bestimmung des sogen. Güterbetriebsfonds für unpolitische Zwecke, Versuch einer Wiederanknüpfung gesellschaftlicher Beziehungen durch den Oberpräsidenten Grafen Arnim, gastliche Aufnahme vieler Emigranten von 1830/31 usw.), wodurch das aus sozialen Ursachen (Mißernten z. B.) wirksam vorbereitete Ausbrechen des offenen Widerstandes von 1846 und 1848 wesentlich erleichtert wurde.

Zum Schluß drückte der Vortragende den Herren Archivbeamten, die ihn in seinen mühsamen Forschungen in liebenswürdigster Weise unterstützt hatten, seinen verbindlichsten Dank aus.

Herr Geh. Ober-Regierungsrat Dr. R o s e r wies auf einige Stellen in der durch A. Kern veröffentlichten neuen Ausgabe der *H o f o r d n u n g* J o a c h i m s II. hin, die eine genauere chronologische Bestimmung der vorliegenden drei Redaktionen ermöglichen.

Herr Dr. Rachel behandelte nach den Akten des Geheimen Staatsarchivs einen Streit Preußens mit der Reichsstadt Lübeck um den freien Handel aus der Ostsee in den Jahren 1706—1718, einen Vorgang, der in charakteristischer Weise den handelspolitischen Gegensatz zwischen mittelalterlicher Stadtwirtschaft und der um sich greifenden merkantilistischen Staatswirtschaft beleuchtet. Preußen hat zwar die Handelsprivilegien seiner Städte Frankfurt, Magdeburg usw. als wertvolle Mittel im wirtschaftlichen Kampfe benutzt, die ähnlich gearteten Gerechtigkeiten auswärtiger Städte, die Stromsperrn Hamburgs und Stettins, den Straßenzwang Leipzigs indessen stets in entschiedener Weise angefochten. Als nun der unternehmende Magdeburger Kaufmann Val. Haeseler im Jahre 1698 einen einträglichen Einfuhrhandel mit den Erzeugnissen der östlichen baltischen Gebiete (Getreide, Lein-
saat, Hanf, Flachs, Talg, Leder) über die Ostsee und Lübeck, die Trave und Steckenitz nach Magdeburg und Hamburg eröffnete und nach einigen Jahren der Lübecker Magistrat diesen Durchfuhrhandel als einen nach dem Stadtrecht verbotenen Handel „Fremd mit Fremd“ unterbinden wollte, da alle eingeführten Waren an Lübecker Kaufleute verhandelt und nur durch diese weitergeführt werden dürften, da schritt auf die Beschwerde Haeseler's der preußische König sofort ein und ersuchte in energischem Tone die Stadt, diese unrechtmäßige Beschwerde der freien Kommerzien zu unterlassen, widrigenfalls man gegen den Handelsverkehr Lübeck—Leipzig in den preußischen Landen ähnliche Sperrmaßregeln anwenden würde. Die Lübecker gaben zwar jetzt und in den folgenden Jahren auf diese und ähnliche preußische Anforderungen in der Praxis stets nach und ließen die wiederholt beschlagnahmten Waren Haeseler's immer wieder frei, hielten aber theoretisch die sich angeblich auf kaiserliche Privilegien und ihre städtischen Satzungen stützende Berechtigung zu ihrem Verfahren aufrecht, so daß man in den beiderseits darüber geführten Schriften — aus denen der Vortragende einiges für die handelspolitischen Verhältnisse und Anschauungen jener Zeit Bezeichnende mitteilte — nicht zur Einigung gelangte. Auch die Hamburger und Königsberger Kaufmannschaft fühlte sich durch die Lübecker

Seeling ein sich in ideeller und materieller Art zeigendes persönliches Interesse gewonnen.

Seeling ist ein lehrreiches Beispiel dafür, wie in schweren politischen Erschütterungen Männer von Kopf und Herz sich Verdienste um den Staat erwerben können, unabhängig von ihrer amtlichen und sozialen Stellung, kraft der Überwindung der lähmendsten Schranke solcher Betätigung, der Selbstsucht, der damals so viele der amtlich und sozial Hochgestellten zum Opfer fielen, auf Kosten des Staates, dem sie ihren Vorrang verdankten.

Weitere Mitteilungen über diesen immerhin merkwürdigen Patrioten werden im nächsten Bande der „Zeitschrift für Geschichte und Altertum Schlesiens“, 1906, veröffentlicht werden.

Sodann sprach Herr Dr. Meusel über den jüngsten Bruder Friedrichs d. Gr., den Prinzen Ferdinand v. Preußen. Er wies zunächst darauf hin, daß noch ergiebige ungedruckte Korrespondenzen des Prinzen im kgl. Hausarchiv in Charlottenburg und in Privatarchiven zu finden sind; der Vortragende selbst hat soeben eine Auswahl aus Briefen des Prinzen an den Kammerherrn E. A. Heinrich v. Lehndorff in den „Mitt. d. Masovia“ (Heft 11) veröffentlicht. Gerade die Beziehungen der Brüder des Königs zu dem mit ihnen befreundeten Grafen Lehndorff, dessen wertvolles Tagebuch (1750—1806), ein Seitenstück zu den Memoiren der Gräfin Voß, für die Jahre bis 1775 demnächst als Buch veröffentlicht werden soll, werfen neues Licht auf den Kreis der drei Brüder des Königs, der bisher vor der überragenden Persönlichkeit Friedrichs in den Hintergrund getreten ist. Prinz Ferdinand, wohl der unbedeutendste von ihnen, ist am 23. Mai 1730 in Berlin geboren, in Ruppin, Potsdam und Berlin erzogen; vor allem Friedrichs einstiger Rheinsberger Gefährte Bielsfeld war sein Erzieher. 1740 wurde er Chef des bei Friedrichs Regierungsantritt neugebildeten 34. Musketierregiments in Ruppin; sein Leben verging bis zum Siebenjährigen Kriege in militärischen Übungen und geselligem Verkehr mit den prinziplichen Brüdern, von denen der ältere, August Wilhelm, in Oranienburg, der zweite, Prinz Heinrich, in Rheinsberg saß. Vor allem von diesem geselligen Leben geben uns Lehndorffs Tagebücher ein außerordentlich lebendiges Bild, das durch manchen scharf beobachteten Charakterzug der in Betracht kommenden Persönlichkeiten belebt wird. 1755 wurde Ferdinand mit seiner Nichte Elisabeth von Brandenburg-Schwedt vermählt; Friedrich d. Gr. selbst hatte zur Hochzeitsfeier ein für die freien Anschauungen der Zeit sehr charakteristisches Lustspiel gedichtet (Œuvres XIV). Im folgenden Jahre

Seeling ein sich in ideeller und materieller Art zeigendes persönliches Interesse gewonnen.

Seeling ist ein lehrreiches Beispiel dafür, wie in schweren politischen Erschütterungen Männer von Kopf und Herz sich Verdienste um den Staat erwerben können, unabhängig von ihrer amtlichen und sozialen Stellung, kraft der Überwindung der lähmendsten Schranke solcher Betätigung, der Selbstsucht, der damals so viele der amtlich und sozial Hochgestellten zum Opfer fielen, auf Kosten des Staates, dem sie ihren Vorrang verdankten.

Weitere Mitteilungen über diesen immerhin merkwürdigen Patrioten werden im nächsten Bande der „Zeitschrift für Geschichte und Altertum Schlesiens“, 1906, veröffentlicht werden.

Sodann sprach Herr Dr. Meusel über den jüngsten Bruder Friedrichs d. Gr., den Prinzen Ferdinand v. Preußen. Er wies zunächst darauf hin, daß noch ergiebige ungedruckte Korrespondenzen des Prinzen im kgl. Hausarchiv in Charlottenburg und in Privatarchiven zu finden sind; der Vortragende selbst hat soeben eine Auswahl aus Briefen des Prinzen an den Kammerherrn G. A. Heinrich v. Lehndorff in den „Mitt. d. Masovia“ (Heft 11) veröffentlicht. Gerade die Beziehungen der Brüder des Königs zu dem mit ihnen befreundeten Grafen Lehndorff, dessen wertvolles Tagebuch (1750—1806), ein Seitenstück zu den Memoiren der Gräfin Voß, für die Jahre bis 1775 demnächst als Buch veröffentlicht werden soll, werfen neues Licht auf den Kreis der drei Brüder des Königs, der bisher vor der überragenden Persönlichkeit Friedrichs in den Hintergrund getreten ist. Prinz Ferdinand, wohl der unbedeutendste von ihnen, ist am 23. Mai 1730 in Berlin geboren, in Ruppín, Potsdam und Berlin erzogen; vor allem Friedrichs einstiger Rheinsberger Gefährte Bielsfeld war sein Erzieher. 1740 wurde er Chef des bei Friedrichs Regierungsantritt neugebildeten 34. Musketierregiments in Ruppín; sein Leben verging bis zum Siebenjährigen Kriege in militärischen Übungen und geselligem Verkehr mit den prinziplichen Brüdern, von denen der ältere, August Wilhelm, in Oranienburg, der zweite, Prinz Heinrich, in Rheinsberg saß. Vor allem von diesem geselligen Leben geben uns Lehndorffs Tagebücher ein außerordentlich lebendiges Bild, das durch manchen scharf beobachteten Charakterzug der in Betracht kommenden Persönlichkeiten belebt wird. 1755 wurde Ferdinand mit seiner Nichte Elisabeth von Brandenburg-Schwedt vermählt; Friedrich d. Gr. selbst hatte zur Hochzeitsfeier ein für die freien Anschauungen der Zeit sehr charakteristisches Lustspiel gedichtet (Œuvres XIV). Im folgenden Jahre

seine Familie aus den Jahren 1816—37. Daß Beziehungen zwischen den beiden Männern bestanden, war schon längst bekannt; Marwitz hat öfters an den Kronprinzen Denkschriften gerichtet, von denen eine (Aus Marwitz' Nachlaß II, 337 ff.) bereits gedruckt ist. Jetzt läßt sich das persönliche Verhältniß der beiden Männer genauer bestimmen. Obwohl der Kronprinz Marwitz in der Regel geradezu als seinen Freund anredet und zwischen der Staatsanschauung der beiden viele Berührungspunkte bestanden, muß man sich doch hüten, ihre politischen Überzeugungen für identisch zu halten. Während sie in militärischen Fragen (Landwehrlavallerie) ganz übereinstimmten, ist in politischen Marwitz weit mehr Reaktionär als der von der Romantik so stark beeinflusste Kronprinz, nach dessen Ansicht Marwitz von „Irrthümern“ nicht frei war; was dem geistvollen Prinzen eine dauernde Verehrung für Marwitz einflößte, obwohl sie sich in den dreißiger Jahren nur selten sahen, war vor allem die kernige, charaktervolle Persönlichkeit des Mannes; Marwitz erschien ihm nach seinem Tode als „eine Erscheinung aus einer andern, fremden Zeit“ und mahnte ihn „an die Zeit des Sickingen und Hutten“; er war „ein ganzer Mann“, „als Soldat, Vasall und Edelmann“. — Sodann verlas der Vortragende den aus Marwitz' Feder stammenden „Entwurf einer Vorstellung der Kurmärkischen Stände an den König“ vom Sommer (Mitte Juni?) 1806. Aus ihm geht hervor, daß Marwitz und mindestens ein Teil des märkischen Adels über die schwächliche preußische Politik in diesen Jahren tief beschämt war und nur in einer energischen Machtpolitik im Sinne Friedrichs d. Gr. das Heil des Staates sah; den schweren Fehler der preußischen Politik vom Herbst 1805 hat Marwitz klar erkannt; noch könne aber durch entschlossenes Vorgehen gegen Napoleon manches wieder gutgemacht werden. Für eine energische auswärtige Politik im Sinne der altpreussischen Tradition mit Gut und Blut einzutreten, seien die märkischen Stände gern bereit. Diese Denkschrift scheint zwar nur Entwurf geblieben zu sein, sie beweist aber, daß die Andeutungen, welche Meinecke (S. 3. 82, 98 ff.) über Marwitz' Stellung in der preussischen Geschichte gemacht hat, zutreffend sind: dieser „märkische Junter“ und seine Gesinnungsgenossen führen von der Ära des absoluten Königtums zu Bismarck hinüber, sie sind mit in erster Linie in der Reformzeit die Träger des Gedankens einer kühnen auswärtigen Politik im Sinne Friedrichs d. Gr. gewesen, dessen Gestirn für sie auch in den Jahrzehnten hell leuchtete, als es dem Auge fast aller führenden Geister nur als schmale Sichel am Himmel preussischer Geschichte erschien.

viel kleineren Lehen die Ausrüstungs- und Schadenersatzgelder sowie die Löhnung von 1200—1800 nötig und üblich gemacht hätten.

Weiter setzte er auseinander, wie von 1300 an das Lehenverhältnis aus einer kriegerischen Einrichtung mehr und mehr eine solche der Grundbesitzverteilung, eine Grundlage für Kauf-, Pfand- und andere Geschäfte wurde, wie daneben die überschüssigen wenig bemittelten deutschen Milites von 1250—1600 beschäftigungslos nach Gold und Beute ausziehen, das Fehdewesen steigern, wie ihre technisch-militärische Brauchbarkeit abnahm, wie das Kondottieretum ungünstig auf die persönlichen Eigenschaften der Führer und der Reiter gewirkt habe; er suchte zuletzt zu zeigen, wie schon die Zusammenziehung von berittenen Truppen im 15. Jahrhundert auch in Deutschland nur noch zu einem geringen Teil auf der bezahlten Lehnspflicht als solcher beruht habe, sondern mehr auf der Pflicht der höheren Beamten, je 5—12 Pferde zu stellen und Ähnlichem sowie auf reinen Soldrittern.

Es knüpfte sich daran eine längere Debatte, an der außer dem Vortragenden die Herren Dr. von Sommerfeld, Dr. Krabbo, Dr. Hünge teilnahmen.

1971

